

Ideologie des Sozialreformismus

Akademie-Verlag Berlin 1980

Reihe: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie. Hrsg. v. Manfred Buhr, Nr. 98

Einführung

Seit der Errichtung des Sozialismus in der UdSSR und in einer Reihe anderer Länder stehen Fragen der Theorie und Praxis des Sozialismus weltweit im Mittelpunkt, des gesellschaftlichen Denkens und des Klassenkampfes. In allen Ländern der Welt verbinden sich im Bewußtsein breiter Volksmassen und in ihrem praktischen Leben das Schicksal der Menschheit, die großen Perspektiven der Entwicklung der Zivilisation immer stärker mit dem Sozialismus.

Der gegenwärtige Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung in der Welt zeigt überzeugend, daß dem Sozialismus sowohl bei der Schaffung notwendiger Voraussetzungen für die Lösung globaler Probleme der Weltzivilisation als auch für deren praktische Lösung die führende Rolle zukommt. Bei der Ausnutzung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution im Interesse der werktätigen Menschen, bei der Lösung der Energie- und Rohstoffprobleme, der Aneignung und Erhaltung der Schätze der Weltmeere, beim Schutz der Umwelt, bei der Eroberung des kosmischen Raumes, im Kampf gegen Hunger und gefährliche Krankheiten – bei allem, was allseitige sachliche Zusammenarbeit der Länder der ganzen Welt erfordert, leistet der reale Sozialismus den größten, den wesentlichen Beitrag. Nur auf dem Wege der sozialistischen Umgestaltung der Welt können die Grundprobleme der Menschheit gelöst werden – das ist der Weg, dem die gegenwärtige Entwicklung der Welt immer augenscheinlicher folgt. Deshalb wird der Sozialismus auch von breiten Massen in aller Welt als die einzig mögliche historische Alternative zum Kapitalismus betrachtet. „Der Sozialismus“, wird im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXV. Parteitag der KPdSU unterstrichen, „übt schon heute einen gewaltigen Einfluß auf das Denken und Fühlen von Hunderten Millionen Menschen der Erde aus. Er sichert den arbeitenden Menschen Freiheit, wirklich demokratische Rechte, Wohlstand, weitestgehenden Zugang zur Bildung und feste Zuversicht in die Zukunft. Er bringt Frieden, Achtung [8] vor der Souveränität aller Länder und gleichberechtigte zwischenstaatliche Zusammenarbeit, er ist eine Stütze für die Völker, die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit ringen. Und der morgige Tag wird zweifellos neue Beweise für die grenzenlosen Möglichkeiten des Sozialismus, für seine historische Überlegenheit über den Kapitalismus liefern.“¹

Während die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft immer neue Erfolge in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens erringen, sind in den kapitalistischen Ländern Prozesse zu beobachten, die zweifellos von der Verschärfung und Vertiefung der allgemeinen Krise zeugen: So beispielsweise das Fiasko des Versuchs einer staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft, die noch vor gar nicht langer Zeit als Mittel zur Überwindung solcher Mängel wie Planlosigkeit, Spontaneität und Labilität des kapitalistischen Wirtschaftssystems angepriesen wurde; oder die neuen krisenhaften Erschütterungen und Konjunkturschwankungen, die alle kapitalistischen Länder gleichzeitig erfaßt haben; oder die für Friedenszeiten einmalige Inflation und der Zusammenbruch des Valutenfinanzsystems der kapitalistischen Welt; oder die wachsende Arbeitslosigkeit und Preissteigerung, die Rohstoff-, Energie- und ökonomische Krise; die Krise des politischen Systems des Kapitalismus, der bürgerlichen Ideologie, Moral und Kultur. Die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und den sich unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution grundlegend verändernden Produktivkräften brechen in schärfster Form auf. Damit verbunden sind Umweltverschmutzung, Energie- und Rohstoffversorgungskrise, Ausnutzung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution zur Militarisierung der Wirtschaft.

Die Erfolge des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus, die Verstärkung der Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Welt, das Anwachsen des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse und aller antiimperialistischen Kräfte sind eine praktische Bestätigung für die Richtigkeit jenes

¹ XXV. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik, Berichterstatter: L. I. Breschnew, Berlin 1976, S. 14.

Weges der historischen Entwicklung, der von der marxistisch-leninistischen Theorie gewiesen wird. Diese Erfolge erhöhen die internationale Autorität des Marxismus-Leninismus, steigern seine Möglichkeiten für die Mobilisierung aller antikapitalistischen Kräfte im Kampf gegen die Gebrechen des kapitalistischen Gesellschaftssystems, stärken den Glauben der Arbeiterklasse der kapitalistischen und der Entwicklungsländer an die Möglichkeit, das Joch des Kapitalismus, des Kolonialismus und der Reaktion abzuwerfen.

Die Anziehungskraft der Ideen des Sozialismus ist heute so groß, [9] daß keine politische Bewegung, die sich die Aufgabe gestellt hat, die werktätigen Massen zu führen, die sich der Unterstützung der Volksmassen versichern und eine überwältigende Wählerstimmenmehrheit erringen will, diese Tatsache ignorieren kann.

Noch niemals wurde in kapitalistischen Ländern so viel über den Sozialismus gesprochen und geschrieben wie heute. Die Gründe dafür sind die weitere Verschärfung der inneren Widersprüche des Kapitalismus, die Erfolge der Länder des Sozialismus, die die Kraft und Überlegenheit der Theorie von Marx, Engels und Lenin anschaulich beweisen, der zunehmende Einfluß der kommunistischen und Arbeiterparteien in den bürgerlichen Ländern und die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung. Arbeiter, Bauern, Kleingewerbetreibende, Schüler, Studenten und selbst katholische Geistliche und evangelische Theologen sprechen heutzutage vom Sozialismus als „gerechter Ordnung“, in der viele Probleme der Menschheit ihre humane Lösung finden. Die Anziehungskraft der Ideen des Sozialismus wird auch von vielen Ideologen, die weit von der Arbeiterklasse entfernt sind, nicht in Abrede gestellt. In der „Welt der Arbeit“ schreibt der bürgerliche Philosoph Arnold Metzger zum Beispiel, daß der Sozialismus das „Schicksal unserer Zeit“² sei. „In ganz Europa ist dieses Interesse an sozialistischer Ideologie spürbar“, schreibt A. J. Day, Herausgeber der sozialdemokratischen Zeitschrift „Socialist Affairs“.³ Aber Anziehungskraft und Einfluß der Ideen des Sozialismus haben im vergangenen Jahrzehnt auch in Asien, Afrika und Lateinamerika spürbar zugenommen. Als Reaktion darauf hat die Sozialistische Internationale seit etwa Mitte der 70er Jahre Anstrengungen in einem Ausmaß und in einer Art, wie sie bis dahin unbekannt waren, unternommen, um ihre Einflußsphären außerhalb Europas zu erweitern.⁴

Daß alle Klassen und Schichten der Gesellschaft in den kapitalistischen und Entwicklungsländern heute die Diskussion um den Begriff „Sozialismus“ führen, ist Ausdruck einer objektiven Stärkung der Positionen des Sozialismus in der Welt, der Zunahme seiner Popularität unter breiten werktätigen Massen. Parteien der verschiedensten Richtungen, darunter Parteien und politische Gruppierungen, die die Interessen der Monopolbourgeoisie vertreten, operieren heutzutage mit sozialistischen Losungen, erarbeiten Konzeptionen eines „dritten Weges“, eines „wahrhaft sozialistischen Weges“, die sich ihrem Wesen nach als sozialreformistische Ideen erweisen. Man kann sagen, daß die meisten politischen Richtungen der Gegenwart auf ihre Art eine Interpretation des Sozialismus geben und sich als Vertreter dieser oder jener Art „sozialistischer“ Umgestaltungen bezeichnen.

[10] Es versteht sich von selbst, daß nicht jeder, der über den Sozialismus spricht oder schreibt, dies tut, um tatsächlich zum Sturz des Kapitalismus und zum Aufbau des Sozialismus beizutragen. Es

² Im Sozialismus geht es um ein neues Menschentum. Gespräch mit dem Philosophen Prof. Dr. Arnold Metzger, in: Welt der Arbeit, Köln-Deutz, vom 9.6.1972, S. 5.

³ A. J. Day, Die ideologische Offensive der Sozialdemokratie, in: Die Neue Gesellschaft, Bonn – Bad Godesberg, 6/1972, S. 455.

⁴ Vgl. dazu: Th. Mirow, Die Sozialistische Internationale heute – Chancen und Grenzen der internationalen Zusammenarbeit, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 8/1977, S. 646 ff.; H. Schumacher, Sozialistische Alternativen – nicht nur für Europa. SI-Konferenz der Parteivorsitzenden in Tokio vom 17.-19.12.1977, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 2/1978, S. 139 ff.; Bericht der SI-Kommission über die Entwicklung im Nahen Osten, in: Ebenda S. 145 ff.; W. Brandt, Ausgleich zwischen Nord und Süd. Zur Arbeit der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 12/1978, S. 952 ff.; K.-L. Hübener, SI: Der politische Wille ist entscheidend. Resolutionsphase in Vancouver vorläufig abgeschlossen, in: Ebenda, S. 1013 ff.; Rede Willy Brandts nach seiner Wahl zum SI-Präsidenten am 26. November 1976, in: K.-L. Günsche, K. Lantermann, Kleine Geschichte der Sozialistischen Internationale, Bonn – Bad Godesberg 1977, S. 201 ff.; V. Erban, Die Sozialistische Internationale auf einem neuen Weg?, in: Autorenkollektiv, Probleme des gegenwärtigen Sozialdemokratismus, Berlin 1979, S. 122 ff.

bestehen sehr verschiedene Vorstellungen von Sozialismus und darüber, auf welchem Weg er errichtet werden kann. Viele Sozialismuskonzeptionen stellen mit pseudosozialistischen Phrasen verzierte bürgerliche und kleinbürgerliche Vorstellungen über die Zukunft einer kapitalistischen Ordnung dar, andere werden speziell als Mittel des Kampfes gegen den wissenschaftlichen Sozialismus entwickelt. *Die Tatsache, daß alle Klassen und Schichten über den Sozialismus sprechen, ist für die Welt von heute, in der der real existierende Sozialismus im Mittelpunkt historischer Weltereignisse steht, symptomatisch.*

Unsere Epoche ist die Epoche des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und Kommunismus, der sich unter dem Banner des Marxismus-Leninismus vollzieht. Gegen diesen mächtigen revolutionären Strom ist schwer zu schwimmen. Die Geschichte, die Praxis erbringt immer neue Beweise der großen Lebenskraft des Sozialismus, der Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Lehre. Unter diesen Bedingungen offen gegen den Sozialismus, gegen den Marxismus-Leninismus aufzutreten, bedeutet, von vornherein eine Niederlage hinzunehmen, heißt, die ideologische Schlacht um den Verstand und die Herzen der Menschen zu verlieren. Deshalb rüsten die bürgerlichen Ideologen um. Sie führen den Sozialismus und Marxismus zwar oft im Munde, widerrufen und entstellen ihn jedoch in Wirklichkeit. Gegenwärtig verurteilen und verleumden die Gegner des Sozialismus den realen Sozialismus nicht schlechthin, viele von ihnen hängen sich dabei ein sozialistisches Mäntelchen um. Eine der verbreitetsten Formen der Verfälschung des Sozialismus ist der sogenannte „demokratische Sozialismus“.

Dem Wesen der Sache nach stellt der „demokratische Sozialismus“ die offizielle Ideologie der sozialdemokratischen Parteien dar, die in entwickelten kapitalistischen Ländern zum Teil an der Regierung sind, sich auf die Regierungsübernahme vorbereiten oder zusammen mit anderen Parteien die Regierung bilden. Die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ wird von verschiedenen politischen und ideologischen Strömungen der Gegenwart als einzig mögliche Alternative sowohl zum Kapitalismus als auch zum realen Sozialismus hingestellt. In Wirklichkeit wird diese Konzeption jedoch weniger dem Kapitalismus als vielmehr der konsequent wissenschaftlichen kommunistischen Ideologie entgegengestellt und die Macht der rechten So-^[1]zialdemokraten der Macht der Werktätigen in der realen sozialistischen Gesellschaft.

Festzustellen ist, daß sich der „demokratische Sozialismus“ wiederholt veränderten Bedingungen angepaßt hat und dabei von Mal zu Mal weniger sozialistisch geworden ist. Heute ist ein neues Aufflackern der „theoretischen Aktivitäten“ um diesen Begriff zu beobachten, weil die sozialreformistischen Parteien der Länder des Westens und die Leitung der Sozialistischen Internationale sich in den letzten Jahren vor die Notwendigkeit gestellt sahen, ihre programmatischen Losungen zu vervollkommen, da diese in ihrem traditionellen Verständnis den früheren Einfluß auf die Massen nicht mehr garantieren.

Ein „demokratischer Sozialismus“ wird von Anhängern der verschiedensten politischen Strömungen vertreten. Vor allem tritt er als Konzeption der Theoretiker der Sozialdemokratie in Erscheinung. Hier handelt es sich einerseits um die traditionelle Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ rechter Sozialdemokraten und andererseits um einige modifizierte Konzeptionen anderer Strömungen in der Sozialdemokratie, die den Akzent auf sogenannte systemverändernde Reformen setzen. Von einem „demokratischen Sozialismus“ ist heute auch in dem „sozialistischen Modell“ Garaudys, Fischers, Siks und anderer Renegaten die Rede, die mit der kommunistischen Partei gebrochen haben und versuchen, der Praxis des realen Aufbaus des Sozialismus ihre revisionistischen Anschauungen entgegenzustellen. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang ferner Versuche der linksliberalen Bourgeoisie, eine eigene „sozialistische“ Alternative für die Lösung der vor der Gesellschaft stehenden Probleme zu finden. Auch in den reformistischen Anschauungen linker Katholiken, die die Mängel der heutigen bürgerlichen Gesellschaft einer scharfen Kritik unterziehen, spielt der Begriff „demokratischer Sozialismus“ eine Rolle. Der Konzeption eines „demokratischen Sozialismus“ begegnet man außerdem beim sogenannten „zionistischen Sozialismus“, beim Kibbuzismus sowie beim besonderen „afrikanischen Sozialismus“ wieder.

Doch in welchem Gewand der „demokratische Sozialismus“ auch auftritt, immer gehört er zum Arsenal revisionistischer und bürgerlicher Ideologen. Er erscheint nach außen hin als sozialistisch, seinem Wesen nach ist er eine und revisionistische Ideologie, darauf gerichtet, die Arbeiterklasse und ihre kommunistische Partei von der Führung des historischen Prozesses zu verdrängen und die wirklich sozialistische Ideologie in bürgerlich-liberales Geschwätz über sozialistische Umgestaltungen umzuwandeln. „Demokratischer Sozialis-[12]mus – das ist die reformistische und bürgerliche Alternative zum historisch einzig möglichen realen Sozialismus.

Bei aller Vielfalt und Buntheit der theoretischen Konzeptionen und praktischen Programme, die den „demokratischen Sozialismus“ propagieren, besitzen sie doch ein gemeinsames Charakteristikum, sie alle verneinen den wissenschaftlichen Sozialismus, seine grundlegenden Ideen über die Notwendigkeit einer radikalen, revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft, über die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, des gesamten Systems kapitalistischer Gesellschaftsbeziehungen, über die Rolle der Arbeiterklasse bei der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Bemüht, die Erfolge des realen Sozialismus in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft zu bestreiten, stellen die Theoretiker des „demokratischen Sozialismus“ vor allem die Behauptung auf, daß die kommunistischen Parteien der Entwicklung demokratischer Einrichtungen des gesellschaftlichen Lebens ungenügende Aufmerksamkeit widmen, während sie dagegen für eine grenzenlose Entwicklung der Demokratie eintreten würden.

In Wirklichkeit sind ihre Konzeptionen einer unbegrenzten Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, einer Demokratie „ohne Ufer“, abstrakte, leere theoretische Konstruktionen, die auf einem falschen, „über den Klassen stehenden“ Begriff von Demokratie beruhen und die die objektive Abhängigkeit der Formen der Entwicklung der Demokratie von den konkreten Bedingungen und Stufen der Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens ignorieren. Die Formel des „demokratischen Sozialismus“ lautet im Grunde nicht „Sozialismus plus Demokratie“, sondern „Demokratie minus Sozialismus“, „Demokratie um der Demokratie willen“. Abstrakte Demokratie als solche – dafür treten die Anhänger des „demokratischen Sozialismus“ ein. In ihren Konzeptionen wird Demokratie verabsolutiert und vom Sozialismus und der Gesellschaft getrennt. Dabei kommt dann heraus, daß die Demokratie über allem steht, daß die Gesellschaft der Demokratie dienen, die Demokratie entwickeln muß, daß nicht umgekehrt die Demokratie der Gesellschaft zu dienen und zum Fortschritt der gesellschaftlichen Formen des Lebens beizutragen hat.

In dieser Konzeption dient das ganze Gerede über Demokratie und über deren grenzenlose Entwicklung, das ganze Gerede darüber, daß die Probleme der Demokratie von den kommunistischen Parteien ignoriert würden, daß in den Ländern des Sozialismus der Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens nicht die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet würde, nur dem einen Ziel: die werktätigen Massen [13] von den kommunistischen Parteien loszulösen und die Reihen der internationalen Arbeiterbewegung zu schwächen. In der demagogischen Behauptung, daß „der entscheidende Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Politik ... nicht in der verschiedenen Haltung zum Privateigentum (liegt), sondern in dem Gegensatz von Rechtsstaatlichkeit und Willkür, von freiheitlicher Demokratie und Parteidiktatur ...“, kommt dieses Streben besonders deutlich zum Ausdruck.⁵ Die Ideologie des „demokratischen Sozialismus“ ist darauf gerichtet, die Arbeiterklasse vom Kampf um radikale Umgestaltungen der kapitalistischen Gesellschaft, vom Kampf um den Sozialismus abzulenken. Die Arbeiterklasse soll – unter dem Banner einer abstrakten Demokratie – den Kampf um allmähliche Reformierung des Kapitalismus führen, ohne daß die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft dabei berührt werden. Diese Ideologie zielt auf die Spaltung der Reihen der internationalen Arbeiterbewegung ab, indem sie dem Kampf um Sozialismus den Kampf um Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens gegenüberstellt und die Demokratie vom Sozialismus faktisch lostrennt.

Dabei bedienen sich die Vertreter des „demokratischen Sozialismus“ in ihren theoretischen Darlegungen – eben um die Arbeiterbewegung in der Praxis vom Sozialismus zu entfernen – pseudosozialistischer

⁵ Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus. Neuauflage mit einem Nachwort von Willy Brandt, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn – Bad Godesberg 1977, S. 9.

Phrasen. Angesichts der großen Anziehungskraft der Ideen und Erfolge des Sozialismus können sich rechte Sozialisten und Sozialdemokraten nicht vom Begriff „Sozialismus“ lossagen, geht es doch um die für sie wesentliche Frage der Erhaltung ihres Einflusses unter der Arbeiterklasse und anderen werktätigen Schichten. Deshalb die wiederholten Beteuerungen, alles zu tun, um den „theoretischen Reichtum“ des Godesberger Programms der SPD⁶ durch theoretische Arbeit weiter zu vermehren, wobei dieses Programm von den rechten Führern der internationalen Sozialdemokratie als „klassisches Beispiel der Abgrenzung“ vom wissenschaftlichen Sozialismus verstanden wird.

So wurden auf dem Parteitag der SPD in Hannover (April 1973) Beschlüsse über die Gründung eines besonderen „Instituts zu Fragen des demokratischen Sozialismus“ und die Herausgabe einer Schriftenreihe zur Theorie des „demokratischen Sozialismus“ gefaßt.

Wenn einige sozialdemokratische Parteien, darunter die SPD, den Versuch unternehmen, den Begriff „demokratischer Sozialismus“ ihren Handlungen als Regierungsparteien kapitalistischer Staaten anzupassen, so besteht das Ziel sozialdemokratischer Oppositionsparteien darin, mittels sozialistischer Losungen Wählerstimmen der Werktätigen zu erringen.

[14] In jedem Fall ist das Bemühen, den „demokratischen Sozialismus“ in den Mittelpunkt der theoretischen Konstruktionen der Sozialdemokratie zu rücken, immer dem Ziel untergeordnet, die These von der „Integration“ der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus zu bekräftigen. Außerdem soll damit ideologischer Einfluß auf die Bevölkerung der sozialistischen Länder, besonders auf die junge Generation ausgeübt werden.

Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Österreichs, B. Kreisky, erklärte, daß der Kapitalismus keine Kraft ist, die von den sozialistischen Ländern als Alternative gefürchtet würde. „Der jüngeren Generation in den kommunistischen Ländern sei es durch die jahrelange marxistische Erziehung in Fleisch und Blut übergegangen, daß die Fabriken vom Volk gebaut und erworben worden sind. Sie könnten sich gar nicht vorstellen, wer jetzt Privateigentümer der Betriebe werden könnte und sollte.“⁷ „Sollten sie sich wünschen, daß Rockefeller oder andere die tschechischen oder ungarischen Industrie-Kombinate übernehmen?“⁸

Tatsächlich ist der Kapitalismus mit seinen unlösbaren Widersprüchen für einen großen Teil der Jugend der kapitalistischen Länder und weit mehr noch für die Jugend sozialistischer Länder keine Gesellschaftsordnung, in der man leben kann und nach der es sich zu streben lohnt. Die fortschrittliche Jugend der Erde hat zutiefst begriffen, daß der Imperialismus das größte Hindernis für die Lösung gesellschaftlicher und menschlicher Probleme unserer Epoche ist. Als Antwort auf diese antikapitalistische Position aktiviert die rechtssozialistische Ideologie die Propagierung des „demokratischen Sozialismus“, versucht sie, ihn breiten Schichten als besten Ausweg aus der bestehenden Lage darzustellen.

Die Theoretiker des „demokratischen Sozialismus“ interpretieren ihn als „dritte Möglichkeit“, die es angeblich erlaube, „die Welt weder kapitalistisch noch kommunistisch, sondern eben sozialdemokratisch zu sehen“⁹.

⁶ In diesem ersten grundlegenden Nachkriegsprogramm der SPD, das 1959 auf dem Parteitag in Bad Godesberg angenommen wurde, wird der Versuch einer theoretischen Begründung des „demokratischen Sozialismus“ unternommen.

⁷ Die Sozialdemokraten als Gegenpol zum Kommunismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a. M., vom 20.2.1973, S. 4.

⁸ B. Kreisky, Viele sind revolutionär aus Bequemlichkeit, in: Der Spiegel, Hamburg, vom 28.2.1972, S. 105.

⁹ U. Lohmar, Sozialdemokratie und Kommunismus, in: Die Zeit, Hamburg, vom 21.4.1972, S. 56. Siehe auch: Ders., Der „Hürdenlauf“ zur ideologischen Koexistenz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Bonn, vom 24.2.1973, S. 37. Vergleiche ebenfalls: Rede Willy Brandts nach seiner Wahl zum SI-Präsidenten am 26. November 1976, in: K.-L. Günsche, K. Lantermann, Kleine Geschichte der Sozialistischen Internationale, a. a. O., S. 197/198; „Ich traue den Kommunisten nicht“. Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky über Sozialdemokraten, Eurokommunismus und Entspannung (Gespräch), in: Der Spiegel, a. a. O., vom 7.3.1977, 11/1977, S. 148; B. Kreisky, Soziale Demokratie ist das Ziel. Auszüge aus der Rede zum neuen SPO-Grundsatzprogramm, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 10/1978, S. 829 u. 832, sowie auch K. Zeller, Was will die Sozialdemokratie der BRD mit jener Politik erreichen, die von ihr „Deutschlandpolitik“ genannt wird?, in: Autorenkollektiv, Probleme des gegenwärtigen Sozialdemokratismus, a. a. O., S. 46 ff.

Die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ ist eine merkwürdige Mischung reformistischer, revisionistischer und liberalbürgerlicher Ideen. Trotz seiner theoretisch amorphen Konzeption, die den Gesetzen der realen Wirklichkeit widerspricht, verknüpfen viele Sozialdemokraten und Jungsozialisten, antikapitalistisch eingestellte Intellektuelle ihre Hoffnungen mit ihm, weil sie in ihm einen Weg der Realisierung sozialistischer Ideale erblicken. Das erklärt sich zum einen daraus, daß unter dem Einfluß einer vom Monopolkapital entwickelten wütenden Kampagne gegen die kommunistischen Parteien [15] und den realen Sozialismus ein Teil der sozialistisch eingestellten werktätigen Schichten zur Suche nach „anderen Modellen des Sozialismus“ neigt, und zum anderen aus der verstärkten Propagierung der Konzeptionen des „demokratischen Sozialismus“ in sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, die den wissenschaftlichen Sozialismus ablehnen und den „demokratischen Sozialismus“ als einzige Alternative zum Kapitalismus deklarieren.

In dieser Situation entsteht die wichtige Aufgabe, die wissenschaftliche Haltlosigkeit der Konzeption eines solchen Weges der historischen Entwicklung der Gesellschaft zu zeigen, indem allseitig dargelegt wird, daß die wirkliche sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft die höchste Form der Demokratisierung aller Seiten des gesellschaftlichen Lebens darstellt, daß Demokratie und Sozialismus untrennbar verbunden sind und nur der Kampf für die Erringung des Sozialismus die wahrhaftige Grundlage für die Entwicklung der Demokratie schafft. Der Theorie und Praxis des „demokratischen Sozialismus“ in allen seinen verschiedenartigen Gewändern den Nimbus zu nehmen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des gegenwärtigen ideologischen Kampfes. Die Enthüllung der wissenschaftlichen Haltlosigkeit dieser Konzeption ist ein wichtiger Beitrag für die Festigung der internationalen Arbeiterbewegung, für die Stärkung der Einheit der Arbeiterklasse, für den Sieg der Sache und der Ideen des Sozialismus.

Die Arbeiterklasse stellt eine mächtige gesellschaftlich-politische Kraft dar. Sie ist der berufene Kämpfer für den Sozialismus, der wahre Schöpfer einer neuen, sozialistischen Gesellschaft, der konsequenteste Träger sozialistischer Ideen. In der Gegenwart sind Millionen Arbeiter in kommunistischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, in Gewerkschafts- und Jugendorganisationen organisiert.

Die internationale kommunistische Bewegung ist zur einflußreichsten politischen Kraft unserer Tage, zum wichtigsten Faktor des gesellschaftlichen Fortschritts geworden. Sie ist mit einer Theorie ausgerüstet, deren wissenschaftliche Glaubwürdigkeit durch eine mehr als hundert Jahre währende Periode gesellschaftlicher Entwicklung dokumentiert ist; der Marxismus-Leninismus ist ein zuverlässiger Kompaß, mit dessen Hilfe die Kommunisten für die gesamte Menschheit den Weg in die Zukunft bahnen.

Gleichzeitig muß man sehen, daß ein bedeutender Teil der Arbeiter in vielen kapitalistischen Ländern nicht in den Reihen kommunistischer Parteien, sondern in sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien organisiert ist. Breite Massen der Arbeiter sind in den Gewerkschaften organisiert und zum Teil gleichzeitig Mitglied kommunistischer, sozialistischer oder sozialdemokratischer Parteien. Die zunehmende Geschlossenheit der Reihen der internationalen Arbeiterklasse ist heute die wichtigste Bedingung für die Beschleunigung des revolutionären Prozesses. Der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse wird unter komplizierten Bedingungen geführt. Zwischen den kommunistischen Parteien einerseits und der Mehrheit der sozialistischen Parteien andererseits bestehen tiefe politische und ideologische Widersprüche. Auf dem Weg zur Einheit der Arbeiterklasse muß von ihrem fortschrittlichsten Teil und deren Organisationen eine große ideologische und politische Arbeit geleistet werden.

In der Arbeiterbewegung vollziehen sich gegenwärtig wichtige politische Wandlungen, das zeigt sich vor allem in einer entschiedenen Linksorientierung der Arbeiterorganisationen kapitalistischer Länder, in der Zunahme von Massenaktionen der Arbeiter und anderer fortschrittlicher Kräfte gegen die Herrschaft der Monopole, aber auch in der Stärkung der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Kampf der werktätigen Massen für ihre Rechte, für grundlegende Umgestaltungen der kapitalistischen Gesellschaft.

Unter dem Einfluß objektiver sozialer und politischer Fortschritte vollziehen sich auch innerhalb der internationalen Sozialdemokratie neue politische Prozesse. Von besonderer Bedeutung ist der Prozeß der Differenzierung in den Reihen der sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegung, vor allem die Differenzierung zwischen den Rechtskräften, die für die Stabilisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus eintreten, und den linken Kräften, die sich immer aktiver für die Unterstützung der Klassenforderungen des Proletariats einsetzen und dazu aufrufen, sich von der imperialistischen Politik abzugrenzen und die Beziehungen zu den kommunistischen Parteien zu normalisieren. Das ist ein komplizierter und sehr widersprüchlicher Prozeß. Er berührt die Beziehungen zwischen den verschiedenen Parteien der internationalen Sozialdemokratie (auch in der Sozialistischen Internationale) und – innerhalb der einzelnen Parteien – das Verhältnis zwischen rechten Führern und den Mitgliedern, die im Sozialismus die Alternative zum Kapitalismus sehen. Dieser anhaltende Differenzierungsprozeß¹⁰ erweitert die Möglichkeit der Aktionseinheit der Arbeiterklasse.

Der Politik und Ideologie der Sozialdemokratie als reformistischer Arbeiterpartei sind zwei entgegengesetzte Klassentendenzen eigen. Die eine entspringt den Interessen der Werktätigen, die die überwiegende Mehrheit der Mitglieder und Anhänger der sozialdemokratischen Parteien ausmachen, die andere den Interessen der rechten [17] Führer der Sozialdemokratie, die mit den Interessen der Bourgeoisie verbunden sind. Im Rahmen der Verflechtung und des Kampfes dieser zwei Tendenzen vollzieht sich die innere Entwicklung der Sozialdemokratie. Diese Tendenzen müssen unbedingt berücksichtigt werden, weil sich gerade daraus die Möglichkeiten eines Bündnisses, einer Zusammenarbeit und Aktionseinheit der Sozialdemokraten sowohl mit kommunistischen Parteien (im Ergebnis des Wirkens der ersten Tendenz) als auch mit bürgerlichen Parteien (im Ergebnis des Wirkens der zweiten Tendenz) ergeben.

Die sich in den letzten Jahren in der sozialdemokratischen Bewegung abzeichnenden Phänomene sind also von absolut widersprüchlichem Charakter, und es gelingt nicht immer, sie eindeutig zu bewerten. Ihre Analyse läßt jedoch zwei ausreichend gesicherte Feststellungen zu: Es gibt erstens bestimmte positive Wandlungen auf dem Gebiet der Außenpolitik sozialdemokratischer Parteien, und es gibt zweitens eine gewisse Verstärkung der Tendenz zu Kontakten und zur Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien.

Bestimmte Schritte zur Aktionseinheit mit Kommunisten unternehmen Sozialisten und Sozialdemokraten jener Länder, in denen die Positionen der kommunistischen Parteien besonders stark sind. Vor allem in Frankreich und Italien ist der Prozeß der Vereinigung von Anstrengungen im Kampf gegen das Monopolkapital in eine neue Etappe eingetreten und hat zur gemeinsamen Organisation praktischen Handelns der Werktätigen gegen die Bourgeoisie geführt.

Komplizierter ist die Frage der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in jenen Ländern, in denen die sozialdemokratischen Parteien großen Einfluß auf die Massen der Werktätigen haben. Natürlich macht auch hier die sozialdemokratische Bewegung gewisse Fortschritte in der Zusammenarbeit mit Kommunisten. Sie wird in der Arbeit in Betrieben, Gewerkschaften und Gemeinde- und Stadtverwaltungen realisiert, in Streikkämpfen, in Demonstrationen für Frieden und soziale Rechte, im Auftreten gegen reaktionäre Maßnahmen in der Innen- und Außenpolitik. Auf der Ebene der Parteien, ja selbst auf der Ebene örtlicher Organisationen lehnen die rechten Führer der Sozialdemokratie jedoch die Zusammenarbeit mit Kommunisten häufig prinzipiell ab.¹¹ Sie meinen, sobald die Mehrheit der Arbeiter in sozialdemokratischen Parteien und in den mit ihnen verbundenen Gewerkschaften vereint wäre, existiere bereits die Einheit. Einheit ist aber ein Klassenbegriff. Die Arbeiterklasse braucht die Einheit für die Festigung ihrer Selbständigkeit als Klasse und für den Kampf gegen die bürgerliche Ordnung. Und eben für eine solche Einheit [18] kämpfen die Kommunisten. Mittel dazu sind die

¹⁰ Siehe dazu: H. Dietzel/J. Drabek/I. Koch, Differenzierungsprozesse im Sozialreformismus – Kriterien und Tendenzen, in: Sozialreformismus. Theorien – Politik – Widersprüche (IPW-Forschungshefte, 2/1979), S. 99-122.

¹¹ Diese Aktionseinheit an der Basis gibt es jedoch selbst in der BRD, wo die rechte SPD-Führung jedes Mitglied mit dem Ausschluß bedroht, das Aktionseinheit mit Kommunisten praktiziert. (Siehe: Mannheimer Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei, 20. bis 22. Oktober 1978, Bericht des Parteivorstandes. Diskussion, Berlin 1979, S. 43.)

Aktivierung und der Zusammenschluß all jener linken Kräfte in sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften, die den sozialistischen Zielen treu geblieben sind, die an der Entwicklung der Aktionseinheit von kommunistischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Organisationen der Werktätigen festhalten.

Zweifellos sind im Vergleich zu früher, insbesondere zur Periode des „kalten Krieges“, in der Orientierung einiger einflußreicher sozialdemokratischer Parteien bestimmte positive Veränderungen zu verzeichnen. Das bezieht sich in erster Linie auf das Verständnis wesentlicher internationaler Probleme, wie den Abbau internationaler Spannungen, die Gewährleistung der europäischen Sicherheit und der friedlichen Koexistenz. Auf anderen Gebieten gibt es in der Politik der Sozialdemokratie weniger positive Wandlungen. Die Führungen der sozialdemokratischen Parteien, einschließlich derer, die an der Regierung sind, möchten, wie es scheint, nicht auf die Theorie und Praxis der Zusammenarbeit mit der Monopolbourgeoisie, der Verteidigung des staatsmonopolistischen Kapitalismus verzichten. Wie eh und je nimmt der Antikommunismus im ideologisch-politischen Arsenal rechter Sozialdemokraten einen wesentlichen Platz ein, obwohl es scheint, daß einige sozialdemokratische Parteien die Perspektivlosigkeit der Politik des Antikommunismus einsehen und sich von vielen antikommunistischen Vorurteilen der Vergangenheit lossagen. Nach wie vor sehen Sozialdemokraten eine der grundlegenden Aufgaben ihrer ideologischen Tätigkeit im Kampf gegen den wissenschaftlichen Sozialismus. Während die kommunistischen Parteien – den Ideen des Marxismus-Leninismus ergeben – die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus im Leben verwirklichen und sie im Verlaufe des praktischen sozialistischen Aufbaus erweitern und bereichern, lehnen die rechten Sozialisten und Sozialdemokraten die grundlegenden Thesen des Marxismus-Leninismus über das Wesen des Sozialismus ab und setzen diesen ihre eklektische Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ entgegen. Der Gang der Geschichte selbst beweist überzeugend, daß der reale Sozialismus und seine Ideen siegen werden. Immer breitere Schichten von Werktätigen sehen im Sozialismus die humanste und vollkommenste Gesellschaft. Die Hinwendung der öffentlichen Meinung zum Sozialismus wie auch die Tatsache, daß viele Sozialdemokraten die reale Existenz und Entwicklung des Sozialismus in der UdSSR und in anderen sozialistischen Ländern anerkennen – all das erweitert die Möglichkeiten für einen Dialog zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten.

[19]

Der Pluralismus – das heißt die Unbestimmbarkeit –der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“

Die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ wird von den verschiedensten ideologischen und politischen Gegnern des wissenschaftlichen Kommunismus benutzt. Vor allem tritt sie uns jedoch als offizielle Ideologie sozialdemokratischer und anderer zeitgenössischer Sozialreformisten entgegen. Die Führer der Sozialdemokratie leisteten den Hauptbeitrag zur Ausarbeitung der Ideologie des „demokratischen Sozialismus“, der nach ihrer Meinung die Alternative zum wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin darstellt.

Doch ungeachtet der Fülle von Arbeiten, die die sozialreformistischen Theoretiker der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ gewidmet haben, ist diese bis heute äußerst amorph, verschwommen, eklektizistisch geblieben. Wie die Adepten des „demokratischen Sozialismus“ selbst betonen, besteht die Spezifik dieser Konzeption in ihrem fast grenzenlosen Pluralismus der Anschauungen. In der programmatischen Deklaration der Sozialistischen Internationale „Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus“, angenommen auf dem Ersten Kongreß der Sozialistischen Internationale (Frankfurt am Main, 1951), heißt es beispielsweise: „Der demokratische Sozialismus ist eine internationale Bewegung, die keineswegs eine starre Gleichförmigkeit der Auffassungen verlangt. Gleichviel, ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens.“¹² Die der Sozialistischen Internationale angehörenden Parteien weichen auf ihren Treffen im allgemeinen der Diskussion theoretischer Probleme aus, da sie die Auffassung vertreten, daß das eine innere Angelegenheit jeder Partei sei.¹³

Ein solches allgemeines „pluralistisches“ Herangehen an die Ausarbeitung theoretischer Fragen der sozialdemokratischen Bewegung [20] führt dazu, daß fast jede sozialdemokratische Partei ihre spezifische Konzeption eines „demokratischen Sozialismus“ hat. Außerdem sind innerhalb der Parteien selbst Unterschiede im Verständnis prinzipieller Fragen der gesellschaftlichen Umgestaltung erkennbar, und das drückt sich wiederum in der Vieldeutigkeit der Auslegung des „demokratischen Sozialismus“ aus.¹⁴ Das einzige, was die Sozialdemokraten verschiedener Richtungen und Länder eint, ist ihre Auffassung, daß die Einhaltung der Prinzipien der Demokratie (faktisch das bürgerliche Parlamentssystem) die Grundvoraussetzung für den Aufbau des Sozialismus sei. In der öffentlich proklamierten Absicht, die Gesellschaft in Richtung Sozialismus umgestalten zu wollen (der jedesmal anders definiert wird, wovon wir uns im weiteren überzeugen können) und dabei die Prinzipien einer „pluralistischen Demokratie“ zu beachten, sehen die Sozialdemokraten das allgemeinste Merkmal, das eine Partei zu der Erklärung berechtigt, sie stehe auf den Positionen des „demokratischen Sozialismus“.

Es existiert also keine einheitliche Konzeption, die von allen Parteien der Sozialistischen Internationale anerkannt wird. Es gibt auch keine Definition, die mehr oder weniger präzise das Wesen der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ ausdrückt. Das vermerken zum Beispiel auch die Herausgeber der „Briefe und Gespräche“ zwischen W. Brandt, B. Kreisky und O. Palme, in denen diese ihre Meinung zu Fragen der Theorie und Praxis des „demokratischen Sozialismus“ austauschen. In diesem Briefwechsel werden, so die Herausgeber, verschiedene Beschreibungen des „demokratischen Sozialismus“ gegeben, aber nicht ein einziger Vorschlag eingebracht, den man als endgültige Definition ansehen könnte.¹⁵ Auch in der derzeitigen Bernstein-Diskussion innerhalb der SPD wird aus dem Fehlen einer „fundierten sozialistischen Theorie“, einer davon abgeleiteten „strukturverändernden Reformstrategie“ oder „ökonomischen Transformationsstrategie“ durchaus kein Hehl gemacht. Die angebliche Notwendigkeit, auf Bernstein zu rekurrieren, wird gerade mit diesem Mangel

¹² XXI. Prinzipienklärung der Sozialistischen Internationale, beschlossen auf dem 1. Kongreß der Sozialistischen Internationale in Frankfurt a. M. 1951: Ziele und Aufgaben des Demokratischen Sozialismus, in: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin (West) – Bonn – Bad Godesberg 1973, S. 288.

¹³ Siehe: A. J. Day, Two Faces of Democratic Socialism, in: Socialist Commentary, London, V. 1971, S. 11.

¹⁴ Siehe: Opyt i perspektivy sovmeštnych dejstvij kommunistov i socialdemokratov, Moskva 1974, S. 271.

¹⁵ Siehe: W. Brandt/B. Kreisky/O. Palme, Briefe und Gespräche 1972 bis 1975, Frankfurt a. M.-Köln 1975, S. 10.

begründet. Darüber hinaus wird die Tatsache, daß der „demokratische Sozialismus“ bislang noch nicht realisiert worden ist, gleichfalls auf das Fehlen der notwendigen theoretischen Voraussetzungen zurückgeführt: „Wenn dennoch nirgendwo der Kapitalismus durch eine neue und bessere Ordnung des Demokratischen Sozialismus abgelöst wurde, so liegt das also nicht an den noch fehlenden objektiven, sondern an den unzulänglichen subjektiven oder theoretischen Voraussetzungen.“¹⁶

Es ergibt sich folgendes paradoxes Bild: „Am Beginn des 2. Jahr-[21]hunderts ihrer Existenz umfaßt die Sozialistische Internationale 52 Parteien auf allen Kontinenten. Diese demokratisch-sozialistischen Parteien zählen rd. 15 Millionen Mitglieder und sie haben die Unterstützung von 80 Millionen Wählern.“¹⁷ Und trotzdem verfügt die sozialdemokratische Bewegung über keine exakt ausgearbeitete Konzeption der gesellschaftlichen Umgestaltung.

Faktisch haben die Sozialdemokraten vor den im Kapitalismus herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen kapituliert, indem sie diese als der Natur des Menschen eigen betrachten und die Möglichkeit des Aufbaus einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung jedes Individuums die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller ist, als „marxistische Utopie“ ablehnen. Weil die Vertreter des „demokratischen Sozialismus“ gar nicht die Absicht haben, die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft praktisch, real zu verändern, brauchen sie auch keine wissenschaftlich erarbeitete Vorstellung von der Gesellschaft, die dem Kapitalismus theoretisch und ideologisch gegenüberzustellen wäre. Und daher betrachtet es die sozialdemokratische Bewegung im allgemeinen auch nicht als zwingend, über eine geschlossene Theorie zu verfügen, zu definieren, was „demokratischer Sozialismus“ – dieses, wie die Reformisten sagen, spezifische Gesellschaftssystem, das sie sowohl dem kapitalistischen System als auch dem Gesellschaftssystem des realen Sozialismus gegenüberstellen – eigentlich ist. Dieser Standpunkt wird dann auch immer wieder erneut in der sozialreformistischen Literatur mit deutlicher Frontstellung gegen den wissenschaftlichen Sozialismus vertreten und „begründet“. „Demokratischer Sozialismus“, heißt es zum Beispiel bei H. Scheer, einem Mitglied des Parteirates der SPD, begreift sich nicht als eine Folgekette von Zwischenschritten bis zur Erreichung eines fiktiven Ziel- oder Endzustands der Gesellschaft, sondern begreift sich als ‚ständige Aufgabe‘, mit immer neuen oder auch alten Mitteln zu immer neuen Zielen gegen immer erneut auftretende ungerechte, unfreiheitliche und unsolidarische Strukturen kämpfen zu müssen. ... Demokratischer Sozialismus ist modellartig nicht faßbar, nicht anhand eines handlichen Modells beschreibbar, er ist mit seinen aktuellen Zielen und Mitteln allein aus dem politischen Prozeß heraus erklärbar. Er kann sich nicht auf eine Theorie berufen, er darf diese eine Theorie gar nicht entwickeln wollen. ... Es kann also nicht darum gehen, jetzt krampfhaft ein theoretisches Gegenmodell zu orthodox-marxistischen Theorien zu entwickeln.“¹⁸ Allerdings sind sich die Sozialreformisten unserer Tage anscheinend über die Gefahr im klaren, die ihrer reformistischen, opportuni-[22]stischen, prinzipienlosen Praxis durch eine exakt ausgearbeitete, einheitliche und wissenschaftlich begründete theoretische Konzeption des tatsächlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus droht.

Doch ungeachtet der jahrzehntelangen Entwicklung der Ideen des „demokratischen Sozialismus“ und des Umfangs der gegenwärtigen theoretischen Bemühungen der Adepten dieser Ideen haben die Konturen dieser Konzeption in keiner Weise klarere Umrisse bekommen. Die Entwicklung vollzieht sich nicht in Richtung auf eine Vertiefung und Klärung ihrer theoretischen Grundlagen und Begriffe hin, sondern in Richtung auf eine zunehmende Gestaltlosigkeit und einen wachsenden Eklektizismus.

Dieser Eklektizismus fällt bei jeder beliebigen Darlegung des „demokratischen Sozialismus“ sofort ins Auge. Im theoretischen Organ der SPD „Die Neue Gesellschaft“ heißt es zum Beispiel: „Die christliche Lehre von der Ebenbildlichkeit des Menschen und ihre ethischen Maßstäbe, die proklamierten Menschenrechte der Französischen Revolution, Kants Aufklärung und Ethik, Hegels dialektische

¹⁶ H. Heimann/Th. Meyer (Hrsg.), Bernstein und der Demokratische Sozialismus. Bericht über den wissenschaftlichen Kongreß „Die historische Leistung und aktuelle Bedeutung Eduard Bernsteins“, Berlin (West) – Bonn 1978, S. 103.

Zu den politischen Absichten, die mit der Wiederbelebung Bernsteins im einzelnen verfolgt werden, siehe: R. Steigerwald, Im Namen Bernsteins: „Einheit“ wofür und wogegen?, in: Marxistische Blätter, Frankfurt a. M., 4/1978.

¹⁷ K. Czernetz, Eine Weltallianz der Sozialistischen Internationale, in: Die Zukunft, Wien, 9/10/1971, S. 1.

¹⁸ H. Scheer, Ein theoretisches Modell ist nicht nötig, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 7/1977, S. 608/609.

Geschichtstheorie, Marx' Kritik des Kapitalismus, Bernsteins kritischer Marxismus, Rosa Luxemburgs Spontaneitätstheorie und Bolschewismuskritik, Schumachers freiheitlicher Sozialismus, die neueren Beiträge von Ernst Bloch, Horkheimer und Adorno, Habermas, Leszek Kołakowski, Milovan Djilas und anderen sind sozusagen aufeinanderfolgende und nebeneinander wirkende Bewußtseinsakte eines demokratischen Sozialismus, die auf *ein* ethisches Motiv zurückzuführen sind.“¹⁹

Das Laster für Tugend ausgehend, preisen die Ideologen des Sozialreformismus die Unbestimmtheit des Begriffs „demokratischer Sozialismus“ als „Breite der Anschauungen“ der Sozialdemokratie, als „offene“ Ideologie. Sie stellen den Pluralismus als positives Moment hin, merken jedoch selbst, daß dieser in Wirklichkeit nur theoretische und praktische Ohnmacht, Prinzipienlosigkeit und Schwäche bedeutet, womit man heute nicht weit kommt und kein politisches Kapital gewinnen kann. Gerade deshalb wird der Ruf immer lauter, eine – wenn auch nur in den größten Zügen – einheitliche Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ aus die die Ansichten der sozialdemokratischen Bewegung Westeuropas insgesamt zum Ausdruck bringen soll. A. J. Day stellte bereits 1972 fest, daß innerhalb und außerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft das Bedürfnis nach einer einheitlichen sozialdemokratischen Konzeption der Organisation der Gesellschaft wächst. „Die Ideologie-Offensive der Sozialdemokratie“, sagte er, „ist dabei, diese Konzeption zu liefern.“²⁰

[23] Was derartige Ankündigungen wert sind, bewies ein halbes Jahrzehnt darauf der 13. Kongreß der Sozialistischen Internationale, der sogenannte Kongreß der Erneuerung. „Nur eines blieb auf diesem Kongreß der Erneuerung beim alten:“, schreibt der Persönliche Referent des Präsidenten der Sozialistischen Internationale, Th. Mirow, „das Grundsatzprogramm, das sich die Internationale bei ihrer Wiederbegründung nach dem Zweiten Weltkrieg 1951 in Frankfurt gegeben hatte. Ganz bewußt wollte man den prinzipiellen Auseinandersetzungen aus dem Wege gehen, die mit der Ausarbeitung eines neuen Programms verbunden gewesen wären. Der neue Start sollte nicht zusätzlich erschwert werden.“²¹

Die Diskussion von Problemen, die im Zusammenhang mit der Erweiterung der EWG vor den Sozialdemokraten stehen, wird nun schon etliche Jahre in den theoretischen Zeitschriften der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der EWG-Länder geführt.

So werden zum Beispiel bestimmte Materialien zu dieser Problematik in den Zeitschriften der verschiedenen Parteien gemeinsam veröffentlicht. Die gleichen Fragen tauchen auch immer wieder auf den Parteitag der sozialdemokratischen Parteien Westeuropas auf. Auf einem dieser Parteitage (im Juli 1971) wurde von dem belgischen Sozialisten A. Mozer vorgeschlagen, die Vorstellungen über eine künftige Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien unter Berücksichtigung der Erweiterung der EWG in einem Dokument darzulegen. Mozer schlägt vor, bei der Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms „kleine Schritte“ zu machen. Dazu zählt er den Vorschlag der SPD, einen Kongreß der sozialdemokratischen Parteien Westeuropas durchzuführen, auf dem die sozialen Systeme der Mitgliedsländer der EWG einer vergleichenden Analyse unterzogen und Möglichkeiten einer gegenseitigen Angleichung dieser Systeme ermittelt werden sollten. Weiter sollte eine Diskussion zwischen Parlamentariern einzelner Länder und dem Europäischen Parlament über die Tätigkeit übernationaler gesetzgebender und Vollzugsorgane geführt werden sowie die Beratung von zwei Programmen – eines allgemeinen und eines vom Büro der sozialistischen Parteien der Länder der EWG auszuarbeitenden Landwirtschaftsprogramms – organisiert werden. Es sollten ferner mit der Sozialdemokratie verbundene wissenschaftliche Institute mit der Ausarbeitung einzelner theoretischer Probleme beauftragt und verschiedene Seminare und Kolloquien durchgeführt werden.²²

¹⁹ H. W. Sabais, Demokratischer Sozialismus ist gesellschaftlich angewandter Humanismus, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 11/1972, S. 859. Vgl. u. a. auch: Rede Willy Brandts nach seiner Wahl zum SI-Präsidenten am 26. November 1976, in: K.-L. Günsche, K. Lantermann, Kleine Geschichte der Sozialistischen Internationale, a. a. O., S. 198; J. Le Garrec, Die Sozialistische Partei Frankreichs, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 8/1977, S. 638 ff., und Auszüge aus dem neuen Parteiprogramm der SPO, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 10/1978, S. 836 f.

²⁰ A. J. Day, Die ideologische Offensive der Sozialdemokratie, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 6/1972, S. 456.

²¹ Th. Mirow, Die Sozialistische Internationale heute – Chancen und Grenzen der internationalen Zusammenarbeit, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 8/1977, S. 646.

²² Siehe: A. Mozer, Europa und die Sozialdemokratie, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 4/1972, S. 252-257.

Die von Mozer angeführten Beispiele und auch solche Fakten wie die Gründung einer „Sozialistischen Akademie“, eines Karl-Renner-[24]Instituts in Osterreich, die beabsichtigte Gründung eines Instituts für demokratischen Sozialismus in der BRD und die bemerkenswerte Zunahme sozialdemokratischer Literatur zu theoretischen Fragen zeugen von den Anstrengungen, die in dieser Richtung unternommen werden.

Gleichzeitig darf das unterschiedliche Herangehen an die Grundideen der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ nicht außer acht gelassen werden, das die Ausarbeitung eines einheitlichen Dokuments, das der „Frankfurter Deklaration“ der Sozialistischen Internationale ähnlich wäre, wesentlich erschwert. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß diese Deklaration unter dem Einfluß des rechten Flügels der SPD und auf dem Höhepunkt des „kalten Krieges“ (1951) verfaßt wurde, als der in allen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Westeuropas herrschende Antikommunismus die zwischen ihnen vorhandenen Differenzen über andere prinzipielle Fragen in den Hintergrund gedrängt hatte.

Aber auch die Tendenz, einen Kompromißstandpunkt zu finden – eine Art Mittelding zwischen den Anschauungen der rechten Sozialdemokraten und der linken Sozialisten –, muß beachtet werden. Sie hat eine objektive Grundlage und ist in vielen Parteien zu beobachten. Die Veränderungen in der Sozialstruktur der Gesellschaft, die Erhöhung des Niveaus der beruflichen Bildung der Arbeiter, die zahlenmäßige Zunahme der Angestellten, das verstärkte Wachstum geistiger Bedürfnisse der werktätigen Schichten, die in Form von Programmforderungen formuliert werden – diese und andere Umstände wirken auf die soziale Basis der Sozialdemokratie und dementsprechend auch auf ihre Weltanschauung ein. Die Sozialdemokraten der BRD haben zum Beispiel den Begriff „neue Mitte“ geprägt. Willy Brandt, der diesen Begriff am meisten strapazierte, meinte, daß in der modernen kapitalistischen Gesellschaft eine Zwischenschicht entstehe, „die bewußten Bürger“, zu denen hochqualifizierte Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz zählten, die auch die Stütze der Sozialdemokratie bildeten. Diese „neue Mitte“ stelle die Frage nach weiterer Vervollkommnung der politischen und sozialen Demokratie, nach Erhöhung der „Lebensqualität“ immer schärfer. Brandt erklärte, daß die SPD in ihrer Tätigkeit dazu berufen sei, diese Forderungen zu realisieren.

Bei solcher Fragestellung erstarken auf den ersten Blick die Positionen derjenigen, die das Schwergewicht in ihren theoretischen Abhandlungen vor allem auf Probleme der „Freiheit und Solidarität“ gelegt haben, das heißt die Positionen der sozialdemokratischen Theo-[25]retiker der liberalen Richtung. Fakt ist jedoch, daß die Werktätigen der kapitalistischen Länder, wenn sie die Forderung nach politischer und sozialer Demokratie stellen, immer öfter die Frage nach dem ausbeuterischen Wesen der kapitalistischen Gesellschaft aufwerfen, das ein Hemmnis auf dem Weg zur wahren Befreiung darstellt. Die Konzeption der „Lebensqualität“, die von der Sozialdemokratie liberaler Richtung als Methode der Milderung dieses Widerspruchs angeboten wird, erlaubt es nicht, das Problem grundlegend zu lösen.

In den weiteren Ausarbeitungen zum „demokratischen Sozialismus“ erlangen daher die Ansichten der linken Sozialdemokraten, die sich an der marxistischen Analyse der kapitalistischen Gesellschaft orientieren, ein, immer größeres Gewicht. Sie nehmen übrigens auch in der Frage der „Lebensqualität“ eine andere Position ein.

In diesem Zusammenhang sind die Äußerungen des westdeutschen Sozialdemokraten P. v. Oertzen bemerkenswert, der sich bemüht, eine Position des Kompromisses zwischen der rechten Positionen vertretenden Parteiführung und den Jungsozialisten einzunehmen. In seinen „Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland“ entwickelt er Ideen, die, kurz gesagt, auf folgendes hinauslaufen: Die SPD erstrebe „durch eine Verbindung von Planung und Wettbewerb, durch öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht (ggf. auch mit dem Mittel der Vergesellschaftung), durch Mitbestimmung der Arbeitnehmer sowie durch eine planmäßige Sozial- und Bildungspolitik eine vielgestaltige, freiheitliche soziale Demokratie“. Die sozialdemokratische Politik sei daher notwendigerweise immer sowohl als auch „systemverändernd.“²³

²³ P. von Oertzen, Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, o. J., S. 23.

Die Anerkennung der Möglichkeit einer Vergesellschaftung von Produktionsmitteln und einer gesellschaftlichen Kontrolle der Tätigkeit der Monopole, der Hinweis auf „systemverändernde Reformen“ – hinter all dem lugt die Abkehr von der rechtssozialistischen Orthodoxie hervor.

Ähnliche Abweichungen (unterschiedlichen Grades) kann man auch bei anderen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien antreffen. In einigen Fällen nehmen sie die Form eines Kompromisses an, nämlich dann, wenn Sozialisten in theoretischen Fragen, zum Beispiel zu solchen Maßnahmen wie der Nationalisierung von Schlüsselzweigen der Industrie, ihr Einverständnis geben.

Diese und andere Fakten erlauben es, von einer sich in theoretischen Darlegungen der Sozialdemokratie abzeichnenden Linkstendenz zu sprechen. Das Wesen dieser Tendenz hat der westdeutsche Sozial-[26]demokrat P. Glotz in der Überschrift eines Artikels: „Demokratischer Sozialismus als linker Reformismus“²⁴ zum Ausdruck gebracht.

Man darf die Bedeutung dieser Tendenz nicht überschätzen, denn wir haben es auch in diesem Fall nur mit einer notwendig gewordenen Modifizierung von Ansichten jenes Teils der Sozialdemokraten zu tun, der sein theoretisches und politisches Credo in der „Frankfurter Deklaration“ der Sozialistischen Internationale dargelegt hat. Man darf sie aber auch nicht außer acht lassen, weil in der Regel hinter dieser Tendenz jene Kräfte der Sozialdemokratie stehen, deren ideologische Vorstellungen sich in bestimmtem Maße den fortschrittlichen Kräften der Arbeiterklasse nähern. Eine sorgfältige Einschätzung der im Rahmen der allgemeinen Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ zu verzeichnenden Unterschiede, eine gründliche Analyse der Entwicklung der Ideen auf dem Gebiet der sozialdemokratischen Theorie – das sind wichtige Bedingungen, die es den Kommunisten erlauben, die Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen mit Sozialdemokraten besser zu erfassen und folglich auch die Zusammenarbeit im praktischen Kampf für die Interessen der werktätigen Massen erfolgreicher zu entwickeln.

Wir können zusammenfassend sagen, daß der sogenannte Pluralismus der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ eine unmittelbare Widerspiegelung der politischen Unbestimmtheit der sozialdemokratischen und sozialreformistischen Bewegung ist. Die ideologische Zerfahrenheit, das theoretische Schwanken des „demokratischen Sozialismus“ widerspiegelt politische Zerfahrenheit und Schwankungen, das Taumeln von einer Seite auf die andere Seite innerhalb dieser Bewegung.

Die Entwicklung der Ideen des „demokratischen Sozialismus“ stellt nichts anderes dar als eine theoretische Widerspiegelung des sich im Lauf der Geschichte vollziehenden Prozesses zunehmender Differenzierung, der Spaltung in den Reihen des Sozialreformismus. Der Pluralismus dieser Konzeption ist ideologischer, theoretischer Ausdruck der fehlenden Einheit und Festigkeit jener politischen Bewegung, der sie als ideologisches Instrument dient.

Dabei muß man jedoch in Betracht ziehen, daß die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ während ihrer gesamten Entwicklung ganz eindeutig gegen den Marxismus-Leninismus und den realen Sozialismus gerichtet bleibt.

Es kann also festgestellt werden, daß es absolut unmöglich ist, die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ als geschlossene, einheitliche, klar umrissene Theorie und Ideologie des gegenwärtigen [27] sozialdemokratischen und sozialistischen Reformismus darzustellen, da die Sozialdemokraten und Sozialisten eine derartige Konzeption einfach nicht haben.

²⁴ Siehe: P. Glotz, Demokratischer Sozialismus als linker Reformismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, a. a. O., vom 9.6.1973, S. 3.

Zum Verhältnis zwischen Linken und Rechten in der SPD und seiner Entwicklung vgl. u. a.: H. Wiczorek-Zeul, Jusos in der Krise, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 7/1977, S. 593 ff.; H. Scheer, Ein theoretisches Modell ist nicht nötig, in: Ebenda, S. 606 ff., und H. Schumacher, Ein neuer Anfang? Zum Juso-Bundeskongreß, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 3/1978, S. 230 ff. Zu diesem Verhältnis in der SPÖ und seiner Gestaltung siehe u. a.: „Ich traue den Kommunisten nicht“. Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky über Sozialdemokraten, Eurokommunismus und Entspannung (Gespräch), in: Der Spiegel, a. a. O., 11/1977, S. 134 ff.; A. K. Konecny, Programm-Parteitag der SPÖ – mehr als ein Jubelfest, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 7/1978, S. 556-558.

Um zu verstehen, was „demokratischer Sozialismus“ ist und was sein Pluralismus bedeutet, muß man einerseits einen historischen Exkurs unternehmen, die Entwicklung des Herangehens der Sozialreformisten an prinzipielle Fragen der gesellschaftlichen Umgestaltung zurückverfolgen und zeigen, welche politischen Kräfte die pluralistisch Unbestimmtheit des „demokratischen Sozialismus“ hervorrufen. Andererseits muß man bei der Untersuchung der gegenwärtigen Konzeption des demokratischen Sozialismus“ den Unterschied herausarbeiten zwischen den Doktrinen des „demokratischen Sozialismus“, die von den verschiedenen Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie vertreten werden, und den Doktrinen der theoretisch und praktisch an sie angrenzenden gegenwärtigen linken sozialistischen reformistischen Bewegung.

[28]

Woher kommt und wohin strebt der Pluralismus des „demokratischen Sozialismus“?

Die Geschichte des „demokratischen Sozialismus“ hat ihre Wurzeln in der Entstehung des Opportunismus und Revisionismus. Die Ursachen für die Entstehung des Opportunismus in der Arbeiterbewegung und die Geburt des Revisionismus als ideologische Strömung wurden von marxistischen Wissenschaftlern verschiedener Länder aufgedeckt, insbesondere in den Arbeiten W. I. Lenins, wie „Marxismus und Revisionismus“, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“. Die objektiven sozialen Quellen des Opportunismus und des Revisionismus erblickte Lenin vor allem in den kleinbürgerlichen Schichten der Gesellschaft. Diese Schichten, sagte er, „umgeben das Proletariat von allen Seiten mit einer kleinbürgerlichen Atmosphäre, durchtränken es damit, demoralisieren es damit, rufen beständig innerhalb des Proletariats Rückfälle in kleinbürgerliche Charakterlosigkeit, Zersplitterung, Individualismus, abwechselnd Begeisterung und Mutlosigkeit hervor“²⁵.

Die Hauptursachen für die Entstehung opportunistischer und revisionistischer politischer Strömungen in der Arbeiterbewegung sah Lenin im Einwirken bürgerlicher und kleinbürgerlicher Ideologie auf die Arbeiter, aber auch in einem Druck des Imperialismus auf die Arbeiterklasse, den dieser vermittelt durch Korruption von Oberschichten der Arbeiterklasse und der damit einhergehenden Formierung einer „Arbeiteraristokratie“ und einer „Arbeiterbürokratie“ ausübt. Lenin deckte die soziale Basis des Opportunismus und Revisionismus in der Arbeiterbewegung auf und gab zugleich eine erschöpfende prinzipielle Charakteristik dieser politischen Strömungen. Den kleinbürgerlichen Reformismus charakterisierte er als „mit biederem demokratischen und sozialdemokratischen Phrasen und ohnmächtigen Wünschen verbrämtes Lakaiertum vor der Bourgeoisie“²⁶. Er zeigte, daß die Revisionisten – welches auch immer ihre subjektiven Absichten gewesen [29] sein mögen – objektiv auf Seiten des Kapitalismus, nicht des Sozialismus, stehen.

Lenin entlarvte auch das Wesen der revisionistischen Politik: „Die Haltung von Fall zu Fall festlegen, sich an Tagesereignisse, an das Auf und Ab im politischen Kleinkram anpassen, die Grundinteressen des Proletariats, die Grundzüge der ganzen kapitalistischen Ordnung und die gesamte kapitalistische Entwicklung vergessen, diese Grundinteressen um wirklicher oder vermeintlicher Augenblicksvorteile willen opfern – darin besteht die revisionistische Politik.“²⁷

Die Ausarbeitung der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ begann in der deutschen Sozialdemokratie und ist in erster Linie mit den Namen Lassalle, Bernstein und Kautsky verbunden. Diese Vertreter der Sozialdemokratie entwickelten Thesen, die später für die Ausarbeitung einer Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ als Grundlage dienten. Die Thesen Ferdinand Lassalles über die Möglichkeit des friedlichen Hineinwachsens der Arbeiterbewegung in den Sozialismus mit Hilfe des Wahlrechts, die Betrachtung des Staates als eine über den Klassen stehende Institution standen im Widerspruch zu den Grundthesen des Marxismus. Die Ideen Lassalles wurden von Bernstein aufgenommen und weiterentwickelt.

Eduard Bernstein kann man zu den „Taufpaten“ der Ideen zählen, die der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ zugrunde liegen. Seine These, daß die Sozialdemokratie ihr Hauptaugenmerk auf Reformen als Hauptweg zum Sozialismus richten muß, wurde richtungweisend für die ideologische Plattform des Revisionismus. In einer Artikelserie in dem theoretischen Organ der SPD „Die Neue Zeit“ (1897 bis 1898)²⁸ versuchte er erstmalig, die Rolle der Sozialdemokratie als Partei sozialer Reformen, die auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft agiert, theoretisch zu begründen: In

²⁵ W. I. Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1972, S. 29.

²⁶ W. I. Lenin, Neue Zeiten, alte Fehler in neuer Gestalt, in: Werke, Bd. 33, Berlin 1963, S. 1.

²⁷ W. I. Lenin, Marxismus und Revisionismus, in: Werke, Bd. 15, Berlin 1963, S. 26.

²⁸ Siehe: E. Bernstein, Der Sozialismus und die gewerbliche Arbeit der Jugend (S. 37-44), Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft (S. 548-557), Kritisches Zwischenspiel (S. 740-751), in: Die Neue Zeit, Stuttgart, 1897-1898, Bd. 1, sowie auch seine Schrift: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Hamburg 1969.

diesen Artikeln entwickelte er die These: „Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles“,²⁹ die in der Folge zur ideologischen Parole der sozialdemokratischen Bewegung wurde. Bernstein selbst nahm jedoch an, er gehe von den Positionen des Marxismus aus, und zählte sich zu den kritischen Schülern von Marx. Im Jahre 1919 sagte er in einer Rede in Berlin: „Der Sozialismus ist die Summe der sozialen Forderungen und naturgemäßen Bestrebungen der zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und der Aufgaben ihrer Klasse gelangten Arbeiter in der modernen kapitalistischen Gesellschaft.“³⁰ Er schloß also in dieser Periode die Idee des Klassenkampfes des Proletariats nicht aus, war aber der Ansicht, daß es die Erweiterung der Demokratie zuläßt, diesen Kampf auf friedlichem Wege zu führen. Später [30] im Jahre 1924, erklärte Bernstein in seinem Vortrag „Was ist Marxismus“ sogar: „In ihren Kerngedanken ist die Marxsche Lehre längst von den Sozialisten aller Länder akzeptiert, liegt sie den Programmen aller sozialistischen Parteien zugrunde ...“³¹

Dergestalt erkannte der Revisionismus in seiner ursprünglichen Form den Marxismus formal als theoretische Grundlage an, entstellte ihn aber in seinem Wesen. Es ginge nur, so meinten Bernstein und seine Nachfolger, um eine Veränderung der Taktik entsprechend den veränderten Bedingungen in den kapitalistischen Ländern. Spätere Anhänger der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ (so beispielsweise der westdeutsche Theoretiker G. Bartsch im Jahre 1966) geben zu: „Eine seiner (des Revisionismus – d. A.) größten Schwächen war, daß er sich weitgehend auf eine Kritik des Marxismus beschränkte, ohne ihm eine neue Theorie entgegenzustellen ... Bernstein hat sein ‚Kapital‘ niemals geschrieben.“³² Allerdings ist Bernstein – wie die derzeitige Bernstein-Diskussion in der SPD sehr deutlich zeigt – für die modernen Bernstein-Epigonen gerade wegen dieser Kritik am Marxismus wieder interessant geworden. Der übertriebenen Erwartung, daß Bernsteins Ideen als Bausteine oder gar als Fundament einer Theorie des „demokratischen Sozialismus“ dienen könnten, wird auch gegenwärtig von Sozialreformisten selbst widersprochen. So kann Bernstein, nach Johano Strassers Feststellung, das für die Sozialdemokratie derzeit dringend notwendige „Leitbild eines anderen und besseren Gesellschafts- und Lebenszusammenhangs ... nicht vermitteln“. Ergo sei Bernstein „heute wie zu seiner Zeit ... als Führungsfigur der Arbeiterbewegung nicht geeignet“.³³

Für die Konzeption Bernsteins ist eine innere Widersprüchlichkeit charakteristisch. Einerseits enthält sie die Anerkennung der Notwendigkeit des Klassenkampfes des Proletariats. Gleichzeitig werden in ihr aber die Prinzipien der Demokratie, der Bewahrung von Rechten und Freiheiten in einer Weise ausgelegt, daß der Klassenkampf faktisch ausgeschlossen und der auf dem Prinzip des Privateigentums beruhende kapitalistische Staat stillschweigend anerkannt wird. Diese Widersprüchlichkeit gab die Möglichkeit für ein unterschiedliches Herangehen an die weitere Entwicklung der Konzeption „des „demokratischen Sozialismus“.

Die verschiedenen Auslegungen der Konzeption Bernsteins haben sich im Prozeß der Weiterentwicklung der Ideen des „demokratischen Sozialismus“ in zwei Grundrichtungen geteilt.

Eine von ihnen hat sich der Ausarbeitung von Problemen der Freiheit und Demokratie zugewandt und will dabei von einer „über den [31] Klassen“ stehenden Position ausgehen. Das ist auch der Grund für ihre Annäherung an die ideologischen Positionen der bürgerlichen Liberalen. In der sozialdemokratischen Literatur wird diese Richtung als liberal oder linksliberal bezeichnet. Erinnern wir uns, daß bereits Kautsky den Sozialismus in der Vorstellung Bernsteins „Vollendung des Liberalismus“³⁴

²⁹ E. Bernstein, Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft, in: Die Neue Zeit, a. a. O., 1897/98, Bd. 1, S. 556.

³⁰ E. Bernstein, Was ist Sozialismus? in: Ein revisionistisches Sozialismusbild. Drei Vorträge von Eduard Bernstein, Hannover 1966, S. 27.

³¹ E. Bernstein, Was ist der Marxismus? Eine Antwort auf eine Hetze, Berlin 1924, S. 3.

³² G. Bartsch, Totalitärer, marxistischer oder demokratischer Sozialismus?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, a. a. O., vom 13.7.1966, S. 10.

³³ J. Strasser, Einige Bemerkungen zur aktuellen Bedeutung Eduard Bernsteins, in: H. Heimann/Th. Meyer (Hrsg.), Bernstein und der Demokratische Sozialismus. Bericht über den wissenschaftlichen Kongreß „Die historische Leistung und aktuelle Bedeutung Eduard Bernsteins“, a. a. O., S. 117.

³⁴ K. Kautsky, Bernstein und das Sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik, Berlin (West) – Bonn – Bad Godesberg 1976, S. 182.

genannt hatte. Ein halbes Jahrhundert danach wiederholte einer der heutigen Vertreter der liberalen Richtung der Sozialdemokratie, B. Kreisky, faktisch den gleichen Gedanken, indem er erklärte: „... die Ideen des Liberalismus haben schon vor Jahren einen neuen Siegeszug angetreten ...“³⁵.

Dabei versuchen die Sozialdemokraten der „liberalen“ Richtung zu beweisen, daß sich ihre Position von der der Ideologen des bürgerlichen Liberalismus unterscheidet. So schreibt ein Theoretiker der österreichischen Sozialdemokratie, N. Leser: „Man könnte den Sozialismus historisch geradezu als eine Fortsetzung des Liberalismus und seines emanzipatorischen Grundanliegens mit tauglicheren Mitteln, gleichzeitig aber als dessen Überwindung verstehen und definieren.“³⁶

Willy Brandt, der der Ähnlichkeit der Positionen von Sozialdemokraten und Liberalen große Aufmerksamkeit gewidmet hat, ist ebenfalls bemüht, die Orientierung des „demokratischen Sozialismus“ auf den Liberalismus zu begründen: „Wir nehmen die Liberalität, die sich aus dem Grundgesetz herleitet, ernst und verstehen sie vital, nicht museal – expansiv, nicht restriktiv.“³⁷ Weiter hebt er hervor: „Wir wissen, daß sich die Liberalität der Gesellschaft vor allem auch an jener sozialen Gerechtigkeit erweisen muß, die der Existenz der Bürger ein sicheres Fundament gibt. Liberalität in diesem Sinne ist ... eines der ursprünglichen Anliegen meiner eigenen Partei.“³⁸

Formal verneinen die Sozialdemokraten „liberaler“ Richtung den Marxismus nicht, faktisch aber entstellen sie ihn: Sie wenden sich im wesentlichen nur dem Teil des theoretischen Erbes von Marx und Engels zu, in dem die Fragen behandelt werden, die mit der Rolle der Persönlichkeit, mit der Sicherung von Rechten und Freiheiten des Individuums zusammenhängen, und reißen diese künstlich aus dem allgemeinen konzeptionellen Herangehen des Marxismus an die Probleme der Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft heraus. Von da rührt ihr besonderes Interesse an den frühen Arbeiten von Marx.³⁹

Die andere Richtung der Entwicklung der Ideen des „demokratischen Sozialismus“ wird als „marxistisch“ bezeichnet. Sie wird von Sozialdemokraten vertreten, die eine Reihe von Grundaussagen des Marxismus anerkennen, unter anderem die Notwendigkeit revolutionärer Umgestaltungen in der Gesellschaft, dabei aber die Diktatur [32] des Proletariats verneinen und die Methoden des Aufbaus einer neuen Gesellschaft in den sozialistischen Ländern der Kritik unterziehen.

Die theoretischen Differenzen, die bei der Formierung dieser beiden unterschiedlichen Standpunkte zum Ausdruck kamen waren schon in der Zeit des Entstehens der Sozialdemokratie zu bemerken. So entstanden in England im Jahre 1884 gleichzeitig die „Revolutionäre sozialdemokratischen Föderation“, die sich theoretisch auf Marx stützte, und die Fabiergesellschaft, die zu ihren geistigen Vätern die Ideologen des Liberalismus J. Bentham und J. St. Mill erwählte.

Die Spaltung der SPD und die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) im Jahre 1917 waren auf die Unzufriedenheit einfacher Sozialdemokraten mit der revisionistischen Politik der SPD-Führung zurückzuführen. Zur Leitung dieser neuen Partei gehörten auch Eduard Bernstein und Karl Kautsky. Allerdings nahmen die Führer der USPD zentristische Positionen ein und konnten die Forderungen der linken Kräfte in der Sozialdemokratie nicht befriedigen. Wichtig ist aber in diesem Zusammenhang, daß die ursprüngliche Entwicklung der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ von Theoretikern ausging, die formal auf den Positionen des Marxismus standen und nicht vom Liberalismus ausgingen. Doch die weitere Entwicklung dieser Konzeption führte zu

³⁵ B. Kreisky, Viele sind revolutionär aus Bequemlichkeit, in: Der Spiegel, a. a. O., vom 28.2.1972, S. 111.

³⁶ N. Leser, Der Auftrag des österreichischen Sozialismus, in: Rote Markierungen. Beiträge zur Ideologie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie, Wien – München – Zürich 1972, S. 134. Vgl. auch: B. Kreisky, Begrüßungsansprache auf dem Hamburger SPD-Parteitag vom 15.-19. November 1977, Congress-Centrum, Unkorrigiertes Protokoll vom 16.11.1977, S. 3 f.

³⁷ Perspektiven der Neuen Mitte. Rede des Bundeskanzlers in München zur Verleihung des Theodor-Heuss-Preises in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, vom 5.2.1974, S. 126.

³⁸ Ebenda. Vgl. auch: Rede Willy Brandts nach seiner Wahl zum SI-Präsidenten am 26. November 1976, in: K.-L. Gün-sche, K. Lantermann, Kleine Geschichte der Sozialistischen Internationale, a. a. O., S. 196 und 200.

³⁹ Vgl. u. a.: L. S. Senghor (Senegal), Sozialismus und Freiheit, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 8/1977, S. 669 II., und die Rezension zu „Spreu und Weizen“ von F. Mitterrand, München 1977, in: Ebenda, S. 697 ff.

einem immer weiteren Abrücken vom Marxismus, war nichts anderes als eine zunehmende Annäherung an die theoretischen Positionen des bürgerlichen Liberalismus.

Diese zwei Richtungen in der theoretischen Begründung der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ stellen sich in den verschiedenen Parteien verschieden dar – abhängig von den konkreten Bedingungen in dem jeweiligen Land. Bisweilen nähern sie sich einander an, vermischen sich zeitweilig und trennen sich danach wieder. Auf diese Weise spiegeln sie die komplizierten Prozesse wider, die in der sozialdemokratischen Bewegung vor sich gehen. Zugrunde liegt ihnen die Verschiedenartigkeit der sozialen Basis der Sozialdemokratie, zu der außer bedeutenden Abteilungen der Arbeiterklasse auch soziale Gruppen gehören, die Träger kleinbürgerlicher Ideologie sind. Zu berücksichtigen ist dabei, daß sich diese Prozesse unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft vollziehen, in der die herrschenden Positionen der Bourgeoisie und der Charakter der Beziehungen des Privateigentums die bestimmenden Faktoren auf allen materiellen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens und in der geistigen Sphäre sind, und daß sich dies direkt oder indirekt im Bewußt-[33]sein der Schichten, auf die die sozialdemokratische Bewegung Einfluß ausübt, widerspiegelt.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen der zunehmenden Vertiefung der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft einerseits und des wachsenden Einflusses der sozialistischen Länder auf die gesellschaftliche Entwicklung in der Welt andererseits hat sich die ideologische Abgrenzung innerhalb der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, die sich seit der Entstehung des Sozialreformismus im Verborgenen fortgesetzt hat, vertieft. Bedeutende Veränderungen sind heute auch in der sozialen Zusammensetzung der Parteien der Sozialistischen Internationale vor sich gegangen. Die Sozialdemokratie, die ein kompliziertes Konglomerat politischer Kräfte darstellt, versucht sich auch weiterhin vor allem auf die Arbeiterklasse zu stützen. Sie hat aber in den letzten Jahrzehnten einen großen Teil der Mittelschichten (Angestellte, Intelligenz, Kleinunternehmer, Handwerker) in sich aufgenommen, wie auch einen Teil der studentischen Jugend, die sich in wachsendem Maße aus Angestelltenfamilien, deren sozialer Status sich dem der Arbeiter nähert, und aus Familien von Arbeitern und Bauern rekrutiert. Die Veränderung der sozialen Zusammensetzung mußte sich auf die Weltanschauung der Parteien auswirken. Die oft angewandte Redensart, daß in der Brust der Sozialdemokratie zwei Seelen wohnen, eine proletarische, klassenverbundene und eine kleinbürgerliche, verlangt eine Präzisierung. Kleinbürgertum, Orientierung auf Konsumwerte der kapitalistischen Gesellschaft findet nach wie vor seinen Nährboden bei den kleinen Unternehmern und Handwerkern, deren Leben durch die Logik der kapitalistischen Produktionsweise bedingt ist. Es wurzelt aber auch in jenen Schichten der Angestellten und Arbeiter, bei denen die Verbesserung des sozialen Status nicht von ideologischer Entwicklung, von einer Entwicklung des Klassenbewußtseins begleitet war.

Außerdem hat ein Teil der Mittelschichten, insbesondere hochbezahlte Angestellte, gewisse Korrekturen in die Wertorientierung der Sozialdemokratie eingebracht. Während einfache Angestellte, Studenten und Fachschüler, deren Zahl ständig wächst, sich ihrer Lage nach der Arbeiterklasse nähern und eine gemeinsame Sprache mit ihr finden (besonders bei der Formulierung von Forderungen, die mit der realen Sicherung der Rechte der Lohnarbeiter auf Leitung der Produktion und der Gesellschaft auf den verschiedensten Ebenen zusammenhängen), treten hochbezahlte Angestellte, höhere Beamte des Staatsapparates und Manager, für eine „technokratische“ Lösung sozialer Probleme der kapitalistischen Gesellschaft ein, wobei sie sich [34] an die Wertorientierungen halten, die der bürgerlich-liberalen Anschauung nahekommen.

Dabei ist, wie bereits gesagt, zu beachten, daß sich die Anschauungen in der Sozialdemokratie im geistigen Klima der kapitalistischen Gesellschaft herausbilden, in der die bürgerliche Ideologie – dazu bestimmt, die Grundlagen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu verteidigen – die herrschende Position einnimmt.

Die Anschauungen der verschiedenen sozialen Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie finden ihren Ausdruck in der Herausbildung verschiedener ideologischer Standpunkte, in unterschiedlichen theoretischen Ausarbeitungen der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“. In den Parteien, in denen der Ökonomismus, der Trade-Unionismus herrscht, fehlen seriöse theoretische Ausarbeitungen

der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“. Hier tritt der Reformismus völlig bloß in Erscheinung.

In den Parteien, in denen die Traditionen des politischen Kampfes der Arbeiterklasse lebendig sind und in denen Angestellte, Fachschüler und Studenten stark vertreten sind, tendieren die theoretischen Ausarbeitungen entweder zum Marxismus oder zum bürgerlichen Liberalismus. Letzterer wurde in den vergangenen Jahren durch technokratische Konzeptionen auf der Basis des „kritischen Rationalismus“ ergänzt.

Englische Kenner der Sozialdemokratie, J. Gyford und S. Haseler⁴⁰, kamen zu dem Schluß, daß es zwei Typen von sozialdemokratischen Parteien gibt, solche, die ihre Tätigkeit in erster Linie mit der Lösung sozialer Probleme verbinden, und jene, die das Hauptgewicht darauf legen, die mit moralisch-ethischen Werten und Fragen der Demokratisierung zusammenhängenden Probleme zu bearbeiten. Das Gesicht der erstgenannten Parteien werde von den werktätigen Massen, das der zweiten von den Mittelklassen und deren Wertsystemen bestimmt.

Die von den englischen Wissenschaftlern vorgenommene Systematisierung leidet an einer bestimmten Vereinfachung bezüglich der Wertorientierungen der Arbeiterklasse und anderer Schichten werktätiger Massen; deren Interessen werden auf elementare Forderungen nach Verbesserung der Lebensbedingungen reduziert. Nichtsdestoweniger bestätigt diese Systematisierung die Existenz unterschiedlicher theoretischer Positionen in den Reihen der Sozialdemokratie.

Bei aller Verschiedenartigkeit dieser Positionen ist es möglich, sie in drei große Gruppen zusammenzufassen: in die pragmatische Position (die faktisch der theoretischen Ausarbeitung einer Konzeption [35] des „demokratischen Sozialismus“ ausweicht), in die auf den bürgerlichen Liberalismus in sozialdemokratischer Interpretation orientierte Position und in die auf den Marxismus in sozialdemokratischer Interpretation orientierte Position. Dazu muß allerdings bemerkt werden, daß eine solche Klassifikation nur ein ganz allgemeines Bild liefern kann.

Innerhalb der sozialdemokratischen Parteien, deren Mitglieder nicht an exaktes wissenschaftliches Denken gewöhnt sind, stößt man auf die verschiedensten Kombinationen von Meinungen. Aber dennoch gibt es eine Wechselbeziehung zwischen theoretischen Ansichten und politischen Überzeugungen. In der Regel orientieren sich die Linken in den Parteien und die linken Parteien in der Sozialistischen Internationale auf den Marxismus, die Rechten hingegen auf den Liberalismus. Die Gemäßigten bemühen sich in ihren konzeptionellen Konstruktionen, Elemente des Liberalismus und des Marxismus zu verbinden.

Was ergibt sich aus dieser Klassifikation, wenn man die theoretische Arbeit der westeuropäischen Parteien der Sozialistischen Internationale betrachtet? Zu den Parteien, die der Erarbeitung einer Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ die größte Aufmerksamkeit widmen, gehören die SPD und die SPÖ. Der Systematisierung von Gyford und Haseler zufolge sind das liberal-progressive Parteien. Der Kern der ältesten Theoretiker dieser Parteien verschmilzt in seinen Anschauungen mit den Positionen des Liberalismus. Doch hat in diesen Parteien, die einen starken Einfluß des Marxismus erfahren haben, in den letzten Jahren der linke Flügel erneut die Aufmerksamkeit seiner Parteien auf den Marxismus gelenkt. Auch die „gemäßigten“ Theoretiker erkennen – mit Vorbehalten – den Marxismus an.

In letzter Zeit nähern sich der Gruppe der „liberal-progressiven“ Parteien allmählich die Sozialdemokraten Schwedens, in deren programmatischen Schriften Fragen der moralisch-ethischen Werte, der politischen und ökonomischen Demokratie immer mehr in den Vordergrund treten, wovon das letzte Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens (1975) zeugt.

Als Parteien, die auf den Positionen des Marxismus stehen, bezeichnen sich die französischen, belgischen und italienischen Sozialisten. Neueren theoretischen Arbeiten von Sozialisten Portugals und

⁴⁰ Siehe: J. Gyford/S. Haseler, *Social Democracy: Beyond Revisionism*, London 1971 (Rezension dazu in: *Socialist Affairs*, London, 7/1971).

Spaniens nach zu urteilen, zählen sie sich zur Gruppe des „südeuropäischen demokratischen Sozialismus“.

Zu pragmatischen Parteien kann man die Labour Party, die Sozial-[36]demokraten Dänemarks, Norwegens, Hollands und Finnlands zählen. Doch auch in diesen Parteien haben die linken Gruppierungen ihre theoretische Arbeit bedeutend verstärkt, und sie erheben Forderungen, von denen viele dem Marxismus entlehnt sind. Andererseits verneinen die Rechten in diesen Parteien, indem sie ihre Positionen theoretisch zu begründen versuchen – wie zum Beispiel die „Sozialdemokratische Allianz“ in der Labour Party –, kategorisch den Marxismus und neigen sich den Werten des bürgerlichen Liberalismus zu.

Die Tatsache, daß sich durch die gesamte Ideengeschichte der Sozialdemokratie einerseits der Einfluß des Marxismus, andererseits der des bürgerlichen Liberalismus zieht, wird von den Sozialdemokraten selbst anerkannt. Sie betonen allerdings, daß der „demokratische Sozialismus“ den Marxismus und den Liberalismus auf eigene Weise interpretiere. Der marxistischen Lehre entnimmt der „demokratische Sozialismus“ angeblich die Methodologie und die Auffassung von der Notwendigkeit einer aktiven Lösung sozialer Probleme. Den Liberalismus verbindet der „demokratische Sozialismus“ angeblich mit der realen Sicherung der Grundwerte der menschlichen Gesellschaft – Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

In Wirklichkeit aber trägt die Entlehnung der Methodologie aus dem Marxismus – nach Verwerfung seiner Theorie, das heißt vor allem der Lehre vom Sozialismus als erster Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation – in der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ absolut formalen Charakter. Denn es gibt im Marxismus keine Methodologie, die eine selbständige Ergänzung zu seiner Theorie, zum System seiner Anschauungen über die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und der revolutionären Umgestaltung der sozialen Wirklichkeit darstellen würde. System und Methodologie des Marxismus sind organisch miteinander verbundene Momente seiner Lehre. Die marxistische Theorie, die die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung widerspiegelt, tritt gleichzeitig als allgemeine Methodologie der Erkenntnis und der Umgestaltung der sozialen Wirklichkeit auf. Deshalb ist es unmöglich, die Methodologie des Marxismus anzuwenden und dabei bestimmte Momente seiner Theorie, seiner Lehre von der gesellschaftlichen Entwicklung zu verwerfen. Die Ablehnung theoretischer Thesen des Marxismus bedeutet in Wirklichkeit auch die Ablehnung der marxistischen Methodologie. Deshalb ist die Berufung „demokratischer Sozialisten“ auf die Anwendung der Methodologie des Marxismus bei Ablehnung seiner Lehre vom Sozialismus, von der sozialistischen Revolution, der Diktatur des Proletariats usw. nur ein demagogisches [37] Manöver und eine leere Phrase, die den Anschein erwecken soll, als seien sie dem „wahren“ Marxismus treu ergeben. In der Arbeiterklasse soll so die Illusion erweckt werden, daß die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ marxistischen Charakter trage. Die revolutionäre Methodologie des Marxismus kann aber nicht mit dem Liberalismus des „demokratischen Sozialismus“ vermengt werden. Daher sucht man in diesem auch die marxistische Methodologie, das marxistisch-revolutionäre Herangehen an die Erkenntnis und die Umgestaltung der sozialen Wirklichkeit vergebens. Entweder Marxismus in Theorie und Methodologie (Marxismus als Ganzes und mit allen Konsequenzen) oder theoretisch-methodologischer Liberalismus – eine andere reale Alternative gibt es nicht. Vereinigung von marxistischer Methodologie und liberalistischer Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung ergibt einen theoretisch-methodologischen Mischmasch, der sich als konsequenter Liberalismus und als immer weiteres Abrücken vom Marxismus erweist, wovon die gesamte Praxis des „demokratischen Sozialismus“ zeugt.

Dem Pluralismus der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ lag nicht nur Bernsteins Idee von der „Humanisierung“ des Klassenkampfes zugrunde. Eine gewisse Rolle haben auch die revisionistischen Arbeiten Karl Kautsky gespielt⁴¹, die sich gegen das Wichtigste in der marxistischen

⁴¹ Kautsky ist einer der ersten in der Sozialdemokratie, der den Terminus „demokratischer Sozialismus“ benutzt hat. 1927 schrieb er: „Führten in der christlichen Gesellschaft des Mittelalters alle Wege nach Rom, so führen heute alle Wege des Proletariats zur Demokratie und zum demokratischen Sozialismus.“ (K. Kautsky, Die materialistische Geschichtsauffassung, 2., durchges. Aufl., Berlin 1927, Bd. 2: Der Staat und die Entwicklung der Menschheit, S. 538).

Theorie, gegen die Lehre von der Diktatur des Proletariats, richteten. Es ist äußerst kennzeichnend, wie die Ideen Kautskys über den „antidemokratischen“ Charakter der Diktatur des Proletariats, wie die von ihm verkündete Abkehr vom klassenmäßigen Herangehen an die Probleme der Demokratie und der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat dazu beigetragen haben, den „demokratischen Sozialismus“ in den Sumpf des Antikommunismus zu führen.

Kautsky hat noch 1909 in seiner Arbeit „Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution“⁴² die Notwendigkeit von Entscheidungskämpfen um die Macht in der „revolutionären Ära, die anhebt ...“⁴³, bejaht. Das war, nach Lenins Worten, das letzte und beste Werk Kautskys gegen die Opportunisten.⁴⁴ Doch schon in seiner nächsten Arbeit (1914), „Der politische Massenstreik. Ein Beitrag zur Geschichte der Massenstreikdiskussionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie“, erklärte er, daß das parlamentarische System den „unteren Klassen ermöglicht, zur Beherrschung von Gesetzgebung und Regierung zu gelangen“,⁴⁵ und daß man selbst im Falle eines Weltkrieges und einer durch diesen hervorgerufenen Revolution auf parlamentarische Mittel vertrauen müsse. Am ausge-[38]prägtesten sind die revisionistischen Ansichten Kautskys in seiner Arbeit „Die Diktatur des Proletariats“ (1918)⁴⁶, in der er die Partei der Bolschewiki wegen einer angeblichen Nichteinhaltung der „Demokratie“ in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution kritisiert.

Diese Arbeit Kautskys war für die theoretische Begründung des Antikommunismus, den die Sozialdemokratie eben seit dieser Periode zu praktizieren begann, grundlegend. Ihr Einfluß auf die weitere Entwicklung der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ zeigte sich unter anderem darin, daß sie auch den theoretischen Arbeiten des linken, „marxistischen“ Flügels zugrunde lag. Selbst linke Theoretiker des „demokratischen Sozialismus“, die eine Reihe prinzipieller marxistischer Thesen anerkennen (die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel als wichtigste Voraussetzung usw.), kombinieren ihren amputierten Marxismus ohne Abstriche mit dem Antikommunismus der „liberalen“ Sozialdemokratie.

Die antikommunistischen Auffassungen der Linken spiegelten sich insbesondere in den theoretischen Ansichten der von der SPD abgespalteten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (1931) wider. Diese Partei hat in der ersten Zeit die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschinerie anerkannt, gleichzeitig aber die Praxis des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR als „die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie“ verletzend abgelehnt.

In den zwanziger und dreißiger Jahren bildete sich der „demokratische Sozialismus“ – den Marxismus nach allen Richtungen hin revidierend – allmählich heraus. Die Hinwendung zum philosophischen Kompromiß im Kantschen Erbe, die Ausarbeitung der Problematik des „ethischen Sozialismus“, das Aufkommen der Theorie der „freien Marktwirtschaft“, in der der Versuch unternommen wurde, die Prinzipien der kapitalistischen Marktwirtschaft und des Sozialismus miteinander zu verbinden, die Diskussion um die Rolle des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart, die Entstehung der Theorie des politischen Pluralismus, die ihrem Wesen nach die absolute Verneinung der Idee von der Diktatur des Proletariats darstellte – alle diese theoretischen Anstrengungen versuchten die Ideologen der Sozialdemokratie in der Folgezeit zu einer einheitlichen Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ zusammenzuführen. Das Ergebnis bestand in antikommunistischen Konstruktionen, in Versuchen, den realen Sozialismus der Zerstörung der Demokratie und der Bürgerrechte zu beschuldigen.

⁴² Siehe: K. Kautsky, Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution, Berlin 1909.

⁴³ Ebenda, S. 104.

⁴⁴ Siehe: W. I. Lenin, Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, in: Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 497.

⁴⁵ K. Kautsky, Der politische Massenstreik. Ein Beitrag zur Geschichte der Massenstreikdiskussionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1914, S. 14.

⁴⁶ Siehe: K. Kautsky, Die Diktatur des Proletariats, Wien 1919.

Vor dem zweiten Weltkrieg waren die Ideen des „demokratischen [39] Sozialismus“ bekanntlich noch sehr verschwommen, noch nicht als Konzeption formuliert. Die Führung der Sozialdemokratie konnte sich angesichts der Autorität, die der Marxismus unter den werktätigen Massen besaß, noch nicht dazu entschließen, offen und gänzlich mit ihm zu brechen. Doch bereits zu dieser Zeit war in dem Inhalt des „demokratischen Sozialismus“ ein prinzipieller Zug wahrnehmbar. Welche Richtung wir auch immer in Augenschein nehmen – so zum Beispiel die Richtung, die von „liberalen“ Sozialdemokraten repräsentiert wird, die in der Regel die leitenden Positionen in den Parteien innehaben, oder die der linken Sozialisten, die ihre Bindung an den Marxismus betonen – überall stoßen wir unweigerlich auf antikommunistische Positionen, auf die Verurteilung des realen Sozialismus.

Die nach dem zweiten Weltkrieg beginnende neue Etappe in der theoretischen Arbeit der Sozialdemokratie hat die antikommunistische Ausrichtung des „demokratischen Sozialismus“ beibehalten. Gewiß, die entscheidende Rolle der Sowjetarmee bei der Zerschlagung des Faschismus, die gemeinsame Teilnahme von Kommunisten und Sozialdemokraten am Widerstand, die Diskreditierung des Kapitalismus als gesellschaftliches System, das den Faschismus hervorgebracht hat – diese und andere Umstände veranlaßten die Sozialdemokratie, eine kritischere Position gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft einzunehmen. Gleichzeitig verharrten die Adepten des „demokratischen Sozialismus“ aber auch weiterhin fest auf den Positionen des Antikommunismus.

In dieser Periode vollzog sich in der Sozialdemokratie der endgültige Bruch mit den Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, und es festigten sich seine Bindungen an den Antikommunismus. In den fünfziger und sechziger Jahren wurde die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ zur grundlegenden ideologischen Plattform der internationalen Sozialdemokratie erklärt, die sich vor allem gegen den realen Sozialismus richtet. Diese Frontstellung fand in der bereits angeführten „Frankfurter Deklaration“ der Sozialistischen Internationale ihren deutlichsten Ausdruck. Laut Aussage des sozialdemokratischen Historikers J. Braunthal ist dies das erste Dokument der Sozialdemokratie, in dem sie völlig auf die Idee der historischen Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus verzichtet. In der „Frankfurter Deklaration“ fehlt jeder Hinweis darauf, daß die Sozialdemokratie dem Marxismus verpflichtet ist. Der Marxismus wird mit anderen politisch-ideologischen Strömungen auf eine Stufe gestellt, mit Strömungen, die von den Sozialdemokraten in ihrem Streben nach [40] einer „Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit“ ausgenutzt werden können. Wie der österreichische sozialdemokratische Ideologe K. Czernetz feststellte, trägt die „Frankfurter Deklaration“ den Stempel des Kompromisses.⁴⁷ In ihr ist antikapitalistische Kritik, Kritik der imperialistischen Kolonialherrschaft enthalten; es wird anerkannt, daß der Kapitalismus den Klassenkampf verschärft hat, daß das Großkapital in einer Reihe von Ländern den Faschismus unterstützt, zur Wiedergeburt der Barbarei beigetragen hat. In der Deklaration wird die Absicht verkündet, den Kapitalismus durch die Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung zu überwinden, in der „das Interesse der Gemeinschaft über dem Profitinteresse steht“.⁴⁸

Doch andererseits wird in der Deklaration die Schlüsselfrage umgangen – nämlich die Frage, auf welche Weise der den Interessen der werktätigen Massen zutiefst fremde Kapitalismus als Gesellschaftsformation beseitigt werden soll. Auf diese Frage gibt auch die in der Deklaration formulierte Bestimmung des „demokratischen Sozialismus“ keine Antwort. „Der demokratische Sozialismus“, heißt es im Dokument, „erweitert die Freiheit des Individuums auf der Grundlage wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit und eines sich ständig vermehrenden Wohlstandes.“⁴⁹ Diese und andere Formulierungen, eine neue Gesellschaftsordnung betreffend, sind unbestimmt und verschwommen. Sie lassen die Grundpfeiler des Kapitalismus faktisch unangetastet. Gleichzeitig werden gegen das erste sozialistische Land scharfe Angriffe gerichtet und die Beschuldigung erhoben, daß es in diesem Lande keine Demokratie gäbe und „ein Staatsmonopol mit totalitärer Planung“ herrsche.

⁴⁷ Siehe: K. Czernetz, Eine Weltallianz der Sozialistischen Internationale, in: Die Zukunft, a. a. O., 9/10/1971.

⁴⁸ Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus, in: J. Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 3, Hannover 1971, S. 615.

⁴⁹ Erklärung der Sozialistischen Internationale, beschlossen 1951 in Frankfurt a. M., Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus, in: Programme der Deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963, S. 110.

Eine theoretische Begründung hat die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ in der „Frankfurter Deklaration“ nicht erhalten, obwohl er gerade in diesem Dokument erstmals als programmatisches Ziel der Sozialdemokratie ausgewiesen wird. Dafür ist der tendenziöse antikommunistische Charakter des „demokratischen Sozialismus“ in diesem Dokument bis zur Perfektion entwickelt worden. So werden Faschismus und Kommunismus auf eine Stufe gestellt, die Praxis des gesellschaftlichen Aufbaus in den sozialistischen Ländern wird auf die negativste Weise dargestellt. Die antisowjetischen Ausfälle haben die „Frankfurter Deklaration“ in ein antikommunistisches Credo verwandelt, so wie es die Anhänger des „kalten Krieges“ verkünden.⁵⁰

Die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus, die schnelle Steigerung des Lebensniveaus und die Vervollkommnung der Lebensweise in den sozialistischen Ländern, die Friedenspolitik der UdSSR und der anderen Länder des Sozialismus [41] bringen jedoch den Antikommunismus als eine der traditionellen ideologischen Grundfesten der Sozialdemokratie ins Wanken. Die Verschärfung des Klassenkampfes in den Ländern des Kapitals, die zunehmende Bewußtheit der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten – der Bauern, der Angestellten, der Intelligenz –, das Anwachsen der Forderungen der Werktätigen, die nicht nur die Verbesserung der materiellen Lage, sondern auch die Erweiterung der politischen Rechte, die aktive Beteiligung an der Leitung der Betriebe und der Gesellschaft zum Inhalt haben, die zunehmenden kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse – das alles zwingt die Sozialdemokratie, auf neue Weise an die Theorie, an die Ideologie und Politik des Reformismus heranzugehen.

Die erfolgreiche wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung der Länder des sozialistischen Weltsystems, ihr effektiver außenpolitischer Kurs, das Anwachsen des Einflusses der kommunistischen Parteien in der nichtsozialistischen Welt, das Wachstum der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung – all das bestätigt anschaulich die marxistisch-leninistische Lehre. Angesichts des wachsenden Einflusses der kommunistischen Ideologie wird die Sterilität des theoretischen Denkens des Sozialreformismus, wird der reaktionäre Gehalt seiner ideologischen Grundpfeiler, des Antikommunismus und der Apologetik des Kapitalismus, besonders deutlich.

Viele Jahre hindurch haben die Führer der Sozialdemokratie die These vertreten, daß die Arbeiterbewegung keiner Theorie bedarf, und die Losung der „Entideologisierung“ der Arbeiterbewegung verkündet. Die bereits im Jahre 1946 von Kurt Schumacher entwickelte These von der „weltanschaulichen Neutralität“ wurde seinerzeit in der programmatischen Deklaration der Sozialistischen Internationale, im Godesberger Programm der SPD und in anderen Dokumenten der Sozialdemokratie verankert.

Die These von der „Freiheit von Ideologie“ hatte nichtsdestoweniger für die Sozialdemokratie eine offensichtliche ideologische und politische Zielsetzung – den endgültigen Bruch mit dem Marxismus zu rechtfertigen, die Arbeiterklasse ideologisch zu entmachten, den Einfluß und die Autorität der marxistisch-leninistischen Lehre zu untergraben und die Wähler bürgerlicher Parteien auf die Seite der Sozialdemokratie zu ziehen. In dieser These trat der politische Konformismus der Sozialdemokratie, das opportunistische Wesen ihrer Ideologie klar zutage.

Doch die reale Wirklichkeit des Klassenkampfes, der machtvolle Aufschwung der Arbeiterbewegung in den sechziger und siebziger [42] Jahren, die zunehmende Differenzierung in den Reihen der

⁵⁰ Nach wie vor ist die „Frankfurter Deklaration“ das gültige Grundsatzprogramm der Sozialistischen Internationale. Ausdrücklich erneuert man – besonders an Wendepunkten der Tätigkeit – immer wieder das Bekenntnis zu den in ihr formulierten Zielen und Aufgaben des „demokratischen Sozialismus“. Dabei erfährt auch die in dieser Deklaration proklamierte zum Ausdruck kommende antikommunistische Grundorientierung in Politik und Ideologie des Sozialreformismus jeweils eine erneute Bestätigung. (Vgl. u. a.: Erklärung des Generalrats der Sozialistischen Internationale, Oslo, 2.-4. Juni 1962, in: K.-L. Günsche, K. Lantermann, Kleine Geschichte der Sozialistischen Internationale, a. a. O., S. 188 ff.; Rede Willy Brandts nach seiner Wahl zum SI-Präsidenten am 26. November 1976, in: Ebenda, S. 195 ff.; Th. Mirow, Die Sozialistische Internationale heute – Chancen und Grenzen der internationalen Zusammenarbeit, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 8/1977, S. 646 ff.; H. Wehner, Europa soll Ausgleich und Frieden sichern, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 8/1978, S. 596 f.; Politische Erklärung der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, in: Ebenda, S. 598 ff.)

Sozialdemokratie, der wachsende Einfluß der marxistischen Ideologie, das steigende gesellschaftliche Interesse am Marxismus-Leninismus zwingt die Führer und Ideologen der Sozialdemokratie dazu, ihre Position hinsichtlich der „Freiheit von Ideologie“ zu überprüfen. Diese Losung, die keineswegs endgültig ins Archiv gewandert ist, wird immer mehr von einer aktiven Suche nach irgendeiner „neuen gewichtigen Alternative“ zum Marxismus-Leninismus begleitet. Die Sozialdemokraten haben plötzlich bemerkt, daß der „Umfang und das Bedürfnis nach einer einheitlichen sozialdemokratischen Vorstellung darüber, wie die Gesellschaft organisiert sein sollte“⁵¹, ständig zunehmen, daß es, nach den Worten des ehemaligen Generalsekretärs der Sozialistischen Internationale, H. Janitschek, notwendig ist, „eine neue ideologische Sicht von der Rolle, den Aufgaben und Zielen der Sozialdemokratie in der entwickelten Industriegesellschaft“⁵² zu haben, bzw. daß, wie J. Strasser sagt, „die Sozialdemokratie nicht ohne eine integrierende Idee einer alternativen Gesellschaft auskommen (kann), wenn sie nicht in der notwendigen täglichen Kleinarbeit den Schwung und die Identität verlieren will“.⁵³

Im Grunde genommen hatte die Losung „Freiheit von Ideologie“ schon immer einen mehr oder weniger demagogischen Charakter, sie war nicht mehr als ein Mittel, um den Einfluß des Marxismus-Leninismus in der Arbeiterbewegung der Länder des entwickelten Kapitalismus – der Hauptsphäre der Tätigkeit der heutigen Sozialdemokratie – zu untergraben. Die heutige „Reideologisierung“ trägt ebenso pragmatischen und antikommunistischen Charakter wie die Losung von der „Entideologisierung“.⁵⁴

Die Grundrichtungen der heutigen „Reideologisierung“ erinnern frappierend an die sozialdemokratischen Losungen der zwanziger Jahre. „So wie der Kapitalismus, bedeutet auch der Kommunismus Konzentration der Macht, Bürokratie und Einschränkung der Möglichkeiten, im Interesse der einfachen Menschen Einfluß zu nehmen“, wurde zum Beispiel auf der Beratung des Komitees für Zusammenarbeit sozialdemokratischer Parteien und Gewerkschaften Nordischer Länder im Mai 1974 in einer „Erklärung über die Perspektiven der Sozialdemokratie“ kategorisch festgestellt. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens, Olof Palme, der auf dieser Beratung mit einem Hauptreferat auftrat, hatte kurz zuvor in einem Artikel analoge Ideen entwickelt. So hatte er zum Beispiel behauptet, daß Kapitalismus und Kommunismus „aus Mythen entstanden“ seien: der Kapitalismus aus dem Mythos, daß die Marktwirt-[43]schaft automatisch zur Harmonie zwischen ökonomischem Wachstum und Bedürfnissen des Volkes führe, und der Kommunismus aus dem Mythos vom automatischen Erreichen „der glücklichen kommunistischen Gesellschaft“, wenn der Staat über die Produktionsmittel verfügt.⁵⁵ So wird in Wirklichkeit der Mythos vom „wachsenden“, einer „klugen Leitung“ bedürftigen Kapitalismus und vom „Staatskommunismus erzeugt, in dem angeblich als einziges Kriterium des gesellschaftlichen Fortschritts ökonomische Kennziffern dienen. All das dient ausschließlich dazu, dem angeblich dem Kommunismus innewohnenden „vulgären Ökonomismus“ die „fortschrittliche Ideologie des demokratischen Sozialismus“ gegenüberzustellen, der sich nicht so sehr um das „vulgäre“ materielle Wohl als vielmehr um die „moralische, ethische vervollkommnung“ der Werktätigen Sorge. Für jeden unvoreingenommenen Leser, der die Grundlagen des Marxismus-Leninismus und die wichtigsten Fakten der sozialistischen Wirklichkeit kennt, ist die mythenbildende Methode derartiger Behauptungen durchsichtig, in denen (zum wievielten Male schon?) dem Leser anstelle des Marxismus vulgär-opportunistische Zerrbilder vorgesetzt werden.

Unter den Bedingungen des Aufschwungs des revolutionären Kampfes der Werktätigen bemühen sich die Strategen des Antikommunismus mit allen Mitteln, die Vereinigung aller Kräfte der Arbeiterklasse, vor allem die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten zu verhindern.

⁵¹ A. J. Day, Die ideologische Offensive der Sozialdemokratie, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 6/1972, S. 456.

⁵² H. Janitschek, Social Democracy Facing the Seventies, in: Socialist Affairs, a. a. O., 4/1971, S. 72.

⁵³ J. Strasser, Einige Bemerkungen zur aktuellen Bedeutung Eduard Bernsteins, in: H. Heimann/Th. Meyer (Hrsg.), Bernstein und der Demokratische Sozialismus. Bericht über den wissenschaftlichen Kongreß „Die historische Leistung und aktuelle Bedeutung Eduard Bernsteins“, a. a. O., S. 117.

⁵⁴ Siehe: H. J. Sandkühler, Sozialdemokratische Philosophien, in: Marxistische Blätter, Frankfurt a. M., 2/1977, S. 27.

⁵⁵ O. Palme, Social Democracy in the North, in: Socialist Affairs, 1/1974, S. 5.

Daher auch die Aktivierung des Antikommunismus in den Reihen der Anhänger des „demokratischen Sozialismus“.

Bei der „Suche nach Ideologien“, nach Losungen, die die breiten werktätigen Massen ablenken können, entwickeln die rechten, antikommunistisch eingestellten Führer und Ideologen der Sozialdemokratie, die nicht ohne Grund für ihr Monopol in der Leitung sozialdemokratischer Parteien fürchten müssen, große Aktivitäten. Daraus erklärt sich offensichtlich auch die Tatsache, daß diese „Suche“ erneut vor allem in den Gefilden des Antikommunismus und der Apologetik der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erfolgt. Hier liegt auch das Wesen der dominierenden Tendenz heutiger „Reideologisierung“, deren Ziel das gleiche – fruchtlose – Suchen nach einem „dritten Weg“, einem Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus ist. Alle Hoffnungen auf die Möglichkeit eines evolutionären Weges zum Sozialismus sind auf die längst widerlegte These von der „Transformation des Kapitalismus“ gegründet. Hier tritt die ideologische Verwandtschaft bürgerlicher und sozialreformistischer Theoretiker beson-[44]ders klar zutage. Wie schon die „Entideologisierung“, so hat auch die heutige „Reideologisierung“ den apologetischen Charakter der Doktrin des „demokratischen Sozialismus“ nicht verändert. Ihr Inhalt hat seit der Annahme der „Frankfurter Deklaration“ in dieser Beziehung keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Die damit zusammenhängenden Fragen sind am Material der Nachkriegsperiode in der sowjetischen Literatur hinreichend analysiert worden. Die wesentlichen Schlußfolgerungen der marxistischen Analyse der reformistischen Apologetik des Kapitalismus werden durch die Praxis der letzten Zeit unwiderlegbar bestätigt.

Und wenn schon Veränderungen vor sich gehen, so wird vor allem das Klassenwesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, seiner Hauptwidersprüche noch mehr verschleiert. Das heißt natürlich nicht, daß die sozialdemokratischen (wie auch die bürgerlich-liberalen) Ideologen die Augen völlig vor den Mängeln des Kapitalismus verschließen. Das ist praktisch unmöglich, da diese für die Werktätigen zu offensichtlich sind. So zeichnet sich der „Ökonomisch-politische Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985“ der SPD – in seiner Entwurfsphase auch Langzeitprogramm genannt – z. B. durch viele kritische Feststellungen aus, wobei jedoch die Widersprüche des kapitalistischen Systems zu allgemeinen, systemindifferenten erklärt werden.⁵⁶ Die Sozialdemokraten möchten den zutiefst objektiven Charakter der Widersprüche, die im Wesen des Kapitalismus als Ausbeuterordnung begründet sind, nicht wahrhaben und hoffen auf die Möglichkeit, sie auf der Grundlage der wissenschaftlich-technischen Revolution und unter Ausnutzung der „regulierenden“ Rolle des Staates allmählich zu überwinden.

Wie früher tragen auch die neuesten sozialen Rezepte der Sozialdemokratie – beispielsweise die „Mitbestimmung“, die „Sicherung einer neuen Lebensqualität“, die Schaffung eines „nationalen Fonds des arbeitenden Kapitals“ (der im Programm der englischen Labouristen vorgesehen ist) – einen beschränkten reformistischen Charakter und entfernen die Arbeiterbewegung von der Lösung der Kardinalprobleme der kapitalistischen Gesellschaft. „Bisher haben wir vornehmlich die vorhandenen Möglichkeiten genutzt, dabei haben wir uns bemüht, bessere Kapitalisten zu sein als die Kapitalisten selber“⁵⁷, bekannte das theoretische Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens, eines Landes, in dem sich die Sozialdemokraten vierzig Jahre am Staatsruder befanden.

So haben die reformistischen Theoretiker bei der Entwicklung der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ dieser von Anfang an [45] eine genaue ideologische Stoßrichtung gegeben, haben sie deren „Pluralismus“ gegen die Theorie und Praxis des kommunistischen Aufbaus gerichtet. Der Inhalt dieser Konzeption wird durch zwei Grundrichtungen charakterisiert: Zum einen wird sie charakterisiert durch die Absage an den marxistischen Begriff des Sozialismus als Stufe einer neuen ökonomischen Gesellschaftsformation, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln beruht; die Ersetzung des marxistischen Sozialismusbegriffs durch eine pluralistische und abstrakte

⁵⁶ Speziell zur Kritik am „OR '85“ siehe: Der SPD-Orientierungsrahmen '85. Analyse und Kommentar zum zweiten Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975-1985 des SPD-Parteivorstandes. Verfaßt von einer Arbeitsgruppe des IMSF, Frankfurt a. M. 1975.

⁵⁷ Tiden, Stockholm, 7/8/1972.

(unkonkrete) Definition des Sozialismus als Verkörperung der – bürgerlich verstandenen – politischen und ethischen Ideale der Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität usw.; den Kampf gegen den wissenschaftlichen Sozialismus und seine reale Verwirklichung in der UdSSR und in anderen Ländern.

Zum anderen wird sie durch die Behauptung charakterisiert, daß der Kurs auf eine evolutionäre Transformation der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische Gesellschaft – bei unbedingter Einhaltung der Prinzipien der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie – der einzig gangbare Weg für die Sozialdemokratie sei.

Die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ verfolgte in der Zeit ihrer Ausarbeitung ein doppeltes Ziel. Einerseits sollte sie das politisch-ideologische Credo der Sozialdemokratie in den Augen der breiten Massen anziehend machen, auf die ihrerseits die bürgerlichen politischen Parteien und Richtungen Einfluß zu gewinnen suchten (Konservative, Christdemokraten, Liberale); andererseits stellte sie ihre Auffassung vom Sozialismus und den Methoden seines Aufbaus dem Marxismus-Leninismus, den realen, sich in den sozialistischen Ländern vollziehenden Prozessen, den von den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder entwickelten revolutionären Programmen des Übergangs zum Sozialismus gegenüber.

Diese Doppelfunktion des „demokratischen Sozialismus“ ist bis heute erhalten geblieben. In den letzten Jahren hat sich eine bestimmte Akzentverschiebung vollzogen. Wenn früher, in der Zeit des „kalten Krieges“, bei der Begründung und Propagierung dieser Konzeption der Antikommunismus und Antisowjetismus dominierten, so wird heute unter dem direkten Einfluß der objektiven Prozesse in der Welt und der Aktivierung der Massen in den kapitalistischen Ländern augenscheinlich der antikapitalistische, auf jeden Fall aber der sozialreformistische Inhalt in den Mittelpunkt gerückt. Doch bleibt der Antikommunismus nach wie vor die wesentliche Grundlage aller theoretischen und ideologischen Konstruktionen, die unter dem Namen „demokratischer Sozialismus“ auftreten.

[46]

Die „Offenheit“ der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ (Für welche Ideen ist ihr Pluralismus offen?)

Die Linie, die vom Revisionismus Bernsteins und dem Antikommunismus Kautskys ausging, führte den Sozialreformismus gesetzmäßig zum vollständigen Bruch mit dem wissenschaftlichen Sozialismus, zur Apologetik gesellschaftspolitischer „Werte“ der bürgerlichen Gesellschaft und zum Antikommunismus. Eben dies sind die Grundlagen des „demokratischen Sozialismus“, den die opportunistischen Führer der II. Internationale dem revolutionären Marxismus entgegenstellten. So sind der heutige „demokratische Sozialismus“, sein Grundgehalt und selbst der Terminus nicht originell, was von vielen sozialdemokratischen Ideologen offen anerkannt wird.

Andererseits erwies sich der Pluralismus des „demokratischen Sozialismus“ als weit offen für die verschiedenen bürgerlich-reformistischen Theorien, die in der Periode der Entstehung und Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus auftauchten. Wie die Vertreter des „demokratischen Sozialismus“ erklären, besteht eines seiner wesentlichen Merkmale darin, daß er eine „offene Theorie“ sei. Der demokratische Sozialismus begreift sich, so schreibt der westdeutsche Sozialdemokrat P. Ch. Ludz, „als eine prinzipiell offene Theorie, welche die vielfältigen Erscheinungen des Alltagslebens und ihre geistige Durchdringung, natürlich auch wenn sie von seiten des Marxismus kommt, in sich aufnimmt.“⁵⁸

In neuerer Zeit haben die Ideologen des „demokratischen Sozialismus“ die philosophischen Grundlagen ihrer Konzeption im kritischen Rationalismus von K. R. Popper entdeckt.

Mittels des kritischen Rationalismus versuchen die „demokratischen Sozialisten“, den offenen Charakter ihrer Konzeption philosophisch zu begründen. Nach ihrer Auffassung ist der kritische Rationalismus gleichzeitig Lehre von der Erkenntnis und politische Philosophie. Als Erkenntnislehre geht er vom Prinzip einer ständigen kritischen Prüfung und Revision von Theorien auf der Grundlage von Erfahrungen der realen Wirklichkeit aus. Der Erkenntnisfortschritt vollzieht sich [47] durch die Ersetzung falscher (falsifizierter) durch neue Theorien. Diesen nie endenden und sich ständig erneuernden Prozeß charakterisiert K. R. Popper als „Methode der kühnen Vermutungen und der sinnreichen und ernsthaften Versuche, sie zu widerlegen“.⁵⁹

Diese Methode berücksichtigt, nach Meinung Poppers, die Grenzen unserer Kenntnisse und deren Veränderlichkeit, denn bei Berührung mit der Wirklichkeit erleiden diese Kenntnisse oft Schiffbruch. Gleichzeitig beruhe sie auf der Anerkennung der Tatsache, daß wir durch die Ausarbeitung neuer Theorien in der Lage sind, uns der Wahrheit zu nähern. „Diese Methode ... ist rational, weil sie an die menschliche Vernunft und ihre Erkenntnismöglichkeiten glaubt, und selbstkritisch, weil sie deren Grenzen kennt; sie erhebt die Suche nach Irrtümern und deren Beseitigung zum methodischen Prinzip.“⁶⁰ Die Verbindung von philosophischen Traditionen der Sozialdemokratie und politischer Philosophie des kritischen Rationalismus sehen die Theoretiker des „demokratischen Sozialismus“ darin, daß beide die Kritik des Bestehenden als Motor des Fortschritts anerkennen und die Demokratie als rationale Form des politischen Kampfes verteidigen.

So bezeichnen sie in Übereinstimmung mit der Philosophie des kritischen Rationalismus die Offenheit der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ als „freie Konkurrenz der Anschauungen“, wobei der Akzent dieser Konkurrenz auf der Kritik des Bestehenden liegt. Doch in Wirklichkeit erweist sich die freie Konkurrenz der Meinungen bei den „demokratischen Sozialisten“ durchaus nicht als frei. Zum Meinungskampf werden nur ganz bestimmte Anschauungen zugelassen, nämlich solche, die den sozialreformistischen Thesen von vornherein adäquat sind, die also einerseits die Apologetik des Kapitalismus, andererseits die Kritik des realen Sozialismus zum Ziel haben. Infolge dieser

⁵⁸ P. Ch. Ludz, Die Ideologie des „Sozialdemokratismus“ aus der Sicht der Kommunisten, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 5/1972, S. 359.

⁵⁹ K. R. Popper, Objektive Erkenntnis, Hamburg 1973, S. 95.

⁶⁰ Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, hrsg. v. G. Lührs, Th. Sarrazin, F. Spreer, M. Tietzel, Berlin (West) – Bonn – Bad Godesberg 1975, S. 3.

begrenzten Offenheit der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ hängt auch die These von der Kritik am Bestehenden als Motor des Fortschritts völlig in der Luft. Denn diese Kritik am Bestehenden ist nicht Kritik an allem Bestehenden, sondern erweist sich als Kritik am real existierenden Sozialismus.

Die Kritik am real existierenden Kapitalismus aber verwandelt sich in der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ – im Widerspruch zu der in ihr enthaltenen allgemeinphilosophischen Deklaration – in eine Apologetik der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in eine Lobpreisung der bürgerlichen Demokratie. An sich müßte die bürgerliche Demokratie, wenn sie unter die Kategorie des „Existierenden“ fällt – nach der kritisch-rationalistischen Philosophie –, seitens [48] der „demokratischen Sozialisten“ einer Kritik unterzogen werden. In Wirklichkeit arbeitet aber diese Kritik am Bestehenden absolut einseitig. Ihr Wirken ist nicht auf die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ selbst gerichtet, sondern auf den wissenschaftlichen Sozialismus; nicht auf die kapitalistische Gesellschaft mit ihrer bürgerlichen Demokratie, sondern auf die Gesellschaft des realen Sozialismus und die sozialistische Demokratie. Wahrlich seltsam ist diese Auffassung der „demokratischen Sozialisten“ von der Kritik am Bestehenden als Motor des Fortschritts!

Die Theoretiker des „demokratischen Sozialismus“ der liberalen Richtung betonen, daß der offene Charakter dieser Konzeption (der sich aus ihrer philosophischen Grundlage – dem kritischen Rationalismus – ergebe) es ermögli­che, dem Dogmatismus zu entgehen, neue, von der Menschheit hervor­gebrachte geistige Werte in sich aufzunehmen, Antworten auf Fragen zu finden, die von Denkern vergangener Zeiten nicht gefunden werden konnten. So betonen die Herausgeber des Buches „Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie“, daß der kritische Rationalismus seinem ganzen Wesen nach „antidogmatisch“ und „antiautoritär“ sei.⁶¹

In Wirklichkeit aber ist der „antidogmatische“, „antiautoritäre“ Aspekt der philosophischen Grundlage des „demokratischen Sozialismus“ ebenso einseitig wie der kritische Aspekt. Antidogmatismus und Antiautorität erweisen sich in der Praxis als Kampf gegen die Grundthesen und die Autorität der Lehre von Marx. Und eben diese Thesen erklären die „demokratischen Sozialisten“ zu „veralteten Dogmen“. Sie predigen Antidogmatismus, erheben aber in Wirklichkeit die Kantsche Lehre zum Dogma, ebenso den „ethischen Realismus“, den „kritischen Rationalismus“ und andere bürgerlich-idealistische Konzeptionen.

Wenn die Sozialreformisten den antiautoritären Charakter des „demokratischen Sozialismus“ propagieren, so versuchen sie in Wirklichkeit, die Autorität von Marx durch Autoritäten wie Kant und Popper zu ersetzen. Für sie, so erklären die Herausgeber des Buches „Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie“, bleibe die Philosophie Kants auch heute aktuell, und die Arbeiter- (sprich sozialdemokratische) Bewegung selbst werde von den Kantschen Gedanken befruchtet.⁶² Das bedeutet, daß die heutigen Theoretiker des „demokratischen Sozialismus“, die den antiautoritären Charakter ihrer Lehre betonen, sich in Wirklichkeit derselben Autorität zuwenden, zu der sich die Sozialreformisten Anfang des 20. Jahrhunderts bekannten. Denn bereits damals erklärten diese: „...so ist leicht einzusehen, daß Kant [49] dem Zeitalter der naturwissenschaftlichen und sozialistischen Weltanschauung viel näher steht als Hegel, namentlich wenn man die große Bedeutung der Kantschen Ethik für die Theorie der sozialistischen Gesellschafts-Organisation in Betracht zieht.“⁶³ Die Treue zu Kant, zu den vom Marxismus überwundenen Dogmen seiner Lehre, bleibt fürwahr in der Ideologie des Sozialreformismus unerschütterlich.⁶⁴ Immer wieder erscheinen im philosophischen Fundament des „demokratischen Sozialismus“ die Kantschen Dogmen. Diese Taktik wird angewandt, um im Zeichen des Kampfes gegen Dogmatismus und Autoritätsglauben den „demokratischen Sozialismus“ vor den für ihn äußerst gefährlichen, wissenschaftlichen Wahrheiten des Marxismus zu „schützen“ und das

⁶¹ Siehe: Ebenda; S. 15.

⁶² Siehe: Ebenda, S. 2.

⁶³ L. Woltmann, Der historische Materialismus, Düsseldorf 1900, S. 296.

⁶⁴ Siehe auch: Autorenkollektiv, Philosophischer Revisionismus. Quellen, Argumente, Funktionen im ideologischen Klassenkampf, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1977, 5. Kapitel (Die Herausbildung und Entwicklung des philosophischen Revisionismus unter dem Einfluß des Neukantianismus), S. 164 ff.

Tor für bürgerlich-idealistische und revisionistische Ansichten, die die Arbeiterbewegung vom realen Sozialismus wegführen, weit zu öffnen.

Über den Antidogmatismus und den antiautoritären Charakter des „demokratischen Sozialismus“ heißt es bei ihren heutigen Theoretikern: In dieser Frage treffen sich Erkenntnistheorie und politische Philosophie des kritischen Rationalismus. Die politische Philosophie des kritischen Rationalismus tritt für Demokratie in einer offenen Gesellschaft ein, und zwar mit der Begründung, daß es in der Politik ebensowenig eine beständige Wahrheit geben kann wie in der Wissenschaft. Diesem Standpunkt zufolge bedeutet der kritische Rationalismus in der Politik die Bereitschaft, kritische Argumente anzuhören und aus Erfahrungen zu lernen, ausgehend von dem Prinzip, daß „ich mich irren kann, daß du recht haben kannst und daß wir zusammen vielleicht der Wahrheit auf die Spur kommen werden“⁶⁵.

Doch wenn man diese Thesen der kritisch-rationalistischen Philosophie mit dem tatsächlichen Verhalten der „demokratischen Sozialisten“ vergleicht, so kommt man zu dem Schluß, daß für sie in der Wissenschaft außer den von Kant entdeckten Wahrheiten keine anderen existieren und daß es in der Politik nur eine beständige Wahrheit gibt – die Apologetik des Kapitalismus. Die Bereitschaft, kritische Argumente anzuhören und aus Erfahrungen zu lernen, ist ebenso Demagogie wie die Anerkennung der Möglichkeit, sich zu irren. In Wirklichkeit lehnt der „demokratische Sozialismus“ kritische Argumente des Marxismus von vornherein ab; unabhängig davon, daß sie vom realen Verlauf der Geschichte bestätigt wurden, zieht er aus den wiederholten unfruchtbaren Versuchen, den Kapitalismus durch Reformen umzugestalten, keine Lehren, sieht er die Möglichkeit des Irrtums nur in der Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus gegeben, auf keinen Fall aber im kritischen Rationalismus.

[50] Die Negierung der Wahrheiten in der Wissenschaft, die Betrachtung der Wissenschaft insgesamt als eine fortwährende Aufdeckung von Fehlern und Irrtümern und nicht als Bewegung zu immer tieferen Wahrheiten macht keineswegs zufällig die philosophische Grundlage des „demokratischen Sozialismus“ aus.

Diese philosophische Konzeption der Wissenschaft braucht der „demokratische Sozialismus“, um den wissenschaftlichen Sozialismus als angeblichen Irrtum verwerfen zu können, um für bürgerliche und reformistische theoretische Neuerungen offen, für die marxistische Lehre vom Sozialismus aber für immer geschlossen zu bleiben. Die Auslegung der Wissenschaft als Ganzes im Kantschen Sinne – „anstatt Wahrheit zu entdecken ... Irrtümer zu verhüten“⁶⁶ – brauchen die Sozialreformisten, um den „demokratischen Sozialismus“ als Rettung vor den „Irrtümern“ des wissenschaftlichen Sozialismus, der in den Ländern des realen (und dabei wahrhaft demokratischen) Sozialismus in die Praxis umgesetzt wird, philosophisch begründen zu können. Doch jedes Ding hat bekanntlich zwei Seiten. Bedeutet die Auslegung des Fortschritts der Erkenntnis „durch die systematische Suche nach und Ausmerzung von Fehlern in unseren Theorien“⁶⁷ (bei konsequenter Auslegung!) nicht auch, daß diese Auslegung selbst und der sich philosophisch auf sie berufende „demokratische Sozialismus nichts anderes sind als ein Fehler, ein Irrtum, der im Verlauf der Weiterentwicklung der Wirklichkeit und der sie erforschenden Wissenschaft beseitigt werden muß? Die logische Konsequenz erfordert es, daß sich ein kritisch-rationalistisches Verständnis der Wissenschaft auch auf die Theorie des „demokratischen Sozialismus“ selbst beziehen müßte. Doch von dieser Beziehung wollen die Adepten dieser Konzeption nichts wissen. Der vom kritisch-rationalistischen Theoriebegriff geforderten Negation unterziehen sie nur die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus.

Mit dem „Antidogmatismus“ und dem „Antiautoritätsglauben“ des Popperschen kritischen Rationalismus bekommt der „demokratische Sozialismus“ eine raffinierte Methode in die Hand, um objektive Wahrheiten unter dem Vorwand, sie seien veraltet, willkürlich verwerfen zu können. In der Tat, wenn der Fortschritt der Wissenschaft – wie es der kritische Rationalismus proklamiert – nur ein ständiges Verwerfen von Fehlern ist, so kann auch vom Marxismus, wie das die „demokratischen Sozialisten“

⁶⁵ K. R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. 2: Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen, Bern 1958, S. 276.

⁶⁶ I. Kant, Kritik der reinen Vernunft, in: Gesammelte Schriften, Bd. 3, Berlin 1904, S. 517.

⁶⁷ Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, hrsg. von G. Lührs, Th. Sarrazin, F. Spreer, M. Tietzel, a. a. O., S. 13.

meinen, im Prinzip nichts weiter übrigbleiben als Fehler. Das ist ihre logische (genauer gesagt, ihre ideologische) Position, die auf der kritisch-rationalistischen These fußt, daß in den die Wirklichkeit beschreibenden Theorien aufgrund der Ver-[51]änderung und Entwicklung dieser Wirklichkeit nichts außer Fehlern übrigbleibt. Diese Konzeption verschließt die Augen davor, daß sowohl die Veränderung als auch die Entwicklung der Wirklichkeit – neben dem Absterben einiger Seiten und der Entstehung neuer Seiten und Verbindungen – das Moment der Bewahrung, der Kontinuität, der Aufrechterhaltung anderer Seiten und Beziehungen, wie auch gewisse Veränderungen weiterer Seiten und Beziehungen, in sich bergen. Der Kapitalismus beispielsweise unterliegt zweifellos historischen Veränderungen. Aber ebenso steht außer Frage, daß er, solange die sozialistische Revolution nicht siegt, sein Wesen bewahrt.

Er hört nicht auf, Kapitalismus zu sein, unabhängig von allen historischen Modifikationen und Veränderungen, die er durchmacht. Seine ihn wesentlich konstituierenden Beziehungen werden unverändert bewahrt, wie auch die generelle Tendenz seiner historischen Veränderung unverändert bleibt. Diese Beziehungen erfaßt die marxistisch-leninistische Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung, die objektiv wahr bleibt, weil sie die wesentlichen Seiten des historischen Fortschritts widerspiegelt. Wichtig dabei ist, daß die marxistisch-leninistische Theorie nicht nur erhalten, bewahrt wird (in Gestalt ihrer fundamentalen Thesen), sondern auch weiterentwickelt wird, und zwar in dem Maße, wie sich die soziale Wirklichkeit im naturhistorischen Prozeß erhält und weiterentwickelt.

Indem sie eine (in theoretisch-philosophischer Hinsicht) totale Offenheit ihrer Konzeption vorspiegeln, versuchen die „demokratischen Sozialisten“, mit Hilfe dieser kritisch-rationalistischen Offenheit ihren Hauptfeind – die materialistische Geschichtsauffassung – aus dem Feld zu schlagen. Eben gegen diesen Pfeiler der marxistischen Philosophie und gegen die davon abgeleitete Lehre von der historischen Unvermeidlichkeit des Übergangs zum Sozialismus richten die Sozialreformisten die Spitze des Kant-Popperschen kritischen Rationalismus.⁶⁸ Was ihnen an der Philosophie Poppers am meisten imponiert, ist der Versuch, die von Marx festgestellten wissenschaftlichen Wahrheiten, die von ihm entdeckte naturhistorische Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung zu widerlegen. Dabei ist es für sie ohne jede Bedeutung, daß sich Popper im Kampf gegen den historischen Materialismus keineswegs der Mühe einer wissenschaftlichen Argumentation unterzieht, daß er die wissenschaftliche Voraussage von Marx einfach als „prophetische Religion“⁶⁹ oder „reinste(n) Aberglaube(n)“⁷⁰ abtut.

Wie Popper glauben diese Ideologen, daß man mit der Lehre von Marx leicht fertig werden kann, indem man sie entweder einfach für [52] widerlegt erklärt – „was von der Lehre Marxens übrigblieb“, so sagen sie, „war die orakelnde Philosophie Hegels, die in ihren marxistischen Verkleidungen noch immer den Kampf für die offene Gesellschaft zu lähmen droht“⁷¹ – oder indem man sie als „unwandelbare Theorie“ denunziert, die durch metaphysische Wesensschau ein unwandelbares Sein endgültig zu interpretieren unternahme.⁷²

Zu bemerken ist jedoch in diesem Zusammenhang, daß in neuerer Zeit auch Kritik sozialreformistischer Ideologen am kritischen Rationalismus laut wird. Insbesondere macht sich in der BRD mit dem Scheitern der Reformpolitik der SPD und mit der daraufhin verstärkt erhobenen Forderung nach einer Konzeption, die „Orientierung“ ermöglicht und eine „Zukunftsperspektive“ vermittelt, welche die „Legitimationslücke“ des reformistischen Sozialismus schließen und Lösungen für die dringenden

⁶⁸ Zur Kritik am „kritischen Rationalismus“ siehe auch: R. Steigerwald, Karl Raimund Popper – Philosoph staatsmonopolistischer Reformen, in: Materialismus – Wissenschaft und Weltanschauung im Fortschritt, Köln 1976; K. Bayertz/J. Schleifstein, Mythologie der „kritischen Vernunft“. Zur Kritik der Erkenntnis- und Geschichtstheorie Karl Poppers, Köln 1977; M. Buhr/J. Schreiter, Erkenntnistheorie – kritischer Rationalismus – Reformismus. Zur jüngsten Metamorphose des Positivismus, Berlin 1979.

⁶⁹ K. R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. 2: Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen, a. a. O., S. 241.

⁷⁰ K. R. Popper, Das Elend des Historizismus, Tübingen 1965, S. VII.

⁷¹ K. R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. 2: Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen, a. a. O., S. 242.

⁷² Siehe H. Heimann, Praxisbezogene sozialistische Theorie nur durch Paradigmawechsel, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 7/1977, S. 602-606.

gesellschaftlichen Probleme anbieten soll, Ernüchterung über den kritischen Rationalismus breit. So behebe Poppers Konzeption, wie z. B. U. Bermbach erklärt, das Problem der fehlenden Gesellschaftstheorie der SPD „auf Dauer keineswegs. Eine theoretische Rechtfertigung von Einzelfalllösungen ist ja gerade der Grund für den Import gesamtgesellschaftlicher Theorien“⁷³ – womit der Marxismus-Leninismus gemeint ist.

Die Ideologen des „demokratischen Sozialismus“ öffneten ihre Konzeption für die Philosophie Kants und Poppers eben deshalb, um sie vor den historisch-materialistischen Ideen um so fester verschließen zu können. Von ihrem Standpunkt aus betrachtet, ist die historisch-materialistische Auffassung von der gesellschaftlichen Entwicklung mit der Konzeption vom unvermeidlichen, notwendigen Kommen des Sozialismus identisch, und zwar im Sinne eines automatischen, von der Tätigkeit der Menschen absolut unabhängigen Prozesses. Die „demokratischen Sozialisten“ meinen auch, daß die Überzeugung vom unvermeidlichen Übergang zum Sozialismus keinen Platz für bewußtes historisches Handeln der Menschen lasse und Freiheit und Demokratie ausschließe.⁷⁴ Außerstande, die Dialektik von Freiheit und Notwendigkeit zu begreifen, betrachten sie den Sozialismus nur als etwas Ethisches, Wünschenswertes, während sie dem historischen Materialismus die Auffassung vom automatischen Eintreten des Sozialismus zuschreiben. Mit Hilfe dieser Vulgarisierung der historisch-materialistischen Auffassung vom Sozialismus versuchen sie, den wissenschaftlichen Sozialismus als „fatalistisch“, „unfrei“, „undemokratisch“ zu verunglimpfen. Entweder gewünschter und daher demokratischer Sozialismus oder notwendiger und daher undemokratischer Sozialismus – das ist ihre metaphysische Alternative, mit der sie Men-[53]schen, die sich ungenügend in der Dialektik von Freiheit und Notwendigkeit, von Wünschenswertem und historisch Unvermeidlichem auskennen, in die Irre führen und zu schrecken versuchen.

Die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ ignoriert die objektiven Gesetze, nach denen sich der Kapitalismus entwickelt und die unausweichlich zu seiner Ablösung durch den Sozialismus führen. Daher wird auch die Frage der wissenschaftlichen Erkenntnis dieser Gesetze und der Möglichkeiten ihrer Ausnutzung für überflüssig gehalten.

Die Verteidiger des „demokratischen Sozialismus“ meinen, daß die gesellschaftliche Entwicklung einer wissenschaftlichen Erkenntnis nicht zugänglich sei. „Die menschliche Aktivität, geleitet von den bewußten oder unbewußten Impulsen der Menschen, führt in der Auseinandersetzung der gesellschaftlichen Kräfte zu einem Parallelogramm, dessen Vorausberechnung wissenschaftlich unmöglich ist und das auf absehbare Zeit auch nicht einfach machbar ist.“⁷⁵

Diese völlige Absage an den wissenschaftlichen Sozialismus, der mit der materialistischen Geschichtsauffassung und der marxistischen politischen Ökonomie untrennbar verbunden ist, schuf für die rechten Sozialisten und Sozialdemokraten die bekannte „Freiheit der Suche“. Und was ist daraus geworden? Der westdeutsche Sozialdemokrat U. Lohmar stellt an den Anfang seiner ideologischen Abgrenzung des „demokratischen Sozialismus“ vom wissenschaftlichen Kommunismus folgenden Satz: „Die Sozialdemokratie geht aus von den moralischen Werten der Freiheit, Gerechtigkeit und der Solidarität.“⁷⁶ Die Umsetzung dieser Werte in die Praxis muß ein Prozeß werden, „der willensmäßige und moralische Energien erfordert, die von der ökonomischen Basis relativ unabhängig sind“.⁷⁷ Und an anderer Stelle heißt es: „Die Kriterien und Ursachen gesellschaftspolitischen und wirtschaftspolitischen Handelns sind hiernach außerökonomischer Art.“⁷⁸

⁷³ U. Bermbach, Plädoyer für ein Theorieinstitut der SPD, in: Der SPD-Staat, hrsg. von F. Grube und G. Richter, München 1977, S. 273. Vgl. dazu den Beitrag von G. Fülberth, Was will die SPD mit ihrer neuen „Bernstein-Welle“? Zu einer gegenwärtigen sozialdemokratischen Diskussion, in: UZ, Düsseldorf, vom 6.1.1978, S. 6.

⁷⁴ Siehe: H. I. Steinberg, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg, Bonn – Bad Godesberg 1972, S. 97.

⁷⁵ W. Eichler, Zur Einführung in den demokratischen Sozialismus, Bonn – Bad Godesberg 1972, S. 107.

⁷⁶ U. Lohmar, Sozialdemokratie und Kommunismus, in: Die Zeit, a. a. O., vom 21.4.1972, S. 56.

⁷⁷ W. Brandt, Friedrich Engels und die soziale Demokratie. Rede zum 150. Geburtstag von F. Engels in Wuppertal, Bonn – Bad Godesberg 1970, S. 21.

⁷⁸ L. F. Neumann, Prolegomena zu den sozialphilosophischen, wissenschaftstheoretischen und sozialpsychologischen Grundlagen des freiheitlichen, demokratischen Sozialismus, in: Freiheitlicher Sozialismus. Beiträge zu seinem heutigen Selbstverständnis, Bonn – Bad Godesberg 1973, S. 63.

Im Gegensatz zum wissenschaftlichen Sozialismus, der von einem materialistischen Geschichtsverständnis ausgeht, sucht der „demokratische Sozialismus“ die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Prozesse in den Köpfen der Menschen, in ihren Vorstellungen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Im Hinblick darauf ist er mit Rosa Luxemburgs Worten sehr treffend als „bloßes Ideal, dessen Überzeugungskraft auf seinen eigenen ihm zugeordneten Vollkommenheiten beruht“, ⁷⁹ zu charakterisieren.

Wenn man die Prämissen der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“, die von den verschiedenen Theoretikern der Sozialdemo-[54]kratie entwickelt wurden, aufmerksam betrachtet und vergleicht, so stellt man fest, daß wichtigen, prinzipiellen Fragen ausgewichen wird: dem Einfluß der Produktionsweise auf den Überbau der Gesellschaft, der Notwendigkeit einer grundlegenden Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse, der Ersetzung des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln durch sozialistisches Eigentum als Voraussetzung für die Lösung aller sozialen Probleme, die heute vor der Menschheit stehen. In den letzten Jahren versuchen einige Theoretiker der Sozialdemokratie, die Frage nach den theoretischen Quellen des „demokratischen Sozialismus“ zu präzisieren, sie alle ignorieren jedoch völlig jene speziellen Gesellschaftswissenschaften, die sich mit den materiellen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens befassen. Lohmar beispielsweise weist auf fünf Quellen dieser Konzeption hin: neokantianische Philosophie, Axiologie, Anthropologie, religiöse Ethik und christlicher Humanismus sowie Adaption der frühen Werke von Marx.⁸⁰ Und der bereits zitierte westdeutsche Theoretiker P. Ch. Ludz schreibt, daß der „demokratische Sozialismus“ in seiner Entwicklung vier grundlegende Momente berücksichtigt: einige Ausgangsthesen der Philosophie von Marx, demokratische und sozialistische Traditionen des 19. und 20. Jahrhunderts, „christliches und liberales Gedankengut“, den kritischen Rationalismus und den Existentialismus.⁸¹

Die ökonomische Theorie wird als Quelle der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ nicht einmal erwähnt. Eigentumsverhältnisse, Produktionsverhältnisse, die entscheidenden Einfluß auf das geistige, moralische Klima der Gesellschaft haben, werden zu den ethischen Grundwerten des „demokratischen Sozialismus“ nicht in Beziehung gesetzt.

Da die materialistische Geschichtsauffassung bewußt und konsequent aus den theoretischen Quellen der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ ausgeschlossen wird, verwandelt sich deren „offener“ Charakter unvermeidlich in eine eklektische Doktrin.

Der Eklektizismus kommt auch in den philosophischen Grundlagen dieser Konzeption zum Ausdruck: Sie ist einerseits idealistisch (so berufen sich die Theoretiker der Sozialdemokratie auf den Neukantianismus) und andererseits pragmatisch (z. B. liegen dem „Orientierungsrahmen '85“ der SPD die kritisch-rationalistischen Ansichten K. R. Poppers zugrunde). Nicht zufällig bezeichnete sich Willy Brandt einmal als einen praktischen Idealisten. Damit meinte er, daß Sozialdemokraten, die sich hohe geistige Ziele stellen, bemüht sind, entsprechend der gegebenen Situation konkrete Wege zum Erreichen dieser Ziele zu finden. Nach Meinung Brandts muß der „demokrati-[55]sche Sozialismus“ immer das richtige Verhältnis zwischen Realem und Idealem finden und bewährt sich nur dann, wenn er in der Lage ist, in seiner praktischen Politik moralische Forderungen zu berücksichtigen.

Das Problem der Notwendigkeit, praktische Politik unter Berücksichtigung der moralischen Entwicklung der Gesellschaft zu betreiben, ist durchaus kein Scheinproblem. Doch wenn eine Konzeption – von der man sich bei der Lösung konkreter, praktischer Fragen, und über diese spricht Brandt, leiten läßt – Anspruch auf die Bezeichnung Theorie erhebt, so muß sie das Herangehen an die Lösung anstehender Fragen wissenschaftlich begründen, sonst ist sie keine Theorie, sondern bloß eine willkürliche Sammlung pseudowissenschaftlicher Termini. Auf diese Tatsache wird im übrigen auch von verschiedenen sozialreformistischen Autoren in der Theoriediskussion der SPD selbst aufmerksam gemacht. So handele es sich, wie U. Bernbach schreibt, beim ersten Teil des „Orientierungsrahmen

⁷⁹ R. Luxemburg, Sozialreform oder Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 1/1, Berlin 1970, S. 377.

⁸⁰ Siehe: U. Lohmar, Sozialdemokratie und Kommunismus, in: Die Zeit, a. a. O., vom 21.4.1972, S. 56.

⁸¹ P. Ch. Ludz, Die Ideologie des „Sozialdemokratismus“ aus der Sicht der Kommunisten, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 5/1972, S. 359.

’85“ „um bloß definatorische Beschreibungen und Bestimmungen ..., deren Zusammenhang zu einer vorgeordneten Analyse und Theorie von Staat und Gesellschaft nicht erkennbar wird. Wohl deshalb nicht, weil es diesen Zusammenhang nicht gibt.“ Jedoch lasse sich „Erfolg in der Politik heutzutage nicht mehr ohne solide theoretische Fundierung erzielen“.⁸²

Der Eklektizismus und das niedrige theoretische Niveau der philosophischen Grundlagen des „demokratischen Sozialismus“, dessen „offener“ Charakter führen dazu, daß diese Konzeption keineswegs eine wissenschaftlich begründete Weltanschauung darstellt, die historisch gesetzmäßige Perspektiven der gesellschaftlichen Entwicklung aufdeckt. Die Sozialdemokraten liberaler Richtung, die sich offensichtlich der Schwäche ihrer philosophischen, weltanschaulichen Positionen ziemlich klar bewußt sind, erheben auch gar keinen Anspruch darauf, daß ihre Konzeption als Weltanschauung oder Theorie angesehen wird. Der westdeutsche Sozialdemokrat F. Brand begründet in seinem Artikel „Demokratischer Sozialismus ist keine Weltanschauung“⁸³ diesen Gedanken: Der „demokratische Sozialismus“ strebe deshalb nicht danach, eine Ideologie zu werden, weil die vor ihm existierenden Weltanschauungen und Lehren „sich in praktischer Hinsicht als zu wenig aktionsfähig“ erwiesen haben. Er entlehne nicht Elemente anderer Lehren, um daraus eine neue zu machen, sondern um seinen ideellen Inhalt zu bereichern. Der „demokratische Sozialismus“ setze nicht die lange Tradition utopischer philosophischer Systeme fort, er wolle die leidende und hoffende Menschheit nicht durch eine neue Utopie enttäuschen. Er sage sich von der revolutionären Vollendung [56] des historischen Prozesses los, indem er die Lösung dieser Frage der Geschichte überlasse und der Vernunft den ihr gebührenden Platz einräume.⁸⁴ Die Brüchigkeit der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ ist vielen Sozialdemokraten, in erster Linie den zum linken Flügel der sozialdemokratischen Bewegung gehörenden, wie gesagt, durchaus bewußt. Ihr Tendieren zum Marxismus erklärt sich nicht zuletzt aus dem Streben, sich auf dessen wissenschaftliches Herangehen an die Lösung von Problemen, die vor der Gesellschaft stehen, zu stützen. Durch die Hinwendung zu einigen Thesen des Marxismus versuchen diese Theoretiker, die Brüchigkeit der ideellen Grundlage ihrer Doktrin zu überwinden.

Nach Veröffentlichung des „Entwurfs eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens der SPD für die Jahre 1973 bis 1985“ kritisierten linke Sozialdemokraten dieses Dokument, weil eine marxistische Analyse des gesellschaftlichen, geschichtlichen Prozesses fehlte, von der her die sozialen Umgestaltungen in der BRD für die nächsten Jahre zu prognostizieren wären. Ein Vertreter der Jungsozialisten, W. Roth, sprach auf dem Parteitag der SPD in Hannover (1973) über die Gründe, warum die Jungsozialisten die Legitimation des Privateigentums an Produktionsmitteln bestreiten: „Wir bestreiten sie nicht aus ideologischen und dogmatischen Gründen, sondern weil wir wissen, was in dieser Phase mangelnder gesellschaftlicher Kontrolle hochkonzentrierter Produktionsmittel daraus an Krisenerscheinungen in dieser Gesellschaft resultieren kann. Ich glaube, das ist kein dogmatischer Standpunkt, sondern hier wird versucht, aus den Problemen der Gesellschaft wieder eine traditionelle marxistische Analyse zu entwickeln.“⁸⁵

Einen ähnlichen Standpunkt vertreten auch die französischen Sozialisten. F. Mitterrand zum Beispiel schreibt im Vorwort zum Regierungsprogramm der Sozialistischen Partei, daß sich diese zwar keinem Dogma unterwerfe und offizielle Doktrinen meide, daß ihre theoretische Grundlage jedoch der Marxismus sei und bleibe.⁸⁶

Selbst einige Sozialdemokraten liberaler Richtung erkennen die Notwendigkeit an, die Grundlagen ihrer Doktrin durch die Autorität der marxistischen Lehre, durch Hinweise auf den Zusammenhang

⁸² U. Bermbach, Plädoyer für ein Theorieinstitut der SPD, in: Der SPD-Staat, hrsg. von F. Grube und G. Richter, a. a. O., S. 272, 277.

⁸³ Siehe: F. Brand, Demokratischer Sozialismus ist keine Weltanschauung, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 11/1972, S. 864.

⁸⁴ Siehe: Ebenda, S. 866.

Vgl. auch: H. Scheer, Ein theoretisches Modell ist nicht nötig, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 7/1977, S. 606 ff.

⁸⁵ Zitiert nach: P. Glotz, Demokratischer Sozialismus als linker Reformismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, a. a. O., vom 9.6.1973, S. 10.

⁸⁶ Siehe: F. Mitterrand, Changer la vie. Programme de gouvernement du Parti Socialiste. Présentation par François Mitterrand. Premier Secrétaire du Parti Socialiste, Paris 1972, S. 10.

mit dieser Lehre zu stärken. So erklärte W. Eichler in seiner Arbeit „Zur Einführung in den demokratischen Sozialismus“, daß er mit denen nicht einverstanden sei, die fordern, daß sich die Sozialdemokraten in aller Öffentlichkeit völlig vom Marxismus lossagen. „Diese Forderung unbesehen erfüllen, schiene mir zu bedeuten, daß wir unsere Tradition, aber auch unser Wahrheitsgefühl und den Sinn wissen-[57]schaftlicher Grundlagen des Sozialismus verleugneten – und vor allem jedes Solidaritätsgefühl.“⁸⁷

Auf das Verhältnis der „demokratischen Sozialisten“ zum Marxismus üben die Differenzen in ihren eigenen Reihen wesentlichen Einfluß aus. In der Regel gründen sich die theoretischen Arbeiten der Linken in allen Parteien der Sozialistischen Internationale auf den Marxismus, wobei sich aber dessen Interpretation (in verschiedener Abstufung) von den prinzipiellen Thesen, die der marxistisch-leninistischen Lehre zugrunde liegen (Diktatur des Proletariats, Avantgarde-Mission der Arbeiterklasse, Rolle der Partei als führende Kraft), unterscheidet.

In jenen Parteien der Sozialistischen Internationale, in deren Programmdokumenten eine (wenn auch nicht immer konsequente) Entlehnung marxistischer Thesen zu bemerken ist (bei den Sozialisten Frankreichs, Italiens, Belgiens, Portugals), geht der linke Flügel in der Anwendung marxistischer Thesen bedeutend weiter als die Theoretiker, die sich um die Parteiführungen gruppieren. In den Parteien pragmatischer Richtung und bürgerlich-pragmatischer Wertorientierung ist bei den Linken eine unterschiedliche Einstellung zum Marxismus zu beobachten. Die gemäßigten Linken wenden sich den philosophischen Seiten des Marxismus zu, die radikalen Linken, insbesondere die Jugendorganisationen, konzentrieren ihre Aufmerksamkeit auf die Strategie der Machteroberung und auf die Ausarbeitung von Programmen der primär notwendigen Umgestaltungen (Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, nationale Planung, Arbeiterkontrolle über die Produktion), wobei sie bemüht sind, entsprechende marxistische Thesen anzuwenden.

Sehr differenziert ist die Haltung zum Marxismus auch in den Reihen sozialdemokratischer Theoretiker bürgerlich-liberaler Orientierung. Die meisten Theoretiker dieser Richtung vertreten den Standpunkt, daß der Marxismus als philosophische und ökonomische Theorie heute nur noch ein Stück Geschichte der Sozialdemokratie darstellt, daß er der Vergangenheit angehört. Das ist beispielsweise die Meinung der westdeutschen Sozialdemokraten A. und G. Schwan, die sie in ihrem Buch „Sozialdemokratie und Marxismus“ zum Ausdruck bringen.⁸⁸ Die Abgrenzung vom Marxismus in Worten bedeutet aber nicht, daß es der sozialdemokratischen Bewegung gelungen ist, sich dem Einfluß dieser Lehre zu entziehen, die sie viele Jahrzehnte hindurch begeistert hat. Wenn Willy Brandt anlässlich der Festveranstaltung zum 150. Geburtstag Friedrich Engels' an den Ausspruch Nell-Breunings erinnert – „Wir alle stehen auf den Schul-[58]tern von Marx“⁸⁹ –, so zeugt das davon, daß es der rechten Sozialdemokratie nicht gelungen ist, das theoretische Denken der Sozialdemokratie völlig vom Einfluß des Marxismus zu befreien.

Im Godesberger Programm der SPD, in das die rechten sozialdemokratischen Theoretiker so weit wie nur irgend möglich, *ihre* Auffassung vom „demokratischen Sozialismus“ einzubringen und den Marxismus gänzlich über Bord zu werfen versuchten, wird – unter allen möglichen Vorbehalten zwar – die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Notwendigkeit der Planung, der Kontrolle „der Übermacht großer Wirtschaftsgebilde“⁹⁰ (Monopolkapital) dennoch anerkannt. Das wird jetzt von den Linken in der SPD, besonders von den Jungsozialisten, genutzt, um die Notwendigkeit einer konsequenten und radikalen Lösung dieser Probleme zu begründen.

⁸⁷ W. Eichler, Zur Einführung in den demokratischen Sozialismus, a. a. O., S. 41.

⁸⁸ Siehe: A. Schwan/G. Schwan, Sozialdemokratie und Marxismus. Zum Spannungsverhältnis von Godesberger Programm und marxistischer Theorie, Hamburg 1974, S. 297.

⁸⁹ W. Brandt, Friedrich Engels und die soziale Demokratie. Rede zum 150. Geburtstag von F. Engels in Wuppertal, Bonn – Bad Godesberg 1970, S. 18.

⁹⁰ Siehe: Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn o. J., S. 13, 15.

Eben aus diesem Grunde stellt auch ein Teil der rechten Theoretiker der SPD die Forderung, aus dem Parteiprogramm „alle Zweideutigkeiten“ zu entfernen. Ihrer Meinung nach hat das Godesberger Programm „jedoch nie eine philosophische und erkenntnistheoretische Grundlegung“⁹¹ erhalten. Mit anderen Worten, diese Theoretiker treten dafür ein, daß der Einfluß des Marxismus auf das Parteiprogramm völlig eliminiert wird.

Aber diese Position wird nicht von allen Mitgliedern der SPD geteilt, auch nicht von allen Gemäßigten. G. Wuthe und H. Junker gehören mit ihrer Arbeit „Demokratischer Sozialismus“ zu den ersten, die den Versuch unternahmen, die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ als ein bestimmtes System darzustellen. Sie gehen auf die im Godesberger Programm angeführten „geistigen Grundlagen des demokratischen Sozialismus“ – die christliche Ethik, den Humanismus und die klassische Philosophie – ein und unterstreichen, daß der Humanismus als geistige Grundlage des „demokratischen Sozialismus“ mit dem Humanismus von Marx verbunden ist, insbesondere mit dem Humanismus in seinen Frühwerken. Nach ihrer Meinung besteht die unvergängliche Bedeutung des Marxismus in der Methode der Gesellschaftsanalyse, die exakt die Beziehungen zwischen sozialökonomischen Verhältnissen und politischer Ordnung untersucht, in der Wechselbeziehung zwischen Theorie und Praxis und in dem Einfluß, den der Marxismus auf den revolutionären Aufschwung der Arbeiterbewegung ausgeübt hat.⁹²

Der westdeutsche Sozialdemokrat A. Rathmann geht noch weiter. In seinem Artikel „Marxismus und demokratischer Sozialismus“ kommt er zu dem Schluß, „der originäre Marxismus ist ein humaner, ein freiheitlich demokratischer Sozialismus“.⁹³

[59] Derart unterschiedliche Urteile – von der Abstempelung des Marxismus als veraltete Theorie durch die rechten Sozialdemokraten bis zur Gleichsetzung des Marxismus mit dem „demokratischen Sozialismus“ durch die Linken und einen Teil der Gemäßigten – müssen bei der Untersuchung des Wesens der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ berücksichtigt werden.

Wenn man konstatiert, daß es noch eine Beziehung des „demokratischen Sozialismus“ zum Marxismus gibt, daß dieser „Sozialismus“ noch für einige Thesen des Marxismus „offen“ ist, so muß man dabei beachten, daß diese Beziehung immer mehr formalen Charakter annimmt. Das Formale besteht vor allem darin, daß der „demokratische Sozialismus“ nur für einzelne Thesen des Marxismus „offen“ ist, die marxistische Lehre als Ganzes jedoch ablehnt. Einzelne, aus dem Kontext gerissene marxistische Thesen sind aber kein Marxismus, sondern eine subjektivistische Entstellung des Marxismus. Vertreter der liberalen Richtung des „demokratischen Sozialismus“ entnehmen der Marxschen Lehre zum Beispiel nur jene Thesen, die sich unmittelbar auf den Menschen beziehen, auf seine freie und allseitige Entwicklung. Im Endergebnis geben sie dem Marxismus nicht nur einen abstrakt humanistischen Charakter, sondern verfälschen sein Wesen völlig. So erklärt W. Eichler zum Beispiel nach einer derartigen Manipulation: „... man sollte ... begreifen ..., daß die Impulse Marxschen Denkens der Freiheit auch des Einzelnen galten; daß sein pathetisch verfochtenes Ziel nicht die Herrschaft einer Klasse durch die einer anderen ersetzen sollte ...“⁹⁴ Marxistische Aussagen werden entlehnt, um den Marxismus zu verzerren, um das Wesen dieser Lehre zu negieren. Schon Marx und Engels haben in ihrem Brief an August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Wilhelm Bracke und andere unterstrichen: „Wir haben seit fast 40 Jahren den Klassenkampf als nächste treibende Macht der Geschichte, und speziell den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat als den großen Hebel der modernen sozialen Umwälzung hervorgehoben; wir können also unmöglich mit Leuten zusammengehen, die diesen Klassenkampf aus der Bewegung streichen wollen.“⁹⁵

⁹¹ Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, hrsg. von G. Lührs, Th. Sarrazin, F. Spreer, M. Tietzel, a. a. O., S. 11.

⁹² Siehe: G. Wuthe/H. Junker, Demokratischer Sozialismus, in: Demokratische Gesellschaft, Konsensus und Konflikt, Teil 1, München – Wien 1975, S. 139.

⁹³ A. Rathmann, Marxismus und demokratischer Sozialismus, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 8/1972, S. 615.

⁹⁴ W. Eichler, Zur Einführung in den demokratischen Sozialismus, a. a. O., S. 43.

⁹⁵ Marx/Engels an Bebel, Liebknecht, Bracke u. a., 17/18. September 1879, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 34, Berlin 1966, S. 407.

Der formale Charakter des „Offen-Seins“ gegenüber dem Marxismus besteht auch darin, daß das Wichtigste in dem heutigen Verhältnis der „demokratischen Sozialisten“ (zumindest der rechten) zum Marxismus weniger das Streben ist, diese oder jene marxistische These auszunutzen, als vielmehr der Versuch, den Marxismus als veraltet hinzustellen und neue Argumente dafür anzuführen. Einer der jüngeren Versuche in dieser Richtung ist die bereits angeführte Arbeit [60] von Theoretikern des rechten Flügels der westdeutschen Sozialdemokratie „Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie“. Eine Analyse dieser Arbeit zeigt, daß ihr Hauptziel darin besteht, den Marxismus als aktuelle, auch heute gültige wissenschaftliche Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung zu widerlegen. In diesem Sammelband werden zwar Behauptungen Poppers zitiert, daß nach Marx die Rückkehr zur vormarxistischen Sozialwissenschaft einfach undenkbar sei. „Er öffnete unsere Augen und er schärfte unseren Blick für viele neue Fragen.“⁹⁶ Doch gleichzeitig wird die Möglichkeit bezweifelt, die dialektische Methode zur Analyse gesellschaftlicher Erscheinungen anzuwenden, wird der wissenschaftliche Wert der theoretischen Schlußfolgerungen des „Kapitals“ von Marx in Abrede gestellt.

Und schließlich kommt der formale Charakter des „Offen-Seins“ für den Marxismus auch darin zum Ausdruck, daß für den „demokratischen Sozialismus“ nur die Retrospektive, nicht die Perspektive charakteristisch ist. Die „demokratischen Sozialisten“ befassen sich mit dem Marxismus nur in der Retrospektive. Sie ignorieren völlig die Ergebnisse, die in der Ausarbeitung des Marxismus nach Marx erzielt wurden. Für sie existiert keine schöpferische Entwicklung des Marxschen Erbes.

Die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ richtet sich gegen den schöpferischen Marxismus, gegen seine heutigen theoretischen Ergebnisse und deren praktische Verwirklichung in den Ländern des realen Sozialismus. So greifen Sozialreformisten, rechte und „linke“ Revisionisten – gemeinsam mit Antikommunisten und in ihrem Gefolge, aber nicht weniger heftig als diese – die marxistisch-leninistische Lehre und den realen Sozialismus an.

Zahlreiche Theoretiker in den Reihen der sozialreformistischen Bewegung treten nicht nur mit der Behauptung auf, daß viele Thesen des Marxismus veraltet seien, sondern versuchen auch der Arbeiterbewegung einzureden, daß der Leninismus die Verallgemeinerung hauptsächlich der russischen revolutionären Erfahrungen sei. Ein Standardargument „demokratischer Sozialisten“ ist z. B. folgende These: „Der Leninismus ist – grob gesagt – nichts anderes als die Anwendung des Marxismus auf ein unterentwickeltes Land.“⁹⁷ Ja, entgegen den historischen Tatsachen versteigen sich sozialreformistische Theoretiker selbst zu der Behauptung, daß Lenin vor der Oktoberrevolution keinen besonderen Anteil an der internationalen revolutionären Bewegung gehabt habe und erst einige Jahre nach der Oktoberrevolution mit der Tätigkeit revolutionärer Parteien in der übrigen Welt verbunden gewesen wäre.

[61] Es läßt sich leicht nachweisen, daß Lenin während seiner gesamten revolutionären Tätigkeit nicht nur mit der internationalen Arbeiterbewegung verbunden war, sondern auch den revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung der ganzen Welt führte. Auf Lenin lastete die ganze Schwere des Kampfes gegen den tief verwurzelten Opportunismus der II. Internationale, auf ihm lastete die gewaltige Arbeit des Zusammenschlusses der revolutionären Kräfte, der Schaffung revolutionärer Parteien neuen Typus, zuerst in Rußland, danach auch in einer solchen internationalen revolutionären Organisation wie der Kommunistischen Internationale.

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß es kein Land, keine politisch bedeutende Organisation, keinen führenden Vertreter der Arbeiterbewegung gab, die nicht im Blickfeld Lenins gestanden hätten.

Bei der Ausarbeitung theoretischer Probleme stützte sich Lenin nicht nur auf die Praxis des revolutionären Kampfes in Rußland, sondern auch auf die Ergebnisse der Weltwissenschaft und auf die historischen Erfahrungen der gesellschaftlichen Entwicklung und des Befreiungskampfes in der ganzen Welt.

⁹⁶ Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, hrsg. von G. Lührs, Th. Sarrazin, F. Spreer, M. Tietzel, a. a. O., S. 7.

⁹⁷ P. v. Oertzen, Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Vorstand der SPD, a. a. O., S. 13.

Besonders hervorzuheben ist die Bedeutung der Leninschen Arbeiten über die praktische sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Es stimmt, daß er die Erfahrungen eines Landes – Sowjetrußlands – analysierte und verallgemeinerte, denn in der ganzen übrigen Welt herrschte der Kapitalismus. Doch Lenin vermochte die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus zu erkennen und sie als prinzipielle Thesen der revolutionären Theorie zu formulieren. Und man kann ohne Übertreibung sagen, daß die allgemeinen Thesen über die Wege zum Aufbau des Sozialismus, über die Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus von internationaler Bedeutung sind. Natürlich bringen die Erfahrungen anderer Länder, die den Weg der sozialistischen Entwicklung beschreiten, viel Neues und Lehrreiches für theoretische Verallgemeinerungen hervor. Doch diese neuen Erscheinungen der sozialistischen Wirklichkeit heben die von Lenin entdeckten allgemeinen Gesetzmäßigkeiten nicht auf, sondern bestätigen, bereichern und konkretisieren sie.

Der Leninismus ist nicht auf die Periode beschränkt, in der Lenin lebte und wirkte. Der Marxismus-Leninismus entwickelt sich im Prozeß der theoretischen Tätigkeit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Bruderparteien ständig weiter, er wird durch die Erfahrungen und das kollektive Denken der kommunistischen Weltbewegung allseitig bereichert. Die große Lehre von Marx, Engels und Lenin ist nicht „veraltet“, wie ihre Gegner behaupten, sondern [62] sie lebt und entwickelt sich im Kampf für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus schöpferisch weiter.

In den Dokumenten, die auf den internationalen Beratungen von Vertretern kommunistischer und Arbeiterparteien einstimmig angenommen wurden, fanden die Ergebnisse kollektiver theoretischer Arbeit der Kommunisten ihren Ausdruck: die Bestimmung des Charakters unserer Epoche, der Haupttriebkkräfte und der Perspektiven des revolutionären Weltprozesses, die Analyse der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die Ausarbeitung der Strategie und Taktik der internationalen kommunistischen Bewegung, aktuelle Probleme der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung, Wege und Formen des Übergangs zum Sozialismus, Möglichkeiten der Verhinderung eines neuen Weltkrieges und der Sicherung eines dauerhaften Friedens zwischen den Völkern.

Gestützt auf die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR und anderen Ländern haben die KPdSU und die Bruderparteien einen großen theoretischen Beitrag zur Aufdeckung der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten und der Triebkräfte der sozialistischen Gesellschaft geleistet. Sie entwickeln und konkretisieren die marxistisch-leninistischen Erkenntnisse von der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, vom wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau in der sozialistischen Gesellschaft, von den Veränderungen der Klassenstruktur und den Wegen der Überwindung von Klassenunterschieden, von der Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, vom sozialistischen Staat und von der sozialistischen Demokratie unter den Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus.

Die schöpferische Entwicklung der marxistisch-leninistischen Lehre im internationalen Maßstab ist dadurch bedingt, daß keine andere Theorie als der Marxismus-Leninismus ein vollständiges Bild von der gesellschaftlichen Entwicklung geben und die Arbeiterklasse mit der Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten des revolutionären Weltprozesses, der Wege und Methoden des Kampfes um Frieden, Demokratie und Sozialismus ausrüsten kann.

Die „demokratischen Sozialisten“ möchten die Arbeiterbewegung vor den revolutionären Ideen des Marxismus-Leninismus abschirmen. Eben mit diesem Ziel verschließen sie ihre (angeblich „offene“) Doktrin vor der zutiefst revolutionären Lehre vom Sozialismus und Kommunismus, deren wachsenden Einfluß auf die internationale Arbeiterbewegung sie damit aber nicht verhindern können.

[63]

Zielstellung des „demokratischen Sozialismus“ – Ablenkung der Arbeiterklasse vom Sozialismus

Der Pluralismus der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ und die Tendenz der Veränderung seines ideologischen Inhalts sind gegen den realen Sozialismus, gegen die materialistische Geschichtsauffassung und die Grundthesen des wissenschaftlichen Kommunismus gerichtet. Besonders deutlich kommt das in den Zielvorstellungen zum Ausdruck. Angesichts des großen Einflusses, den die Ziele der Arbeiterbewegung auf den Weg ihrer Entwicklung ausgeübt haben, versuchen die „demokratischen Sozialisten“, dem Einfluß des wissenschaftlichen Sozialismus und seiner realen Verkörperung, dem in der UdSSR und in anderen sozialistischen Ländern errichteten Sozialismus, gerade auf diesem Felde zu begegnen. Durch die Verbreitung bestimmter Zielvorstellungen versuchen sie, die Arbeiterbewegung vom wahrhaft sozialistischen Weg abzubringen, sie nicht auf die Beseitigung, sondern auf die Bewahrung und Festigung des Vorhandenen, das heißt des Kapitalismus, zu orientieren. Die Adepten des „demokratischen Sozialismus“ haben auch keine Scheu, ihre antisozialistischen Zielvorstellungen in pseudosozialistische Phrasen zu hüllen. Es ist nicht immer leicht, diese Phrasen zu durchschauen und ihren verborgenen bürgerlich-apologetischen Gehalt zu erkennen.

Untersuchen wir daher näher, was den realen Sozialismus ausmacht, was er dem werktätigen Menschen gibt, und stellen wir seine Ziele und Errungenschaften den Bestrebungen des „demokratischen Sozialismus“ gegenüber.

In den Werken von Marx, Engels und Lenin wird der Sozialismus als erste oder niedere Phase der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaftsformation definiert. Seine Wesensmerkmale sind: politische Macht der Arbeiterklasse im engen Bündnis mit den Massen der Bauern und anderen werktätigen Schichten; führende Rolle der Arbeiterklasse mit ihrer Avantgarde an der Spitze – der marxistisch-leninistischen Partei; gesellschaftliches Eigentum an den wichtigsten [64] Produktionsmitteln; Aufhebung der Ausbeuterklassen und der Exploitation des Menschen durch den Menschen; Demokratie für das Volk; sozialistische Ideologie und Kultur; Gleichberechtigung und Freundschaft mit anderen Völkern; Solidarität mit der internationalen Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung. Sozialismus als Form gesellschaftlicher Entwicklung unterscheidet sich grundlegend vom Kapitalismus. Er setzt die revolutionäre Beseitigung des Kapitalismus voraus und gewährleistet danach die Vorbereitung des Übergangs zur höheren Phase des Kommunismus.

Die marxistisch-leninistische Auffassung vom Sozialismus gibt dem Kampf, den die Arbeiterklasse zusammen mit ihren Verbündeten führt, um den Kapitalismus zu beseitigen und die kommunistische Gesellschaftsformation zu errichten, ein konkret-historisches Ziel.

Der Marxismus-Leninismus begründet nicht nur die Unvermeidlichkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus, er zeigt auch die soziale Kraft, die über alle notwendigen Voraussetzungen für die Lösung dieser Aufgabe verfügt – die revolutionäre Arbeiterklasse. Die Durchführung der sozialistischen Revolution. und der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, das ist die historische Mission des Proletariats.

Die von Marx, Engels und Lenin ausgearbeitete wissenschaftliche Theorie des Sozialismus ist durch die historische Praxis seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bestätigt worden. Davon zeugen die Erfahrungen des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern.

Die Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse, die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die Herausbildung sozialistischer Produktionsverhältnisse und die Gewährleistung eines hohen und beständigen Tempos der Entwicklung der Produktivkräfte in den sozialistischen Staaten schufen die grundlegenden Bedingungen dafür, den Menschen wirklich zum Maß aller Dinge zu machen. *Alles für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen – darin besteht der Sinn des Sozialismus.* Wachsende politisch-moralische Einheit, hohe Bewußtheit und schöpferische Aktivität der Werktätigen, vor allem der Arbeiterklasse, Entwicklung jedes werktätigen Menschen als freie, allseitig entwickelte Persönlichkeit,

das sind die charakteristischen Merkmale der sozialistischen Gesellschaft, die nunmehr als konkrete Alternative des Kapitalismus existiert.

In der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gibt es, das zeigt die UdSSR, sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande, ein auf dem [65] höchsten Stand der Technik und auf dem gesellschaftlichen Eigentum beruhendes System der Planwirtschaft. Bei Wahrung der führenden Rolle der Arbeiterklasse vollzieht sich ein Prozeß der Annäherung der werktätigen Klassen und sozialen Schichten, die soziale Homogenität der sozialistischen Gesellschaft setzt sich immer entschiedener durch, die wesentlichen Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, zwischen den Bedingungen des Lebens und der Arbeit in der Stadt und auf dem Lande werden immer weiter abgebaut. Die Aufgabe der Angleichung des Niveaus der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetrepubliken ist im wesentlichen gelöst. Die Wirtschaft der Sowjetunion ist seit langem ein einheitlicher ökonomischer Organismus, der auf den gemeinsamen wirtschaftlichen Zielen und Interessen aller Nationen und Völker der UdSSR beruht. Ein gewaltiger Fortschritt ist in der kulturellen Entwicklung zu verzeichnen. Die Entwicklung der sozialistischen Demokratie ist bedeutend vorangeschritten. Der Staat der Diktatur des Proletariats, der seine große historische Mission erfüllt hat, ist allmählich in einen sozialistischen Staat des ganzen Volkes hinübergewachsen, dessen führende Kraft die Arbeiterklasse ist. Im reifen Sozialismus entwickeln sich die Produktivkräfte in einem hohen und stetigen Tempo, wächst die Arbeitsproduktivität, und auf der Grundlage dieses Wachstums und in Übereinstimmung mit ihm vollzieht sich ein stetiger Aufschwung des materiellen Wohlstands des Volkes. Alle Seiten, alle Sphären der Gesellschaft und die Gesellschaft als Ganzes entwickeln sich dynamisch. All das eröffnet neue Horizonte für die Errichtung der materiell-technischen Basis des Kommunismus, für die weitere Vervollkommnung der Produktionsverhältnisse wie auch aller anderen gesellschaftlichen Verhältnisse und für den geistigen Fortschritt.

Dank der unerschütterlichen Treue zum wissenschaftlichen Sozialismus, zur Lehre von Marx, Engels und Lenin, dank der schöpferischen Anwendung dieser Lehre auf die konkret-historischen Bedingungen des Kampfes um Frieden, Demokratie und Sozialismus waren die kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder fähig, jene gewaltigen sozialen Umgestaltungen zu vollziehen, die den Sozialismus mehr und mehr zur bestimmenden Kraft unserer Epoche machen und den Imperialismus historisch in die Defensive drängen. Der wissenschaftliche Sozialismus kann heute in vollem Maße anhand der welthistorischen Praxis demonstriert werden. Auf diese Weise gewinnt diese Theorie in der Praxis einen Verbündeten, der ihre Anziehungskraft ständig vergrößert.

Die gesellschaftliche Zielstellung des „demokratischen Sozialismus“ [66] unterscheidet sich grundlegend von der des realen Sozialismus. Schon der Begriff ist – wie weiter oben gezeigt – äußerst verschwommen. Darauf wird von Anhängern des „demokratischen Sozialismus“ selbst häufig hingewiesen. So schrieb H. Apel: „Ein deutlich formuliertes Bild einer sozialdemokratischen Gesellschaftsordnung gibt es nicht.“⁹⁸ Analog dazu heißt es bei H. Scherf: „Trotz der Feststellung im OR '85 ‚Die Idee des Sozialismus umfaßt das Ziel einer neuen besseren Gesellschaft und den Weg dorthin‘ herrscht über beides, Ziel und Weg, noch große Unklarheit.“⁹⁹

Aus den offiziellen Dokumenten der Sozialistischen Internationale und ihrer führenden Parteien (Labour Party, SPD, SPÖ u. a.), aber auch aus den Erklärungen ihrer Führer kann man in etwa folgende Thesen als integrierende Bestandteile der ideologisch-theoretischen Plattform des „demokratischen Sozialismus“ ableiten: Anerkennung von Prinzipien einer „allgemeinmenschlichen Ethik“; „Solidarität aller sozialen Gruppen und Individuen“; „Gleichheit sozialer Möglichkeiten“; „Harmonie zwischen gesellschaftlichen Gruppen- und individuellen Interessen“; „gegenseitige Hilfe und allgemeine Brüderlichkeit“; „allgemeine, über den Klassen stehende Demokratie“; „Verbindung von Privateigentum und staatlicher Regulierung“.

Die Vertreter des „demokratischen Sozialismus“, die die Vergesellschaftung des Privateigentums an Produktionsmitteln für die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft nicht für notwendig erachten,

⁹⁸ H. Apel, Das Wagnis Langzeitprogramm, in: Vorwärts, Bonn, vom 20.1.1972, S. 2.

⁹⁹ H. Scherf, Notwendige Fragen, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 8/1979, S. 659.

erklärten Anfang der fünfziger Jahre das „moralische Ideal“ und die „Freiheit der Persönlichkeit“ zum Hauptinhalt des Sozialismus. Doch blieb das damit entstandene Vakuum einer ökonomischen Begründung nicht lange bestehen, es wurde mit der Idee des „Volkskapitalismus“ und mit der Idee der „gemischten Wirtschaft“ ausgefüllt. In den meisten Programmen sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien wird das Privateigentum an Produktionsmitteln als „gesetzmäßiger Faktor der sozialistischen Gesellschaftsordnung“ bezeichnet. Die Idee der „Planung“ ist in der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ als letzter Rest des alten Reformismus übriggeblieben. Doch da die Vergesellschaftung jetzt nicht mehr als notwendige Voraussetzung für den Sozialismus betrachtet wird, verschmilzt die sozialdemokratische Vorstellung von der Planung im Grunde mit den heutigen Formen der staatsmonopolistischen Regulierung.

Der Verzicht vieler rechter Führer auf sozialistische Ziele war von einer Absage an alle den Rahmen der bürgerlichen Demokratie überschreitenden politischen Mittel begleitet. Der Klassenkampf wurde zum veralteten Begriff erklärt. Nach Meinung der „demokratischen [67] Sozialisten“ ist ein Antipode dieses Kampfes – der Privateigentümer – verschwunden bzw. im Verschwinden begriffen. Seinen Platz hat ein anonymer Aktienbesitzer eingenommen. Und der Arbeiter hat in der Produktion nur noch mit „Managern“ zu tun, die angeblich nicht an seiner Ausbeutung interessiert sind. Diesen Modetheorien nach neigen diejenigen, die früher verschiedenen Klassen angehörten, dazu, mittels „demokratischer Prozeduren“ zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen und so „sozialistische Formen des Zusammenlebens“ zu entwickeln.

Die Vertreter des „demokratischen Sozialismus“ sind bemüht, ihrem „Sozialismus“ durch bestimmte Losungen und durch die Ankündigung eines ethisch-humanistischen Planes möglichst starke Anziehungskraft zu verleihen. Doch auf den ersten Blick erkennt jeder konsequente Kämpfer für den Sozialismus, daß am Modell des „demokratischen Sozialismus“ das Wichtigste fehlt, nämlich die Absage an den Kapitalismus als soziales System und die Anerkennung der Notwendigkeit, den Charakter der politischen Macht und die Eigentumsformen grundlegend zu ändern. Man kann sagen, daß die Theoretiker der internationalen Sozialdemokratie die bürgerliche Demokratie mittels pseudosozialistischer Phrasen beschreiben und propagieren. Doch die bürgerliche Demokratie stellt bekanntlich eine politische Form der Diktatur des Kapitals (vor allem des Monopolkapitals) dar, wenngleich auch viele ihrer Institutionen von den werktätigen Massen im Kampf für ihre Interessen genutzt werden können. Indem der „demokratische Sozialismus“ diese Ordnung verteidigt, bringt er die von ihm selbst proklamierten „allgemeinmenschlichen Werte“ den realen Klasseninteressen einer Ausbeuter-minderheit zum Opfer.

Welche Ziele aber stellt sich der „demokratische Sozialismus“ in Theorie und Praxis? Der Begriff legt die Annahme nahe, daß das Endziel des „demokratischen Sozialismus“ der Aufbau des Sozialismus sei. Doch weder die Theoretiker noch die Politiker des Sozialreformismus erkennen den Sozialismus als Endziel an, selbst der Terminus „aufbauen“, auf den Sozialismus bezogen, fehlt im Sprachgebrauch des Sozialreformismus. Ganz offen wird vielmehr erklärt, daß das Ziel ein „demokratisches Wirtschaftsmodell“ sei, „das von der Korrektur, nicht von der Abschaffung des kapitalistischen Systems“¹⁰⁰ ausgehe.

Daß der Terminus „Aufbau des Sozialismus“ nicht benutzt wird, ist also nicht verwunderlich. Denn der Aufbau des Sozialismus setzt die Beseitigung des Kapitalismus voraus; die „demokratischen Sozialisten“ sind aber – ausgesprochen oder unausgesprochen – fest davon [68] überzeugt, daß der Kapitalismus nicht ersetzt zu werden braucht, daß er im Gegenteil gefestigt werden muß, daß der Sozialismus nicht die Negation des Kapitalismus, sondern ein erneuert und reformierter Kapitalismus sei. Wird der Sozialismus zu einem „allgemeinen Ideal“ deklariert, dann kann man sich an alle Menschen gleichermaßen wenden und mittels abstrakter Phrasen Bourgeoisie und Proletariat als „Sozialpartner“ ausgeben, kann man allen Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Chancengleichheit versprechen. Ändert das aber irgend etwas an den tatsächlichen materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen des

¹⁰⁰ D. Friedrich, Führungsstruktur, Machtfragen und Zukunftsprobleme in der deutschen Sozialdemokratie, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 9/1979, S. 805.

Kapitalismus oder hebt die ihm immanenten antagonistischen Widersprüche auf? Wer im Interesse der Werktätigen nach wahrer Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität strebt und auf dieser Grundlage den Klassenkampf führen will, kann nicht ohne exakte Analyse der objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse, vor allem der Eigentumsverhältnisse, wie auch der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft auskommen. Einer solchen wissenschaftlichen Analyse des kapitalistischen Gesellschaftssystems weichen die Ideologen der rechten Sozialdemokratie aber gerade aus. Sie stehen objektiv auf dem Boden des Kapitalismus und wollen keinen Schritt von ihm abweichen. Doch gerade *die Beseitigung des Kapitalismus und der Aufbau des Sozialismus als ein praktisch erreichbares Ziel ist das grundlegende Kriterium, durch das sich die revolutionäre Arbeiterbewegung politisch von den bürgerlich-demokratischen Kräften unterscheidet.* Und wer das vergißt, gibt das Ziel des Sozialismus faktisch auf.¹⁰¹

Viele Theoretiker des Sozialreformismus propagieren daher, an Bernstein anknüpfend, in ihren Arbeiten offen die Idee, daß der „demokratische Sozialismus“ keine exakte Orientierung, kein klar formuliertes Endziel einer „demokratisch-sozialistischen“ Bewegung brauche. Willy Brandt zum Beispiel hob in seiner Rede zum 20. Todestag von Kurt Schumacher bewußt hervor: „... demokratischer Sozialismus sei eine dauernde Aufgabe, nämlich die Aufgabe, ‚Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren‘.“¹⁰² Und der sozialdemokratische Autor P. Reuschenbach erklärte in seinem Artikel „Demokratischer Sozialismus – kein Endziel, sondern Aufgabe“: „Die Programmatik des demokratischen Sozialismus entspricht dieser Erkenntnis. Sie gibt zu, daß sie ... kein Endziel einer Gesellschaftsordnung anstrebt, ja nicht einmal kennt.“¹⁰³ Einige Theoretiker der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ haben sich bemüht, eine „wissenschaftliche Begründung“ dieses Standpunktes zu geben. Karl Czernetz erklärte: „Als entwicklungsgeschichtlich denkende Menschen kann es für uns kein ‚Endziel‘ geben, weil die Entwicklung immer weiter geht und die Vorstellung einer Zielsetzung mit einem Ende schon methodologisch falsch wäre.“¹⁰⁴ Diese Meinung wird auch von dem australischen Sozialisten Bill Hayden unterstützt. In seiner Arbeit „Die Implikationen des ‚demokratischen Sozialismus‘“ spricht er davon, daß sich der „demokratische Sozialismus“ nicht in eine geschlossene Theorie verwandeln könne, da es um das Leben des Menschen und der Gesellschaft gehe, das sich ständig ändert.¹⁰⁵ Und der westdeutsche Politologe und Ökonom H.-D. Ortlieb schreibt: „Die andere Bewegung, die demokratisch-sozialistische, stellt das alte antikapitalistische Ordnungsbild infrage. Für den ‚freiheitlichen Sozialismus‘ wurde das Ordnungsproblem zu einer immer wieder neu gestellten, nie endgültig gelösten menschlichen Aufgabe.“¹⁰⁶ Bei Wuthe und Junker heißt es: „Der Sozialismus ist nicht mehr und nicht weniger als eine Gesellschaft. Das ist seine große Aufgabe und das sind auch genau seine Grenzen. Die in diese Richtung zielende politische Tätigkeit erfordert das Erkennen gegenseitiger Beziehungen in der Gesellschaft – eine gesellschaftliche Analyse – und die entsprechende Ausarbeitung einer politischen Strategie für die Realisierung der festgelegten Ziele. Sozialismus – das ist ständige Diskussion um Ziele und Mittel, um Theorie und praktische Verwirklichung.“¹⁰⁷

Der Sozialismus könne, so folgern die Adepten des „demokratischen Sozialismus“, keinesfalls als ein klar umrissenes Endziel dargestellt werden. Und weshalb nicht? Weil das Ziel, das sich Theorie und Praxis des „demokratischen Sozialismus“ stellen, nicht im Ergebnis eines Sprunges realisiert werden

¹⁰¹ Siehe: G. Kalex/H. Klug, Das „strategische Zielbündel“ des Herrn Lohmar, in: Einheit, Berlin, 7/1972, S. 907-918, und W. Paff/V. Wrona, Der „demokratische Sozialismus“ – eine bürgerliche Konzeption, in: Einheit, a. a. O., 12/1972, S. 1630-1638.

¹⁰² W. Brandt/B. Kreisky/O. Palme, Briefe und Gespräche 1972 bis 1975, a. a. O., S. 36.

¹⁰³ P. Reuschenbach, Demokratischer Sozialismus – kein „Endziel“, sondern Aufgabe, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 5/1973, S. 361.

¹⁰⁴ K. Czernetz, Überlegungen zur Strategie des Sozialismus, in: Die Zukunft, a. a. O., 3/1972, S. 2.

¹⁰⁵ Siehe: B. Hayden, The Implications of Democratic Socialism, Melbourne 1968, S. 2.

¹⁰⁶ H.-D. Ortlieb, Macht und Freiheit in der Sicht des Sozialismus, in: Macht und ökonomisches Gesetz, Bd. 2, Berlin 1973, S. 1365-1383.

¹⁰⁷ G. Wuthe/H. Junker, Demokratischer Sozialismus, in: Demokratische Gesellschaft, Konsensus und Konflikt, Teil 1, a. a. O., S. 128.

könne. Es sei fließend, verändere sich ständig. In dem Maße, wie sich die Gesellschaft entwickle, werde es mit neuem Inhalt erfüllt. Und in der Praxis werde immer wieder das Bedürfnis entstehen, diesen neuen Inhalt zu realisieren. Deshalb könne der „demokratische Sozialismus“ niemals eine Lehre über irgendwelche Endziele der Arbeiterbewegung sein. Er könne nur eine nie endende Diskussion über Ziele und Mittel dieser Bewegung sein.

Gegen wen sich die Verneinung des Sozialismus als bestimmtes Endziel der Arbeiterbewegung richtet, ist völlig klar, gegen den realen Sozialismus als Verkörperung der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin. Diesen realen Sozialismus versuchen die „demokratischen Sozialisten“ so hinzustellen, als sei er im Ergebnis eines einzigen Sprunges entstanden und infolge des Festhaltens an einem unveränderlichen Endziel, dem Aufbau der kommunistischen Gesellschaft, erstarrt, so als sei diese etwas subjektiv Gewolltes und nicht eine objektive, historische Notwendigkeit. Hier zeigt [70] sich erneut, daß die Lehre des „demokratischen Sozialismus“ metaphysisch, starr und unbeweglich ist. Denn ihre Anhänger stellen den Sozialismus als Endziel und den Sozialismus als sich ständig ändernden Inhalt, als lebendiges, sich ständig veränderndes gesellschaftliches Gebilde, einander metaphysisch gegenüber, betrachten sie als absolut voneinander losgelöste Gegensätze. Entweder erstarrter Sozialismus, eingezwängt in den Rahmen irgendeines Endziels, oder sich verändernder, beweglicher Sozialismus, ohne feste Zielorientierung, das ist ihre falsche, metaphysische Alternative, die sie heute verstärkt zu offensichtlichen ideologischen Zwecken propagieren. Mit einer derartigen Vulgarisierung des realen Sozialismus als eines angeblich verknöcherten Produkts der Lehre von Sozialismus wollen die „demokratischen Sozialisten“ einerseits den realen Sozialismus in Verruf bringen und andererseits die Arbeiterbewegung vom Kampf um den Sozialismus abhalten.

Die „demokratischen Sozialisten“ verwerfen also den Sozialismus als Endziel (im Grunde aber verwerfen sie den Sozialismus überhaupt) und behaupten, der Marxismus habe die konstruktiven Aufgaben der Veränderung der Gesellschaft in Vergessenheit geraten lassen, während sie sich gerade auf diese konzentriert hätten, ohne dabei irgendein Endziel der sozialistischen Bewegung im Auge zu haben. In Wirklichkeit aber hat der reale Sozialismus als Verkörperung der wahrhaft marxistischen Lehre vom Sozialismus die Aufgaben der schöpferischen Umgestaltung der Gesellschaft gelöst, wobei er ein klares, historisch bestimmtes und gesetzmäßig bedingtes Bild von dem besaß und besitzt, was geschaffen werden mußte und noch geschaffen werden muß. Das heißt, er besitzt eine klare historische Perspektive des sozialistischen Aufbaus, eine wissenschaftlich abgeleitete und wissenschaftlich erprobte Orientierung der Arbeiterbewegung. Die „demokratischen Sozialisten“ dagegen beharren auf der Notwendigkeit einer Veränderung der Gesellschaft ohne Perspektive, das heißt auf einer Veränderung ohne jegliche Zielorientierung. Sie schlagen vor, zugunsten einer endlosen Bewegung und Veränderung auf Endziele zu verzichten. Doch damit wird (verstärkt durch solche Eigenschaften der Doktrin wie pluralistische Unbestimmtheit, „Offenheit“, die unweigerlich zu prinzipienlosem Eklektizismus führen) die Bewegung des „demokratischen Sozialismus“ blind und historisch unbestimmt.

Über das Schädliche einer solchen Ideologie und Politik der „historischen Perspektivlosigkeit“ ist man sich heute auch in den Reihen der „demokratischen Sozialisten“, besonders der Linken, selbst klar. [71] So weist der 1974 zum Vorsitzenden des Bunde der Sozialdemokratischen Jugend Dänemarks gewählte M. F. Nicolaisen (im Zusammenhang mit der Diskussion eines neuen Programmentwurfs der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks) auf die Notwendigkeit hin, die Perspektive der Parteipolitik einer Prüfung zu unterziehen, da gerade diese Seite in der Sozialdemokratie am wenigsten ausgearbeitet sei. Nicolaisen hebt hervor, daß sich die Sozialdemokraten nicht mit perspektivischen Aufgaben beschäftigt haben, zum einen, weil es „für eine reformistische Partei, die auch in ferner Zukunft keinen revolutionären Umschwung erwartet, sehr schwer ist, in ihrer Politik den Idealen treu zu bleiben“, und zum anderen, weil sich die Sozialdemokratie, sobald die Rede auf die weiteren Perspektiven kommt, vor einem Dilemma sieht, das mit ihrer Scheu zusammenhängt, die derzeitige Lage der Partei zu belasten. Im Endergebnis, so folgert Nicolaisen, „haben diese zwei Umstände zu dem überaus verschwommenen Profil unserer Partei geführt und unsere Stellung untergraben“¹⁰⁸.

¹⁰⁸ Siehe: M. F. Nicolaisen, Forst analysen – sa strategien, in: Ny politik, København, 9/1975, S. 10.

Der österreichische Sozialist J. Hindels, eine der aktivsten Theoretiker des linken Flügels der Sozialdemokratie, der gewisse Thesen des Marxismus für die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ zu nutzen versucht, stellt in diesem Zusammenhang ebenfalls die Frage nach den Endzielen des Sozialismus: „Die Rechtssozialisten verstehen unter Sozialismus ... eine Anhäufung sozialer Verbesserungen, eine quantitative, nicht eine qualitative Veränderung der Gesellschaft ... Die Linksozialisten haben die Aufgabe, dieser Verwässerung des Begriffs Sozialismus mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, die Unvereinbarkeit einer sozialistischen Gesellschaft auch mit dem ‚liberalsten‘ und ‚sozialsten‘ Kapitalismus zu betonen.“¹⁰⁹ „Sozialismus ist gleichbedeutend mit einer klassenlosen Gesellschaft. Während alle anderen Gesellschaftsformationen ... durch den Antagonismus zwischen herrschenden und beherrschten, ausbeutenden und ausgebeuteten Klassen charakterisiert waren, hebt der Sozialismus diesen Klassenantagonismus auf, beseitigt er die Scheidung der Menschen in Klassen mit gegensätzlichen Interessen.“¹¹⁰

Der italienische Sozialist G. Pieracini vertritt ähnliche Ansichten. Der Sozialismus, sagt er, muß der Jugend, den Werktätigen, der Intelligenz, den Mittelschichten eine Vorstellung von der realen, konkreten Alternative der heutigen Organisation der Gesellschaft vermitteln. Der Sozialismus war vom 19. Jahrhundert bis heute Hegemon der gesellschaftlichen Entwicklung, er gab den Menschen Kraft und Willen für den Kampf um eine bessere Zukunft, er weckte in ihnen die Bereitschaft zur Selbstaufopferung. Er muß diese Kraft und [72] diese Hoffnung bleiben, indem er neue Horizonte eröffnet und Ziele für eine neue historische Etappe weist, die dank des Sozialismus entstanden ist, dem es vorbehalten bleibt, diese Widersprüche zu lösen.¹¹¹

Ein Vertreter der Linken in der Labour Party, E. Heffer, ruft seine Partei auf, sich die Verwirklichung der sozialistischen Revolution zum Hauptziel zu stellen. Das bedeute durchaus keinen gewaltigen Umschwung, jedoch seien fundamentale Veränderungen der Grundlagen der bestehenden Gesellschaft unerläßlich. In England, fügt er hinzu, muß eine sozialistische Gesellschaft völlig neuen Typs aufgebaut werden, die es noch in keinem Land der Welt gegeben hat.¹¹² Und auch in der SPD lassen sich Stimmen vernehmen, die sich gegen eine Ideologie und Politik der „historischen Perspektivlosigkeit“ wenden. In einem Antrag z. B. an den Hamburger SPD-Parteitag 1977 wurde gefordert: Überwindung der „Orientierungslosigkeit“, Verzicht auf eine Reformpolitik, die bei „wirtschaftlicher Stagnation“ gesetzmäßig gleichfalls stagniert, Durchführung einer Politik, „die einen klaren Bezug zu den Grundwerten der Partei erkennen“ läßt, keine Einengung der „theoretischen Bandbreite der Partei“ „durch administrative Maßnahmen“ und eine Verschleierung von Interessengegensätzen durch Verweis auf „Sachzwänge“.¹¹³

So beginnen „demokratische Sozialisten“ selbst die Perspektivlosigkeit des von ihnen gewählten „perspektivlosen Weges“, eines Weges ohne Endziele und ohne Orientierung auf eine soziale Umgestaltung der Gesellschaft, zu begreifen. Sie stellen sich die Aufgabe, die Verschwommenheit der Zielvorstellungen zu überwinden, indem sie sich über das Endziel der sozialdemokratischen Bewegung Gedanken machen. Doch damit beziehen sie eine Position, die mit dem Wesen der sozialdemokratischen Bewegung – einer Bewegung, für die das Ziel nichts, die Bewegung alles ist – prinzipiell unvereinbar ist. In der Praxis zeigt sich, daß das Ziel nicht ein „Nichts“, sondern ein „Etwas“ ist, und sogar ein „Etwas“, das für die Bewegung sehr wesentlich ist, das ihren prinzipiellen Inhalt konstituiert. Ohne Bestimmung des Endziels verwandelt sich die Bewegung in ein „Nichts“.

In der gegenwärtigen Etappe der Geschichte wird diese Feststellung durch das praktische Ergebnis der Bewegung des „demokratischen Sozialismus“ bestätigt. Die Praxis zeugt davon, daß diese Bewegung als sozialistische entartet ist, daß sie mit dem Sozialismus überhaupt nichts gemein hat, und

¹⁰⁹ J. Hindels, Was ist heute links? Sozialistische Strategie im Spätkapitalismus, Wien – Frankfurt a. M. – Zürich 1970, S. 103-104.

¹¹⁰ Ebenda, S. 104.

¹¹¹ Siehe: G. Pieracini, Ripensare il socialismo, in: Ulisse, Firenze, 70/1971, S. 157.

¹¹² Siehe: E. Heffer, Labour's Future, in: Political Quarterly, London, 4/1972, S. 386.

¹¹³ Antrag 448. Bezirk Niederrhein. Innerparteiliche Diskussion, in: SPD-Parteitag Hamburg, 15.-19. November 1977, Congress-Centrum, Anträge, S. 433-444.

zwar eben deshalb, weil das Ziel selbst für diese Bewegung nichts bedeutet. Eine Bewegung (für den Sozialismus), für die das Endziel (der Aufbau des Sozialismus) nichts ist, hat faktisch ihr eigenes Ziel bestimmt (kleine Reformen, ständige, [73] ununterbrochene Verbesserung des Kapitalismus). Dieses Ziel hat aus der Bewegung für den Sozialismus eine Bewegung für die Verbesserung des Kapitalismus gemacht, eine Bewegung, die die Arbeiterklasse vom Sozialismus wegführt.

M. F. Nicolaisen beschreibt die Ursachen der von den Sozialdemokraten begangenen Fehler folgendermaßen: „Es wurden stets die leichtesten und brennendsten Probleme ausgewählt, und die schwierigeren Probleme wurden dafür zurückgestellt. Und da die brennenden Probleme in dieser kranken Gesellschaft, deren Wesen unverändert blieb, zunehmen, hat sich die Partei nicht bloß auf Kompromisse orientiert, sondern sie mit der Zeit zum Selbstzweck gemacht.“¹¹⁴ Die Geringschätzung der perspektivischen, der prinzipiellen und schwierigsten Aufgaben der Bewegung für den Sozialismus, die Verlagerung des Akzents der Theorie und Praxis des „demokratischen Sozialismus“ auf Augenblicksaufgaben hätten die Arbeiterbewegung vom Sozialismus weggeführt. Infolge einer mangelhaften Beschäftigung mit den perspektivischen Aufgaben sei der Bevölkerung in wirtschaftlich günstigen Perioden das Gefühl der Solidarität verlorengegangen, und die in der Gesellschaft auftauchenden Probleme wären durch einfache Korrekturen von Lohnunterschieden zwischen den verschiedenen Gruppen lohnabhängiger Werktätiger gelöst worden, wobei die traditionellen Klassenunterschiede nur unbedeutend berührt wurden. Infolge dieser Politik der Sozialdemokratie sei deshalb die Bewegung derjenigen gewachsen, die keine Steuern zahlen wollen. Da es kein komplexes Herangehen gab, konnten kleine Probleme zu großen aufgeblasen werden. Das führte dazu, daß der „sozialdemokratischen Bewegung die frühere Geschlossenheit verloren ging“¹¹⁵.

Zu diesen Schlußfolgerungen muß unbedingt hinzugefügt werden, daß der Verzicht auf den Sozialismus als Perspektive, als Endziel der Bewegung unvermeidlich nicht nur zum Verlust der Geschlossenheit der sozialdemokratischen Bewegung führt, sondern auch zum vollständigen Verlust des sozialistischen Charakters dieser Bewegung. Schließlich ist eine Bewegung ohne Ziel in der menschlichen Gesellschaft nicht möglich. Zu erklären, „das Ziel ist nichts, die Bewegung alles“, heißt noch nicht, daß sich die betreffende politische Bewegung von jeglicher Zielorientierung gelöst hätte. Unter dieser Losung wurde faktisch ein Ziel durch ein anderes ersetzt. Für die sozialdemokratische Bewegung bedeutete das, den Sozialismus als Endziel der Arbeiterbewegung aufzugeben, an die Stelle des zielbewußten Kampfes für den Sozialismus die zielbewußte Bewahrung und Verbesserung des Kapitalismus zu setzen.

[74] Die „demokratischen Sozialisten“ begreifen, daß der Mensch nicht ohne Ziele existieren kann, daher versuchen sie, dem arbeitenden Menschen Ziele vorzugeben, Ziele aber, die die Arbeiterbewegung von der revolutionären Umgestaltung des Kapitalismus in den Sozialismus wegführen würden. Sie wissen ganz genau, daß der Verzicht auf den Sozialismus als Endziel ein wesentliches, notwendiges Moment des „demokratischen Sozialismus“ ist, der nur kleine Reformen am Kapitalismus im Auge hat. Aus diesem Grund bekämpfen sie die Auffassung vom Sozialismus als historisch bestimmtem Endziel der Arbeiterbewegung. So sprechen auch die Autoren des Buches „Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie“ zugunsten einer Verbesserung des Bestehenden (d. h. einer Verbesserung des Kapitalismus) als Hauptziel des „demokratischen Sozialismus“. „Natürlich braucht der Mensch Ziele und Ideale, natürlich soll er Vorstellungen von einer ‚besseren‘ Gesellschaft haben“, schreiben sie. „Aber seine Bemühungen um eine Verbesserung des Bestehenden sollten auf eine Beseitigung der konkreten Übel gerichtet sein. Sinnvoller als das Glück zu erzwingen, ist es, die Ursachen des Unglücks auszurotten, gegen Armut, Krankheit, Unterdrückung und Ausbeutung in jeder Form zu kämpfen.

Über konkrete Mißstände der Gesellschaft und ihre Bekämpfung läßt sich leichter Einigkeit herstellen als über abstrakte Zukunftsvisionen.“¹¹⁶

¹¹⁴ M. F. Nicolaisen, Forst analysen – sa strategien, in: Ny politik, a. a. O., 9/1975, S. 10.

¹¹⁵ Ebenda, S. 10/11.

¹¹⁶ Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, hrsg. von G. Lührs, Th. Sarrazin, F. Spreer, M. Tietzel, a. a. O., S. 39/40.

Hier wird die „Beseitigung“ der Ausbeutung zwar proklamiert, aber auf den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus verzichtet, es geht lediglich um eine „Verbesserung des Bestehenden“ auf der Grundlage von Übereinkommen.

So wird erneut (in diesem Fall auf theoretischem Gebiet) bestätigt, daß es für den „demokratischen Sozialismus“ im Grunde keine Zielvorstellung der Arbeiterbewegung gibt; Ziele sind das, worüber man „sich leicht verständigen kann“, das, was leicht zu realisieren ist. Die Angst vor Schwierigkeiten, deren Verabsolutierung, das Zurückweichen vor ihnen, charakterisiert die Haltung der „demokratischen Sozialisten“. Der Grad der Leichtigkeit, mit der sich bestimmte Probleme lösen lassen, ist ihr Kriterium für die Wahl von Zielen.

Die „demokratischen Sozialisten“ streben weder in ihrer Theorie noch in ihrer Praxis danach, Schwierigkeiten auf dem Weg zum Sozialismus zu überwinden. Sie rechtfertigen vielmehr mit den Schwierigkeiten ihren Verzicht auf den Sozialismus. Die Kompliziertheit der Umgestaltung des Kapitalismus in den Sozialismus wächst in ihren Augen zu einem unüberwindbaren Hindernis an, und so stellen sie [75] sich „kleine Aufgaben“, die auf eine Verbesserung, nicht aber auf die Beseitigung des Kapitalismus gerichtet sind. Die Verbesserung des Bestehenden, dazu rufen die „demokratischen Sozialisten“ auf, wenn sie die Zielvorstellungen ihrer Bewegung zu formulieren versuchen. Dabei liegt der Akzent nicht auf „Verbesserung“, sondern auf „Erhaltung“ des Bestehenden, heißt „Verbesserung des Bestehenden“, Bewahrung des Bestehenden. Sie grenzen sich ab von „übermäßigen Verbesserungen“, die die „Gefahr“ in sich bergen, das Bestehende aus dem Maß des Bestehenden herauszuführen, die Grundlagen des Kapitalismus zu erschüttern. Alle „Verbesserungen“ müssen entsprechend der Theorie und Praxis des „demokratischen Sozialismus“ Verbesserungen des Kapitalismus sein, dürfen ihn nicht in eine andere, bessere Gesellschaft umwandeln.

Für die „demokratischen Sozialisten“ ist der Begriff des Sozialismus als historisch bestimmtes Ziel vor allem deshalb nicht annehmbar, weil sie den realen Sozialismus als Verwirklichung eines „utopischen Endziels“ betrachten. Sie konstruieren einen untrennbaren Zusammenhang zwischen „utopischem Endziel“ und Gewalt und Antidemokratismus und versuchen damit die demokratische Bewegung und die Arbeiterbewegung zu schrecken. Ein typisches Beispiel dafür: „Hier verschwistert sich die Utopie mit der Gewalt, denn nur gewaltsam können verbindliche ‚letzte Ziele‘ langfristig aufrechterhalten werden“ – so die Autoren des Buches „Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie“. „Zudem bietet ja das utopische Endziel der ‚neuen Gesellschaft die Rechtfertigung für die Mittel zur Überwindung der Schwierigkeiten auf dein Weg dorthin, seien diese Mittel auch gewaltsam. Die Unzuträglichkeiten, die Leiden und Opfer, die der gegenwärtigen Gesellschaft auferlegt werden, scheinen gering, gemessen an der Verheißung der ‚letzten Ziele‘ ... Die utopische oder holistische Sozialtechnik, die die ‚Gesellschaft als Ganzes‘, ‚nach einem feststehenden Gesamtplan ummodellern will‘, setzt die Allmacht und Allwissenheit des utopischen Sozialplaners voraus, Allmacht, weil er, soll er Erfolg haben, alle abweichenden Bestrebungen unterdrücken muß, Allwissenheit, weil der utopische Sozialplan die Möglichkeit der eigenen Revision und damit die Möglichkeit des Irrtums ausschließt.“¹¹⁷

Hier wird nicht wissenschaftlich argumentiert, sondern versucht, den Sozialismus als Ziel der Arbeiterbewegung zu diskreditieren. Die Idee vom Endziel der sozialistischen Bewegung wird mit der Behauptung, daß Endziel und Gewalt nicht zu trennen seien, verunglimpft. Die Anerkennung eines Endziels des Kampfes für den So-[76]zialismus wird mit der Anerkennung ein für allemal festgelegter, auf lange Zeit unveränderlicher Ziele der sozialistischen Bewegung identifiziert. Die Zielvorstellungen des wissenschaftlichen Sozialismus und seine reale historische Verwirklichung werden vulgariisiert, die Endziele des wissenschaftlichen Sozialismus als die einzigen Ziele des sozialistischen Aufbaus hingestellt. Aber der wissenschaftliche Sozialismus schließt nicht nur die strategischen, auf lange Zeit unveränderlichen Ziele der sozialistischen Umgestaltung der Welt, den Aufbau des Kommunismus, in sich ein, sondern auch die Nahziele, die von den akuten Bedürfnissen der Gesellschaft diktierten taktischen Ziele, die nicht in der gesamten Periode des sozialistischen Aufbaus auf der Tagesordnung stehen, sondern nur in einzelnen konkreten Etappen.

¹¹⁷ Ebenda, S. 40/41.

Diese Nahziele, die praktischen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus entsprechend dem realen Inhalt der jeweiligen Periode der allgemeinen Bewegung zum Kommunismus, sind ein wesentliches Element des wissenschaftlichen Sozialismus. Die „demokratischen Sozialisten“ ignorieren diese Tatsache, sie sind bestrebt, die Zielvorstellungen des wissenschaftlichen Sozialismus, sein differenziertes Herangehen an die Zwischen- und Endziele zu verfälschen. Sie ignorieren auch, daß der wissenschaftliche Sozialismus bei der Formulierung seiner Ziele die Dialektik von Zwischen- und Endzielen bei Dominanz der Endziele, der Perspektiven der Bewegung, zugrunde legt. Das bedeutet, daß von den realen Errungenschaften der sozialistischen Gesellschaft ausgehend die Zwischenziele formuliert werden, und zwar so, daß sie nicht von der Generallinie des sozialistischen Aufbaus wegführen, sondern die Erreichung des Endziels fördern. Zwischenziele entsprechen im realen Sozialismus sowohl dem erreichten Stand als auch der fernerer Perspektive der gesamten sozialistischen Bewegung.

Wenn die „demokratischen Sozialisten“ willkürlich den gesamten Schatz an Zielvorstellungen des wissenschaftlichen Sozialismus auf die Endziele des sozialistischen Aufbaus reduzieren, wenn sie ferner das Festhalten der Kommunisten an den Endzielen kritisieren, so kritisieren sie im Grunde nur die Zielstrebigkeit der Marxisten-Leninisten, die Konzentration auf das Entscheidende im verzweigten und komplizierten Prozeß der sozialistischen Umgestaltung der Welt. Sie kritisieren die Marxisten-Leninisten dafür, daß sie niemals die Perspektive der Arbeiterbewegung aus den Augen verlieren. Und sie verleumden die Marxisten-Leninisten, weil diese genau wissen, was sie wollen, und imstande sind, das, was sie wollen und was historisch notwendig ist, auch zu erreichen, weil sie ihre prinzipiellen Ziele nicht [77] in den Tagesaufgaben und Schwierigkeiten aufgehen lassen und über der Lösung dieser Schwierigkeiten nicht das Hauptsächliche vergessen, ohne das der Aufbau des Sozialismus als eine wahrhaft humanistische und demokratische Gesellschaft nicht möglich wäre. Sie möchten die Marxisten-Leninisten in Mißkredit bringen, weil diese vor den Schwierigkeiten der sozialistischen Umgestaltung der Welt nicht zurückschrecken, sondern sie überwinden, weil sie keine „leichten Wege“ zum Sozialismus suchen, sondern den historisch bestimmten Wegen der sozialistischen Bewegung folgen.

Der Kampf der „demokratischen Sozialisten“ gegen die Orientierung auf exakt bestimmte Endziele der Arbeiterbewegung ist also faktisch ein Kampf gegen die Auffassung der Lehre vom Sozialismus als einer historisch bestimmten Weltanschauung – ist ein Kampf gegen die Weltanschauung der Arbeiterklasse. Bereits im Godesberger Programm der SPD führt die Eliminierung des Sozialismus als Endziel dazu, daß der „demokratische Sozialismus“ als eine politische Konzeption in Erscheinung tritt, die eine streng wissenschaftliche Begründung der Ziele der sozialistischen Bewegung vom Standpunkt der Weltanschauung der Arbeiterklasse ablehnt. Diese Tendenz, den „demokratischen Sozialismus“ nicht als Ideologie und Weltanschauung der Arbeiterklasse, sondern als politische Doktrin zu betrachten, die die Frage nach den konkreten Zielen und Mitteln der Reformierung des Kapitalismus in den Sozialismus unablässig löst, wird heute immer stärker, in den Reihen der rechten Sozialdemokratie sogar vorherrschend. Davon zeugt insbesondere auch der Briefwechsel zwischen Willy Brandt, Bruno Kreisky und Olof Palme, auf den wir noch mehrmals Bezug nehmen werden, da er ein wichtiges theoretisches Dokument der Sozialdemokratie darstellt. So charakterisiert O. Palme den „demokratischen Sozialismus“ als „Ideologie, die Forderungen stellt“.¹¹⁸ Willy Brandt weist in seiner Entgegnung darauf hin, daß die Sozialdemokraten bei der Bestimmung ihrer Ziele bewußt darauf verzichten, „sich auf eine einzige und alleinverbindliche politische Theorie oder Philosophie zu beziehen“.¹¹⁹ An anderer Stelle unterstreicht er, daß die SPD als Volkspartei nie aufgehört habe, eine Gesinnungsgemeinschaft zu sein, wobei sie bewußt auf die Rolle einer „Weltanschauungspartei“¹²⁰ verzichte.

Bruno Kreisky schließlich kommentiert diesen Gedankenaustausch mit der Bemerkung, daß das Wichtigste in den Programmen der SPÖ, der SPD und der SP Schwedens darin bestehe, daß sie sich von allen weltanschaulichen Fragen distanzieren. Doch sei, so führt er seinen Gedanken fort, im Laufe der Zeit die Auffassung veraltet, daß [78] es allein auf politische Einhelligkeit ankomme. „Es ergab

¹¹⁸ W. Brandt/B. Kreisky/O. Palme, Briefe und Gespräche 1972 bis 1975, a. a. O., S. 20.

¹¹⁹ Ebenda, S. 36.

¹²⁰ Ebenda, S. 12.

sich, daß das Problembewußtsein sich rascher entwickeln konnte als unsere Fähigkeit, Antwort darauf zu geben, was aus ‚unserer Welt‘ werden soll. Und so erhebt sich vor uns aufs neue die Frage nach der Weltanschauung, und sie wirft einen breiten Schatten auf den Weg der Sozialdemokratie in der Zukunft.“¹²¹

Noch bestimmter äußern sich zu dieser Frage die Linken in der Sozialdemokratie. Das linke Labourmitglied E. Heffer macht seiner Partei den Vorwurf, daß sie die ideologische Orientierung verloren habe.¹²² Der linke französische Sozialist J.-P. Chevènement hält den Sozialismus nicht „für eine Utopie, sondern für eine Ideologie, die allmählich in die Massen eindringt“¹²³. Linke finnische Sozialisten fordern, daß ihre Partei eine konsequentere ideologische Arbeit leisten und sich mit den Grundlagen des „demokratischen Sozialismus“ und dem Weg zu ihm beschäftigen müsse.¹²⁴

So werden also in einer so wesentlichen Frage wie der Bestimmung des Wesens der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ ganz unterschiedliche, bisweilen diametral entgegengesetzte Auffassungen vertreten. Im Streit um die Frage „politische Konzeption“ oder „Ideologie“ stehen einander klassenmäßiges und nichtklassenmäßiges Herangehen gegenüber. Während die rechte Sozialdemokratie ein klassenmäßiges Herangehen an die Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft ablehnt (nicht zufällig ist in ihrem Wortschatz der Begriff „Arbeiter“ durch den Terminus „Arbeitnehmer“ ersetzt worden), versuchen die Theoretiker, die den „demokratischen Sozialismus“ als Ideologie betrachten (in der Regel links orientierte), die Ziele der Umgestaltung der Gesellschaft mit den Anschauungen und Forderungen der Werktätigen zu verbinden. (Kennzeichnend dafür ist das Manifest des linken Flügels der Sozialistischen Partei Österreichs „Für eine sozialistische Politik der SPÖ“ aus dem Jahre 1975¹²⁵, in dem der reformistische Kurs der Parteiführung einer scharfen Kritik unterzogen wird.)

Unterschiede in der Beurteilung des ideologischen Wesens der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ zeigen sich auch bei einem Vergleich der Hauptziele, wie sie von den verschiedenen Parteien der Sozialistischen Internationale formuliert werden. Doch bei allen Unterschieden in der Auslegung der Ziele vereint die Vertreter der verschiedenen, der Sozialistischen Internationale angehörenden Parteien und die Repräsentanten der unterschiedlichen ideologischen Richtungen innerhalb dieser Parteien das Streben, die Probleme des Klassenkampfes zu umgehen oder sie abzuschwächen. Die grundlegenden [79] Zielvorstellungen des „demokratischen Sozialismus“ werden in einem abstrakt humanistischen Geist formuliert. Ein typisches Beispiel dafür ist das Godesberger Programm der SPD. Diesem Programm zufolge ist der Sozialismus dazu berufen, in der Gesellschaft Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die als die Hauptbedingungen für die allseitige Entwicklung, Selbstbestätigung und Selbstverwirklichung eines

jeden Menschen ausgegeben werden, zu realisieren. Es wird zugegeben, daß diese Forderungen wissenschaftlich nicht zu begründen sind, sie tragen ethischen Charakter und beruhen auf den bisherigen Erfahrungen der Menschheit – der christlichen Ethik, dem Humanismus und der klassischen Philosophie, die die Idee der Autonomie des Menschen, seines Rechts, den Platz eines frei denkenden Individuums in der Gesellschaft einzunehmen, in sich aufbewahren. Jeder, der für diese Forderungen eintritt und mit ihrer Verwirklichung auf der Grundlage demokratischer Prinzipien, die ein untrennbarer Bestandteil dieser Grundwerte sind, einverstanden ist, kann sich der Bewegung des „demokratischen Sozialismus“ anschließen, unabhängig von seinem Glaubensbekenntnis und seinen sonstigen Überzeugungen. Derartige pseudosozialistische Phrasen bilden den Inhalt eines der Hauptdokumente des „demokratischen Sozialismus“.

Was für eine Ideologie verbirgt sich hinter solchen Phrasen? Die Forderungen des „demokratischen Sozialismus“ beruhen, wie das Godesberger Programm feststellt, auf den Erfahrungen der ganzen Menschheit. Doch in Wirklichkeit wird hier nur auf die abstrakt-humanistische klassische bürgerliche

¹²¹ Ebenda, S. 115.

¹²² Siehe: E. Heffer, Labour's Future, in: Political Quarterly, a. a. O., 4/1972, S. 380.

¹²³ J.-P. Chevènement, Le vieux, la crise, le neuf, Paris 1974, S. 220.

¹²⁴ Siehe: P. Aaro/E. Taivasaari, SPD'n jäsenkirja, Hämeenlinna 1974.

¹²⁵ Siehe: Für eine sozialistische Politik der SPÖ, Wien 1975.

Philosophie mit ihren Ideen vom Menschen als sozialem Atom, des bürgerlichen Individualismus und der menschlichen Autonomie rekurriert. So läuft die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ auf bürgerliche anthropologische Philosophie, auf bürgerliche Ideen vom abstrakten, frei denkenden Individuum hinaus. Die Auffassung vom Sozialismus wird nicht von den weltanschaulichen Positionen der Arbeiterklasse her entwickelt, die zur Verwirklichung des Sozialismus berufen ist, sondern von den weltanschaulichen Positionen ihres Klassenfeindes, der Bourgeoisie.

Die Theoretiker mit einer bürgerlich-liberalen Orientierung sind durch den Verzicht auf das klassenmäßige Herangehen dazu gezwungen, der Ausarbeitung der „Grundwerte“-Problematik (Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität) besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Diese „Grundwerte“ müssen ihrer Meinung nach durch eine politische Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ realisiert werden. Der Begründung dieser Werte ist eine umfangreiche Literatur gewidmet, doch bis heute ist folgende Grundfrage faktisch nicht gelöst: Worin besteht die Spezifik des sozialdemokratischen Herangehens an diese Grundwerte?

Bezeichnend dafür ist ein Gespräch in der Redaktion der Zeitschrift „Der Spiegel“, an dem Kurt Biedenkopf als führender Ideologe der CDU und Horst Ehmke als einer der Kovorsitzenden der SPD-Kommission zur Ausarbeitung des „Orientierungsrahmens '85“ teilgenommen haben.¹²⁶ Im Verlauf der Diskussion über Grundthesen dieses Programms, insbesondere über die Grundwerte, auf die sich das Programm stützt, bemerkte Biedenkopf, daß sie sich wenig von den Programmthesen der Christdemokraten unterscheiden. Ehmke sah sich veranlaßt, im einzelnen zu erklären, worin die Unterschiede bestehen, wobei seine Erklärungen nicht sehr überzeugend waren.

In der SPD wurde eine spezielle Kommission zur Ausarbeitung und Präzisierung der Grundwerte gebildet. Nichtsdestoweniger wächst innerhalb und außerhalb der Partei die Kritik an der Verschwommenheit der Wertvorstellungen der Sozialdemokratie.

Gleichsam als Antwort auf diese Kritik, schreibt Willy Brandt im Briefwechsel mit Bruno Kreisky und Olof Palme: „... bei einem Teil unserer Freunde, nicht nur der jüngeren“ (gemeint ist die Organisation der Jungsozialisten in der SPD, die ein linkes Alternativprogramm zum Kurs der Partei ausgearbeitet haben), gibt es „wieder eine gewisse Sehnsucht nach der ‚einheitlichen Sicht‘ und manchmal auch nach möglichst ‚einfachen‘ Antworten. Ich gebe meiner eigenen Partei den dringenden Rat, die klare Absage an jeden Dogmatismus nicht rückgängig zu machen, dafür aber die Verständigung auf Grundwerte und auf Grundforderungen um so wichtiger zu nehmen.“¹²⁷

Derartige Aufrufe führen aber keine Begründung der Grundwerte herbei, auf denen das theoretische Gebäude der Vertreter eines bürgerlich-liberalen Herangehens in der Sozialdemokratie ruht. Eben darauf lenkt, nebenbei bemerkt, auch Bruno Kreisky die Aufmerksamkeit. „Ohne Zweifel“, bemerkt er, „sollte die Arbeit regierender Sozialdemokraten die Orientierung an den Grundwerten des demokratischen Sozialismus deutlich zutage treten lassen. Aber diese Grundwerte des demokratischen Sozialismus bedürfen einer klärenden und vertiefenden Diskussion.“¹²⁸

An der hier von W. Brandt, B. Kreisky und O. Palme angesprochenen Lage der Dinge hat sich auch in der Folgezeit nichts geändert. Im Gegenteil: Noch akzentuierter wird an der Regierungspolitik z. B. von SPD-Ministern kritisiert, daß ein Zusammenhang zu den Grundwerten nicht zu erkennen sei¹²⁹, daß der „Orientierungsrahmen '85“ kaum zur Leitlinie politischen Handelns genommen wurde und heute [81] fast vergessen sei¹³⁰, daß es trotz Grundwerte und „Orientierungsrahmen“ eine tiefe „Identitätskrise“¹³¹ der Partei gebe, die nur durch intensive theoretische Arbeit und daraus abzuleitender

¹²⁶ Siehe: „Ob wir denselben Marx gelesen haben?“ Kurt Biedenkopf (CDU) und Horst Ehmke (SPD) über das sozialdemokratische Langzeitprogramm, in: Der Spiegel, a. a. O., 7/1975, S. 24-28.

¹²⁷ W. Brandt/B. Kreisky/O. Palme, Briefe und Gespräche 1972 bis 1975, a. a. O., S. 106.

¹²⁸ Ebenda, S. 27.

¹²⁹ Siehe: Antrag 448. Bezirk Niederrhein. Innerparteiliche Diskussion, in: SPD-Parteitag Hamburg, 15.-19. November 1977, Congress-Centrum, Anträge.

¹³⁰ Siehe: J. Strasser, Vertrauensarbeit durch die Partei, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 8/1979, S. 667 ff.

¹³¹ Siehe: Ebenda.

konkreter politischer Zielbestimmung zu überwinden sei¹³². Mit einem Wort – die „Verständigung auf Grundwerte“ hat die darin gesetzten Erwartungen rechter Sozialdemokraten nicht erfüllt. „Die Menschen erwarten zu ihrer Orientierung ‚Botschaft‘“, versucht der stellvertretende Vorsitzende der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD, Heinz Rapp, dieses Debakel zu erklären, „wo aber gibt es die, wo in der ganzen industrialisierten Welt – gibt es ‚die zündende Idee‘?“¹³³

Abschließend muß festgestellt werden, daß die Zielvorstellungen des „demokratischen Sozialismus“ so formuliert werden, daß diese Konzeption – ihre Theorie und die aus ihr resultierende Praxis – darauf ausgerichtet ist, den Kampf gegen den wissenschaftlichen Sozialismus und seine reale Verkörperung zu führen und die Existenz des Kapitalismus zu verteidigen. Auf dem Feld der Theorie bedeutet dies, daß der Sozialismus als historisch bestimmtes Endziel abgelehnt wird. Es bedeutet ferner Verzicht auf die Lösung der prinzipiellen, komplizierten Probleme der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft, vollständige Unterordnung der Zielstellungen unter reformistische Mittel ihrer Realisierung. Der Inhalt der Bewegung des „demokratischen Sozialismus“, die kleinkarierte Reform des Kapitalismus, bestimmt die Ziele dieser Bewegung. Das bedeutet, es sind nicht die Ziele der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft, die die reale Wechselbeziehung zwischen Zielen und Mitteln, die Auswahl entsprechender Mittel zur Realisierung dieser Umgestaltung und die konkret-historischen Etappenziele auf diesem Weg bestimmen. Die Unterordnung der Ziele unter die Mittel, wie sie in der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ vorgenommen wird, führt zum völligen Verlust des sozialistischen Charakters dieses Teils der Arbeiterbewegung. Dieses Charakteristikum des „demokratischen Sozialismus“ kommt am deutlichsten in der Verwandlung des reformistischen „Sozialismus“ in Apologetik des Kapitalismus zum Ausdruck.

[82]

¹³² Siehe: H. Scherf, Notwendige Fragen, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 8/1979, S. 659 ff.

¹³³ H. Rapp, Programm, Organisation und Stil. Zur Debatte im Parteirat über die notwendige Verbesserung der Vertrauensarbeit der SPD, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 8/1979, S. 657.

Der Reformismus des „demokratischen Sozialismus“ – Apologetik des Kapitalismus

Obwohl die unterschiedlichen Strömungen der „demokratischen Sozialisten“ auch untereinander über die Zielsetzungen des „demokratischen Sozialismus“, über die Notwendigkeit von Perspektiven und von präziseren Bestimmungen ihrer Aufgaben streiten, stimmen linke und rechte Richtungen doch in einem überein: Die Ziele des „demokratischen Sozialismus“ sind nur auf reformistischem Wege, den sie als demokratischen Weg bezeichnen, zu erreichen. Die Mittel der „demokratisch-sozialistischen“ Bewegung werden also im vorhinein bestimmt. Die Ziele sollen diesen Mitteln entsprechen. Alles, was durch Reformen, durch eine abstrakt aufgefaßte Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens nicht erreicht werden kann, wird aus den Zielbestimmungen ausgeklammert. Doch im Grunde ist das, was durch abstrakte Demokratisierung, durch friedliche Umwandlung des Kapitalismus erreicht wird, nichts anderes als eine Modifizierung des Kapitalismus, die den Rahmen des Kapitalismus nicht überschreitet. Das bedeutet, daß der Reformismus des „demokratischen Sozialismus“ nichts anderes sein kann als Verzicht auf wirklich sozialistische Umgestaltungen, als die Auffassung, daß man den Kapitalismus zwar verändern kann, ihn aber vor allem bewahren muß. Wenn man ihn verändert, dann um seiner Bewahrung willen. Der Reformismus des „demokratischen Sozialismus“ kann nur Apologetik sein, direkt oder indirekt, offen oder verschleiert, doch immer Apologetik des Kapitalismus. Selbst wenn die „demokratischen Sozialisten“ den Kapitalismus kritisieren, so handelt es sich im Grunde um leere Worte, hinter denen sich die bürgerlich-apologetische Ideologie verbirgt.

Daß der Reformismus der „demokratischen Sozialisten“ zwangsläufig einen bürgerlich-apologetischen Inhalt hat, liegt darin begründet, daß sie dieser Form gesellschaftlicher Veränderungen – der Reform – , die ihre ganz bestimmten Grenzen hat, absolute, grenzenlose Bedeutung beimessen, die andere, historisch unvermeidliche Art und Weise gesellschaftlicher Umgestaltungen – die soziale Revolution – [83] dagegen gänzlich verwerfen oder vollständig in Reformen aufzulösen trachten. Die Marxisten hingegen, die auf der entscheidenden Rolle der sozialen Revolution bei grundlegenden Umwälzungen bestehen, verwerfen die Reform als eine Art gesellschaftlicher Veränderungen durchaus nicht; sie meinen aber, daß es notwendig ist, eine klare Grenze zwischen dem zu ziehen, was unter den gegebenen historischen Bedingungen mit Hilfe von Reformen erreichbar ist, und dem, was nur auf dem Wege einer sozialen Revolution verwirklicht werden kann. Das Wesen der marxistischen Auffassung von der Dialektik solcher Formen der Umgestaltung des gesellschaftlichen Lebens wie der sozialen Revolution und der sozialen Reform brachte W. I. Lenin zum Ausdruck: „Der Begriff Reform ist dem Begriff Revolution zweifellos entgegengesetzt, das Ignorieren dieser Gegensätzlichkeit, das Ignorieren jener Grenze, die die beiden Begriffe trennt, führt ständig zu den ernstesten Fehlern in allen historischen Betrachtungen. Diese Gegensätzlichkeit ist jedoch nicht absolut, diese Grenze ist keine tote, sondern eine lebendige, bewegliche Grenze, die man in jedem einzelnen konkreten Fall zu bestimmen verstehen muß.“¹³⁴

Aus dieser Auffassung der Dialektik von Revolution und Reform ergibt sich das konkret-historische Herangehen der Marxisten. Das Wesen dieses Herangehens besteht vor allem in der Anerkennung der Tatsache, daß Reformen eine Revolution – auf die sich letzten Endes jede wirkliche Arbeiterpartei orientieren muß – nicht ausschließen und auch nicht ausschließen können. Es beinhaltet ferner die Auffassung, daß Reformen der Revolution nicht entgegenwirken dürfen, sondern als Stufen zu ihr dienen müssen. Kriterium dafür, ob Reformen zum Prolog einer Revolution werden können, ist die Frage, ob sie die Interessen der Arbeiterklasse, der ausgebeuteten Massen oder die der herrschenden Klassen, der ausbeutenden Minderheit der Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Daraus ergibt sich, daß dem Marxismus sowohl die anarchistische Negierung der Reformen als auch jegliche revisionistische, darunter auch die „demokratisch-sozialistische“ Verabsolutierung ihrer Bedeutung fremd ist. Für das konkret-historische Herangehen der Marxisten an Reformen ist charakteristisch, daß der Kampf um Reformen mit der Vertiefung und Erweiterung des revolutionären Prozesses verbunden wird.

Es ist festzustellen, daß der Begriff „demokratische Methode der Veränderungen“ von den zwei Hauptströmungen des „demokratischen Sozialismus“ unterschiedlich interpretiert wird. Dieses unterschiedliche Herangehen führt in den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien zu ständigen

¹³⁴ W. I. Lenin, Zum Jubiläum, in: Werke, Bd. 17, Berlin 1963, S. 100.

Spannungen, mitunter kommt es sogar zur Spaltung [84] von Parteien, zum Austritt von Gruppierungen, die radikale Positionen vertreten, ganz abgesehen von den harten Diskussionen innerhalb der Parteien zu dieser Frage.

Worin besteht das Wesen der Auseinandersetzung? Es besteht in der unterschiedlichen Auffassung von der Möglichkeit und Notwendigkeit einer reformistischen, das heißt den Kapitalismus bewahrenden Veränderung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Die Sozialdemokraten liberaler Richtung gehen, wie Bernstein, von der Möglichkeit einer allmählichen, evolutionären Veränderung des Kapitalismus aus. Diesen Gedanken brachte einer der führenden Vertreter der SPD, Herbert Wehner, sehr klar zum Ausdruck. In einem Interview mit der theoretischen Zeitschrift der SPD, „Die Neue Gesellschaft“, sagte er: „Kürzlich bin ich gefragt worden, ob denn die Sozialdemokratie nicht mehr beabsichtige, den Kapitalismus zu stürzen. Ich habe gesagt, das beabsichtige sie tatsächlich nicht. Denn der Kapitalismus sei nicht etwas, das man stürzen könne, sondern man müsse sich um dessen Veränderung kümmern.“¹³⁵

Den Äußerungen rechter Sozialdemokraten zufolge hat sich der Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten so transformiert, daß die herkömmlichen Einschätzungen schon nicht mehr zutreffen und daß es auch keine Notwendigkeit gebe, ihn zu stürzen. „Wir leben“, schreibt H. Schmidt, „mindestens in einer Mehrklassengesellschaft, in Wirklichkeit in einer pluralistischen Gesellschaft, in der es zwischen verschiedenen Klassen und sozialen Gruppen Spannungen und Gegensätze von unterschiedlicher Bedeutung und Intensität gibt. Ich halte auch die Kennzeichnung unserer Wirtschaftsordnung als sogenanntes ‚spätkapitalistisches System‘ für wenig ergiebig: wir haben es tatsächlich mit einem gemischten Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu tun, in dem der Einfluß staatlicher Gesetzgebung und Lenkung einerseits und die dezentralisierten, z. T. konkurrierenden Entscheidungen einzelner Wirtschaftssubjekte andererseits wie auch dritterseits die Verbände und Kartelle aller Art sich gegenüber stehen und sich gegenseitig beeinflussen.“¹³⁶

Der österreichische Rechtssozialist F. Klenner äußert den gleichen Gedanken. Seiner Meinung nach ist „der ‚Kapitalismus‘ kein homogenes System, sondern eine sehr differenzierte Wirtschafts- und Gesellschaftsform ... Der Kapitalismus ist eben kein monolithischer Block, in ihm gibt es eine Vielfalt gegensätzlicher Interessen und daher widersprüchliche Auffassungen, die die Meinungsbildung verwirren.“¹³⁷

In diesen Äußerungen wird das Hauptmerkmal der heutigen kapi-[85]talistischen Gesellschaft umgangen – die herrschenden Positionen des Monopolkapitals, die auf die verschiedenen Seiten des Lebens dieser Gesellschaft direkt oder indirekt Einfluß ausüben. Bei allen vorhandenen Komplizierungs- und Differenzierungsprozessen geben die monopolistischen Kreise ihre Positionen nicht auf. Die große Besitzungleichheit bleibt weiter bestehen, verstärkt sich bisweilen sogar noch. Das erkennen die Sozialdemokraten selbst an, besonders die linker Provenienz. Das offen apologetische rechtsreformistische Herangehen an die Einschätzung des Kapitalismus stößt bei linken Sozialdemokraten, Sozialisten und mitunter auch bei gemäßigten Sozialdemokraten auf starke Ablehnung. Sie stellen mit Recht fest, daß sich in der „spätkapitalistischen Gesellschaft“ die gesellschaftlichen Widersprüche und Kontraste noch mehr zugespitzt haben, daß neue Erscheinungen zu verzeichnen sind, die davon zeugen, daß der Kapitalismus in noch höherem Maße zum Hindernis auf dem Weg des weiteren menschlichen Fortschritts geworden ist. In letzter Zeit schließen sich ihnen angesichts der Folgen der allgemeinen Krise des Kapitalismus immer häufiger Gemäßigte an.

So wies die Jugendorganisation der SPD in einem auf dem Parteitag im November 1975 in Mannheim verbreiteten Dokument darauf hin, daß heute in der BRD 1,4 Prozent der Bevölkerung des Landes über 75 Prozent aller Produktionsmittel verfügen.¹³⁸ In Schweden, wo die Sozialdemokraten vier Jahrzehnte an der Macht waren, sind 94 Prozent aller Betriebe in Händen des Privatkapitals.¹³⁹

¹³⁵ Gespräch mit Herbert Wehner. Auf dem Weg zur sozialen Demokratie, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 1/1971, S. 4.

¹³⁶ H. Schmidt, Auf dem Fundament des Godesberger Programms, Bonn – Bad Godesberg 1973, S. 21/22.

¹³⁷ F. Klenner, Sozialismus in der Sackgasse? Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, Wien 1974, S. 415.

¹³⁸ Siehe: Demokratie und Gleichheit. Jungsozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hrsg.: Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, Bonn 1975, S. 5.

¹³⁹ Siehe: B. Henningsen, Skandinavischer Sozialismus, in: Merkur, Stuttgart, 7/1975, S. 660.

Die finnischen linken Sozialisten P. Aaro und E. Taivasaari ermittelten, daß das Privatkapital drei Viertel der finnischen Wirtschaft kontrolliert.¹⁴⁰ Die englische Labour Party stellt in ihrem Programmdokument von 1972 fest, daß in Großbritannien ein Prozent der Bevölkerung über zwei Drittel aller Reichtümer des Landes verfügt.¹⁴¹

In allen diesen Dokumenten wird festgestellt, daß in den Ländern des Kapitals, die sich gern als Gesellschaft des „allgemeinen Wohls“ bezeichnen, wie eh und je soziale Ungerechtigkeit herrscht. Während das Lebensniveau von vier Millionen Menschen in Großbritannien unter der offiziellen Armutsgrenze liegt, wird den Reichen erlaubt, ihr Kapital mit allen Mitteln zu vermehren und die Entrichtung von Steuern ungestraft zu umgehen (Programm der Labour Party).¹⁴² In der BRD stehen 350.000 Wohnungen leer, da sie für die Werktätigen zu teuer sind (Dokument der Jungsozialisten).¹⁴³

Das neue Programm der belgischen Sozialisten bringt dies wie folgt zum Ausdruck: „Ungeachtet der bedeutenden Errungenschaften, die von der sozialistischen Bewegung erkämpft wurden, beruht der [86] Kapitalismus nach wie vor auf der Ausbeutung, die offensichtliche Ungleichheit und Diskriminierung hervorruft.“¹⁴⁴

Aus der Einschätzung des Wesens der kapitalistischen Ordnung ergibt sich folgerichtig auch die Einschätzung des ökonomischen Mechanismus dieser Ordnung. Die Theoretiker des rechten Flügels der Sozialdemokratie treten für eine aktive Unterstützung der privatkapitalistischen Marktwirtschaft ein. Ihre Ansichten stellen eine Mischung dar aus den gegenwärtig am weitesten verbreiteten bürgerlichen ökonomischen Theorien – dem Neokeynesianismus, der den staatsmonopolistischen Charakter des gegenwärtigen kapitalistischen Systems widerspiegelt, und dem Neoliberalismus, der versucht, dem Prozeß zunehmender Monopolisierung eine „soziale“ Richtung zu geben („soziale Marktwirtschaft“) – und sozialdemokratischen Ideen von der Möglichkeit der Ausnutzung bürgerlich-demokratischer Institutionen für die friedliche Aneignung des „klassenindifferenten“ Staates und seine Umwandlung in eine Institution der politischen Kontrolle über die Wirtschaft.

In der westdeutschen Sozialdemokratie, die dieser Frage vor allem nach ihrem Regierungsantritt große Aufmerksamkeit schenkt, wird diese Ansicht besonders aktiv von H. Schmidt vertreten, der selbst zeitweilig Wirtschaftsminister war, und von dem Wirtschaftsexperten der Partei H. Ehrenberg. Schmidt begründet seine Position wie folgt: „Hinsichtlich der Eigentumsordnung ist sicher eine gerechtere und demokratischere Lösung denkbar – sie muß den Marktmechanismus genau so wenig stören wie die Verfügungsordnung der paritätischen Mitbestimmung dies tut, für die ich aus Überzeugung und mit Leidenschaft eintrete.“¹⁴⁵

Ehrenberg wiederum versucht in seiner Arbeit „Zwischen Marx und Markt“, die spontane Natur des kapitalistischen Marktes mit der Möglichkeit seiner Regulierung zu verbinden. Die Marktwirtschaft müsse in möglichst großem Ausmaß erhalten und eine intensive Konkurrenz in ihr unterstützt werden. Um jedoch „ihre Effektivität gesamtwirtschaftlichen Zielen nutzbar zu machen“, sei die Einführung einer selektiven Perspektivplanung notwendig. „In dieser Kombination“, folgert Ehrenberg, „kann ein ‚gemischtes Wirtschaftssystem‘ tatsächlich das ‚beste aus beiden Welten‘ in sich vereinen und damit mehr Effektivität und größere Freiheitsgrade gewährleisten als jedes Wirtschaftssystem rein sozialistischer oder rein kapitalistischer Prägung.“¹⁴⁶

¹⁴⁰ Siehe: P. Aaro/E. Taivasaari, SPD'n jäsenkirja, a. a. O.

¹⁴¹ Siehe: Labour Programme for Britain, in: The Times, London, vom 7.12.1972, S. 4.

¹⁴² Siehe: Ebenda.

¹⁴³ Siehe: Demokratie und Gleichheit. Jungsozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hrsg.: Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD, a. a. O., S. 23.

Vgl. auch: T. Sittig, Wohnverhältnisse der Arbeiterklasse – Bestandteil ihrer Lebensweise, in: IPW-Forschungshefte, 3/1978, S. 86.

¹⁴⁴ Socialisme d'aujourd'hui, texte adopté par le congrès doctrinal du P. S. 13. des 16. et 17. novembre 1974, hrsg. von Parti Socialist Belge, Brüssel o. J., S. 8.

¹⁴⁵ H. Schmidt, Der Orientierungsrahmen 85 in der Diskussion, in: Langzeitprogramm 5, Bonn – Bad Godesberg 1973, S. 13-14.

¹⁴⁶ H. Ehrenberg, Zwischen Marx und Markt. Konturen einer infrastrukturorientierten und verteilungswirksamen Wirtschaftspolitik, Frankfurt a. M. 1974, S. 53.

Die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus Anfang der siebziger Jahre zwang Sozialdemokraten, vieles in Zweifel zu ziehen, darunter auch den privatkapitalistischen Marktmechanismus. [87] So traf O. Palme zu der komplizierten Situation in Westeuropa folgende Feststellung: „Es bedarf jedoch nicht einmal marxistischer Schulung, um zu erkennen, daß die Ursachen tiefer liegen müssen. Die derzeitige Entwicklung hängt eng mit der Wirtschaftsstruktur zusammen. Was wir gegenwärtig erleben, könnte man als ‚Katerstimmung‘ der Industriegesellschaft bezeichnen.“¹⁴⁷ Ähnlich äußerte sich Kreisky. „Der Kapitalismus“, erklärte er, „sei nicht imstande, die Probleme der Industriegesellschaft zu lösen. Also müsse das die Sozialdemokratie tun. Solange alles glatt lief, hat man für diese kapitalistische Ordnung den Ausdruck soziale Marktwirtschaft gefunden, und die sozialdemokratischen Parteien hatten es überaus eilig, sich auch unter dieses Dach der sozialen Marktwirtschaft zu flüchten und zu sagen: Wir wollen eigentlich das gleiche, nur besser.“¹⁴⁸

Beabsichtigen die Sozialdemokraten bürgerlich-liberaler Provenienz nun, die entstandenen Probleme zu lösen und die sich als untauglich erwiesene „soziale Marktwirtschaft“ zu ersetzen? Dazu stellt Kreisky fest: „Wir befinden uns, so glaube ich, in der Anfangsphase einer Renaissance des planwirtschaftlichen Denkens.“¹⁴⁹ Und Palme kommt zu dem Schluß: „... die Kräfte des Marktes (müssen) gesteuert werden.“¹⁵⁰ Er meint, „... daß man eine staatliche Planung aufstellen sollte, auf welchen Gebieten eine teilweise direkte staatliche Beteiligung notwendig ist“.¹⁵¹

Die vorgeschlagenen Lösungen (teilweise Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur, Verstärkung des Mechanismus der Regulierung und Planung, Investitionskontrolle in Fällen, die für die Wirtschaft als Ganzes von besonderer Bedeutung sind) überschreiten nicht die Grenzen einer staatlichen Regulierung, mit der sich heutzutage alle kapitalistischen Länder beschäftigen, unabhängig davon, welche Partei sich gerade an der Regierung befindet.

Brandt erachtete es zum Beispiel für notwendig, vor einer, seiner Meinung nach überflüssigen, Erweiterung der Planung zu warnen. „Keine Kritik am Theoriedefizit der Nachkriegsjahre“, schreibt er, „nimmt uns allerdings die Grundentscheidung ab, ob wir in unserem Teil der Welt auf die Vorteile der Marktwirtschaft – auf den Gebieten, auf denen hiervon ernsthaft gesprochen werden kann – verzichten und die Risiken einer zentralen Verwaltungswirtschaft auf uns nehmen wollen. Ich meine, alle vernünftige Erfahrung spricht dagegen, daß wir uns auf einen solchen Weg begeben, und dafür, daß wir die Kräfte des Marktes und des Wettbewerbs sich weiterhin möglichst umfassend entfalten lassen.“¹⁵²

Trotz aller kritischen Einwände, die die Sozialdemokraten gegen [88] Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft erheben, können sich die Vertreter der Sozialdemokratie bürgerlich-liberaler Provenienz nach wie vor nicht dazu entschließen, die Frage nach den ökonomischen Positionen des Monopolkapitals radikal zu stellen, vom Charakter der Ökonomik, die auf dem Privateigentum, auf der Konkurrenz und der Ausbeutung der werktätigen Massen beruht, gar nicht zu reden. Sie behaupten, daß die Hauptfrage die Kontrolle über die Wirtschaft sei. Eine Vergesellschaftung könne nur in dem Maße und nur auf solche Weise verwirklicht werden, daß dabei die Effektivität des „Marktmechanismus“ nicht beeinträchtigt wird, der ihrer Meinung nach von allen ökonomischen Mechanismen der Gegenwart der optimale ist.

Die rechten Sozialdemokraten bemühen sich, ihre Position mit dem Hinweis auf die wachsende Rolle des Staates zu begründen, der immer mehr zu einem Regulator der Wirtschaft wird. Sie berufen sich ferner auf das Anwachsen des vergesellschafteten Sektors (im „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973 bis 1985“ der SPD war vorgesehen, daß der Anteil des gesellschaftlichen Sektors am Brutto-Nationalprodukt bis 1985 auf 34 Prozent steigen sollte), auf

¹⁴⁷ W. Brandt/B. Kreisky/O. Palme, Briefe und Gespräche 1972 bis 1975, a. a. O., S. 91.

¹⁴⁸ Ebenda, S. 121.

¹⁴⁹ Ebenda, S. 83.

¹⁵⁰ Ebenda, S. 61.

¹⁵¹ Ebenda, S. 80.

¹⁵² Ebenda, S. 66.

die in entwickelten kapitalistischen Ländern zu verzeichnende Teilung der Funktionen zwischen Kapitaleigentümer und Kapitalverwalter sowie auf eine Reihe anderer Faktoren. Auf dem SPD-Parteitag in Hannover (1973) hat Willy Brandt diese Frage ausführlich behandelt. Ausgehend vom Godesberger Programm, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Vergesellschaftung allein dem Menschen nicht automatisch mehr Freiheit verschaffe, zählte er die Maßnahmen auf, die eine Kontrolle über die wirtschaftliche Macht gewährleisten sollen (Investitionskontrolle, Erweiterung der Maßstäbe der Planung und Koordinierung aller wichtigen privaten Investitionsentscheidungen, Einschränkung des Einflusses ökonomischer Interessen auf politische Entscheidungen usw.). Abschließend kommt Brandt zu der Schlußfolgerung, daß „der Markt einen kontrollierbaren instrumentalen Charakter hat ..., daß die Verhältnisse in diesem Land Schritt für Schritt und mit Hilfe der politischen Macht geändert werden können“.¹⁵³

Seit vielen Jahren beschäftigt sich einer der ältesten Theoretiker der Sozialdemokratie, C. Landauer, mit Fragen der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Landauer, der gegen die Vergesellschaftung auftritt, geht von folgender Voraussetzung aus: „Jede Veränderung der Eigentumsverhältnisse muß ... vor allem daraufhin geprüft werden, wie sie auf die Verwertung der Produktionsmittel wirkt, von [89] deren Ertrag der Lebensstandard der Gesellschaftsmitglieder abhängt.“¹⁵⁴ Er behauptet, daß die bisherige Praxis der Vergesellschaftung deren Überlegenheit nicht bewiesen habe. Den Ausweg sieht er in der Möglichkeit, die Arbeiter für eine „gerechtere Verteilung des Profits“ zu begeistern.

Die Äußerungen Landauers widersprechen nicht nur der tatsächlichen Lage in den sozialistischen Ländern, wo die Ökonomik auf der Basis der Vergesellschaftung der Produktionsmittel in einem historisch kurzen Zeitabschnitt grundlegend umgestaltet und bedeutend höher entwickelt wurde, was es gestattete, den Lebensstandard der Bevölkerung wesentlich zu erhöhen. Sie ignorieren im Grunde auch die Erfahrungen der Nationalisierung einzelner Industriezweige in kapitalistischen Ländern, die von der Zunahme der Effektivität der Betriebe des gesellschaftlichen Sektors Zeugnis ablegen.¹⁵⁵

Die Position Landauers und anderer Sozialdemokraten liberaler Orientierung wird von Sozialisten und linken Sozialdemokraten der Kritik unterzogen. In den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien reift immer mehr das Verständnis für die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien heran. Die Jungsozialisten in der SPD, linke Mitglieder der Labour Party, italienische und französische Sozialisten, Sozialisten und Sozialdemokraten verschiedener Länder setzen die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel auf die Tagesordnung. In einem der neueren Programmdokumente der westeuropäischen Sozialdemokratie – dem Programm der belgischen sozialistischen Partei – wird die Notwendigkeit „der Vergesellschaftung jener Zweige und Betriebe“ betont, „die in entscheidendem Maße die Entwicklung der Wirtschaft bestimmen oder die ihren Besitzern die Macht verleihen, auf die Tätigkeit der Institutionen einzuwirken, die für eine planmäßige Entwicklung der Wirtschaft, insbesondere der Energiewirtschaft und des Kreditwesens, verantwortlich sind“.¹⁵⁶

Die Ansichten der Anhänger einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel weisen gewisse Unterschiede auf, die bei der Untersuchung ihrer Vorstellung von der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ zu berücksichtigen sind.

Auf spezifische Weise sieht der österreichische Sozialist K. Czernetz, der zugleich ein aktiver Funktionär der Sozialistischen Internationale ist, dieses Problem. Das sozialistische Modell der Gesellschaft stellt er als eine gemischte ökonomische Ordnung dar, in der wichtige Produktionsmittel vergesellschaftet sind, wobei neben dem gesellschaftlichen Sektor wahrscheinlich noch lange Zeit private Klein- [90] und mittlere Betriebe in der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handel existieren

¹⁵³ Das Grundgesetz verwirklichen – Deutsche Politik und sozialdemokratische Grundsätze, in: Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. April 1973 Stadthalle Hannover, Bd. 1, Protokoll der Verhandlungen, Anlagen, Hannover o. J., S. 98.

¹⁵⁴ C. Landauer, Die Sozialdemokratie. Geschichtsabriß und Standortbestimmung, Hamburg 1972, S. 59.

¹⁵⁵ Siehe z. B. R. Pryke, Public Enterprise in Practice. The British Experience of Nationalisation over Two Decades, London 1971.

¹⁵⁶ Socialisme d'aujourd'hui, texte adopté par le congrès doctrinal du P. S. 13. des 16. et 17. novembre 1974, hrsg. von Parti Socialist Belge, a. a. O., S. 11.

werden. Das sozialistische Gesellschaftsmodell bestehe aus drei Elementen, nämlich Gemeinwirtschaft, Planung und Demokratie; sie stellen eine untrennbare Einheit dar¹⁵⁷, schreibt Czernetz.

In dem „französischen Modell des Sozialismus“, das F. Mitterrand in seinem Buch „Sozialismus des Möglichen“ entwirft, ist ebenfalls ein „gemischter Wirtschaftstyp“ vorgesehen, wobei „die sozialistische Macht neben dem sozialistischen Sektor für einige Jahre einen bedeutenden Privatsektor aufrechterhalten muß“.¹⁵⁸ Der Prozeß der Nationalisierung von Wirtschaftszweigen soll sich etappenweise vollziehen und über einen „verhältnismäßig langen Zeitraum“ erstrecken. In der ersten Etappe sollten alle Großbanken nationalisiert werden sowie alle Betriebe der Rüstungsindustrie und alle großen Unternehmen der Industrie, die in der Wirtschaft eine Monopolstellung einnehmen. Auf dem Gebiet der Planung müsse das französische Modell des Sozialismus die Prinzipien der Selbstverwaltung und der kollektiven Verwaltung berücksichtigen. Außerdem wird festgestellt: „Es ist schwierig, ein für allemal die Struktur der Selbstverwaltung und der kollektiven Verwaltung auf Betriebsebene zu bestimmen.“¹⁵⁹

Die Einführung einer „Wirtschaftsdemokratie“ in die Produktion sieht der linke österreichische Sozialist J. Hindels als wichtigste Voraussetzung für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel an. „Von Sozialismus, von sozialistischen Eigentumsverhältnissen“, schreibt er, „kann erst dann die Rede sein, wenn die Produzenten und Konsumenten mitentscheiden, wenn es echte Wirtschaftsdemokratie gibt, wenn die Gefahr der Verbürokratisierung weitgehend gebannt ist.“¹⁶⁰ Die Herstellung neuer Beziehungen zwischen den Menschen – den Teilnehmern am Produktionsprozeß – sei ein Problem, dessen Lösung die Anstrengungen vieler Generationen erfordert.

Der im Programm der belgischen Sozialisten begründete „demokratische Sozialismus“ stellt ebenfalls die „Wirtschaftsdemokratie“ in den Mittelpunkt. „Die Wirtschaftsdemokratie“, heißt es, „erfordert Strukturreformen, die auf drei Prinzipien beruhen: Vergesellschaftung, Planung, Selbstverwaltung.“¹⁶¹ Die Planung muß verbindlich, aber elastisch sein, ihre Ausarbeitung muß demokratisch und zentralisiert erfolgen. Die Selbstverwaltung soll sich nicht nur auf die Produktion, sondern auch auf andere gesellschaftliche Bereiche erstrecken.

Die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel zieht sich durch alle Programmwürfe der linken Gruppierungen in den [91] Parteien der Sozialistischen Internationale. Die zentrale Frage des Kampfprogramms der Partei, so schreiben zum Beispiel die finnischen linken Sozialisten P. Aaro und E. Taivasaari, ist die Frage des Übergangs des Kapitals in gesellschaftliches Eigentum, insbesondere der Banken und der Versicherungsgesellschaften.¹⁶² Das linke Labourmitglied E. Heffer¹⁶³ schlägt vor, daß eine Labour-Regierung eine umfassende Nationalisierung durchführt, Banken und Versicherungsgesellschaften vereinigt, ein neues Wirtschaftsministerium ins Leben ruft, das eine wirksame Kontrolle über die staatlichen Finanzen ausübt und sich von den Auflagen eines allgemeinverbindlichen Staatsplanes leiten läßt.

Von der Notwendigkeit einer Nationalisierung der Schlüsselindustrien ausgehend, fordern die Jungsozialisten in der BRD die Ausarbeitung eines Instrumentariums, das die Kontrolle und Regulierung privater Kapitalinvestitionen gestattet. Diese Forderung stellten sie auf dem SPD-Parteitag in Mannheim (November 1975) zur Diskussion. Sie wurde abgelehnt, aber die Diskussion zu dieser Problematik wird in der sozialdemokratischen Literatur der BRD fortgesetzt.

¹⁵⁷ Siehe: K. Czernetz, Überlegungen zur Strategie des Sozialismus, in: Die Zukunft, a. a. O., 3/1972, S. 4.

¹⁵⁸ F. Mitterrand, Un socialisme du possible, Paris 1970, S. 57.

¹⁵⁹ Ebenda, S. 70. – Diese Auffassungen fanden auch in das gemeinsame Regierungsprogramm von SP und FKP Eingang. Bekanntlich trat die Führung der SP jedoch später von diesem Programm zurück. Zu den Gründen für diese „Wende nach rechts“ siehe: G. Marchais, Mehr als jemals treten wir für die Union und die Veränderung ein, in: Humanité, Paris, vom 7.10.1977, S. 3-5.

¹⁶⁰ J. Hindels, Was ist heute links? Sozialistische Strategie im Spätkapitalismus, a. a. O., S. 109.

¹⁶¹ Siehe: Socialisme d'aujourd'hui, texte adopté par le congrès doctrinal du P. S. B. des 16. et 17. novembre 1974, hrsg. von Parti Socialist Belge, a. a. O.

¹⁶² Siehe: P. Aaro/E. Taivasaari. SPD'n jäsenkirja, a. a. O., S. 78.

¹⁶³ Siehe: E. Heffer, Labour's Future, in: Political Quarterly, a. a. O., 4/1972, S. 388.

Die Forderungen nach Umgestaltungen in der kapitalistischen Ökonomik berühren unmittelbar die Frage der Macht. Was heißt moderner Staat in der kapitalistischen Gesellschaft? Wessen Interessen bringt er zum Ausdruck? Muß er verbessert oder radikal verändert werden? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der sozialdemokratischen Literatur, die sich mit der Ausarbeitung der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ beschäftigt. Auch an diese Fragen wird unterschiedlich herangegangen, und man kann deutlich eine reformistische Apologetik des kapitalistischen Staates feststellen.

Nachdem mit dem Marxismus in diesen Fragen völlig gebrochen und die Lehre von der Diktatur des Proletariats verworfen worden ist, widmen der rechte und der gemäßigte Flügel der Sozialdemokratie dieser Problematik heute besondere Aufmerksamkeit.

Nach Meinung der Sozialdemokraten liberaler Orientierung hat sich mit den Veränderungen in der Sozialstruktur der Gesellschaft, mit der Stärkung der sozialdemokratischen Bewegung sowie durch eine Reihe anderer Faktoren die Demokratie auf immer breitere Schichten der Gesellschaft auszudehnen begonnen. Von dieser Zeit an haben sich die Sozialdemokraten, die sich von der marxistischen Idee des Zerschneidens der bürgerlichen Staatsmaschinerie losgesagt haben, die Aufgabe gestellt, „der bestehenden Demokratie und Gesellschaft eine möglichst soziale Färbung zu geben. So wird die Konzeption der neuen und sozialistischen Gesellschaft durch die Konzeption der so-[92]zialen Demokratie verdrängt. Der Sozialismus, soweit er im Fluß geblieben ist, verwandelt sich über die Metamorphose zur Sozialdemokratie in eine permanente Gesellschaftsreform.“¹⁶⁴ Heutzutage gilt die Hauptsorge der „demokratischen Sozialisten“ nicht der Umgestaltung, sondern der Bewahrung der bürgerlichen Demokratie.

„Wir beobachten mit großer Genauigkeit“, erklärte in diesem Zusammenhang Willy Brandt, „ob, wie und von wem Grundwerte unserer Demokratie in Frage gestellt werden. Wir nehmen auch die zynische Kritik an der sogenannten formalen Demokratie nicht als Mittel hin, die durch dubiose, in Wahrheit antidemokratische Ziele geheiligt werden könnten ... Feinde der parlamentarischen, der freiheitlichen Demokratie sind Feinde der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie haben bei uns nichts zu suchen.“¹⁶⁵

Zur Begründung der Positionen, von denen aus sie diese ihrem Wesen nach bürgerliche Demokratie, den bürgerlichen Parlamentarismus verteidigen, bringen die „demokratischen Sozialisten“ als Hauptargument folgende These vor: Der heutige kapitalistische Staat, der auf den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens viele Funktionen erfüllt, hört auf, Instrument der politischen Herrschaft der ökonomisch herrschenden Klasse, der Kapitalisten, zu sein; gleichzeitig kann er auch nicht ein alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens regulierendes Organ sein, das sich die kapitalistische Wirtschaft unterordnet. Herbert Wehner schreibt dazu: „Als Volkspartei im Sinne des sozialdemokratischen Grundsatzprogramms unterscheidet die Staatsauffassung der Sozialdemokratie unter den gegebenen realen Verhältnissen sich deutlich von der Staatsauffassung jener, die sich zwar auch Volkspartei nennen, den Staat aber lediglich verwalten und die Macht derjenigen, die schon über die große wirtschaftliche Macht verfügen, noch durch den Staat legitimieren wollen. Zugleich ist aber die Staatsauffassung der Sozialdemokratie klar abgegrenzt gegenüber anderen, die den Staat zum Alles-Verwalter und Alles-Lenker machen möchten.“¹⁶⁶

Im „Orientierungsrahmen '85“ der SPD wird unterstrichen: Der Staat ist durchaus kein neutrales Organ, aber auch kein planmäßig handelnder „Agent der vereinigten Monopolkapitalisten“. Beide Standpunkte berücksichtigen nicht die enge Wechselwirkung und die sich durchdringende, aber nicht einseitige Abhängigkeit des demokratischen Staates von der kapitalistischen Wirtschaft.¹⁶⁷

¹⁶⁴ G. Bartsch, Totalitärer, marxistischer oder demokratischer Sozialismus?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, a. a. O., 1966, Bd. 28, S. 20.

¹⁶⁵ W. Brandt, Politik in Deutschland. Wertvorstellungen unter Ideologieverdacht. Rede vor der Evangelischen Akademie in Bad Segeberg, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, a. a. O., vom 4.9.1973, S. 1022.

¹⁶⁶ H. Wehner, Godesberg kennzeichnet den Aufbruch der Sozialdemokratie, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 12/1974, S. 1030.

¹⁶⁷ Siehe: Zweiter Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975-1985, Hrsg.: Vorstand der SPD, Bonn 1975, S. 25.

G. Metzger erläutert diese These in dem Artikel „Sozialdemokraten und Staat“; er schreibt, daß in einem solchen Staat „drei Grundforderungen“ beachtet werden müssen: die Garantie „politischer Frei-[93]heitsrechte“, die Entwicklung „sozialer Rechte,... ohne die eine freiheitliche Gesellschaft unter Einbeziehung aller Bürger nicht möglich ist“, und die Überwindung des „Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit“.¹⁶⁸

Nicht zufällig wird das Problem der Überwindung des Widerspruchs zwischen den Interessen von Kapital und Arbeit in Metzgers Beitrag an letzter Stelle genannt. Die Sozialdemokraten, die den „demokratischen Sozialismus“ bürgerlich-liberal interpretieren, verwenden viel Anstrengungen darauf, zu beweisen, daß die Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln aufgehört habe, die Frage nach dem Hauptmerkmal des Charakters der Macht zu sein. Dem soll vor allem auch die Theorie des funktionalen Sozialismus dienen, die von dem schwedischen Ökonomen Adler-Karlsson entwickelt wurde.¹⁶⁹ Dieser Konzeption zufolge wird die soziale Natur der Produktion nicht vom Typ des Eigentums bestimmt, sondern von Inhalt und Charakter der ausgeübten Funktionen. Die Tätigkeit eines Privatunternehmens könne durch die Mittel „demokratischer Kontrolle“ über ein System staatlicher Regulierung und Programmierung der Wirtschaft sozialisiert (d. h. vorrangig den Interessen der Gesellschaft untergeordnet) werden.

In analoger Weise wird die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln auch von der westdeutschen Sozialdemokratie interpretiert: Die Funktion des Besitzes von Eigentum wird von der Funktion der Verfügung über das Eigentum getrennt. Auf die Kritik der Jungsozialisten, daß es im heutigen kapitalistischen System nicht möglich sei, etwas zu verbessern, bevor nicht der „Grundwiderspruch“ – das Privateigentum an Produktionsmitteln – beseitigt sei, antwortete Willy Brandt: „Wenn ich es recht sehe, gehen wir dagegen miteinander davon aus, daß modernes sozialdemokratisches Denken auf die Illusion verzichtet, mit einer generellen und schematischen Änderung der Eigentumsverhältnisse könne man den entscheidenden Durchbruch erzielen, und aus der Abschaffung von Privatbesitz an Produktionsmitteln ergebe sich automatisch mehr Freiheit für die Menschen. Die Situation der Gesellschaft ist durch viele Elemente geprägt, längst nicht mehr oder bei weitem nicht mehr allein nur durch Eigentumstitel, sondern zunehmend durch unterschiedliche Formen von Verfügungsmacht, übrigens auch durch Verfügungsgewalt über das Forschungspotential einer modernen Gesellschaft; durch das Verhältnis zwischen ökonomischer und politischer Macht; nicht zuletzt durch die Art, in der Bildung und Ausbildung organisiert sind. Man muß also viele Hebel bewegen, will man die Lage der Menschen und der Gesellschaft nachhaltig verändern, um sie zu verbessern.“¹⁷⁰

[94] Als einen solchen Hebel betrachten die Sozialdemokraten die Forderung der werktätigen Massen nach einer Demokratisierung aller Sphären des Lebens der kapitalistischen Gesellschaft, in erster Linie aber der Produktion. In den letzten Jahren wird in der sozialdemokratischen Literatur verstärkt die Problematik der „Mitbestimmung“ behandelt, die sowohl eine erweiterte Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der Betriebe und der Wirtschaft insgesamt als auch eine Belebung der politischen Aktivität der Bevölkerung auf den verschiedenen Ebenen beinhaltet.

Die Unzulänglichkeit der parlamentarischen Demokratie ist unter den Bedingungen des gegenwärtigen kapitalistischen Staates so augenscheinlich, daß auch die Anhänger einer liberalen Auslegung der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ sie nicht bestreiten können. Einer der bekanntesten Vertreter dieser Richtung, W. Eichler, charakterisierte die Atmosphäre der kapitalistischen Gesellschaft wie folgt: „Die Abhängigkeitsverhältnisse sind auch heute nicht beseitigt. Die anonyme Kontrolle ökonomischer und geistiger Machtmittel, die Beherrschung von Produktion und Verteilung durch freiheits- und wettbewerbsbeschränkende Konzerne, Kartelle, Ringe und andere Positionen; die Konzentrierung der Macht in der ‚Kulturindustrie‘; der fehlende allgemeine Zugang zu den Bildungseinrichtungen; die Zurückhaltung von Informationen über die staatlichen und gesellschaftlichen

¹⁶⁸ G. Metzger, Sozialdemokraten und Staat, in: Langzeitprogramm 5. Beiträge zu Einzelproblemen des „Entwurfs eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973-1985“, Bonn – Bad Godesberg 1973, S. 22.

¹⁶⁹ Siehe: G. Adler-Karlsson, Funktionaler Sozialismus. Ein schwedisches Glaubensbekenntnis zur modernen Demokratie, Düsseldorf 1973.

¹⁷⁰ W. Brandt/B. Kreisky/O. Palme, Briefe und Gespräche 1972 bis 1975, a. a. O., S. 68/69.

Einrichtungen; die einseitige Beeinflussung des dank einer mangelhaften politischen Bildung schlecht vorbereiteten Wählers – all dies zeigt, daß auch heute der Zugang zu wirklicher Freiheit und Gleichheit der Menschen und die Entwicklung einer solidarischen Gemeinschaft noch immer blockiert ist.“¹⁷¹

Die Beseitigung dieser Mängel, die Vervollkommnung der „sozialen Demokratie“ sehen die Vertreter der linksliberalen Richtung in der Sozialdemokratie in einer Entwicklung der Mitbestimmung. Die Beteiligung von Lohnarbeitern an der Leitung der Produktion wird von ihnen als historische Aufgabe gewertet, deren Lösung die Demokratie angeblich mit neuem Inhalt erfüllt. Die Mitbestimmung wird dabei mit dem System der Marktwirtschaft verknüpft und soll durch die Einführung von Methoden zur Erhöhung der materiellen Interessiertheit (Gewinnbeteiligung, Mitbesitz am Kapitalzuwachs der Betriebe, Schaffung verschiedener Fonds) verstärkt werden. Gleichzeitig versichern die Propagandisten der „Mitbestimmung“ der Bourgeoisie, daß das Kapital dabei nicht bedroht würde. So erklärte der österreichische Sozialdemokrat F. Klenner: „Mitbestimmung ist das Gegenteil von Alleinbestimmung daher auch keine Selbstbestimmung der [95] Arbeitnehmer.“ – Die Ausschließlichkeit der Willensbestimmung und Entscheidung durch eine Seite“, meint Klenner, „wird verneint.“ – „Mitbestimmung ... hebt ... formal den Eigentumstitel nicht auf, sondern bringt neben dem Kapital den zweiten Produktionsfaktor Arbeitskraft ins Spiel.“¹⁷² Die Werkstätigen sollen sich ständig bewußt sein, daß ihre verstärkte Mitwirkung in Betriebsangelegenheiten gleichzeitig den Anteil ihrer Verantwortung erhöht. Es ist offensichtlich, daß eine solche Forderung die Arbeiter der Betriebe lediglich in einen stabilisierenden Faktor des kapitalistischen Unternehmens verwandelt. Von einer solchen „Demokratisierung“ profitieren in der Hauptsache die Kapitalisten. Diese Art von Mitbestimmung wird daher auch von den kommunistischen Parteien abgelehnt. Zum Beispiel wendet sich die DKP in ihrem auf dem Mannheimer Parteitag 1978 beschlossenen Programm ausdrücklich „gegen alle Versuche, die Mitbestimmung zu einem Mittel illusionärer Sozialpartnerschaft zu machen und für die Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse unter die des Monopolkapitals zu mißbrauchen“.¹⁷³

Der Ausarbeitung der Demokratie-Problematik widmen die sozialdemokratischen Theoretiker besondere Aufmerksamkeit. Obwohl es in den Parteien der Sozialistischen Internationale eine Vielzahl von Auslegungen der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ gibt, verbindet sie doch alle ein gemeinsames Merkmal – die offiziell verkündete Absicht, die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische umzuwandeln, wobei die Prinzipien einer „pluralistischen Demokratie“ unbedingt eingehalten werden sollen. Eine Verletzung der Prinzipien der bürgerlichen Demokratie führe früher oder später zur Entstellung der Idee des Sozialismus selbst, beteuern die Sozialdemokraten aller Richtungen.

Dabei erkennen die Sozialdemokraten (besonders die linken) an, daß es bestenfalls politisch naiv ist, wenn man unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft, in der die herrschenden Positionen sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik von den Monopolen eingenommen werden, von einer strengen Einhaltung der Regeln der Demokratie sprechen wollte. Daraus erklären sich auch die verschiedenen Vorstellungen von einer „Doppelstrategie“ bei der Jugendorganisation der SPD, die die Tätigkeit der Partei und der Bevölkerung aktivieren soll. In diesem Zusammenhang wird die Mitbestimmung der Werkstätigen als notwendige Ergänzung zu den Institutionen der parlamentarischen Demokratie betrachtet.

Noch vor nicht langer Zeit erschien den Vertretern der bürgerlich-liberalen Richtung in der Sozialdemokratie die parlamentarische De-[96]mokratie in Verbindung mit der Mitbestimmung als die optimale Lösung des Problems, wie der Mechanismus der politischen Demokratie funktionieren kann. Doch zwang die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus die Sozialdemokraten auch auf diesem Gebiet zu einer Reihe von Eingeständnissen. „Der Parlamentarismus in Europa“,

¹⁷¹ W. Eichler, Zur Einführung in den demokratischen Sozialismus, a. a. O., S. 45/46.

¹⁷² F. Klenner, Sozialismus in der Sackgasse? Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, a. a. O., S. 362.

¹⁷³ Mannheimer Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei, 20.-22. Oktober 1978. Programm, beschlossen am 21. Oktober 1978, a. a. O., S. 52.

konstatierte Olof Palme, „befindet sich zur Zeit in einer geradezu chaotischen Lage. Von verschiedenen Seiten wird befürchtet, daß es um die Zukunft der Demokratie nicht zum besten steht.“¹⁷⁴ Bruno Kreisky wies darauf hin, daß innerhalb des heutigen kapitalistischen Staates neue Arten der Konfrontation entstanden sind. Willy Brandt seinerseits schreibt: Es „erfüllt mich mit Sorge, wie sehr das demokratisch-parlamentarische Leben einer Mehrzahl westeuropäischer Staaten gegenwärtig durch Tendenzen der Verwirrung und Zersplitterung gekennzeichnet ist“.¹⁷⁵ An anderer Stelle stellt Brandt fest: „Dabei sollten wir davon ausgehen, daß unsere Staatswesen künftig mancherlei Belastungsproben im Konflikt zwischen den Bedürfnissen der Allgemeinheit und den mehr oder weniger rücksichtslosen Ansprüchen von Schlüsselgruppen und mächtigen Organisationen ausgesetzt sein werden. Wir haben unseren demokratischen Staat davor zu bewahren, daß er ohnmächtig wird unter dem Diktat von derartigen Gruppen.“¹⁷⁶ „Derartige Gruppen“ – das ist vor allem das Monopolkapital, vor dessen eindeutiger Charakterisierung die sozialdemokratischen Führer ausweichen.

In theoretischen Arbeiten, die sich am Marxismus – in sozialdemokratischer Interpretation – orientieren, werden die Dinge beim Namen genannt. Auf die offensichtliche Abhängigkeit der Regierungen kapitalistischer Länder von den Konzernen – den nationalen und den multinationalen – weisen die Jungsozialisten in der BRD hin. Die österreichischen Linken schreiben in ihrem Programmdokument, daß es die Hauptfunktion des kapitalistischen Staates sei, die Probleme des Marktes zu regulieren, der am Profit orientiert ist.¹⁷⁷ Der Führer der französischen linken Sozialisten J.-P. Chevènement vertritt die Auffassung, daß der Staat kein leeres Gehäuse sei, sondern der entscheidende Teil in der Struktur des Kapitalismus im gegenwärtigen Stadium seiner Entwicklung und folglich eine Hauptkomponente des Klassenkampfes.¹⁷⁸ Die finnischen Linkssozialisten schreiben, daß die Vorstellung vom Klassencharakter des Staates in Kreisen der Sozialdemokratie erneut Aktualität gewinne. Die Praxis des Kapitalismus zeige, daß die wachsende Rolle des Staates in der Wirtschaft nicht die kapitalistische Produktionsweise verändere.¹⁷⁹ Im Programmdokument der belgischen Sozialisten heißt es, die sozialistische Partei sei [97] nicht dazu berufen, das kapitalistische System zu leiten. Ihre Teilnahme an der Regierung hänge von der Möglichkeit ab, die Interessen der Werktätigen zu verteidigen, wobei sie nach und nach die Strukturreformen realisiere, für die sie eintritt.¹⁸⁰

Durch was soll der kapitalistische Staat abgelöst werden? In den meisten theoretischen Arbeiten dieser Richtung wird als Alternative ein Selbstverwaltungs-Sozialismus genannt. Das Programm der belgischen Sozialisten¹⁸¹ erläutert diesen folgendermaßen: Selbstverwaltung sei ein Prinzip, das auf alle Gebiete ausgedehnt werden könne. Soziale Demokratie müsse jedem den direktesten Zugang zur Annahme von Beschlüssen ihn betreffender Fragen sichern. Die sozialistische Gesellschaft garantiere maximale Dezentralisation und Autonomie.

Vielversprechend klingt die Definition des Selbstverwaltungs-Sozialismus bei dem schwedischen Sozialdemokraten P. Holmberg: „Die Macht der Bewegung der werktätigen Massen muß eine Macht dieser Massen selbst sein, die von ihnen selbst ausgeübt wird und ihren Interessen dient.“¹⁸²

Es muß allerdings festgestellt werden, daß solche Vertreter dieser Richtung wie F. Mitterrand vorsichtiger an die Beurteilung der Perspektiven des Selbstverwaltungs-Sozialismus herangehen. „Die Selbstverwaltung“, schrieb Mitterrand 1974, „hat noch nicht die Struktur gefunden, die aus ihr eine Realität macht.“¹⁸³ Früher schon (1970) schrieb er: „Ich meine, daß wir noch eine gewisse Zeit mit

¹⁷⁴ W. Brandt/B. Kreisky/O. Palme, Briefe und Gespräche 1972 bis 1975, a. a. O., S. 90.

¹⁷⁵ Ebenda, S. 76.

¹⁷⁶ Ebenda, S. 109.

¹⁷⁷ Siehe: Für eine sozialistische Politik der SPÖ, a. a. O., S. 7.

¹⁷⁸ Siehe: J.-P. Chevènement, *Le vieux, la crise, le neuf*, a. a. O., S. 220.

¹⁷⁹ Siehe: P. Aaro/E. Taivasaari, *SPD'n jäsenkirja*, a. a. O., S. 94.

¹⁸⁰ *Socialisme d'aujourd'hui*, texte adopté par le congrès doctrinal du P. S. B. des 16. et 17. novembre 1974, hrsg. von Parti Socialist Beige, a. a. O., S. 27.

¹⁸¹ Siehe: Ebenda, S. 11-13.

¹⁸² P. Holmberg, *Makt och Venmakt*, Stockholm 1971, S. 178.

¹⁸³ F. Mitterrand, *L'homme, les idées*, Paris 1974, S. 97-98.

den kapitalistischen Strukturen leben werden, da sie nicht an einem Tag umzugestalten sind.“¹⁸⁴ Gleichzeitig aber betont Mitterrand ständig: Selbstverwaltung – das ist unsere Perspektive.

Die Orientierung auf die Umgestaltung des kapitalistischen Staates in Richtung auf einen Selbstverwaltungs-Sozialismus hin befindet sich im Widerspruch zu der Orientierung auf die Vervollkommnung der – durch die Institution der Mitbestimmung zu ergänzenden – bürgerlich-parlamentarischen Demokratie.

Das zeigte sich alsbald auf der Konferenz sozialdemokratischer Parteien der EWG-Mitgliedsländer, die 1973 in der BRD stattfand und auf der das Dokument „Für ein soziales Europa“ angenommen wurde. Bei der Diskussion über die Frage der Mitbestimmung nahmen die französischen und italienischen Sozialisten eine ausweichende Position ein, daher wurde eine Kompromißresolution angenommen, in der die Erfahrungen eines jeden Landes berücksichtigt und anerkannt wurden.

Wie man sieht, gibt es also innerhalb der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ auch zwei verschiedene Arten des Herangehens an eine so wesentliche Frage wie das. Verhältnis zum Staat und die Möglichkeiten der Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft zum „demokratischen Sozialismus“ hin.

Damit kommen wir zu einer weiteren Gruppe von Problemen der Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ – zu den Wegen und Methoden der Erreichung dieses Ziels, wie sie in den theoretischen Arbeiten der Sozialdemokratie dargelegt werden. Mit anderen Worten, es geht um den Reformismus in seiner heutigen Form.

Die sozialdemokratische Literatur hat in den letzten Jahren eine ganze Liste von Wesensbestimmungen der Reform aufgestellt. Es gibt demnach „systemstabilisierende“, „systemüberwindende“ und sogar „systemsprengende“ Reformen. Hinter diesen verschiedenen Bestimmungen verbirgt sich eine scharfe ideologische Polemik, die alle Richtungen der Sozialdemokratie erfaßt hat und in deren Verlauf sich die Frage entscheiden wird, ob die Sozialdemokratie auf den Positionen einer reformistischen Anpassung an den Kapitalismus stehenbleibt oder ob sie auf ein radikaleres Herangehen an die Lösung gesellschaftlicher Probleme Anspruch erheben kann. In dieser Frage ist ebenfalls eine ganz bestimmte Differenzierung zu beobachten.

Daß die Sozialdemokratie viele Jahre hindurch die Politik eines flügelahnen Reformismus verfolgt hat, wird von Sozialdemokraten selbst anerkannt. So schrieb der linke dänische Sozialdemokrat K. Madsen anläßlich der Hundertjahrfeier seiner Partei: „In den vergangenen hundert Jahren hat die Partei das Schwergewicht auf die Überwindung vieler Schwächen der kapitalistischen Gesellschaft gelegt. Man kann sagen, daß das in einem gewissen Grade gelungen ist. Und trotzdem fällt es schwer, auf die historische Vergangenheit zurückzublicken, die bis zu einem gewissen Maße von mehr oder weniger erfolgreichen Kompromissen mit bürgerlichen Parteien charakterisiert wird. Prinzipielle Thesen wurden eine nach der anderen aufgegeben, nur um sich danach rühmen zu können, daß auf die Annahme dieses oder jenes Beschlusses Einfluß genommen wurde.“¹⁸⁵ Diese beredte Einschätzung trifft anscheinend auch für viele andere Parteien der Sozialistischen Internationale zu. So wurde in einem Bericht über die SI-Konferenz der Parteivorsitzenden in Tokio (17. bis 19.12.1977) hervorgehoben: „Eine kritische Anmerkung Bill Rowlings ... verdient besonders gut in Erinnerung behalten zu werden ...: Er habe als neuseeländischer Premierminister bedauerlicherweise keine großen Unterschiede zwischen der Politik der sozialdemokratischen europäischen Regierungen und der Politik der konservativen Regierungen bemerkt. Er ließ dahingestellt, ob diese bedauerliche Tatsache auf mangelnde [99] Kommunikation zurückzuführen gewesen sei oder andere Gründe gehabt habe.“¹⁸⁶

Doch auch in neueren theoretischen Arbeiten der Sozialdemokratie wird auf den reformistischen Weg als den einzig möglichen Weg zur Erreichung der Ziele des „demokratischen Sozialismus“ hingewiesen.

¹⁸⁴ F. Mitterrand, *Un socialisme du possible*, a. a. O., S. 17.

¹⁸⁵ K. Madsen, *Tanken anledning af et jubiloem*, in: *Ny politik*, a. a. O., 6/1971, S. 12.

¹⁸⁶ H. Schumacher, *Sozialistische Alternativen – nicht nur für Europa*. SI-Konferenz der Parteivorsitzenden in Tokio vom 17.-19.12.1977, in: *Die Neue Gesellschaft*, a. a. O., 2/1978, S. 140.

Im neuen Programm der schwedischen Sozialdemokraten wird folgende Überlegung angestellt: Die Erfahrungen hätten die Überzeugung der Sozialdemokratie erhärtet, daß eine friedliche Umgestaltung der Gesellschaft auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus der einzig mögliche Weg zur menschlichen Befreiung sei. Dieser Weg möge lang und beschwerlich erscheinen. Dennoch habe er den entscheidenden Vorzug, daß er für die Umgestaltung die aktive Teilnahme aller Mitglieder der Gesellschaft voraussetze.¹⁸⁷

Die Anhänger des auf die Erhaltung der Institutionen der parlamentarischen Demokratie und des bürgerlichen Staates orientierenden Weges betrachten Reformen als „systemverändernd“. So vertritt der dänische Sozialdemokrat P. Hoekkerup¹⁸⁸ die Auffassung, daß viele kleine Schritte auf dem Wege der Reformen zusammengenommen eine Revolution darstellten, die dauerhafter sei als die Revolutionen in den Ländern; in denen große revolutionäre Sprünge unternommen würden. Die Unterteilung von Reformen in „systemverbessernde“ und „systemüberwindende“ scheint auch Willy Brandt relativ zu sein.¹⁸⁹ Jede Reform enthält nach seiner Auffassung ein Element der Veränderung des bestehenden Systems. Auch Kreisky vermag keinen Unterschied zwischen „systembewahrenden“ und „systemverändernden“ Reformen zu erkennen. Seiner Meinung nach ist bei der Beantwortung dieser Frage das dialektische Prinzip anzuwenden: „Die Summe der Reformen oder die Intensität einer Reform ist von der Quantität nicht ganz zu lösen, und irgendwann schlägt die Quantität in Qualität um.“¹⁹⁰

Gleichzeitig aber hatte Willy Brandt in seinem Briefwechsel mit Bruno Kreisky und Olof Palme eingestanden, daß „die Möglichkeiten der Reformpolitik, das Ausmaß dessen, was eine Koalitionsregierung unter sozialdemokratischer Führung bei Berücksichtigung massiver Widerstände einseitig interessenbezogener Gruppen im Laufe einer Legislaturperiode vom Tisch kriegen kann,“ überschätzt wurden.¹⁹¹ Damit sind wiederum vor allem monopolistische Gruppierungen gemeint.

Anders stellt sich der Weg der Reformen in der Interpretation linker Parteien und Gruppierungen dar. Für F. Mitterrand sind Reformen ein revolutionärer Akt, wenn sie den völligen Bruch mit der [100] bestehenden politischen Ordnung, den Bruch mit der kapitalistischen Gesellschaft verfolgen. „Der tagtägliche Kampf für eine entschiedene Reform gesellschaftlicher Strukturen“, unterstreicht er, „kann revolutionärer Natur sein.“¹⁹² Man müsse es verstehen, alle Formen des Kampfes (die parlamentarische Tätigkeit, die Tätigkeit in der Produktion) auszunutzen, die schwächsten Stellen des Gegners herauszufinden und den Hauptschlag darauf zu richten. Doch darf dieser Schlag nicht als einmalige Aktion angesehen werden, sondern als zielgerichteter ständiger Druck.

Auf diesen Positionen stehen auch die belgischen Sozialisten. In ihrem neuen Programm heißt es, daß der Sozialismus die Verwirklichung tiefgreifender Strukturreformen auf allen Gebieten erfordere. Der Sozialismus kämpfe für eine völlige Umgestaltung der Gesellschaft. Darin komme sein revolutionärer Wille zum Ausdruck.¹⁹³

Von einer grundlegenden Veränderung der bestehenden Ordnung ebenfalls auf dem Wege von Reformen – sprechen auch linke Mitglieder der Labour Party.¹⁹⁴

Die Jungsozialisten der BRD arbeiten schon eine Reihe von Jahren an einer „Doppelstrategie“ zur Verwirklichung von Reformen. Diese Strategie sieht die Ausnutzung des Parlaments und der Partei für die Durchführung einer Politik im Geiste des „demokratischen Sozialismus“ vor und strebt gleichzeitig eine Aktivierung der „Basis“ – der Werk tätigen und der einfachen Parteimitglieder – an. Das Ziel besteht darin, Druck auf die Zentren auszuüben, von denen die Entscheidungen in der Wirtschaft,

¹⁸⁷ Siehe: Förslag till nytt partiprogram, in: Aktuellt i politiken, Stockholm, 13/1971, S. 13-23.

¹⁸⁸ Siehe: P. Hoekkerup, Socialdemokratiet – et praktisk parti, in: Ny politik, a. a. O., 6/1971, S. 14-15.

¹⁸⁹ Siehe: W. Brandt/B. Kreisky/O. Palme, Briefe und Gespräche 1972 bis 1975, a. a. O., S. 17.

¹⁹⁰ Ebenda, S. 50.

¹⁹¹ Ebenda, S. 104.

¹⁹² F. Mitterrand, L'homme, les idées, a. a. O., S. 78.

¹⁹³ Siehe: Socialisme d'aujourd'hui, texte adopté par le congrès doctrinal du P.S. B. des 16. et 17. novembre 1974, hrsg. von Parti Socialist Beige, a. a. O.

¹⁹⁴ Siehe: H. Helfer, Labour's Future, in: Political Quarterly, a. a. O., 4/1972, S. 387.

im Staat und in der Gesellschaft gefällt werden. Die Reformen selbst sollen auf die Veränderung des Systems gerichtet sein.

Wie bereits festgestellt, wird über die Art des Herangehens an die Bestimmung des Wesens der Reformen eine scharfe Polemik geführt. Die Anhänger von Reformen im „Rahmen des Systems“ behaupten, daß die Durchführung „systemüberwindender“ Reformen nicht nur eine politische, sondern auch eine ökonomische Katastrophe heraufbeschwören würde. Im Ergebnis der Eingriffe in den Mechanismus des kapitalistischen Systems und infolge der scharfen Gegenreaktion des Kapitals würde sich die materielle Lage der Massen verschlechtern. „Wer das ‚System‘ also überwinden oder sprengen will“, meint der westdeutsche Sozialdemokrat P. Glotz, „darf nicht hoffen, daß er dabei sanft, demokratisch und parlamentarisch bleiben kann.“¹⁹⁵ Gerade das aber widerspreche der Idee vom „demokratischen Sozialismus“. Glotz macht ferner den Versuch, eine Art Prinzip für die Realisierbarkeit von Reformen zu formulieren. Das Tempo der Ver-[101]änderungen in der Gesellschaft müsse so beschaffen sein, daß ihm die breite Mehrheit der Bevölkerung folgen könne.¹⁹⁶

Analoge Auffassungen vertreten im Anschluß an Glotz heute auch die Inauguratoren der Bernstein-Diskussion in der SPD. Ihr sogenannter Gradualismus verspricht eine „Einführung“ des Sozialismus „in der Form von Teillieferungen“.¹⁹⁷ In Wahrheit ist er jedoch ausschließlich gegen die Konzeption einer antimonopolistischen Demokratie und die diese Demokratie gewährleistende Vergesellschaftung des Eigentums der großen Monopole gerichtet.

Im Unterschied zu derartigen Vorstellungen weisen die Vertreter von systemüberwindenden“ Reformen darauf hin, daß die Realisierung des „demokratischen Sozialismus“ die völlige Überwindung des Kapitalismus voraussetze, diese aber nur im Ergebnis eines qualitativen Sprunges verwirklicht werden könne. So betont der französische Linksozialist J.-P. Chevènement¹⁹⁸, daß die „Revolution der Selbstverwaltung“ nicht als allmähliche Erweiterung sozialer Reformen denkbar sei, sondern als Sprung, als radikaler Bruch mit der alten, kapitalistischen Gesellschaft.

Angesichts dieser Ausführungen wird der Unterschied zu jener Art von Reformen deutlich, die unter der Bezeichnung „Lebensqualität“ figurieren. In der Sozialdemokratie wurde die Idee der „Lebensqualität“ von der SPD entwickelt. Im Prinzip geht es dabei darum, verschiedene Aspekte des gesellschaftlichen Lebens, die auf das Leben und die Tätigkeit des einzelnen Menschen einwirken (Arbeitsbedingungen, Betriebsklima, Organisation der Lebensweise und der Freizeit, Zustand der Umwelt, Bildungschancen usw.) in einem Begriff zusammenzufassen. Nach Meinung der Vertreter dieser Konzeption erfordere die Verbesserung der „Lebensqualität“, von der einseitigen Orientierung auf das Wirtschaftswachstum abzugehen und sich den Bedürfnissen des Menschen zuzuwenden. Die dazu notwendigen Reformen in den verschiedenen Bereichen des Lebens, so folgert man, müßten zur Schaffung einer prinzipiell neuen sozialen Infrastruktur führen.

Diese Ideen werden auch in den Arbeiten österreichischer und schwedischer Sozialdemokraten vertreten, das heißt von Parteien, deren Führungen auf die Wertvorstellungen des Liberalismus orientiert sind. Die französischen und italienischen Sozialisten und die linken Gruppierungen fast aller sozialdemokratischen Parteien dagegen reagierten fast gar nicht darauf. Die Reformen, die zu einer höheren „Lebensqualität“ führen sollen, lassen nach ihrer Auffassung die kapitalistische Gesellschaftsordnung faktisch unverändert weiterbestehen; es sind Reformen, die das „System stabilisieren“. Inzwischen ist diese auf Verbesserung der „Lebensqualität“ abzielende – systemstabilisierende – Reformpolitik in eine tiefe Krise geraten. Die Voraussetzung, von der man ausging und noch heute ausgeht,

¹⁹⁵ P. Glotz, Systemüberwindende Reformen? Strategische Überlegungen zur Technik von Machterwerb und Machterhalt in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, a. a. O., vom 22.4.1972, S. 14.

¹⁹⁶ Siehe: P. Glotz, Demokratischer Sozialismus als linker Reformismus. Die programmatische Entwicklung der SPD – dargestellt an der Diskussion über den „Orientierungsrahmen ’85“ auf dem Parteitag in Hannover 1973, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, a. a. O., vom 9.6.1973, S. 3-29.

¹⁹⁷ Th. Meyer, Das kann der SPD nur nützen: Bernsteins konstruktiver Sozialismus, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 10/1977, S. 851.

¹⁹⁸ Siehe: J.-P. Chevènement, Le vieux, in crise, le neuf, a. a. O., S. 167.

daß nämlich „ein Mehr an sozialer Sicherheit und staatlichen Dienstleistungen nur über steigendes Wirtschaftswachstum finanzierbar“¹⁹⁹ sei, entfiel. Auf die sich daraus ergebenden Konsequenzen wird heute von vielen Sozialdemokraten aufmerksam gemacht: „Erfolg oder Mißerfolg der SPD hängen jedoch ab von ihrer Reformkraft. Diese aber resultiert wiederum – so wie die Dinge liegen – aus der allgemeinen Wirtschaftsleistung.“²⁰⁰ Will die SPD also die Bedingungen ihrer eigenen politischen Existenz unter Kontrolle bringen, so müßte „die SPD ihren Reformbegriff tatsächlich auf das System selbst beziehen. Ein solcher Schritt könnte die Kapitalseite (wie die Geschichte lehrt) zu aggressiven Reaktionen verleiten.“²⁰¹ „Die SPD steht an einer Weggabelung: Soll sie wieder in die Opposition gehen? Oder muß sie einen Schritt weiter wagen als bisher?“²⁰²

Die Analyse der unterschiedlichen Auffassungen von Reformen läßt folgenden Schluß zu: Unter dem Einfluß einer ganzen Reihe von Faktoren hat der Reformismus der heutigen Sozialdemokratie bis zu einem gewissen Grade einen linken Anstrich erhalten. Um sich von den bürgerlichen Parteien abzugrenzen, die heutzutage ausnahmslos mit der Losung sozialer Reformen, bisweilen auch politischer Reformen, operieren, arbeiten die Parteien der Sozialistischen Internationale neue Vorschläge aus, mittels derer sich nach ihrer Meinung breite Massen der Bevölkerung ins Fahrwasser des Reformismus sozialdemokratischer Observanz leiten lassen. Auch dort, wo Sozialdemokraten mit der kommunistischen Partei ihres Landes in Kontakt kommen oder bemüht sind, die werktätigen Massen dem Einfluß dieser Partei zu entziehen, bemühen sie sich, den Reformen einen radikaleren Anstrich zu geben. Dabei zeigt sich, daß der Reformismus des linken Flügels mehr Möglichkeiten bietet, im Rahmen der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten einen Dialog zu entfalten.

[103]

¹⁹⁹ Siehe: Antrag 448. Bezirk Niederrhein. Innerparteiliche Diskussion, in: SPD-Parteitag Hamburg, 15.-19. November 1977, Congress-Centrum, Anträge, S. 433-444, in dem diese Art der Reformpolitik kritisiert wird.

²⁰⁰ S. Papcke, Wer oder was hilft der SPD?, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 7/1977, S. 599.

²⁰¹ Ebenda, S. 600.

²⁰² Ebenda, S. 599.

„Demokratischer Sozialismus“ – Spielart des Antikommunismus

Mit dem Reformismus als Produkt bürgerlichen Einflusses auf die Arbeiterklasse dringt auch der Antikommunismus in die Arbeiterbewegung ein; seine Wegbereiter sind die Ideologen der rechten Sozialdemokratie. Doch ist daraus keinesfalls zu folgern, daß bürgerlicher, imperialistischer Antikommunismus mit der rechtssozialistischen Variante des Antikommunismus identisch sei. Im Gegenteil, wenn der Antikommunismus der Ideologie und Politik der imperialistischen Bourgeoisie immanent ist, so ist er der Arbeiterbewegung, von der auch die Sozialdemokratie ein Teil ist, klassenmäßig und ideologisch fremd. Dieser Umstand wirkt sich in vielerlei Hinsicht auf den Charakter der rechtssozialistischen Variante des Antikommunismus aus, bestimmt seine Spezifik im System des Antikommunismus als Ganzes. Deshalb ist der Kampf für die Überwindung des Antikommunismus in den Reihen der Sozialdemokratie nicht nur eine Aktion des ideologischen Kampfes, sondern auch ein Mittel zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse, zu ihrer Vereinigung unter dem Banner gemeinsamer Klasseninteressen und Ziele.

Der innere Widerspruch, der der antikommunistischen Plattform der rechten Sozialdemokratie innewohnt – der faktische Übergang auf die Klassenpositionen der Bourgeoisie und die objektive Notwendigkeit, einen optimalen Grad an antikapitalistischer Intention zu bewahren –, ist der Hauptfaktor, der die Spezifik der rechtssozialistischen Variante des Antikommunismus bestimmt. Diese Spezifik kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß die reformistische Politik sich unter den Bedingungen der sich verstärkenden Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalismus den Forderungen der kapitalistischen Realität anpassen muß, deren tatsächliches Wesen den werktätigen Massen immer offensichtlicher wird.

Diese Spezifik zeigt sich auch in dem Charakter der Problematik, die von den Ideologen der rechten Sozialdemokratie ins Zentrum ihrer antikommunistischen Konzeption gerückt wird. Sie wird durch das [104] Wesen der sozialdemokratischen Ideologie als einer Ideologie des Opportunismus bestimmt. Die grundlegenden ideologischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bestehen über solche Fragen wie Methoden und Wege des Übergangs zum Sozialismus, Inhalt der Begriffe „Sozialismus“, „Freiheit“, „Diktatur“ und „Demokratie“. Die unterschiedlichen ideologischen Meinungen der Sozialdemokraten in diesen und anderen Fragen stellen aber noch nicht den Antikommunismus dar. Bei der Mehrheit der Sozialdemokraten sind sie das Ergebnis des Nichtbegreifens der welthistorischen Bedeutung des realen Sozialismus, sind sie durch reformistische Illusionen bedingt. Doch bei vielen Führern und Ideologen der rechten Sozialdemokratie sind diese Meinungen mit der Verfälschung des realen Sozialismus und dessen Verleumdung verbunden. Das ist die rechtssozialistische Variante des Antikommunismus – der sogenannte „demokratische“ Antikommunismus. Die imperialistische Bourgeoisie ist sich der Möglichkeiten, die ihr die „demokratische“ Variante des Antikommunismus für die Ausnutzung in einer gegen die Arbeiter gerichteten Politik bietet, sehr wohl bewußt, denn die Besonderheit dieses Antikommunismus besteht darin, daß er sich nach außen hin antikapitalistisch gibt.

Die Ideologen des Sozialreformismus charakterisieren ihren Standpunkt als eine sowohl dem Imperialismus als auch dem Kommunismus entgegengesetzte Position, als einen „dritten Weg“, eben als Weg des „demokratischen Sozialismus“. Der demokratische Sozialismus, schreibt der bekannte Funktionär der österreichischen Sozialdemokratie B. Pittermann, sei sowohl dem Monopolkapitalismus als auch beliebigen Formen totalitärer Wirtschaftsplanung (in der Terminologie rechter Sozialdemokraten ist damit die sozialistische Wirtschaftsordnung gemeint) entgegengesetzt.²⁰³ „Indem die Sozialdemokratie am Gedanken der permanenten Demokratisierung der Gesellschaft festhält“ – schreibt Bruno Kreisky in seinem Artikel „Sozialdemokratische Perspektiven für die siebziger Jahre“ – „ihn unentwegt vertritt, da wo sie die Macht hat, ihn realisiert, wird sie zur Alternative einerseits dem Konservatismus, andererseits dem Kommunismus gegenüber, gewinnt die sozialdemokratische Alternative an weltpolitischer Relevanz.“²⁰⁴ Demokratische Phrasen und antikapitalistische Verkleidung des rechtssozialistischen

²⁰³ Siehe: B. Pittermann, Zur Strategie der sozialistischen Bewegung, in: Die Zukunft, a. a. O., 15/16/1970, S. 24.

²⁰⁴ B. Kreisky, Sozialdemokratische Perspektiven für die siebziger Jahre, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 3/1970, S. 290.

Antikommunismus erweisen der imperialistischen Propaganda im Kampf gegen die marxistisch-leninistische Ideologie gute Dienste. Weitsichtige Ideologen des Imperialismus bemühen sich, die „Vorzüge“ der rechtssozialistischen Variante des Antikommunismus maximal zu nutzen und deren Verbreitung nach [105] Kräften zu unterstützen, mit dem Ziel, den Sozialismus von innen her zu zersetzen.

Die führenden rechten Vertreter des Sozialreformismus lassen im übrigen selbst keine Gelegenheit verstreichen, um sich dieser „guten Dienste“ zu rühmen. Dabei verweisen sie vor allem auf die Entwicklung der 70er Jahre in Griechenland, Portugal und Spanien. Der Verlauf der Ereignisse dort hätte ihre Auffassungen und Politik als richtig bestätigt. Immer wieder betont man, von seiten verschiedener sozialdemokratischer Parteien sei zur Sicherung der „neuen Demokratie“ in diesen Ländern ein Beitrag geleistet worden, der von den Regierungen „aus unterschiedlichen Gründen“ nicht hätte erwartet werden können. Besonders diesem Beitrag verdanke man es, wenn es in Portugal gelungen wäre, die Gefahr zu beseitigen, daß auf die eine [Diktatur] eine andere Diktatur (womit offensichtlich die Diktatur des Proletariats gemeint ist, die hier nach dem geläufigen Schema der „Totalitarismus“-Doktrin mit dem Faschismus auf eine Stufe gestellt wird) nachgefolgt wäre. Denn von den konservativen Kräften hätte man in dieser Stunde der Gefahr nicht viel mehr als „defätistische Redensarten“ vernommen. Schließlich beansprucht man auch die Urheberschaft an der Menschenrechtskampagne für sich. Noch bevor Carter sein Amt als Präsident der USA angetreten hätte, wäre von der Sozialistischen Internationale eine „Offensive für die Menschenrechte“ gestartet worden.²⁰⁵

Die Spezifik des gegenwärtigen Antikommunismus der rechten Sozialdemokratie kommt auch in den Formen der antikommunistischen Propaganda zum Ausdruck. Eingedenk der Tatsache, daß der primitive Antikommunismus schon nicht mehr den erwarteten Effekt zeitigt, konzentrieren sich die rechtssozialistischen Ideologen auf die „theoretische Begründung“ seiner „wirksameren“ Formen. Mit offen verleumderischen Ausfällen, mit direkten ideologischen und politischen Provokationen, mit unbewiesenen Behauptungen und groben Versuchen, die sozialistische Gesellschaftsordnung, den realen Sozialismus zu diskreditieren, machen sie sich angesichts der offensichtlichen Erfolge des Sozialismus auf allen Gebieten der Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur als „Verteidiger des gesellschaftlichen Fortschritts und der Demokratie“ nur unglaublich. Das wissen sie sehr gut.

Ohne Zweifel beginnt der „demokratische“, mit pseudosozialistischen Phrasen getarnte Antikommunismus über die offene Propagierung eines „Kreuzzuges gegen den Kommunismus“ die Oberhand zu gewinnen. Denn schon der Begriff „Antikommunismus“ ist angesichts [106] der Innen- und Außenpolitik der Länder der sozialistischen Gemeinschaft und infolge des konsequenten Kampfes der Kommunisten in den kapitalistischen Ländern für die Interessen der Werktätigen anrüchig geworden. Er ruft selbst bei gesellschaftlichen Schichten, die schwerlich der Sympathie für den Kommunismus zu verdächtigen sind, negative Assoziationen hervor. In der öffentlichen Meinung kapitalistischer Länder ist der Begriff „Antikommunist“ fast gleichbedeutend mit den Begriffen „Reaktionär“ oder „Konservativer“. „Der Antikommunismus wird heutzutage als Tarnung für den Kampf gegen den Fortschritt überhaupt benutzt“ – sagt Willy Brandt.²⁰⁶ Nichtsdestoweniger bleibt der Antikommunismus

²⁰⁵ Vgl.: W. Brandt in: K.-L. Günsche, K. Lantermann, Kleine Geschichte der Sozialistischen Internationale, a. a. O., S. 200 ff.; Th. Mirow, Die Sozialistische Internationale heute – Chancen und Grenzen der internationalen Zusammenarbeit, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 8/1977, S. 646 u. 648; B. Kreisky, Soziale Demokratie ist das Ziel. Auszüge aus der Rede zum neuen SPÖ-Grundsatzprogramm, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 10/1978, S. 832, und ders., „Ich traue den Kommunisten nicht“. Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky über Sozialdemokraten, Eurokommunismus und Entspannung (Gespräch), in: Der Spiegel, 11/1977, S. 146 u. 148.

²⁰⁶ Seminar of Socialist Research Departments, in: Socialist Affairs, a. a. O., 1/1971, S. 23. – Auch andere rechtssozialdemokratische Führer werden hin und wieder gezwungen, den wahren Zweck und den verleumderischen Charakter des Antikommunismus zu enthüllen. Zumeist handelt es sich um das Eingeständnis, daß die Behauptung von einer „sowjetischen Gefahr“ bzw. einer „kommunistischen Bedrohung aus dem Osten“ unrichtig ist und daß sie wider besseres Wissen aufgestellt wird, weil „ein Geschäft mit der Angst“ gemacht werden soll. (vgl.: Ost- und Deutschlandpolitik – der deutsch-sowjetische Vertrag, Hrsg.: Vorstand der SPD, Reihe Außenpolitik, Bonn, August 1/1970, S. 14; H. Schmidt, Verbesserung und Modifizierung wird finanziert, in: Sozialdemokratische Sicherheitspolitik, Bonn, 7/1971, S. 4; E. Bahr, Moskau bewies, daß es Entspannung will, in: Der Spiegel, a. a. O., vom 30.8.1971, S. 32.) Diese Eingeständnisse dürfen allerdings nicht isoliert betrachtet werden. Unter anderem sind folgende Momente unbedingt in die Betrachtung einzubeziehen: *Erstens*. Solche Eingeständnisse stehen in einem gewissen Zusammenhang mit der Zwangslage, den Übergang auf

ein wichtiger Bestandteil der ideologischen Plattform der heutigen Sozialdemokratie, insbesondere ihres rechten Flügels. Seine ideologischen Repräsentanten wenden sich zwar gegen einen sogenannten manipulativen Antikommunismus, der *alle*, also auch die sozialreformistischen, „alternativen Sozialüberlegungen“ als „kommunistisch“ verketzert, um eine „Festschreibung der bestehenden Verhältnisse in ihrer Gänze zu betreiben“²⁰⁷ (wie bei der Straußschen Wahllosung „Freiheit oder Sozialismus“), geben aber einen sogenannten innovatorischen Antikommunismus, der sich „lediglich“ vom realen Sozialismus und vom Leninismus abgrenzt, als durchaus legitim aus. Ja, dieser spezifisch sozialreformistische Antikommunismus ist in ihren Augen eine *Conditio sine qua non*, um „junge Sozialdemokraten und Gewerkschaftler“ von einer „Zusammenarbeit mit kommunistischen Organisationen“ abzuhalten. Den Komplex der zahlreichen Theorien, die von rechtssozialistischen Ideologen für antikommunistische Zwecke ausgenutzt und ausgearbeitet wurden, kann man in zwei große Gruppen teilen: in Theorien, die die marxistisch-leninistische Lehre als Ganzes oder einzelne ihrer Bestandteile „widerlegen“ oder verunglimpfen sollen, und in Theorien, die ihrem Kern nach die Praxis der gesellschaftlichen Entwicklung in den Ländern des sozialistischen Weltsystems, vor allem in der Sowjetunion, und auch die Praxis der revolutionären Arbeiterbewegung diskreditieren sollen. Dabei tritt die Apologetik der politischen und ökonomischen Ordnung des Kapitalismus – ebenfalls in Form eines Systems von Konzeptionen – als Kehrseite antikommunistischer Konzeptionen in Erscheinung und bildet mit diesen ein einheitliches Ganzes.

Seit langem bemühen sich die rechtssozialistischen Ideologen nachzuweisen, daß der Marxismus „veraltet“ sei. Heute tritt diese These als Theorie des „Pluralismus des Marxismus-Leninismus“ in Erscheinung, deren Wesen in dem Versuch besteht, die Lehre von Marx, Engels [107] und Lenin dadurch zu diskreditieren, daß man sie in der Flut rechter und „linker“ revisionistischer Strömungen ertränkt. So behauptet der westdeutsche Antikommunist G. Bartsch, daß die verschiedenen Richtungen der „Neuen Linken“ ihrem Wesen nach nichts anderes darstellten als verschiedene Arten des „Neomarxismus“, die als Gegengewicht zum „alten“, „dogmatischen“ Marxismus entstanden seien.²⁰⁸

Alle Abweichungen vom Marxismus-Leninismus, seine nationalistischen und kleinbürgerlichen Interpretationen erklären die Ideologen des Antikommunismus zu „neuen“, „nationalen“ Formen des Marxismus. In den rechten und „linken“ opportunistischen Strömungen erblicken sie einen Beweis für den „Polyzentrismus“ der internationalen „kommunistischen Bewegung“. „Das heißt, man könnte sogar zu dem Schlusse kommen, daß wir am Anfang eines tripolaren Kommunismus stehen oder, wenn man will, eines Kommunismus, der um viele Pole kreist“, erklärte zum Beispiel B. Kreisky 1976 in einem Interview.²⁰⁹ In Wahrheit handelt es sich bei solchen Erklärungen um eine direkte Fälschung der realen Wirklichkeit. Denn erstens können die verschiedenen Formen des Revisionismus ihrer Natur nach nicht „Formen des Marxismus“ sein, es sind vielmehr Formen der Entstellung und Aushöhlung des Marxismus. Und zweitens liegt hier eine maßlose Überbewertung des Einflusses des Opportunismus vor.

Eine andere Methode des Versuchs, die Ideologie des wissenschaftlichen Kommunismus zu untergraben, ist die Gegenüberstellung von „jungem“, „humanem“ und „reifem“ Marx, von Lenin und

realistischere Positionen in der Außenpolitik gegenüber den ständigen Angriffen der entspannungsfeindlichen Kräfte rechtfertigen zu müssen. *Zweitens*. Die rechtssozialdemokratischen Führer sind weder willens, sich offen und konsequent mit dem militanten Antikommunismus dieser Kräfte auseinanderzusetzen, noch beabsichtigen sie, gar prinzipiell die antikommunistische Grundorientierung ihrer Politik aufzugeben. *Drittens*. Gerade für die rechten Sozialdemokraten in der BRD ist charakteristisch, daß sich bei ihnen das Eintreten für die Entspannungspolitik in auffälliger Weise mit dem gesteigerten Bemühen verbindet, alle etwaigen Gegner und Kritiker des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems zu kriminalisieren. Nach wie vor ist der vom Hamburger SPD-Senat initiierte „Radikalenerlaß“ in Kraft. Die nun schon viele Jahre geübte Praxis der Berufsverbote – nicht nur gegen DKP-Mitglieder – hat zu einem Klima der Unsicherheit und des Mißtrauens geführt, das nicht nur die Glaubwürdigkeit der Außenpolitik der SPD in den Augen breiter Schichten ihrer Wählerschaft gefährden könnte, sondern das heute bereits die Entspannungsfeinde in ihrem Tun begünstigt.

²⁰⁷ S. Papcke, Zur Legitimität des Antikommunismus, in: Die Neue Gesellschaft, a. a. O., 5/1978, S. 387/388.

²⁰⁸ Siehe: Rezension von G. Bartsch zu W. Fikentscher, Zur politischen Kritik am Marxismus und Neomarxismus ..., in: „Das Parlament“, a. a. O., 42/ 1971, S. 14.

²⁰⁹ Bruno Kreisky über Sozialdemokratie und Kommunismus. Ein Gespräch mit Paul Lendvai, in: Europäische Rundschau, Wien, 2/1976, S. 4.

Marx, von Leninismus und Marxismus. Letztere stellt heute eine der Hauptrichtungen im Methodensystem antikommunistischer Verfälschungen der marxistisch-leninistischen Theorie dar.

Die Gegenüberstellung von Leninismus und Marxismus wird von den rechtssozialistischen Theoretikern vor allem bei den Kernfragen der sozialistischen Revolution praktiziert, bei Fragen der Organisationsprinzipien und der Funktion der Partei der Arbeiterklasse. Alles, was Lenin zur Vertiefung und schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus geleistet hat, widerspreche, so behaupten sie, dem Erbe von Marx.

Die einheitliche marxistisch-leninistische Lehre auf diese Weise verfälschend, versuchen sie eine „Beschränktheit“ des Anwendungsbereiches des Leninismus nachzuweisen. Der Leninismus sei eine Theorie, deren praktischer Wert auf den Rahmen einer vorkapitalistischen Gesellschaft oder einer Gesellschaft des schwachentwickelten Kapitalismus begrenzt sei.

[108] Das politische und ideologische Ziel dieser Konstruktionen besteht offensichtlich darin, den Leninismus herabzusetzen und zu vulgarisieren, ihn als eine lokale Lehre, als Lehre ohne internationale Bedeutung hinzustellen, die unter den Bedingungen des entwickelten Kapitalismus, also im Hauptwirkungsfeld der Sozialdemokratie, nicht anwendbar sei.

Immer größere Bedeutung erhält eine andere Richtung des rechtssozialistischen Antikommunismus: die Verfälschung der Praxis des Marxismus-Leninismus, der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung des realen Sozialismus.

Im Gefolge bürgerlicher Ideologen verfälschen die rechtssozialistischen Theoretiker das Wesen der sozialistischen Revolution. So wird behauptet, daß für den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die notwendigen materiellen Voraussetzungen gefehlt hätten, weil der Kapitalismus in Rußland zu dieser Zeit ein noch „ungenügendes“ Entwicklungsniveau aufgewiesen habe. Diese mit der Gegenüberstellung von Leninismus und Marxismus unmittelbar gekoppelte These geht davon aus, daß das vorrevolutionäre Rußland gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern – Deutschland, England, USA – zu Beginn des 20. Jahrhunderts ökonomisch rückständig war. Man übertreibt diese Rückständigkeit und ignoriert dabei, daß sich auch in Rußland ein Prozeß der Monopolisierung der kapitalistischen Wirtschaft vollzog und daß Konzentration und Organisation der Arbeiterklasse in den Betrieben ein sehr hohes Niveau aufwies (ein Faktor, dem die Reformisten zweitrangige Bedeutung beimessen). Rußland nahm einen wichtigen Platz im System der kapitalistischen Weltwirtschaft ein und war zum Knotenpunkt imperialistischer Widersprüche geworden. Lenins Imperialismustheorie, in der die Ideen des Marxismus in Anwendung auf die neuen historischen Bedingungen weiterentwickelt wurden, Lenins Begründung der Gesetzmäßigkeit und Unvermeidbarkeit der sozialistischen Revolution in Rußland wurden von der historischen Entwicklung vollauf bestätigt.

Die rechtssozialistischen Ideologen setzen die Bedeutung sowjetischer Erfahrungen auf jede erdenkliche Weise herab. Sie bestreiten den sozialistischen Charakter der Ökonomik der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft und behaupten, daß es sich nur um eine Form des „totalitären Staatskapitalismus“ handle. Mit dieser These ist auch die Entstellung des gesellschaftlichen Wesens des Sozialismus eng verbunden. „Der internationale Kommunismus“ – heißt es in der Prinzipienklärung der Sozialistischen Internationale „Ziele und Aufgaben des Demokratischen Sozialis-[109]mus“ – „ist das Instrument eines neuen Imperialismus ... Er hat eine neue Klassengesellschaft mit aufreizenden Gegensätzen in Besitz und Vorrecht erzeugt.“²¹⁰

So wird eine Gesetzmäßigkeit, die im Kapitalismus existiert (wo Besitz- und Klassenunterschiede im wesentlichen identisch sind), auf die sozialistische Gesellschaft übertragen, die keine antagonistischen Klassen kennt. Derartige Behauptungen sind selbstredend im wesentlichen für den „Durchschnittsbürger“ der kapitalistischen Welt bestimmt, der von allen Seiten in ein manipulierendes Netz

²¹⁰ Prinzipienklärung der Sozialistischen Internationale, beschlossen auf dem 1. Kongreß der Sozialistischen Internationale in Frankfurt a. M. 1951; Ziele und Aufgaben des Demokratischen Sozialismus, in: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, a. a. O., S. 288.

In ihren verschiedenen Abwandlungen gehört dieser Stereotyp zum Grundrepertoire des Antikommunismus.

antikommunistischer Schablonen eingesponnen wird. In dem Maße aber, wie sich die Wahrheit über die Errungenschaften des Sozialismus unter den Menschen verbreitet, nimmt die Effektivität dieser propagandistischen Thesen – und das erkennen auch deren Urheber – rapide ab.

Die Kommunisten haben nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß es im Sozialismus, solange noch kein materieller Überfluß vorhanden ist, unvermeidlich Unterschiede im Einkommen gibt. Dies ist eine Übergangserscheinung, die sukzessive überwunden wird. „Der Sozialismus ist kein fertiges System, mit dem man die Menschheit beglückt. Der Sozialismus ist der Klassenkampf des heutigen Proletariats, das *um* seines Hauptzieles *willen* vom Ziel des heutigen Tages zum Ziel des morgigen Tages schreitet und dabei seinem Hauptziel mit jedem Tag *näher kommt*.“²¹¹

Der Sozialismus hat der Teilung der Menschen in Ausbeuter und Ausgebeutete ein Ende bereitet. Darin zeigt sich in der Praxis die Verwirklichung seines Hauptzieles – mit allen Formen des Klassenantagonismus zu brechen. Die Beseitigung der Überbleibsel von Klassenunterschieden vollzieht sich, wie die gesellschaftliche Praxis zeigt, auf der Grundlage eines wachsenden Wohlstandes des gesamten Volkes. Dieser wird, wie es in den Materialien des XXIV. und XXV. Parteitages der KPdSU heißt, zu einem immer dringlicheren Erfordernis der wirtschaftlichen Entwicklung, zu einer der wichtigsten ökonomischen Voraussetzungen für ein schnelles Wachstum der Produktion. Die rechten Sozialdemokraten, die die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus und die Erfahrungen des realen Sozialismus ablehnen, gehen in ihren Programmen nicht über den Rahmen des bürgerlichen Liberalismus hinaus. Sie versuchen, den Kampf um Demokratie auf Versuche zur Herstellung einer „Sozialpartnerschaft“ mit der Bourgeoisie zu reduzieren und den Kampf um Sozialismus auf ein „Herumflicken“ an den Mängeln des Kapitalismus, was, wie Lenin sagte, „die Kämpfer nicht selten vom wahrhaft revolutionären Weg abbringt“.²¹²

[110] Eben darin kommt die enge Verbindung von Antikommunismus und Apologetik des Kapitalismus in der rechtssozialistischen Ideologie zum Ausdruck.

Die theoretischen Leitsätze und die Politik der rechten Führer der Sozialdemokratie, die von der Apologetik der kapitalistischen Ordnung und dem Antikommunismus durchdrungen sind, geraten in immer schärferen Widerspruch zu den Grundinteressen der Arbeiterklasse, zu den Interessen des gesellschaftlichen Fortschritts. Wenn es den sozialdemokratischen Führern in der Periode wirtschaftlicher Hochkonjunktur noch gelang, die herrschenden Kreise zur Erfüllung einzelner Forderungen der Arbeiterklasse auf sozial-ökonomischem Gebiet zu bewegen und sich dadurch politischen Einfluß bei den Massen zu sichern, so ändert sich die Lage heute.

Die Krise hat viele Hauptzentren des Imperialismus gleichzeitig erfaßt, Rückgang der Produktion, Massenarbeitslosigkeit, unaufhaltsame Inflation, Erschütterung des Devisenmarktes sind heute charakteristische Merkmale der kapitalistischen Wirtschaft. Außerdem haben die Krisenerscheinungen auch den politischen Überbau erfaßt, die ideologische und die moralische Krise verschärfen sich. In den Augen der Volksmassen wurde der Mythos von der „Sozialpartnerschaft“ und dem „Wohlfahrtsstaat“ infolge dieser Entwicklung ernsthaft diskreditiert.

Entgegen den Behauptungen der Ideologen der rechten Sozialdemokratie von einer „Klassenzusammenarbeit“ verstärkten sich in den letzten Jahren der Klassenkampf, die Massenaktionen der Werktätigen für die Durchsetzung ihrer ökonomischen und politischen Forderungen in den USA, in England, Italien, Japan und auch in anderen kapitalistischen Ländern. Selbst in den Reihen der rechten Sozialdemokratie sprach man von einer „Begrenztheit der Möglichkeiten“ des Reformismus, der Politik der „Klassenzusammenarbeit“. „Den Sozialisten fällt es heute schwer zu behaupten“, schrieb beispielsweise 1971 das Mitglied des ZK der Italienischen Sozialistischen Partei G. Tamburrano, „daß die in Großbritannien oder in den skandinavischen Ländern durchgeführten Reformen dort den Aufbau des Sozialismus oder ein Voranschreiten dieser Länder auf dem sozialistischen Weg

²¹¹ W. I. Lenin, Ein Gespräch, in: Werke, Bd. 19, Berlin 1965, S. 27.

²¹² W. I. Lenin, Das letzte Wort der „iskristischen“ Taktik oder eine Wahlkomödie als neuer Impuls, der zum Aufstand anregt, in: Werke, Bd. 9, Berlin 1960, S. 370.

gewährleistet hätten.“²¹³ Trotz bedeutender, von der sozialistischen Bewegung erkämpfter Errungenschaften gründet sich der Kapitalismus nach wie vor auf Ausbeutung, die Ungleichheit und offene Diskriminierung hervorbringt, heißt es im Programmdokument der Belgischen Sozialistischen Partei, das auf dem Parteitag im November 1974 angenommen wurde.²¹⁴

[111] Daß es für den Sozialreformismus unmöglich ist, die Macht der Monopole zu brechen, ist unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, deren Errungenschaften Von den Monopolen für die Festigung ihrer Positionen umfassend genutzt werden, besonders augenscheinlich geworden. Der damit zusammenhängende Aufschwung des Massenkampfes der Werktätigen zwingt die Führer der Sozialdemokratie, von einigen ihrer traditionellen politischen Losungen abzurücken und es – um ihren Einfluß unter den Massen nicht zu verlieren – bisweilen sogar auf eine Verschärfung der Beziehung zum bürgerlichen Staat ankommen zu lassen.

Charakteristisch ist in diesem Zusammenhang die Lage in der Belgischen Sozialistischen Partei. Der Parteitag dieser Partei im Jahre 1974 reflektierte deutlich den Linksruck in ihren Reihen. Davon zeugen die zur Wirtschaftspolitik und zu anderen politisch-ideologischen Problemen angenommenen Beschlüsse. In den 89 Jahren seit Bestehen dieser Partei war dies erst der dritte Parteitag, der sich mit ideologischen Fragen beschäftigte. Das angenommene Programmdokument führt die Partei in vielen Punkten zu ihren „Quellen“ zurück, zu dem Ende des 19. Jahrhunderts angenommenen Programm, in dem der Klassencharakter der Partei noch nicht durch die abstrakten Formeln vom „demokratischen Sozialismus“ verschleiert war. „Die Bestimmung einer sozialistischen Partei“, erklärte der Vorsitzende der Partei, A. Kools, auf dem Parteitag, „besteht nicht darin, das kapitalistische System zu leiten. Ihre Beteiligung an der Regierung hängt von den Möglichkeiten ab, die Interessen der Werktätigen zu verteidigen und dabei Schritt für Schritt Strukturreformen zu verwirklichen, die sie für notwendig hält.“²¹⁵ Zur Verwirklichung ihrer Ziele beabsichtigt die Partei, einen Kurs auf die Herstellung der Einheit der linken Kräfte – „nach dem Beispiel Frankreichs“ – einzuschlagen, der die werktätigen Christen, die Kommunisten und andere einschließt. „Die Sozialistische Partei“, heißt es in ihrem Programm, „ist davon überzeugt, daß der gegen die Ausbeuter zu führende Kampf den Zusammenschluß aller progressiv eingestellten Menschen erfordert.“²¹⁶

Eine Aktivierung des linken Flügels vollzieht sich in einer ganzen Reihe von Parteien. Ein Beispiel dafür ist die Tätigkeit der Jungsozialisten in der SPD. Sie fordern ebenfalls zur Rückkehr zu den sozialdemokratischen Ideen der Vergangenheit, zum „alten Reformismus“ auf. Das Godesberger Programm der SPD ist im Vergleich zu allen vorangegangenen Programmen der deutschen Sozialdemokratie so weit nach rechts gerückt, daß die derzeitigen Forderungen der [112] Jungsozialisten (die insgesamt den Rahmen des traditionellen Reformismus nicht überschreiten) fast „revolutionär“ erscheinen.

Ein Vergleich des Godesberger Programms mit dem ihm vorangegangenen Heidelberger Programm (das im September 1925 angenommen wurde) zeigt deutlich den Unterschied zwischen altem und neuem Reformismus, das heißt „demokratischem Sozialismus“. Während das alte Programm immerhin die Klassenwidersprüche des kapitalistischen Systems berücksichtigte und „die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische“ zum Ziel stellte – wozu bemerkt wurde: das Proletariat „kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein“²¹⁷ –, verzichtete das Godesberger Programm (das im November 1959 angenommen wurde) endgültig und restlos auf eine klassenmäßige Terminologie und erklärte, daß „der Sozialismus eine dauernde Aufgabe“ sei, die darin bestehe, „Freiheit und Gerechtigkeit“ zu erringen.

Das Godesberger Programm der SPD ist in dieser Hinsicht ein Muster an Abstraktheit der Doktrin des „demokratischen Sozialismus“. Es ist auch ein „Muster“, was seinen antikommunistischen

²¹³ G. Tamburrano, The Time is right for a Dialogue, in: Socialist Affairs, a. a. O., 2/1971, S. 40.

²¹⁴ Siehe: Ch. Lepère, Apello dei socialisti ai comunisti e ai cattolici, in: Rinascita, vom 6.12.1974, S. 20.

²¹⁵ Ebenda.

²¹⁶ Ebenda, S. 19.

²¹⁷ Heidelberger Programm, in: Programme der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963, S. 94.

Charakter angeht. „Aber die kommunistischen Machthaber ...“, so wird behauptet, „errichten ... eine wirtschaftliche und militärische Macht, die zur wachsenden Bedrohung der Freiheit wird.“²¹⁸

Das Godesberger Programm bleibt das Banner der SPD-Führung in ihrem Kampf gegen den linken Flügel. Daß es seine Gültigkeit behält, wurde bereits im „Entwurf eines Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973-1985“ ausdrücklich betont. „Sozialdemokratische Politik“ soll bewirken, daß „das Ziel des Godesberger Programms erreicht wird: eine neue Gesellschaftsordnung, die den Grundwerten des Sozialismus entspricht“²¹⁹, heißt es dort. Ja, die SPD-Führung betrachtet das Godesberger Programm als eine Art „heiliger Schrift“ der Partei. Wie kann man es sonst erklären, daß die Streiter für den „ideologischen Pluralismus“ keinerlei Zweifel an der Richtigkeit seiner Thesen zulassen. Die innerparteiliche Diskussion sei durch das Godesberger Programm begrenzt, erklärte zum Beispiel Willy Brandt in einem Interview. „Das Godesberger Programm ist verbindlich für alle Mitglieder der Partei“, unterstrich er. „Wer mit den Grundwerten und Grundforderungen dieses Programms nicht übereinstimmen kann, ist bei uns am falschen Platz.“²²⁰ Das richtet sich ausschließlich an den linken Flügel der SPD, der zur Überprüfung des Godesberger Programms aufgefordert hatte. Die SPD-Führung macht daraus kein Geheimnis. „Wer jedoch die Grenzen zu totalitären [113] Parteien und Denkschulen nicht beachtet“ – schreibt Willy Brandt in seinem Buch „Über den Tag hinaus“ –, „wer eine andere Partei unterstützt oder sich mit kommunistischen Gruppen zusammenschließt, der gehört nicht in die SPD. Die SPD ist kein Obdachlosenasyll für Gegner und falsche Freunde des demokratischen Sozialismus.“²²¹

Das sind keine vereinzelt und zufälligen Äußerungen von Führern der heutigen Sozialdemokratie. Es ist bezeichnend, daß auch jene sozialdemokratischen Parteien, die in der außenpolitischen Sphäre realistische Positionen vertreten (SPD, SP Österreichs), auf innenpolitischem Gebiet ihre antikommunistischen Ausfälle verstärken und ihre Loyalität gegenüber der kapitalistischen Ordnung ein ums andere Mal demonstrieren. So erklärte Kreisky auf einer Pressekonferenz, daß er jede politische Zusammenarbeit mit den Kommunisten als ein „politisches Unglück“ für die Sozialdemokratie betrachte.²²²

In den letzten Jahren erfuhren einige Positionen der internationalen Sozialdemokratie gewisse Veränderungen, und zwar besonders auf dem Gebiet der Außenpolitik. Der offene, militante Antikommunismus und Antisowjetismus, die Feindseligkeit gegenüber der Politik der friedlichen Koexistenz, machen allmählich einem realistischeren Herangehen Platz. Die internationale Entspannung stellt einen wichtigen Faktor im Kampf um die Überwindung des Antikommunismus innerhalb der Sozialdemokratie, im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse dar. Sie machte auf anschauliche Weise die Tiefe der Krise der antikommunistischen Ideologie des Sozialreformismus deutlich und schuf Bedingungen, unter denen es immer schwieriger oder sogar unmöglich wurde, die verschiedenen Krisenerscheinungen in der kapitalistischen Wirtschaft und Politik mit einer mystischen, äußeren Bedrohung zu erklären. Die internationale Entspannung offenbarte deutlich die dem Kapitalismus immanenten Widersprüche, die sich in der gegenwärtigen Etappe seiner allgemeinen Krise verschärfen. Sie erschüttert die Grundlagen der antikommunistischen Propaganda und bestätigt den wissenschaftlichen Charakter der marxistisch-leninistischen Politik der kommunistischen Parteien sowohl auf internationalem als auch auf innenpolitischem Gebiet. Die Entspannung ist ein wichtiger Faktor bei der Entwicklung des Klassenbewußtseins der Werktätigen. Sie trägt dazu bei, daß sich die Ideen des Sozialismus immer mehr ausbreiten.

²¹⁸ Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, Bonn o. J., S. 31.

²¹⁹ Entwurf eines Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973-1985, hrsg. vom Parteivorstand der SPD, Bonn 1972, S. 6.

²²⁰ Rundschau-Interview mit dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt: Grundlagen von Godesberg dürfen nicht ins Zwielicht gebracht werden, in: Westfälische Rundschau, Dortmund, vom 15.11.1974, S. 4.

²²¹ W. Brandt, Über den Tag hinaus. Eine Zwischenbilanz, Hamburg 1974, S. 107.

²²² Siehe: Kreisky will von der Preisverantwortung ablenken ... und reitet auf antikommunistischer Hetzwelle. Pressekonferenz im Zeichen der Salzburger Wahl, in: Volksstimme, Wien, vom 27.3.1974, S. 4.

Unter den Bedingungen der Entspannung nimmt die Rolle des ideologischen Kampfes zu. Die Antikommunisten aller Schattierungen sind bestrebt, die Außen- und Innenpolitik der Länder der sozialistischen Gemeinschaft durch neue Verleumdungen in Mißkredit zu bringen und die Positionen der internationalen kommunistischen Bewegung zu untergraben.

Auch die Antikommunisten in den Reihen der Sozialdemokratie ließen nichts unversucht, um die internationale Entspannung zu neuen Angriffen auf den Marxismus-Leninismus auszunutzen. Die Gründe liegen klar auf der Hand. Jeder Erfolg der Länder des Sozialismus – ob auf innen- oder außenpolitischem Gebiet – ist ein Beweis mehr für die lebendige Kraft der einheitlichen internationalen marxistisch-leninistischen Lehre und gleichermaßen für den Bankrott des rechtsreformistischen Modells der Entwicklung der Welt. Daher ist es vollkommen erklärlich, daß ein so hervorragender Erfolg der sozialistischen Außenpolitik wie die Durchsetzung des Übergangs vom „kalten Krieg“ zur Entspannung neue Versuche der Antikommunisten hervorruft, das Wesen der in der Welt vor sich gehenden Prozesse zu vertuschen und die Rolle der Länder des Weltsozialismus, die sich in ihrer Tätigkeit von den Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus und proletarischen Internationalismus leiten lassen, zu diskreditieren.

Das Bestreben, den internationalen Charakter des Marxismus-Leninismus zu untergraben, das stets einen wichtigen Platz in der Strategie des Antikommunismus einnahm, ist heute zu einem zentralen Anliegen geworden. In letzter Zeit versuchen die Ideologen des Antikommunismus immer häufiger, in ihren propagandistischen Kampagnen die Politik der Einheit der Arbeiter in nationalem Maßstab den Prinzipien des proletarischen Internationalismus entgegenzustellen. Als „Preis“ für die Zusammenarbeit fordern sie von den Kommunisten der kapitalistischen Länder, die internationalistischen Beziehungen zu den kommunistischen Parteien anderer Länder, in erster Linie zu denen der sozialistischen Länder, abubrechen und auf die Anerkennung des internationalen Charakters des Marxismus-Leninismus, der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus zu verzichten, die durch die Erfahrungen bei der Entwicklung des Sowjetstaates und anderer Länder der sozialistischen Gemeinschaft bestätigt wurden. So meint der Führer der schwedischen Sozialdemokraten Palme, daß es gegenwärtig für die Kommunisten der kapitalistischen Länder notwendig sei, „ihre Ideologie“ vor allem in drei grundlegenden Punkten „zu verändern“: 1. sich loszusagen von der Theorie der Diktatur des Proletariats und den pluralistischen Staat und die bürgerlichen Freiheiten anzuerkennen; 2. sich loszusagen von dem „sogenannten proletarischen Internationalismus“, worunter er eine Hegemonie der sowjetischen Kommunistischen Partei versteht; 3. sich loszusagen vom demokratischen Zentralismus, der „nichts anderes als eine elitäre Konzeption der Politik ist“.²²³ Ihm sekundiert Kreisky: „Wenn die Kommunisten tatsächlich wünschen Demokraten zu werden, sollten sie weit mehr als die simple Konzeption der Diktatur des Proletariats ablegen. Wenn sie das täten, dann würde ein ganzes politisches Glaubensbekenntnis verschwinden. Nichts was spezifisch kommunistisch ist, würde bleiben, und sie würden Sozialdemokraten mit einem etwas revolutionäreren Tonfall werden.“²²⁴ Mit anderen Worten, es wird den Kommunisten nicht mehr und nicht weniger vorgeschlagen, als sich in Sozialreformisten zu verwandeln.

Die Marxisten-Leninisten weisen entschieden derartige ideologische Diversionen der Antikommunisten zurück. Sie erklären mit Nachdruck, daß der Internationalismus eine zuverlässige und mächtige Waffe der Arbeiterklasse ist, daß die Gegenüberstellung von nationaler und internationaler Verantwortlichkeit der Kommunisten absichtlich den Charakter der kommunistischen Bewegung entstellt. „Der Antikommunismus“, wird in dem Schlußdokument der Berliner Konferenz kommunistischer und Arbeiterparteien Europas hervorgehoben, „ist und bleibt ein Instrument, dessen sich die imperialistischen und reaktionären Kräfte nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen andere Demokraten und die demokratischen Freiheiten bedienen. Diese Kräfte führen Kampagnen gegen die kommunistischen Parteien, die sozialistischen Länder, angefangen mit der Sowjetunion, gegen die Kräfte des Sozialismus und des Fortschritts; Kampagnen, die darauf abzielen, die Politik und die Ideale der Kommunisten unter den Volksmassen zu diskreditieren, die Einheit der Arbeiterbewegung

²²³ Siehe: Espresso, Roma, 26/1976, S. 43.

²²⁴ G. Bianco, Social Democracy and Eurocommunism, in: Socialist Affairs, a. a. O., S/1977, S. 119.

und die Zusammenarbeit der demokratischen und Volkskräfte zu verhindern. Es liegt im Interesse des Strebens der Volkskräfte nach Fortschritt und demokratischer Entwicklung, daß der Antikommunismus isoliert und überwunden wird.“²²⁵

Die rechtsreformistischen Ideologen verleumdten den Internationalismus und behaupten, daß er als Rechtfertigung für die Einmischung der einen Parteien in die Angelegenheiten anderer Parteien dient, für die Herstellung einer Hegemonie der einen Parteien über andere. Derartige Hirngespinnste werden durch die Praxis selbst widerlegt. Gerade die Solidarität und die gegenseitige Hilfe der Bruderparteien sind eine zuverlässige Garantie für ihre Unabhängigkeit und festigen ihre Positionen angesichts der Attacken des Imperialismus. Gestützt auf die Arbeiterklasse, auf die breiten Schichten der Werktätigen, führen die kommunistischen Parteien eine klassenbewußte, wahrhaft internationalistische Politik durch und stellen dem Block [116] der Feinde des Friedens und sozialen Fortschritts ihre Solidarität und ihre Entschlossenheit gegenüber, konsequent für die Durchsetzung der grundlegenden Interessen des Proletariats zu kämpfen.

Wenn wir also die Ideologie des „demokratischen Sozialismus“ charakterisieren, wie sie von den rechten Führern der Sozialdemokratie propagiert wird, so müssen wir vor allem ihren Antikommunismus hervorheben und die Tatsache deutlich machen, daß sich die Ideologie des „demokratischen Sozialismus“ in erster Linie nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen den wissenschaftlichen Sozialismus richtet.

[117]

²²⁵ Dokument der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas „Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa“, in: Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, Berlin, 29. und 30. Juni 1976. Dokumente und Reden, Berlin 1976, S. 26.

Der „demokratische Sozialismus“ in der Praxis der an der Regierung befindlichen Sozialdemokraten

Kriterium der Wahrheit jeder Theorie ist die Praxis. Diese These ist auch für die sozialdemokratische Konzeption des „demokratischen Sozialismus“, für alle seine Spielarten gültig.

Als die Sozialdemokraten in einigen Ländern Westeuropas an die Regierung kamen, hatten sie die reale Möglichkeit, Maßnahmen durchzuführen, die sich aus ihren theoretischen und politischen Programmen ergeben und die ihren Behauptungen zufolge eine Transformation des Kapitalismus in eine sozialistische Gesellschaftsordnung bewirken würden. Wie haben sie diese Möglichkeit genutzt? Änderten sie entsprechend der Zielsetzung des „demokratischen Sozialismus“ wenigstens eine der Grundlagen des Kapitalismus?

Erinnern wir uns an allgemein bekannte Tatsachen. Die Labour Party war über fünfzehn Jahre an der Regierung (1945 bis 1950; 1950/51; 1964 bis 1966; 1966 bis 1970; 1974 bis 1979). Die Sozialdemokraten der BRD sind (in Koalition mit der FDP) seit 1969 an der Regierung. Von 1945 bis 1966 stellte die Sozialistische Partei Österreichs in Koalition mit der bürgerlichen Volkspartei Österreichs die Regierung, und seit 1966 übt sie die Regierungsgewalt allein aus. Fast ein halbes Jahrhundert, mit kurzen Unterbrechungen, sind die Sozialdemokraten Norwegens Regierungspartei. Die Sozialdemokraten Schwedens gingen vor kurzem in die Opposition, nachdem sie über vier Jahrzehnte an der Macht waren. Sozialdemokraten hatten wiederholt in Frankreich, Italien, Dänemark, Belgien, Holland und einigen anderen Ländern (allein oder in Koalition mit anderen Parteien) die Regierungsgewalt inne. Im Jahre 1976 schließlich bildeten die Sozialisten in Portugal die Regierung und nahmen später an einer Koalitionsregierung teil.

Die sozialdemokratischen Parteien einer Reihe großer kapitalistischer Länder hatten also völlig hinreichende praktische Möglichkeiten, die Ideen des „demokratischen Sozialismus“ zu realisieren und jenen Weg der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu de-[118]monstrieren, der von ihnen als Alternative zum „kommunistischen Weg“ bezeichnet wird. Aus der Geschichte ist bekannt, daß es wirklich revolutionären an der Macht befindlichen Parteien gelang, in ein bis zwei Jahren grundlegende soziale und politische Reformen durchzuführen, die später nicht mehr rückgängig zu machen waren, sogar in solchen Fällen nicht, wo die betreffenden Parteien (z. B. die Jakobiner) gezwungen wurden, die politische Arena wieder zu verlassen.

Die Sozialdemokraten jedoch haben, solange sie an der Macht sind, im Grunde nicht einmal den Versuch unternommen, wirklich radikale Veränderungen der politischen und ökonomischen Struktur des gegenwärtigen Kapitalismus herbeizuführen. Das geben sie auch selbst zu. Gelegentlich eines Treffens mit B. Kreisky und W. Brandt, auf dem die Folgen der Wirtschaftskrise beraten wurden, stellte O. Palme fest: „Gewissermaßen leben wir Sozialisten ja in einer Symbiose mit dem Kapitalismus.“²²⁶ Und die SPD-Führung bekundet in ihrem „Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen für die Jahre 1975 bis 1985“ ganz offen die Absicht, die Symbiose aufrechtzuerhalten, wenn sie schreibt: „... freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik“, „Arbeitnehmer und Anteilseigner sind gleichermaßen daran interessiert, die Stellung ihres Unternehmens ... zu erhalten und zu verbessern.“²²⁷

Wenn das ideologische Programm der Sozialdemokratie – der „demokratische Sozialismus“ – seinem Wesen nach Verzicht auf konsequente sozialistische Umgestaltungen bedeutet, so geht die Praxis der Regierungstätigkeit der Sozialdemokratie noch darüber hinaus. Man kann mit vollem Recht sagen, daß der praktische „demokratische Sozialismus“, das heißt die reale Politik der „demokratischen Sozialisten“ vom Sozialismus und von der Demokratie noch weiter abrückt als der theoretische „demokratische Sozialismus“.

²²⁶ W. Brandt/B. Kreisky/O. Palme, Briefe und Gespräche 1972 bis 1975, a. a. O., S. 118.

²²⁷ „Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985“, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn o. J., S. 26, 45.

Für den „demokratischen Sozialismus“ als Theorie, Ideologie und Praxis der Politik der heutigen Sozialdemokratie ist ein Widerspruch zwischen Theorie und Praxis charakteristisch. Er kommt in der vom Sozialreformismus realisierten Politik zum Ausdruck, die sehr wenig mit den in der sozialreformistischen Ideologie vorhandenen demokratischen und pseudosozialistischen Phrasen gemein hat. Mit diesem Widerspruch befassen sich heute selbst Anhänger dieser Konzeption, insbesondere linke Sozialdemokraten. So stellt der linke Flügel der österreichischen Sozialdemokratie in seiner Programmklärung fest:

„Die Widersprüche zwischen Programm und Praxis charakterisieren die sozialdemokratische Politik der letzten Jahre.“²²⁸ Auch einige Füh-[119]rer der rechten Sozialdemokratie geben im Prinzip diese Kluft zu, versuchen sogar eine Begründung dafür zu geben.

So wandte sich O. Palme in diesem Zusammenhang der Krise in den siebziger Jahren zu und stellte die These auf, daß diese Krise in vielen Fragen von der Sozialdemokratie Kompromisse verlange und daß diese Kompromisse „als Verrat an sozialdemokratischen Idealen“ empfunden werden können, „als Zurückweichen vor mächtigen Wirtschaftsinteressen“.²²⁹ Dabei ist jedoch anzumerken, daß die Sozialdemokraten „vor mächtigen Wirtschaftsinteressen“ auch in der Periode der Hochkonjunktur zurückgewichen sind.

Wenngleich die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ auch ihrer Terminologie nach teilweise sozialistisch bleibt, so besteht doch ihre tatsächliche Zielstellung in nichts anderem als in der Bewahrung des Kapitalismus, nicht aber in seiner revolutionären Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft. Alles, was diese Konzeption in der Praxis leisten kann, erschöpft sich in der Zielstellung einer Reform des Kapitalismus im Rahmen des Kapitalismus selbst. Die Autoren des Sammelbandes „Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie“ sehen diesen Widerspruch aus ihrer Sicht, wenn sie erklären: „Die lange währende Dominanz marxistischer Theorieansätze in der Sozialdemokratie führte zu einer steten Spannung zwischen ‚revolutionärer‘ Theorie und ‚revisionistischer‘ Praxis ... Die ‚Revisionisten‘ betrieben (und betreiben) ihre Politik der stückweisen und allmählichen Reformen oft genug mit einem Anflug ‚schlechten Gewissens‘ gegenüber den marxistischen Theoretikern, deren heftigen Angriffen wegen mangelhafter Grundsatztreue sie häufig recht hilflos gegenüberstanden. Solch einen Angriff stellt z. B. Marxens ‚Kritik des Gothaer Programms‘ dar, in dem er die aus den Kompromißbemühungen des Programms folgenden Inkonsistenzen erbarmungslos offenlegt. Auch heute tun viele das Richtige und vertreten es mit schlechtem Gewissen, weil sie fürchten, ihre mangelnde Sympathie für neomarxistischen Soziologenjargon spiegele ein ‚Theoriedefizit‘ wider.“²³⁰

Die Autoren stellen also nicht nur einen Widerspruch zwischen „revolutionärer“ Theorie und „reformistischer“ Praxis des „demokratischen Sozialismus“ fest, sie fordern auch die Fortsetzung dieser Praxis, wobei Zweifel an deren Übereinstimmung mit den Zielen der sozialistischen Bewegung fallengelassen werden sollen.

Genaugenommen aber löst der „demokratische Sozialismus“ den Widerspruch zwischen „revolutionärer“ Theorie und „reformistischer“ Praxis schon seit langem durch eine konsequente Absage an den Marxismus und an die revolutionäre Theorie zugunsten einer revisionisti-[120]schen Praxis, durch Verrat an den Grundinteressen der Arbeiterbewegung.

Wir können feststellen, daß nicht eine der oben genannten sozialdemokratischen Parteien in der Zeit, in der sie an der Regierung war, irgendeine bedeutende Reform durchgeführt hat, die auf eine Transformation der in diesen Ländern bestehenden politischen Ordnung, der bürgerlichen Staatsmaschinerie und ihrer politischen Funktionen abgezielt hätte.

Die einzige, unter demokratischem Aspekt nennenswerte Aktion, deren Folgen realen Einfluß auf politische Prozesse hätte nehmen können, war eine auf Initiative der sozialdemokratischen Regierungen Englands, Österreichs, der BRD und Schwedens durchgeführte Wahlreform – die Herabsetzung

²²⁸ Für eine sozialistische Politik der SPÖ, Wien 1975, S. 58.

²²⁹ W. Brandt/B. Kreisky/O. Palme, Briefe und Gespräche 1972 bis 1975, a. a. O., S. 97.

²³⁰ Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, hrsg. von G. Lührs, Th. Sarrazin, F. Spreer, M. Tietzel, a. a. O., S. 4.

des Wahlalters auf 18 Jahre (in Schweden auf 19 Jahre). Im Hinblick auf die hohe Geburtenziffer im ersten Nachkriegsjahrzehnt erweiterte diese Reform den Wählerkreis dieser Länder wesentlich.

Ohne die positive Bedeutung dieser Reform zu unterschätzen, muß angemerkt werden, daß analoge Maßnahmen zur gleichen Zeit auch von bürgerlichen Regierungen durchgeführt wurden, beispielsweise in den USA, wo das aktive Wahlalter im Jahre 1970 ebenfalls auf 18 Jahre herabgesetzt wurde. Bei Licht besehen waren diese Reformen vor allem eine erzwungene Reaktion auf die Aktivierung der Jugendbewegungen. Zudem bergen sie im Zweiparteiensystem für den Mechanismus der politischen Macht keinerlei Gefahr in sich. Die neuen Jungwählerstimmen fielen entweder den zwei großen Hauptparteien zu oder gar nicht ins Gewicht, da die sozialdemokratischen Regierungen trotz Wahlrechtsreform alle antidemokratischen Momente der bestehenden Wahlsysteme unangetastet ließen. In der BRD wurde zum Beispiel die sogenannte „Fünfprozentklausel“ beibehalten, die mit anti-kommunistischer Zielrichtung in den fünfziger Jahren angenommen worden war. Dieser Klausel zufolge verliert eine Partei, die bei Wahlen weniger als fünf Prozent Wählerstimmen erhält (etwa zwei Millionen Stimmen) automatisch das Recht auf Vertretung im Parlament.

Die Ablösung einer Partei von der Regierung eines bürgerlichen Staates durch eine andere ist immer von einer neuen „Beuteverteilung“, das heißt von einer Neubesetzung der wichtigsten Regierungsposten begleitet. Dieses System nutzen auch die Sozialdemokraten zur Genüge aus. Der springende Punkt ist nur, daß dieser Prozeß von keinerlei wesentlichen kadermäßigen und strukturellen Veränderungen des Grundstocks der bürgerlichen Staatsmaschinerie und -büro-[121]kratie – wie des Repressivapparates zum Beispiel – begleitet ist, die *sich* in Jahrzehnten im Dienste der Bourgeoisie herausgebildet haben. Diese Maschinerie, die die reale administrative Gewalt im Lande besitzt, dient bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen gleichermaßen, wie sie auch von beiden gleichermaßen gestärkt wird.

Ein solches Vorgehen ist ein Element dessen, was in England „Politik des Konsensus“ genannt wird, und zwar eines Konsensus bezüglich der Aktionslinie der beiden Hauptparteien (der Konservativen Partei und der Labour Party). Die „Politik des Konsensus“ sichert die Kontinuität in der Tätigkeit des Staatsapparates. Das ergibt und begründet einen Mittelweg, auf dem sich die Führungen der beiden, einander an der Macht ablösenden Parteien treffen.

Der neue Programmentwurf der Sozialistischen Partei Österreichs, der im Herbst 1977 veröffentlicht wurde (und der im übrigen den noch unklarerer Begriff „soziale Demokratie“ dem Begriff „demokratischer Sozialismus“ vorzieht), enthält die Forderungen, „die hochherrschaftliche Bürokratie“ zu beseitigen, der „Bürokratisierung“ entgegenzuwirken und die „Kluft zwischen Bevölkerung und öffentlicher Verwaltung“ zu überwinden. Wenn man diese Forderungen liest, könnte man denken, eine Oppositionspartei habe sie aufgestellt und nicht die Partei, die bereits viele Jahre lang allein an der Macht war und die alle Möglichkeiten für eine grundlegende Demokratisierung der staatlichen Strukturen harte. Die gleiche Feststellung trifft übrigens auch auf die SPD zu. Auch sie beschränkt sich darauf, ihre guten Vorsätze nur in Programmen zu fixieren. Im „Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985“ wird beispielsweise vermerkt, daß „im Namen von Freiheit und Demokratie zugelassen (wird), daß sich riesige wirtschaftliche und damit politisch wirksame (Macht in wenigen Händen ansammelt“.²³¹ Angesichts der jahrelangen Regierungsbeteiligung der SPD fragt sich der Leser unwillkürlich, ob das kritisch oder selbstkritisch gemeint ist.

Der Staatsapparat der BRD wurde in der Regierungsperiode der CDU/CSU geschaffen, und das bestimmt auch seine soziale Zusammensetzung, seine Orientierung und die Methoden seiner Tätigkeit. Tausende ehemalige Nazibeamte und -funktionäre und sogar Kriegsverbrecher fanden seinerzeit Zuflucht im Staatsapparat der BRD, während es seit 1951 verboten war, Kommunisten und Mitglieder anderer fortschrittlicher linker Organisationen im Staatsapparat zu beschäftigen. Als sich die Sozialdemokraten in der Opposition befanden, wurde der von der CDU geschaffene Staatsapparat nie von ihnen kritisiert. Als sie an die Regierung kamen, hätten sie eigentlich [122] unverzüglich Maßnahmen

²³¹ „Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985“, hrsg. vom Vorstand der SPD, a. a. O., S. 10.

zu seiner Demokratisierung einleiten müssen. Doch es fanden keinerlei grundlegende Umgestaltungen statt. Im Gegenteil, die Bundesregierung unterstützte den im Januar 1972 in Kraft getretenen Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder über das Berufsverbot für Mitglieder und Anhänger „radikaler“ Organisationen in staatlichen Einrichtungen (dazu gehören insbesondere Schulen, Hochschulen, Gerichte und die verschiedensten Verwaltungsorgane). Die Praxis der Durchführung dieses Beschlusses zeigt, daß er vorrangig gegen Kommunisten und andere demokratisch orientierte Personen angewandt wird. Mehr als 4000 staatliche Angestellte wurden bis 1979 aus ihren Stellungen entlassen, beziehungsweise daran gehindert, ihren erlernten Beruf auszuüben. Außerdem wurden rund zwei Millionen Personen geheimdienstlich auf ihre „Verfassungstreue“ hin „untersucht“. Andererseits waren aber bereits 1973 1500 Mitglieder der neofaschistischen NPD ungehindert im Staatsdienst tätig.²³²

Das „Berufsverbot“, die „Reform“ der Polizei (zum Zweck ihrer Verstärkung), die Schaffung spezieller militärischer Einrichtungen und Kommandos für den „Kampf gegen den Terrorismus“ und die „Verstärkung des Grenzschutzes“, die Einrichtung von Bundeswehrhochschulen in Hamburg und München – das sind nur die einschneidendsten Maßnahmen, die von der Regierung der Sozialdemokraten in den 70er Jahren auf dem genannten Gebiet durchgeführt wurden. Geht es dabei etwa um eine demokratische Veränderung politischer Institutionen? In den Thesen des Düsseldorfer Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei wurde in diesem Zusammenhang richtig bemerkt, „daß der Regierungswechsel die imperialistischen Besitz- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik nicht berührte“.²³³

Natürlich gibt es in den Regierungen der Sozialdemokraten weniger unmittelbare Vertreter der Monopole. In ihnen sind hauptsächlich Berufspolitiker, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, höhere Beamte oder Anwälte vertreten. Das bestätigt jedoch nur, daß für den Mechanismus der politischen Macht der Monopole nicht so sehr die Teilnahme von Interessenvertretern der Monopole an der Regierung wichtig ist als vielmehr und hauptsächlich die promonopolistische Regierungspolitik, die den Prozeß der Verflechtung der führenden Kräfte der Sozialdemokratie mit den monopolistischen Kreisen widerspiegelt, auch wenn nicht eine solche Form wie die „Personalunion“ vorherrscht.

Im Rahmen der Alternative „bürgerliche Demokratie oder autoritäre Reaktion“ ist für die werktätigen Schichten der Bevölkerung die Position der Sozialdemokratie in vielerlei Hinsicht vorzuziehen. Dar- [123]auf beruhen auch bestimmte Erfolge, die sozialdemokratische Parteien im Machtkampf mit bürgerlichen Parteien aufzuweisen haben.

Die sozialdemokratischen Regierungen organisieren die Stabilisierung des politischen Regimes der bürgerlichen Demokratie, dementsprechend neigen sie weniger zu autoritären Tendenzen, zu einem Regime der „starken Hand“ als ihre politischen Konkurrenten – die Hauptparteien des Kapitals. Doch sie haben keinerlei Maßnahmen ergriffen, um eine echte demokratische Umgestaltung herbeizuführen und die Möglichkeit eines reaktionären Umsturzes auszuschließen.²³⁴ Betrachten wir die ökonomische Sphäre kapitalistischer Staaten als Objekt der Tätigkeit sozialdemokratischer Parteien, so können wir feststellen: Keine sozialdemokratische Regierung hat die Staatsmacht für die Beseitigung oder auch nur für die Einschränkung der Positionen des die Wirtschaft des Landes beherrschenden Monopolkapitals genutzt. Ein solches Ziel wurde auch von keiner sozialdemokratischen Regierung gestellt, wenngleich einige Maßnahmen ergriffen wurden (ergriffen werden mußten), die auf die Zügelung der Interessen einzelner Monopole gerichtet waren, aber dies ist in ähnlicher Weise auch bei bürgerlichen Regierungen üblich.

Die Programmdokumente der Sozialdemokratie enthalten diverse) Versicherungen, daß dem kapitalistischen Privateigentum und der ökonomischen Herrschaft der Monopole entschieden entgegenzutreten

²³² Siehe: „die Tat“, Frankfurt a. M., 12/1978, S. 8; siehe auch: Auswirkungen des antidemokratischen Berufsverbotsbeschlusses in der BRD, in: IPW-Berichte, Berlin, 11/1973, S. 40/41.

²³³ Thesen des Düsseldorfer Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei, Hrsg.: DKP-Parteivorstand, Düsseldorf 1971, S. 13.

²³⁴ Siehe dazu J. Stewart, Gefährliche Symptome. Zu einigen Tendenzen der Aktivierung reaktionärer Kräfte in den Ländern des Kapitals, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Berlin, 6/1978, S. 731-742, wo die Haltung der Sozialdemokratie zur rechten Gefahr in Westeuropa untersucht wird.

sei. In der praktischen Tätigkeit sozialdemokratischer Regierungen erwiesen sich diese Versicherungen jedoch nur als verstärkte ökonomische Einmischung des Staates, sie blieben im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Im Prinzip kann man die gesamte Praxis zur Schaffung der „ökonomischen Grundlagen des demokratischen Sozialismus“ in die These fassen: „Nicht weiter als bis zum staatsmonopolistischen Kapitalismus“. Wenn diese Regierungen zu mehr oder weniger ernstesten Aktionen übergehen, zum Beispiel zur Nationalisierung, so geschieht das immer nur in einem Ausmaß, wie es für das Funktionieren des staatsmonopolistischen Systems notwendig ist, keineswegs aber in solchen Ausmaßen, wie sie für eine tatsächliche Untergrabung der sozialökonomischen Grundlagen der Monopolherrschaft notwendig wären.

In diesem Zusammenhang ist das Verhältnis der Führung der englischen Labour Party zur Nationalisierung sehr aufschlußreich. Sie erklärte bereits 1918 offiziell, daß sie für die staatliche Kontrolle der Wirtschaft mittels Nationalisierung sei (Punkt IV des Statuts).

Am aktivsten bei der Durchführung von Maßnahmen zur Nationalisierung war die Regierung Attlee (1945 bis 1951), die in einer Zeit [124] regierte, als sich im Lande das staatsmonopolistische System herausbildete. Im Jahre 1946 wurde die Zivilluftfahrt nationalisiert, 1948 Transportwesen und Elektroenergieerzeugung, 1949 die Gaserzeugung und 1951 die Stahlindustrie. Die Überführung der Mehrheit der Industriezweige in Staatseigentum erfolgte jedoch nicht, um eine grundlegende Umgestaltung der sozialen Ordnung auf der Basis gesellschaftlichen Eigentums oder eine völlige Umgestaltung der Wirtschaft zu erreichen, ihr lagen vielmehr Effektivitätserwägungen zugrunde und die Notwendigkeit der Modernisierung zurückgebliebener Industriezweige. Die meisten Maßnahmen der Labour Party zur Nationalisierung – ausgenommen die Nationalisierung der Stahlindustrie (und teilweise des Transports) – riefen bei den Konservativen denn auch keine besondere Opposition hervor.

In den fünfziger Jahren begann das schrittweise Abgehen der rechten Führung der Labour Party von den Ideen der Nationalisierung und der Übergang auf die Position der „Wirtschaftsregulierung“. Im Jahre 1951 unternahm sie den Versuch, Punkt IV des Statuts abzuändern, doch war diesem Vorstoß auf Grund des entschiedenen Widerstands der Parteimitglieder kein Erfolg beschieden. Der Punkt über die Nationalisierung blieb erhalten. Aber die Führung der Labour Party stellte in ihren späteren Erklärungen die Nationalisierung auf eine Stufe mit der Beteiligung des Staates an gemischten Aktiengesellschaften, mit der Schaffung von Kommunalbetrieben, mit der Entwicklung genossenschaftlichen Eigentums und ähnlichen Maßnahmen.

Die veränderte Position fand sowohl in Arbeiten von Labour-Führern, insbesondere in der Arbeit H. Wilsons „Unser Sozialismus“²³⁵, als auch in der Praxis der von ihm geführten Regierung ihren Ausdruck. Die einzige von der Labour Party in dieser Periode durchgeführte Nationalisierungsmaßnahme war die Nationalisierung der Metallindustrie im Jahre 1967. Die Grundidee ihrer Wirtschaftspolitik aber war die Bildung gemischter Aktiengesellschaften und die Umwandlung des Staates in einen Miteigentümer privater Gesellschaften durch Aktienerwerb. Die Wilson-Regierung erweiterte in den Jahren 1964 bis 1970 die Anzahl der Wirtschaftsorgane, die sich mit der Programmierung beschäftigen und auf die Konzentration der Produktion und des Kapitals positiv mit einwirken, beträchtlich, ohne jedoch zu positiven Ergebnissen zu gelangen.

Die Labour-„Planung“ sah keine Maßnahmen zur verstärkten Kontrolle über den privaten Sektor der Wirtschaft vor. Ihre Grundlage war die „freiwillige Zusammenarbeit“ von Regierung und Privatunternehmern, wobei das entscheidende Wort dem Busineß gehörte. Da [125] der „Nationale Plan“ nur der Ergänzung des Marktes diene, hing seine Realisierung vom Wirken der spontanen Marktkräfte ab. Es war ganz natürlich, daß er nicht realisiert wurde. Die Programmierung selbst wurde noch vor dem Machtantritt der Konservativen von der Tagesordnung gestrichen.

Vor den Wahlen im Frühling und Herbst 1974 war in den Wahlversprechen der Labour Party erneut von der Notwendigkeit einer Fortsetzung der Nationalisierungspolitik die Rede. Ursache dafür war einerseits der Druck des linken Flügels der Partei auf die Führung und andererseits das Bestreben, die

²³⁵ Siehe: H. Wilson, Unser Sozialismus, Stuttgart 1965.

Wahlprogramme angesichts des Mißerfolgs der vorangegangenen Wahlkampagne attraktiver zu machen. Und die Verstaatlichung ist eine der wenigen Fragen, in denen ein mehr oder weniger prinzipieller Unterschied zwischen den Positionen der Labour Party und denen der Konservativen zutage tritt. Was andere Formen der Einwirkung des Staates auf ökonomische Prozesse im Rahmen der von beiden Parteien befürworteten „regulierten Wirtschaft“ angeht, so geht es in dem darüber geführten Streit nur um Fragen der Quantität, das heißt um ein „Mehr“ oder „Weniger“ an regulierenden Maßnahmen.

In den Wahlprogrammen der Labour Party zu den Wahlen 1974 wurde die Absicht erklärt, eine Politik der Erweiterung des nationalen Sektors der Wirtschaft zu verfolgen und die Nationalisierung des Schiffbaus und der Flugzeugindustrie, der Häfen und Erzvorkommen vorzunehmen. Schon relativ bald nach dem Regierungsantritt der Labour Party wurden einige, gegen die Arbeiter gerichtete Gesetze der konservativen Heath-Regierung, vor allem der sogenannte „Industrial Relations Act“, aufgehoben. Die Projekte einer Nationalisierung der Luftfahrtindustrie und des Schiffbaus haben starken Widerstand bei Konservativen und Liberalen hervorgerufen, das kam besonders in den Auseinandersetzungen im Parlament im Mai 1976 zum Ausdruck.

Obwohl die Labour Party die Verstärkung der staatlichen Einmischung in das Wirtschaftsleben fordert, hat sie sich nicht das Ziel gesetzt, den Kapitalismus durch ein anderes soziales System zu ersetzen. Man spricht davon, wie und auf welche Weise die negativen Folgen des kapitalistischen Systems korrigiert werden können, ohne dabei die Grundlagen seines Funktionierens zu zerstören, das heißt, es geht um die Schaffung einer elastischeren, besser „regulierten“ Form des Kapitalismus. In der Praxis führt dies lediglich zu den bekannten Umstellungen im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus.²³⁶

In der BRD war die Herausbildung der staatsmonopolistischen [126] Struktur begleitet von den Ideen des Neoliberalismus, der zwar die staatliche Einmischung in die Wirtschaft nicht ablehnt, aber indirekten Formen einer solchen Einmischung den Vorzug gibt. Auch die sozialdemokratische Regierung der BRD tritt nicht für eine Nationalisierung ein. Die SPD unternahm als Regierungspartei keine Versuche, die staatsmonopolistische Struktur der ökonomischen Basis des Landes zu verändern. Forderungen nach Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel, wie sie nicht nur von Jungsozialisten innerhalb der eigenen Partei, sondern auch in den Programmen verschiedener Schwesterparteien in der Sozialistischen Internationale erhoben werden – so in den Programmen der SP Frankreichs, der Belgischen SP, der SP Japans, der SP Portugals und der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei –, versuchen rechtsreformistische Ideologen der SPD in analoger Weise wie im „OR '85“ zu entkräften.

Theoretisch gerechtfertigt wird diese Haltung mit der – auch bei verschiedenen anderen sozialdemokratischen Parteien anzutreffenden – Herabminderung, ja Negierung der Bedeutung des Eigentumsproblems, die sich im „Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen“, aber auch in allen übrigen offiziellen Verlautbarungen führender rechter Sozialdemokraten in der Behauptung manifestiert, wonach alle derzeitigen gesellschaftlichen Probleme wie Inflation, Wirtschaftskrise usw. „unabhängig von der Eigentumsordnung“²³⁷ seien. Ausdrücklich wurde festgestellt: „Durch Änderung des Eigentumstitels wird an dem Problem der mangelnden Übereinstimmung zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen und autonomen Entscheidungen der einzelnen Wirtschaftseinheiten nichts geändert, wie die Erfahrungen anderer Wirtschaftsordnungen zeigen.“²³⁸ Daß Antikommunismus in diesem Zusammenhang stets die Stelle fehlender theoretischer und praktischer Beweise vertritt, sei hier nur am Rande vermerkt.

Ein kritischer sozialdemokratischer Autor, E. Bandholz, stellt in seinem Buch mit dem charakteristischen Titel „Zwischen Godesberg und Großindustrie oder wo steht die SPD?“ fest, daß in der Frage

²³⁶ Zu den Auseinandersetzungen um das Problem der Nationalisierung innerhalb der Labour-Party Großbritanniens siehe auch: R. J. Ewserow, Sozialreformismus und Probleme des Eigentums, in: Sozialreformismus. Theorien – Politik – Widersprüche (IPW-Forschungshäfte, 2/1979), S. 93-95.

²³⁷ Siehe: Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975 bis 1985“, hrsg. vom Vorstand der SPD, a. a. O., S. 10, 14, 23-25.

²³⁸ Ebenda, S. 44.

nach der sozialökonomischen Rolle des Staates „die sozialdemokratische Führung auch nach Übernahme der Regierungsverantwortung weit entfernt von einer klaren Konzeption ist und im Fahrwasser des Opportunismus schwimmt“.²³⁹ Es kann sogar eine Annäherung der gesellschaftlichen und politischen Konzeptionen der sozialdemokratischen Führung an die Interessen der Großindustrie beobachtet werden, stellt Bandholz weiter fest. Und auf diesem Weg ist die Sozialdemokratie schon weit „vorangekommen“. Das Ergebnis dieser Annäherung ist: [127]

- Die Sozialdemokratie lehnt alle grundlegenden Reformen auf dem Gebiet des gesellschaftlichen Lebens und der Wirtschaft ab;
- die „Vermögensbildung“ der Lohnarbeiter darf nicht die Kapitalbildung der kapitalistischen Unternehmen und die Anlage dieses Kapitals in der Produktion tangieren. „Vermögensbildung“ ist nur in Grenzen erwünscht, die es gestatten, die Ungerechtigkeit in der Besitzverteilung zu „mildern“;
- die Einkommenssteuer wird nicht erhöht;
- die Kapitalzirkulation wird nicht begrenzt;
- die Mitbestimmung ist nur in bestimmten Grenzen möglich.

Der Sozialdemokratie werden als Gegenleistung folgende Zugeständnisse gemacht:

- – Vollbeschäftigung;
- – die Entwicklung der Infrastruktur und andere auf die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur gerichtete Maßnahmen werden aus dem Staatshaushalt finanziert;
- – alle anderen Maßnahmen aus dem Katalog der Sozialreformen wie Gesundheitswesen, Bildungswesen etc. können entsprechend der allgemeinen Wirtschaftslage, aber nur nach vorheriger Absicherung der vorrangigen Forderungen der Unternehmen, realisiert werden.²⁴⁰

Die Politik einer solchen Annäherung von Sozialdemokratie und Großindustrie fügt, wie Bandholz feststellt den Positionen des Monopolkapitals absolut keinen Schaden zu, es stärkt sie sogar. Als „Kompensation“ schlägt die herrschende Sozialdemokratie der anderen Seite dieser „Vereinbarung“, der Arbeiterklasse, eine sogenannte Bildung von „produktivem Kapital“ und das „Recht auf Teilnahme an der Verwaltung“ vor.

Die erstgenannte Maßnahme ist keine Erfindung der SPD, sie entspringt einer Grundorientierung der Politik der herrschenden Kreise der BRD. Ihr Ziel wird als „Umwandlung der Werk­tätigen in Mitbesitzer von Betrieben und Fabriken“ des Landes formuliert. Der Kern dieser Politik besteht darin, daß für einen Teil des Einkommens der Werk­tätigen (ungefähr 600 Mark im Jahr) die Lohnsteuer und die Beiträge für die Sozialversicherung in Fortfall kommen, unter der Voraussetzung, daß diese Summe in dem Betrieb, in dem der Arbeiter beschäftigt ist, investiert wird. Die von den Arbeitern unter diesen Bedingungen zur Verfügung gestellten Mittel verwandeln sich in einen Teil des Kapitals der Unternehmen. Dieses System soll als Indiz dafür dienen, daß es in der BRD einen „Volkskapitalismus“ gibt.

Der Parteitag der SPD in Hannover (April 1973) unterstrich noch [128] einmal die Bedeutung der Orientierung auf „Eigentumsbildung“, die eigentlich nichts anderes ist als ein Versuch, die altbekannte Idee der „Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit“ zu realisieren.

Was das „Recht der Werk­tätigen auf Mitbestimmung“ betrifft, so fassen sowohl grundlegende Programme als auch der linke Flügel der Sozialdemokratie dieses Prinzip nicht nur als Recht auf Mitbestimmung im Betrieb auf, sondern in der Wirtschaft insgesamt. Letzteres ist derzeit in der BRD lediglich Gegenstand theoretischer Diskussionen, obwohl auch im „OR '85“ die Forderung nach „Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen der Wirtschaft“ verbal verkündet wird.²⁴¹ Treffend bemerkt

²³⁹ E. Bandholz, Zwischen Godesberg und Großindustrie oder wo steht die SPD?, Hamburg 1971, S. 96.

²⁴⁰ Ebenda, S. 107.

²⁴¹ „Orientierungsrahmen '85“. Text und Diskussion, hrsg. von P. von Oertzen/ H. Ehmke/H. Ehrenberg, Bonn – Bad Godesberg 1976, S. 13.

R. J. Ewserow dazu: „Die auch von rechten Führern der SPD erhobene Forderung nach der Mitbestimmung der Lohnarbeiter auf allen Ebenen der Wirtschaft korrespondiert an sich mit den realen Bedürfnissen und Forderungen der Werktätigen unter den Bedingungen der staatsmonopolistischen Entwicklung. Bei einem proletarischen, klassenmäßigen Herangehen an die Mitbestimmung kann diese als demokratische Alternative zu den staatsmonopolistischen Prozessen der Festigung der kapitalistischen Herrschaft dienen und ist Ausdruck des Klassenkampfes unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus. Aber dabei darf die Mitbestimmung nicht in den engen Rahmen des Reformismus gepreßt werden, und die Kontrolle über die Macht des Kapitals muß die Zentren der kapitalistischen Herrschaft erfassen. Wirkliche Mitbestimmung ist organisch mit der Zurückdrängung der Positionen des großen Kapitals in den Organen der Staatsmacht und mit der Nationalisierung der kapitalistischen Monopole verbunden. Eine von grundlegenden strukturellen Veränderungen der kapitalistischen Gesellschaft, vom antimonopolistischen Kampf losgelöste Mitbestimmung wird jedoch zum Ausgangspunkt für eine Politik, die die ‚Partnerschaft‘ der Werktätigen mit dem Monopolkapital sichern soll.“²⁴²

In der BRD wird die Beteiligung von Arbeitern und Angestellten an der Leitung von Großunternehmen durch einen vom Bundestag am 18. März 1976 bestätigten Gesetzesentwurf geregelt. Der Entwurf wurde einige Jahre heftig diskutiert. In seiner Endfassung kommen die Ansichten der FDP zum Ausdruck, die die Interessen des Großkapitals verteidigte. Bereits im Januar 1972 wurde in der BRD ein „Betriebsverfassungsgesetz“ in Kraft gesetzt, dessen wichtigste Prinzipien die Ideologie der „Sozialpartnerschaft“ widerspiegeln. Im Gesetz wird die Rollenteilung zwischen Betriebsrat und Gewerkschaftsorganisation eines Betriebes beibehalten, obwohl gerade der Kampf dagegen eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterbewegung seit [129] 1952 auf diesem Gebiet war. Im Gesetz ist nicht nur erneut das Verbot jeglicher parteipolitischer Arbeit im Betrieb verankert, in „Notfällen“ kann sogar die gewerkschaftliche Tätigkeit im Betrieb untersagt werden.

Was die Wirtschaftspolitik sozialdemokratischer Regierungen konkret darstellt, erhellt aus der Bemerkung des bekannten schwedischen Sozialdemokraten Fredrikson, wonach „die Sozialdemokraten heutzutage Probleme zu lösen versuchen, indem sie als Medizin gegen die Krankheiten des Kapitalismus einen noch größeren Kapitalismus empfehlen“.²⁴³ Noch charakteristischer ist in diesem Zusammenhang eine Äußerung Kreiskys, der erklärte: „Die Sozialdemokratie versucht, Macht zu kontrollieren, ohne die ökonomische Basis zu reflektieren.“²⁴⁴ Als wichtigstes Mittel zur Beruhigung des linken Flügels, der eine radikalere Politik prosozialistischer Orientierung fordert, aber auch breiter Wählerschichten, von denen die Wahlergebnisse abhängen, dient der Führung sozialdemokratischer Parteien, die sich an der Regierung befinden, ein Programm sogenannter „Sozialmaßnahmen“, das auf eine gewisse Verbesserung der wirtschaftlichen Lage breiter Bevölkerungsschichten ausgerichtet ist. Nicht zufällig nahm die Konzeption der „Lebensqualität“ in der Ideologie des „demokratischen Sozialismus“ zeitweilig einen bedeutenden Platz ein.

So realisierte die erste Nachkriegsregierung der Labour Party seinerzeit eine Serie sozialer Reformen. Als sie 1974 erneut zur Macht strebte, gab sie das Versprechen ab, eine Reihe von Reformen auf sozialem Gebiet durchzuführen: Erhöhung der Altersrenten, Erweiterung des Wohnungsbaus, Beseitigung der Diskriminierung der Frau im Berufsleben.

1970 veröffentlichte die sozialdemokratische Regierung der BRD einen umfangreichen Katalog sozialer Probleme, in dem eine Reihe von Aufgaben für die Sozialpolitik formuliert wurde. Unter den vorgesehenen Maßnahmen waren Verbesserungen auf dem Gebiet der Altersversorgung, die sogenannte „flexible Altersgrenze“, Einführung der Krankenpflichtversicherung für Bauern und einige andere Maßnahmen. Bereits vorher wurde das Versprechen abgegeben, die Beihilfen für kinderreiche Familien zu erhöhen.

²⁴² R. J. Ewserow, Sozialreformismus und Probleme des Eigentums, in: Sozialreformismus. Theorien – Politik – Widersprüche (IPW-Forschungshäfte 2/1979), a. a. O., S. 91/92.

²⁴³ Tiden, a. a. O., 1/1973, S. 1.

²⁴⁴ B. Kreisky, Interview mit der Wiener Zeitschrift „Neues Forum“, 2/1973, zit. nach: W. Gerns/R. Steigerwald/G. Weiß, Opportunismus heute, Frankfurt a. M. 1974, S. 69.

Im Bericht der BRD-Regierung zu sozialen Problemen, der jährlich im Bundestag erstattet wird, wurden als realisiert aufgeführt: Erweiterung der Krankenpflichtversicherung auf alle Angestellte, Vervollkommnung der Gesetze über die Kriegsopferfürsorge, Erweiterung des Kreises der Altersrentenempfänger und Herabsetzung des Rentenalters in bestimmten Fällen von 65 auf 63 bzw. 62 Jahre.

[130] Auch die rechtssozialistische Regierung Österreichs hat in den siebziger Jahren eine Reihe von Sozialmaßnahmen verwirklicht. Dazu gehören: Fahrgeldfreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln für Schüler und kostenlose Versorgung mit Schulbüchern; Erhöhung der Zuwendungen für junge Ehen sowie bei Geburt eines Kindes, bevorzugte Wohnraumversorgung für Neuvermählte; im Krankheitsfall Erhöhung der Vollbezahlung von zwei auf vier Wochen.

Man darf die positive Bedeutung sozialer Zugeständnisse an die Werktätigen nicht unterschätzen, die der bürgerliche Staat als „Gesamtkapitalist“ dann machen muß, wenn Sozialdemokraten an der Macht sind. Doch muß man auch folgendes sehen: Diese Linie sozialer Zugeständnisse ist ihrem Wesen nach nichts anderes als eine Methode, das kapitalistische System als solches zu erhalten und durch Lavieren den von diesem System hervorgebrachten Klassenwidersprüchen die Schärfe zu nehmen.

Die reale Bedeutung dieser sozialen Zugeständnisse ist praktisch immer geringer als sie ursprünglich erscheint. Durch den ständigen Prozeß der Inflation, durch Preissteigerungen und eine Reihe anderer ökonomischer und politischer Faktoren werden diese Zugeständnisse weitgehend entwertet.²⁴⁵ Hier begegnen wir einem „circulus vitiosus“, der für die Strategie der heutigen Sozialdemokratie charakteristisch ist. Denn wenn die sozialen Errungenschaften der Werktätigen materiell garantiert werden sollen, dann ist eine grundlegende Umgestaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems erforderlich, da sonst Labilität und Inflation, Währungs- und andere Krisen, die reale Bedeutung sozialer Reformen auf ein Minimum reduzieren. Aber eben dieses Wirtschaftssystem wollen die an der Macht befindlichen Sozialdemokraten unverändert lassen.

Es gibt immer eine bedeutende Kluft zwischen den in Programmen und Wahlaufrufen der Sozialdemokratie verkündeten Plänen für soziale Reformen und dem, was von sozialdemokratischen Regierungen während ihrer Amtszeit real verwirklicht wird.

Die Krise der 70er Jahre in der kapitalistischen Welt versetzte der Reformpolitik auf dem Gebiet der Sozialleistungen einen schweren Schlag.²⁴⁶

Die Folgen dieser Krise – Wachstum der Arbeitslosigkeit, unaufhaltsame Inflation – trafen insbesondere die werktätigen Massen der Bevölkerung. Das war die erste schwere Wirtschaftskrise des staatsmonopolistischen Systems, die zeigte, daß das Anwachsen der ökonomischen Rolle des bürgerlichen Staates bei weitem kein Allheilmittel gegen die Übel des Kapitalismus ist, wie es von reformistischen Ideologen und Politikern unter den Bedingungen der verhältnismäßig günstigen Konjunktur in den ersten Nachkriegsjahrzehnten dargestellt wurde. Der Mechanismus der staatsmonopolistischen Macht und sein Hauptinstrument – der Staat mit seinen erweiterten Funktionen – bekamen die Folgen der Krisensituation sogar selbst zu spüren. „Die Versprechungen, den Kapitalismus zu ‚sanieren‘ und in seinem Rahmen eine ‚Wohlstandsgesellschaft‘ aufzubauen, haben vor aller Augen Schiffbruch erlitten.“²⁴⁷

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Regierungspolitik der Sozialdemokraten, ihre politischen, ökonomischen und sozialen Maßnahmen, die in den gegenwärtigen kapitalistischen Ländern bestehende staatsmonopolistische Struktur, die sich auf die Vereinigung der Macht der Monopole und der Macht des Staates gründet, nicht antasten.

Die Regierungstätigkeit sozialdemokratischer Parteien bestätigt einmal mehr die These von der konsequenten Integration dieser Parteien in das System des staatsmonopolistischen politischen Mechanismus.

²⁴⁵ Siehe: K. Schacht, Bilanz sozialdemokratischer Reformpolitik, Frankfurt a. M. 1976.

²⁴⁶ Zum Resümee sozialdemokratischer Reformpolitik siehe auch: W. Sagladin, Die historische Mission der Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung in der Gegenwart, in: „horizont“, Berlin, 30/1978, S. 1.

²⁴⁷ XXV. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik. Berichterstatte: L. I. Breschnew, Berlin 1976, S. 36.

Es wäre allerdings vereinfacht, anzunehmen, daß die immer häufiger zu beobachtende Regierungsausübung durch Sozialdemokraten auf den speziellen Wunsch des Monopolkapitals zurückzuführen ist. Sie ist vor allem eine zwangsläufige Erscheinung, bedingt durch das Verhältnis der politischen Kräfte, durch Wahlergebnisse, insbesondere durch unvorhergesehene Wahniederlagen der Hauptparteien des Monopolkapitals. Andererseits verfügt das Monopolkapital jedoch über ausreichende Mittel, um die Politik sozialdemokratischer Regierungen seinen Bedürfnissen anzupassen. Ein elastisches und wirksames Mittel dabei ist die Integration der sozialdemokratischen Führungsschicht in das Management der Wirtschaft und Politik. Nicht zufällig ist für sozialdemokratische Parteien ein fast permanenter Widerspruch zwischen Parteiführung und der Masse der Parteimitglieder, besonders dem linken Flügel, in weit größerem Maße als für bürgerliche Parteien charakteristisch.

Mit dem Regierungsantritt der Sozialdemokraten verschärft sich dieser Widerspruch und wächst die politische Aktivität der Linken.²⁴⁸ Daher rührt auch die Zwiespältigkeit sozialdemokratischer Regierungen. Um das Vertrauen der Massen zu behalten, kommen sie um bestimmte Maßnahmen, die den Interessen der Monopole zuwiderlaufen, kaum herum. Doch wenn diese Maßnahmen gewichtiger werden, wenn das Monopolkapital feststellt, daß ein „geschmeidiges“ Einwirken auf die regierende Sozialdemokratie nicht mehr ausreicht, dann greift es zu entschiedeneren Maßnahmen, mit dem Ziel, die Sozialdemokraten [132] von der Macht zu entfernen. Man ruft bewußt wirtschaftliche Schwierigkeiten hervor, die den Unwillen der Bevölkerung erregen, und greift in verstärktem Maße zu Korruption und politischen Intrigen. Vor das Dilemma gestellt, Schritte zur entschiedenen Zügelung der Monopole zu unternehmen oder bestimmte Zugeständnisse zu machen und letztlich den Rücktritt zu erklären, zieht eine sozialdemokratische Regierung letzteres vor. Sie macht entweder den großen Parteien des Kapitals den Platz frei oder geht eine Koalition mit ihnen ein.

Ein typisches Beispiel dafür sind die Sozialisten in Portugal. Nach den Parlamentswahlen von 1976 hatten die linken Kräfte die Möglichkeit, eine eigene Regierung zu bilden, die fähig gewesen wäre, alle Grundforderungen der Revolution in Portugal zu realisieren. Die Sozialisten sagten sich jedoch von dem Bündnis mit den Kommunisten los und bildeten ihre eigene Regierung der „relativen Mehrheit“ (die die größte Fraktion im Parlament darstellt, aber keine absolute Mehrheit der Stimmen besitzt). Die Sozialisten taten für die Vertiefung und Entwicklung der demokratischen Errungenschaften wenig, sie behinderten eine solche Entwicklung vielmehr und bildeten nach einem Jahr mit einer der rechtsbürgerlichen Parteien eine Regierungskoalition, wodurch die demokratischen Errungenschaften des portugiesischen Volkes ernsthaft bedroht wurden.

[133]

²⁴⁸ Diese Aktivität äußert sich u. a. speziell in einer Kritik an der von rechten Führern praktizierten Reformpolitik, in der Entwicklung weitergehender Reformvorstellungen, in der Forderung nach tatsächlichen Veränderungen der Gesellschaft, des Staates und der Wirtschaft. Ausführlicher über diese Tendenzen siehe bei U. Plener, Sozialreformismus und politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse, in: Sozialreformismus. Theorien – Politik – Widersprüche (IPW-Forschungshefte, 2/1979), S. 1811.; siehe auch: H. Dietzel/J. Drabek/I. Koch, Differenzierungsprozesse im Sozialreformismus – Kriterien und Tendenzen, in: ebenda, S. 99-122.

Der ideologische Kampf in der internationalen Arbeiterbewegung und das Problem der Einheit der linken Kräfte in der gegenwärtigen Etappe

Um die Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ ist in der letzten Zeit ein scharfer ideologischer Kampf entbrannt. In diesem Kampf stehen den Kräften, die die sozialdemokratische Bewegung an die Hauptentwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft, an ihre auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden Grundfesten anpassen wollen, jene Kräfte gegenüber, die die Gebrechen des Kapitalismus überwinden und Voraussetzungen schaffen wollen, die eine Ausbeutung der werktätigen Massen ausschließen. Die marxistische Wissenschaft berücksichtigt die Kompliziertheit der Differenzierungsprozesse, die sich in der internationalen Sozialdemokratie vollziehen.

Die Kommunisten empfinden für das Schicksal des Friedens und des Fortschritts das Gefühl einer großen Verantwortung. Davon ausgehend treten die kommunistischen Parteien für die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung ein, zu der auch die werktätigen Sozialdemokraten und ihre Massenorganisationen gehören. Der Unterschied im Verständnis des Wesens des Sozialismus und der Wege zu seiner Verwirklichung darf kein Hindernis für den gemeinsamen Kampf gegen den ärgsten, Feind der Menschheit, den internationalen Imperialismus sein, der für die Völker der Welt die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschwört und neue Formen der Unterdrückung und Ausbeutung anwendet. „Die Pflicht der Arbeiterbewegung der stärker entwickelten Länder ist es, zur Beseitigung der Herde der Aggression und der Kriegsgefahr überall in der Welt, zur Isolierung und Vernichtung der rassistischen und terroristischen Regime, zur Herstellung neuer, gerechterer internationaler Wirtschaftsbeziehungen beizutragen. Der Fortschritt auf diesem Gebiet würde zweifelsohne beschleunigt, wenn Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten in einer Richtung vorgehen.“²⁴⁹ Die Kommunisten üben eine prinzipielle Kritik an jenen Thesen des „demokratischen Sozialismus“, die eine Anpassung an den Kapitalismus bedeuten, sie entlarven den Reformismus [134] der rechten Sozialdemokratie, der die werktätigen Massen vom revolutionären Kampf für eine radikale Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft ablenkt. Gleichzeitig begrüßen sie alle Schritte auf dem Weg zum wahren Verständnis des Sozialismus, das heißt auf dem Weg zur Schaffung einer Gesellschaft wahrer Demokratie, die jedem Werktätigen die Möglichkeit sichert, schöpferisch tätig zu sein, die Gesellschaft zu leiten und Solidarität zu üben.

Die Kommunisten berücksichtigen dabei die Tatsache, daß sich die Entwicklung des revolutionären Weltprozesses unvermeidlich auch auf die sozialdemokratische Bewegung auswirkt, in ihrer Tendenzen und Strömungen hervorruft, die im Widerspruch zum rechtsreformistischen Kurs stehen. Der Sozialismus ist nicht einfach ein Wunsch dieser oder jener Politiker und Ideologen, er ist eine objektive Entwicklungstendenz der menschlichen Gesellschaft, die von der marxistisch-leninistischen Wissenschaft vor mehr als hundert Jahren entdeckt wurde.

Der Standpunkt der internationalen kommunistischen Bewegung zur Sozialdemokratie wurde auf den Moskauer Beratungen 1957 und 1960 klar formuliert und auch im Hauptdokument der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 fixiert.

Einen bedeutenden Platz nahmen Fragen der Festigung der Einheit der Arbeiterklasse, der Entwicklung von Beziehungen zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas (29. und 30. Juni 1976 in Berlin) ein. Im Abschlußdokument heißt es: „Die Teilnehmer der Konferenz begrüßen die Erfolge, die in einer Reihe von Ländern und auf internationaler Ebene bei der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen kommunistischen und sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien erzielt wurden. Sie sind der Auffassung, daß die Grundinteressen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen die Überwindung der Hindernisse erfordern, die der Zusammenarbeit im Wege stehen und den Kampf der werktätigen Massen gegen das Monopolkapital, gegen die reaktionären und konservativen Kräfte erschweren.“²⁵⁰ Gleichzeitig wurde unterstrichen, daß die an der Konferenz teilnehmenden kommunistischen und

²⁴⁹ B. N. Ponomarjow, Vor der historischen Wahl, in: Neues Deutschland, vom 18/19.12.1976, S. 10.

²⁵⁰ Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas. Berlin, 29. und 30. Juni 1976, Dokumente und Reden, Berlin 1976, S. 26.

Arbeiterparteien erneut bekräftigen, „daß sie jegliche Politik und Weltanschauung ablehnen, die ihrem Wesen nach eine Unterordnung der Arbeiterklasse unter das kapitalistische System bedeuten“.²⁵¹

Der Standpunkt der sowjetischen Kommunisten wird im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXV. Parteitag dargelegt. Auf dem Parteitag sagte L. I. Breschnew: „Entsprechend den Festlegungen des XXIV. Parteitages vertieften wir weiter die Verbindung-[135]en mit den fortschrittlichen nichtkommunistischen Parteien, den revolutionär-demokratischen wie auch den linkssozialistischen. Bedeutend erweitert wurden die Kontakte mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien einer Anzahl von Ländern, darunter Finnland, Belgien, Japan, Großbritannien und Frankreich. Wir wissen das hier Erreichte zu schätzen und werden weiter in dieser Richtung arbeiten.

Von einer ideologischen Annäherung des wissenschaftlichen Kommunismus an den Reformismus der Sozialdemokraten kann absolut keine Rede sein. Unter ihnen gibt es noch viele, deren ganze Tätigkeit auf dem Antikommunismus und Antisowjetismus beruht. Es gibt sogar Parteien, in denen der Umgang mit Kommunisten bestraft wird. Gegen solche Erscheinungen werden wir kämpfen, weil sie nur Wasser auf die Mühlen der Reaktion sind.

Aber mit den Sozialdemokraten, die sich ihrer Verantwortung für die Sache des Friedens bewußt sind, und erst recht mit den sozialdemokratischen Arbeitern können wir eins sein und sind wir auch eins in der Sorge um die Sicherheit der Völker, im Bestreben, dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten, den Faschismus, Rassismus und Kolonialismus zurückzuschlagen. Gerade in diesem Sinne werden wir nach wie vor Initiative und guten Willen an den Tag legen.“²⁵²

Der Standpunkt der westeuropäischen kommunistischen Parteien, für die das Problem der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten besonders aktuell ist, da gerade in den Ländern Westeuropas die einflußreichsten Parteien der Sozialistischen Internationale konzentriert sind, wurde in der Politischen Erklärung der Konferenz der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas in Brüssel (26. bis 28.1.1974) dargelegt: „Wenn auch gewisse sozialdemokratische Führer sich weiterhin zum Verteidiger des kapitalistischen Systems machen, so entwickeln sich doch innerhalb der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und in sehr unterschiedlichen Situationen – die Infragestellung der Klassenharmonie, die Sorge um eine konsequente Aktion gegen die Vorherrschaft des Großkapitals, der Gedanke, daß tiefgreifende politische und ökonomische Umgestaltungen notwendig sind. Wenn auch unterschiedlich und manchmal noch zu begrenzt, so übt diese Entwicklung doch schon in mehreren Ländern einen positiven Einfluß auf die Beziehungen der Werktätigen und demokratischen Kräfte aus.

Die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern Europas unterstreichen ihren Willen, auf dieser Grundlage mit den [136] sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Kontakte, Konsultationen, gemeinsame Aktionen einzuleiten für Ziele, die den dringenden Bedürfnissen der Werktätigen und den Interessen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa entsprechen.“²⁵³

Unter dem Gesichtspunkt des Wechselverhältnisses zwischen der Notwendigkeit des ideologischen Kampfes gegen den Reformismus der Sozialdemokratie und der Notwendigkeit der Herbeiführung gemeinsamer Aktionen von Kommunisten und Sozialdemokraten wird in diesen Dokumenten auf folgende Punkte hingewiesen:

- Prinzipientreue gegenüber den ideologischen Positionen der Kommunisten. Notwendigkeit des Kampfes gegen die sozialdemokratische Ideologie, besonders gegen den Antikommunismus und Antisowjetismus.
- Berücksichtigung der Differenzierung innerhalb der Sozialdemokratie. Daraus resultierendes unterschiedliches Verhältnis der Kommunisten zu den verschiedenen Parteien und Strömungen innerhalb der Parteien der Sozialistischen Internationale.

²⁵¹ Ebenda.

²⁵² XXV. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik. Berichterstatter: L. I. Breschnew, Berlin 1976, S. 40/41.

²⁵³ Politische Erklärung der Konferenz der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas in Brüssel, in: Neues Deutschland, vom 1.2.1974, S. 6/7.

- Beachtung der Tatsache, daß die Verbreitung des Gedankens von der „Notwendigkeit tiefgreifender politischer und ökonomischer Umgestaltungen“ in der Sozialdemokratie einen positiven Einfluß auf die Beziehungen der Werktätigen und demokratischen Kräfte ausübt.

Da die Ideen der Sozialdemokratie in der Regel im Rahmen der allgemeinen Konzeption des „demokratischen Sozialismus“ entwickelt werden, ist es erforderlich, jene Interpretationen dieser Konzeption noch gründlicher zu untersuchen, die von der durch rechte Sozialdemokraten ausgearbeiteten Grundkonzeption abweichen und sie bei der Festlegung der Strategie der Einheit der linken Kräfte heranzuziehen. Dabei sind sowohl die historischen Erfahrungen als auch die spezifischen Besonderheiten der konkreten Situation zu berücksichtigen, in der die Fragen der Organisation gemeinsamer Aktionen entschieden werden (Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in einzelnen kapitalistischen Ländern; Beziehungen sozialdemokratischer Parteien zu kommunistischen Parteien sozialistischer Länder).

In welchem Maße sich die Einstellung der Sozialdemokratie zur Frage der Herstellung von Kontakten zu Kommunisten geändert hat, wird besonders deutlich, wenn man vergleicht, wie sich diese Beziehungen in der Vergangenheit gestaltet haben. Rufen wir uns einmal die Hauptetappen dieser Beziehungen ins Gedächtnis zurück. Das ist um so notwendiger, als sich einige Theoretiker und Praktiker des [137] gegenwärtigen Sozialreformismus der Vergangenheit zuwenden, um die Politik des Antikommunismus zu rechtfertigen und die Herstellung von Kontakten zu kommunistischen Parteien zu erschweren.

Vor allem ist festzustellen, daß Kommunisten und Sozialdemokraten nicht in gleicher Weise an die Probleme der Zusammenarbeit herangegangen sind. Die Kommunisten traten mit der Leninschen These von der Einheitsfront auf, worunter gemeinsame Aktionen der politischen Organisationen der Arbeiterklasse – der kommunistischen Parteien und der sozialdemokratischen Organisationen – verstanden wurden. Dabei betrachtete man diese Organisationen als gleichberechtigte Partner im Kampf um Demokratie und Frieden, für die Interessen der Arbeiterklasse, gegen Bourgeoisie und faschistische Reaktion. Die Führer der Sozialdemokratie forderten die Einheit der Arbeiterbewegung, vor allem die organisatorische Einheit, unter ihrer Führung und auf der Plattform des Sozialreformismus. Letzteres war nichts anderes als ein Versuch, die kommunistischen Parteien zu absorbieren, sie auszulöschen.

Es dauerte Jahrzehnte, bis eine Reihe von Führern der Parteien der Sozialistischen Internationale den kommunistischen Parteien das Recht auf gleichberechtigte Partnerschaft im politischen Kampf für die Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft zuerkannten.

Die Jahre 1919 bis 1922 waren eine Periode des „Abwartens“ der Sozialdemokratie. Trotz antisowjetischer und antikommunistischer Ausfälle war diese Periode verhältnismäßig „friedlich“. Der Politik der Sozialdemokraten lag folgende, im April 1919 von R. MacDonald entwickelte These zugrunde: „Da die Sozialistische Internationale (d. h. die II. Internationale) gegenwärtig für alle Arten sozialistischen Denkens weit genug geöffnet ist, sehe ich, ungeachtet aller vom Bolschewismus hervorgebrachten theoretischen und praktischen Unstimmigkeiten keinen Grund, warum sich der linke Flügel vom Zentrum trennen und eine selbständige Gruppe bilden soll.“²⁵⁴

In der Zeit von 1919 bis 1922 hoffte die Sozialdemokratie noch auf eine Vereinigung mit den Kommunisten – eine Vereinigung im Zeichen ihres vorherrschenden Einflusses – und ging 1922 auf die Verhandlungen der drei Internationalen ein. Nach dem von ihr verschuldeten Scheitern dieser Verhandlungen änderte die internationale Sozialdemokratie abrupt ihre Positionen. In den Jahren 1923 bis 1928 erfolgte eine Verschärfung des Kampfes gegen die kommunistischen Parteien. Alle Vorschläge der kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale wurden ignoriert.

Im Zeitraum von 1929 bis 1933 zeigten sich in einer Reihe von [138] Parteien der Sozialistischen Arbeiterinternationale Tendenzen eines realistischeren Herangehens an die Beziehungen zu kommunistischen Parteien und zur Kommunistischen Internationale. Dieser Umschwung war das Resultat

²⁵⁴ J. R. MacDonald, La Troisième Internationale, in: L'Humanité, a. a. O., vom 14.4.1919.

einer Differenzierung in den Reihen der Sozialdemokratie, eines Linkstrends ihrer Massenbasis unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise und des Aufkommens des Faschismus in Deutschland. Im Jahre 1933 machte die Sozialistische Arbeiterinternationale (SAI) erstmalig in ihrer Geschichte der Komintern den Vorschlag zu direkten Verhandlungen.

Die Jahre 1933 bis 1935 waren durch eine neue, von der Führung der SAI inspirierte Verschärfung der Politik des Antikommunismus charakterisiert (nach dem Abbruch der Verhandlungen mit der Komintern). Doch diese Politik konnte nicht lange aufrechterhalten werden. Die objektiven Bedingungen und Erfordernisse des Klassenkampfes, die Gefahr des Faschismus und des Krieges zwangen die Verantwortlichen in der SAI, Kontakte der einzelnen Parteien zu Sektionen der Komintern zu erlauben.

Die Jahre 1935 bis 1939 waren Jahre der praktischen Schaffung einer Einheitsfront. Ein leuchtendes Beispiel war die Volksfront in Frankreich, waren die gemeinsamen antifaschistischen Aktionen zur Unterstützung des republikanischen Spanien. Diese Jahre bereicherten die Arbeiterklasse durch vielfältige Formen und Methoden der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten.

Von 1939 bis 1941 machte die Sozialistische Arbeiterinternationale eine organisatorische und ideologische Krise durch, die mit ihrem Zusammenbruch endete. Zur selben Zeit wurde die von den Funktionären der Sozialdemokratie gegebene falsche Interpretation des Nichtangriffspakts zwischen der UdSSR und Deutschland zum Anlaß genommen, den Dialog mit den Kommunisten zu unterbrechen.

Die Jahre 1941 bis 1945 sind durch ein enges Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Widerstandsbewegung, im Kampf gegen die faschistischen Aggressoren gekennzeichnet.

Unter dem unmittelbaren Einfluß der Lehren des zweiten Weltkrieges trat ein großer Teil der Sozialdemokraten in den Jahren 1945 bis 1947 für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten ein. Diese Prozesse verliefen so vehement, daß sie zur gemeinsamen Beteiligung von Vertretern beider Richtungen an der Regierung vieler Länder führten, so beispielsweise in Italien und Frankreich.

Auf der ersten Nachkriegskonferenz der Sozialisten im Jahre 1946, an der 19 Parteien teilnahmen, wurde offen der Wunsch nach einer engen Zusammenarbeit mit den Kommunisten Europas und der UdSSR [139] zum Ausdruck gebracht.²⁵⁵ Im gleichen Jahr wurde auch vorgeschlagen, in das Statut der künftigen Sozialistischen Internationale einen Punkt über die Aktionseinheit mit den Kommunisten aufzunehmen.²⁵⁶ Besonders erfolgreich entwickelte sich die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten in den Ländern Mittel- und Südosteuropas, was letztendlich zu ihrer organisatorischen Vereinigung führte. Aber bereits Ende 1947 beschränkte eine Reihe sozialdemokratischer Parteien des Westens den Weg des Abbruchs der Beziehungen zu den Kommunisten und der Verdrängung der Kommunisten aus den Regierungen. Die Führer der meisten sozialdemokratischen Parteien machten sich das Programm des „kalten Krieges“ gegen die Kommunisten zu eigen und schlossen sich dem antikommunistischen Feldzug der Kräfte des Imperialismus an. Im Jahre 1948 wurden die sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakei, Rumäniens, Ungarns, Polens und die mit den Kommunisten zusammenarbeitenden Sozialisten Italiens aus dem (1947 gegründeten) Komitee der Internationalen Sozialistischen Konferenzen (COMISCO) ausgeschlossen. Die rechten Führer des Sozialreformismus verschrieben sich dem Antikommunismus, und die 1951 gegründete Sozialistische Internationale (SI) nahm in Frankfurt am Main eine offen antikommunistische Deklaration an. Die ganzen fünfziger Jahre standen unter dem Zeichen des Kampfes gegen die kommunistischen Parteien, jegliche Kontakte zu ihnen waren verboten. Das fand seinen Ausdruck in der Deklaration von Oslo, die auf der Konferenz der SI im Jahre 1962 angenommen worden war.

Von 1962 an begann in einer Reihe von Parteien der Sozialistischen Internationale ein allmähliches Einschwenken zu einem konstruktiven Dialog mit den kommunistischen Parteien, in erster Linie mit der KPdSU. Diese Tendenz führte dazu, daß das Büro der Sozialistischen Internationale den Parteien

²⁵⁵ Siehe: Daily Herald, vom 20.5.1945.

²⁵⁶ Siehe: Twelfth Congress of the Socialist International, Vienna, in: Socialist Affairs, a. a. O., 6-8/1972, S. 113.

offiziell das Recht zuerkannte, zweiseitige Beziehungen zu anderen Parteien herzustellen.²⁵⁷ Aber dieser Prozeß war keineswegs geradlinig. Obgleich eine ganze Reihe von Parteien der Sozialistischen Internationale, zum Beispiel die französische, die finnische und die japanische Partei, bereits Mitte der sechziger Jahre verschiedene praktische Schritte zur Aktionseinheit mit den Kommunisten unternahm, gelang es der rechten Führung der Sozialistischen Internationale dennoch, auf dem XI. Kongreß der SI in Eastbourne (1969) eine scharfe antikommunistische Resolution – „Über die Lage in den kommunistischen Ländern und Parteien“²⁵⁸ – durchzubringen.

Initiatoren und Autoren dieser Resolution waren die Vertreter der SPD und SPÖ. In ihr wurden die antikommunistischen Thesen der [140] „Frankfurter Deklaration“ der Sozialistischen Internationale (1951) und der Deklaration von Oslo (1962) neu aufgelegt.

Was die Probleme der Einheitsfront im nationalen Maßstab betrifft, so wurde die Position der Kommunisten von der internationalen Sozialdemokratie 1969 negativ eingeschätzt. „Jetzt bieten die Kommunisten den Linken, besonders der Sozialdemokratie, Komitees der Aktionseinheit, Bündnisse und Volksfronten an“, hieß es auf dem Eastbournen Kongreß. „Die Kommunisten versuchen solche Bündnisse zu schaffen, um mit demokratischen Mitteln die Macht zu erringen und danach die anderen Parteien zu liquidieren.“²⁵⁹

Diese für die Beschlüsse des XI. Kongresses der Sozialistischen Internationale charakteristische Position erklärt sich vor allem daraus, daß die rechten Führer dieser Organisation versuchten, den Prozeß der Linksschwenkung breiter Massen einfacher Mitglieder und Funktionäre sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien, besonders aber der jungen Generation, durch antikommunistische Propaganda zu neutralisieren.

Bemerkenswert ist ferner, daß sich in dieser Periode neben der antikommunistischen Tendenz auch eine Tendenz zum Dialog mit den Kommunisten entwickelte. Diese Tendenz kam in der Position zum Ausdruck, die der Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Finnlands, K. Sorsa, wie auch der Vertreter der Belgischen Sozialistischen Partei, E. Glinne, auf dem Eastbournen Kongreß bezogen. Glinne erklärte: „Wir müssen logisch sein und vornehmlich die politische Demokratie unterstützen, nicht aber einer antikommunistischen Linie, die absolut schlecht ist, stillschweigend Unterstützung gewähren ...“²⁶⁰

Die Resolution des Eastbournen Kongresses der Sozialistischen Internationale sollte die Beziehungen zwischen der kommunistischen und der sozialdemokratischen Richtung in der Arbeiterbewegung offenbar für lange Zeit einfrieren. Doch wie der weitere Gang der Ereignisse zeigte, konnte sie den Prozeß einer Linksschwenkung in der Sozialdemokratie, der sich unter dem Einfluß des revolutionären Weltprozesses vollzog, nicht aufhalten.

Erste Anzeichen von Meinungsverschiedenheiten in der Sozialistischen Internationale über Kontakte und Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien zeigten sich auf einem Seminar der Sozialistischen Internationale im Winter 1970 in Österreich, an dem führende Vertreter der meisten sozialdemokratischen Parteien Westeuropas sowie Israels teilnahmen. So vertraten die Repräsentanten der Italienischen Sozialistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei Finnlands die Position einer prinzipiellen Billigung des Dialogs und [141] der sich daraus ergebenden Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Ein anderer, von der SPD formulierter, Standpunkt wurde durch den Wunsch charakterisiert, Kontakte zu Kommunisten auf ein „minimal notwendiges Maß“ zu begrenzen. Die Vertreter der Italienischen Sozialdemokratischen Partei und der Israelischen Arbeiterpartei dagegen forderten einen absoluten Verzicht auf Kontakte mit Kommunisten.²⁶¹

²⁵⁷ Siehe: Ebenda.

²⁵⁸ Siehe: Resolutions adopted by Eleventh Congress. Developments in Communist Countries and Parties, in: Socialist International Information, London, 14/1969, S. 147/148.

²⁵⁹ K. Czernetz, Communist Countries and Parties, in: Socialist International Information, a. a. O., 15/1969, S. 174.

²⁶⁰ E. Glinne, Fascism in Europe, in: Socialist International Information, a. a. O., 15/1969, S. 167.

²⁶¹ Siehe: Socialist Affairs, a. a. O., 9/1971, S. 222, und 2/1971, S. 39.

Auf der Beratung des Rates der Sozialistischen Internationale im Mai 1971 stand die Frage der Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialisten offiziell nicht auf der Tagesordnung. Dennoch drückte sie dem Verlauf und den Ergebnissen der Beratung ihren Stempel auf. In den Resolutionen gab es keine groben antikommunistischen Ausfälle, wie sie gewöhnlich in derartigen Dokumenten der Sozialistischen Internationale Aufnahme fanden, und auf den Pressekonferenzen wurden antikommunistische Argumente von vielen Teilnehmern zurückgewiesen.

Auf späteren sozialdemokratischen Foren, wie zum Beispiel der Beratung sozialdemokratischer Parteien der Länder des „Gemeinsamen Marktes“ im Juni 1971 in Brüssel und der Konferenz der Führer von 13 sozialdemokratischen Parteien im September 1971 in Salzburg, stand die Frage der Zusammenarbeit mit den Kommunisten ebenfalls nicht auf der offiziellen Tagesordnung. Auf dieser Konferenz erklärte B. Pittermann, daß es in der Sozialistischen Internationale keine „Generallinie“ zur Frage der Aktionseinheit mit Kommunisten gebe.²⁶²

Von gewissen Veränderungen, die in dieser Periode im allgemeinen Herangehen der Sozialdemokratie an die Frage der Zusammenarbeit zu verzeichnen sind, zeugt auch die Äußerung des Labour-Führers H. Wilson: „Wenngleich wir auch die Ziele und Methoden der Kommunisten für falsch halten“, schrieb er 1971, „so muß man doch anerkennen, daß sie auf ihre Art nach der Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse streben, denn sonst würden ihre Aktionen nicht so effektiv sein.“²⁶³

Im Frühjahr 1972 überprüfte die Sozialistische Internationale offiziell ihre Position in der Frage der Herstellung von Kontakten zu kommunistischen Parteien, vor allem zur KPdSU. Das Büro der Sozialistischen Internationale nahm im April 1972 in Amsterdam eine Resolution an, wonach die der Sozialistischen Internationale angehörenden Parteien über das volle Recht verfügen, die Frage zweiseitiger Beziehungen zu anderen Parteien (gemeint sind vor allem kommunistische Parteien) frei zu entscheiden.

Die Verstärkung der Tendenz zur Zusammenarbeit mit kommuni-[142]stischen Parteien spiegelte sich auch auf dem XII. Kongreß der Sozialistischen Internationale wider, der Ende Juni 1972 in Wien stattfand. Im Unterschied zu den vorangegangenen Kongressen wurden keinerlei antikommunistische Resolutionen angenommen, und die Zahl der Delegierten, die für eine Zusammenarbeit mit Kommunisten eintraten, hatte sich vergrößert. Der damalige Generalsekretär der Sozialistischen Internationale, H. Janitschek, stellte in seinem Referat fest, daß im Ergebnis der internationalen Entwicklung, aber auch im Ergebnis der in einer Reihe von Ländern entstandenen Lage, die Frage der Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten faktisch erneut auf die Tagesordnung gesetzt wurde.²⁶⁴ Der Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Finnlands, K. Sorsa, wies auf die positiven Erfahrungen der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten in seinem Land hin. Er unterstrich die Notwendigkeit, seitens der Sozialdemokratie konstruktiv an die Frage der Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien heranzugehen.

Von dieser Zeit an beginnen die neuen Momente in den Beziehungen zwischen den beiden Abteilungen der internationalen Arbeiterbewegung ganz deutlich in Erscheinung zu treten. Das fand seinen konkreten Ausdruck: erstens in der Erweiterung der Kontakte zu den kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder; zweitens in der Zunahme der Zahl kapitalistischer Länder, in denen sich die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten (Sozialisten) in verschiedenen Formen und auf verschiedenen Ebenen auf der Grundlage von Vereinbarungen oder mit Zustimmung der Führungen beider Parteien vollzieht (Frankreich, Italien, Japan, Finnland, Schweden, Portugal, Luxemburg, Griechenland); drittens in der Erweiterung der Zusammenarbeit in einigen dieser Länder (Frankreich, Japan, Italien); viertens in verstärkten Kontakten trotz offizieller Verbote sozialdemokratischer Führungen (BRD, Österreich).

²⁶² Siehe: Arbeiterzeitung, Wien, vom 6.9.1971.

²⁶³ H. Wilson, *The Labour Government 1964-1970*, London 1971, S. 237.

²⁶⁴ Siehe: H. Janitschik, Rede auf dem XII. Kongreß der Sozialistischen Internationale ..., in: Arbeiterzeitung, a. a. O., vom 27.6.1972.

Die Führung der Sozialistischen Internationale war gezwungen, sowohl die Ostpolitik der SPD als auch – und das ist sehr wichtig – die praktischen gemeinsamen Aktionen von Kommunisten und Sozialisten in Chile, das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialistischen Partei Frankreichs und der Französischen Kommunistischen Partei und die Zusammenarbeit der Sozialistischen Partei Portugals mit der Portugiesischen Kommunistischen Partei zu billigen.

„Was in Chile geschah, kann von keinem Sozialisten oder von keiner sozialistischen Regierung in der Welt vergessen werden. Die Regierung des Präsidenten Allende wurde vom Volke gewählt; während der drei Jahre, die sie an der Macht war, war jeder ihrer Schritte im [143] Einklang mit der Verfassung und dem Gesetz“, schrieb Ende 1973 die offizielle Zeitschrift der Sozialistischen Internationale „Socialist Affairs“. „Präsident Allende bildete eine politische Gruppierung, die Kommunisten, Radikale, Sozialisten und Christen gemeinsam vereinte. Es war notwendig geworden, die Reaktionäre zu bekämpfen und auf diesem Wege wirkliche Unabhängigkeit zu erreichen.“²⁶⁵ In diesem Dokument war die Sozialistische Internationale zum ersten Mal seit ihrem Bestehen gezwungen, die Treue kommunistischer Parteien zu den Verfassungsnormen, ihren Beitrag zum Kampf gegen die Reaktion, zur Verteidigung der nationalen Interessen ihres Landes anzuerkennen und zu bestätigen.

Seit 1972 sind die Beziehungen der meisten Parteien der Sozialistischen Internationale zur KPdSU und zu anderen kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder bedeutend lebhafter geworden, besonders im Hinblick auf Probleme der europäischen Sicherheit. Eine ganze Reihe von ihnen hat mit der KPdSU auf der Ebene von Parteidelegationen einen konstruktiven Erfahrungs- und Meinungsaustausch zu verschiedenen Fragen geführt. Das betrifft unter anderen die SPD, die Sozialistische Partei Frankreichs, die Sozialdemokratische Partei Finnlands, die Sozialistische Partei Japans, die Belgische Sozialistische Partei (an deren Parteitag im Jahre 1974, auf dem ein neues Programmdokument „Sozialismus heute“ angenommen wurde, nahmen zum ersten Mal Vertreter der KPdSU und anderer kommunistischer Parteien als Beobachter teil) sowie die Labour Party. Delegationen sozialdemokratischer Parteien anerkannten die Möglichkeit und Notwendigkeit, sich im Verlauf weiterer Kontakte über Maßnahmen zur Festigung des Friedens und des sozialen Fortschritts zu verständigen.

Doch all das bedeutet keineswegs ein Abrücken der Sozialistischen Internationale von der Ideologie, den Prinzipien und Zielen des „demokratischen Sozialismus“. Das wird durch die fortwährenden Angriffe auf den Marxismus-Leninismus, durch Versuche, den „psychologischen Krieg“ gegen die Kommunisten und deren politischen Einfluß zu aktivieren, bestätigt. Obwohl Anfang 1974 die Wiederaufnahme von Gesprächen über die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten in Finnland vereinbart worden war (das Januarplenium des ZK der KPFi hatten den Wunsch nach Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten in einer Reihe von Fragen bekräftigt), erwies sich die Position der Sozialdemokratischen Partei Finnlands in der Folgezeit als widersprüchlich. Ihr rechter Flügel wurde aktiver, und in der Parteipresse wurde eine antikommunistische Kam-[144]pagne entfesselt. Auf bestimmte Schwierigkeiten stieß auch der Prozeß der Erweiterung gemeinsamer Aktionen von Sozialisten und Kommunisten in Portugal. Vertreter der Sozialistischen Partei beschuldigten die Kommunisten des „Totalitarismus“ und des Strebens nach Vorherrschaft.

Doch alle diese Schwierigkeiten – sie sind bei der Beseitigung der Meinungsverschiedenheiten, die jahrzehntelang die beiden Abteilungen der Arbeiterbewegung der Welt getrennt haben, unvermeidlich – konnten die Tendenzen zur Entwicklung der Zusammenarbeit nicht aufhalten. Die Problematik des Verhältnisses zu den Kommunisten wurde zu einem zentralen Diskussionspunkt der internationalen Sozialdemokratie, Dabei erwiesen sich die Differenzen in der Frage der Zusammenarbeit als so ernsthaft, daß die Parteien der Sozialistischen Internationale gezwungen waren, im Januar 1976 zwei spezielle Beratungen durchzuführen. An einer dieser Beratungen, in der finnischen Stadt Helsingør (18. und 19. Januar 1976), nahmen 18 sozialistische und sozialdemokratische Parteien teil. Die Beratung offenbarte bedeutende Meinungsverschiedenheiten. Es wurden entgegengesetzte, einander ausschließende Standpunkte vertreten. Die Teilnehmer der Beratung kamen zu keiner einheitlichen Position. An der Konferenz von Vertretern sozialistischer Parteien vom 24. und 25. Januar 1976 in Paris

²⁶⁵ C. Paara, The Chilean Coup, in: Socialist Affairs, a. a. O., 5/1973, S. 85.

nahmen die Führer der Sozialisten Frankreichs, Portugals, Italiens, Spaniens, Belgiens, Luxemburgs und Griechenlands teil. Die Teilnehmer dieser Beratung betrachteten die Fragen der Zusammenarbeit mit den Kommunisten positiver. Einige Teilnehmer des Pariser Treffens erklärten, daß die Bewegung zum Sozialismus mit dem Antikommunismus unvereinbar sei. Doch auch die Teilnehmer der Pariser Konferenz kamen in der Frage der Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu keinem einheitlichen Standpunkt. Auf der Konferenz des „Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“ im Juni 1978 wurden dagegen die Fragen der Zusammenarbeit mit den Kommunisten allgemein negativer beurteilt als auf der Beratung in Helsingør im Jahre 1976.

Die Frage des Verhältnisses zu den Kommunisten wurde, direkt oder indirekt, auch auf dem XIII. Kongreß der Sozialistischen Internationale im Juni 1976 aufgeworfen. Erneut prallten auch hier zwei Standpunkte aufeinander, hinter denen zwei Gruppen von Parteien stehen. Bezeichnend war jedoch, daß das Problem nicht wie früher gestellt wurde: Zusammenarbeit mit den Kommunisten oder nicht? Die Frage lautete diesmal: Wo liegen die Grenzen der Zusammenarbeit mit den Kommunisten?

[145] Eine entscheidende Rolle für die Gewährleistung eines politischen Klimas, das zur Entwicklung von Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten beiträgt, spielt der Kurs der kommunistischen Parteien auf Zusammenarbeit und Aktionseinheit. Die Bedeutung des theoretischen und praktischen Beitrags der KPdSU zur konsequenten Verfolgung dieser Linie muß dabei besonders hervorgehoben werden. In den Rechenschaftsberichten des ZK der KPdSU an den XXIV. und XXV. Parteitag der KPdSU sowie in programmatischen Reden des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Breschnew, wurde die Linie der KPdSU in bezug auf die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten im Interesse der Arbeiterklasse, der Sache des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus bestätigt. Diese Position der KPdSU kam in der Erweiterung von Kontakten zu sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien zum Ausdruck und fand in Kreisen der internationalen Sozialdemokratie breiten Widerhall. Das trug in vielerlei Hinsicht zur Verbesserung der allgemeinen politischen Atmosphäre für eine Annäherung von Kommunisten und Sozialdemokraten bei.

Die Kommunisten haben in dieser Frage eine klare Position. Kommunisten, die gemeinsame Aktionen mit sozialdemokratischen Parteien anstreben, verfolgen keine besonderen Interessen und Ziele, die von denen der Arbeiterklasse verschieden wären. Inhalt und Bedeutung der Zusammenarbeit sehen sie nicht darin, die sozialistischen Parteien zu untergraben, wie es einige Führer der Sozialdemokratie hinstellen versuchen, sondern in der Erhöhung der Kraft und Kampffähigkeit der gesamten Arbeiterklasse, in der Stärkung ihrer Positionen und ihres Einflusses in der Gesellschaft.

Von diesem prinzipiellen Standpunkt ausgehend, verbinden die Kommunisten den Kampf um gemeinsame Aktionen dialektisch mit der Fortführung des ideologischen Kampfes. Sie berücksichtigen die neuen Erscheinungen in der sozialdemokratischen Theorie, neue Auffassungen vom „demokratischen Sozialismus“, die von linken Sozialisten und Sozialdemokraten entwickelt wurden und sich in einer Reihe von Fragestellungen den Positionen der Kommunisten annähern (Kritik an den Gebrechen des Kapitalismus, Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel, klassenmäßiges Herangehen an Reformen u. a.), betonen aber zugleich, daß sie in prinzipiellen Fragen keine Zugeständnisse machen. Deshalb kämpfen die kommunistischen Parteien konstruktiv gegen den Reformismus der Sozialdemokratie, indem sie ihm ihre revolutionären Ideen gegenüberstellen, die marxistisch-leninistische Theorie entwickeln, die Einheit auf der [146] Grundlage gemeinsamer Aktionen stärken und der Erörterung solcher Fragen, die eine ernsthafte Diskussion und den Vergleich von Positionen erfordern, nicht ausweichen. „Wir weichen der Diskussion strittiger Fragen nicht aus“, heißt es in den Thesen der DKP, „wir wollen sie aber so erörtern, daß die Möglichkeiten zum einheitlichen Handeln nicht belastet, sondern gefördert werden.“²⁶⁶ In der Politischen Resolution des XIII. Parteitages der Italienischen KP heißt es: „Die Einheit wird im Verlauf einer ständigen Gegenüberstellung von Programmen und Ideen geschaffen, die nicht den Anspruch erhebt, Unterschiede zu beseitigen, die existieren und natürlich existieren müssen, sondern die bestimmte Formen von

²⁶⁶ Thesen des Düsseldorfer Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei. DKP kontra Großkapital. Für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus, Düsseldorf o. J., S. 44.

Verbindungen und Aktionseinheit in bezug auf reale Probleme der Werktätigen und des Landes herstellt ... Dank dieser Gegenüberstellung von Ansichten kann man zur Annäherung von Standpunkten, zur Übereinstimmung, zu gemeinsamen Aktionen in wichtigen Fragen gelangen, in denen eine Linie in Erscheinung tritt, die die Hegemonie der Arbeiterklasse in der Gesellschaft widerspiegelt.“²⁶⁷

Die kommunistischen Parteien sind der Meinung, daß für den Erfolg des gemeinsamen Kampfes die Ausarbeitung gemeinsamer Programme notwendig ist, die die wichtigsten Forderungen formulieren, mit denen beide Seiten einverstanden sind und die zum immer konsequenteren Kampf um ihre Realisierung verpflichten. Die Ausarbeitung solcher Programme ist eines der kompliziertesten und schwierigsten Probleme der Zusammenarbeit.

Daß dieses Problem im Prinzip lösbar ist, davon zeugen u. a. eine Reihe gemeinsamer Aktionen, die die Französische Kommunistische Partei mit der Sozialistischen Partei Frankreichs unternommen hatte. Sie führten zur Unterzeichnung des Gemeinsamen Regierungsprogramms im Jahre 1972. Im Jahre 1977 machten die Kommunisten ihren Partnern im Bündnis der linken Kräfte angesichts der veränderten Situation, der schweren Wirtschaftskrise, die auch Frankreich erschütterte, den Vorschlag, das Gemeinsame Regierungsprogramm vor den Parlamentswahlen zu erneuern. Die Sozialistische Partei lehnte es jedoch ab, die von den Kommunisten unterbreiteten Vorschläge ernsthaft zu erörtern, und brachte die weitere Verwirklichung des Gemeinsamen Regierungsprogramms in Gefahr. „Die Kommunistische Partei kämpft“, wie es in einer Resolution des erweiterten Plenums des ZK der FKP dazu heißt, „für ein Abkommen zwischen den linken Parteien auf der Grundlage eines erneuerten gemeinsamen Programms. Sie hat sich im Verlaufe von Verhandlungen mit der Sozialistischen Partei und mit der Bewegung der Linken Radikalen [147] um das Zustandekommen dieses Abkommens bemüht und hat dafür wichtige Zugeständnisse gemacht, wobei sie bis an die Grenze des Möglichen ging. Es kann jedoch überhaupt nicht in Frage kommen, daß jene Grenze überschritten wird, jenseits derer eine Regierung der linken Kräfte schon nicht mehr über die Mittel verfügen wird, die es gestatten, den Werktätigen jene Veränderungen zu geben, die sie erwarten.“²⁶⁸

Es ist objektiv möglich, daß Kommunisten und Sozialdemokraten auch zu Fragen, die über den Rahmen eines einzelnen kapitalistischen Landes hinausgehen, eine gemeinsame politische Linie ausarbeiten. Dazu gehören Fragen der Festigung des Friedens und der Sicherheit, der Tätigkeit der multinationalen Monopole, der Integrationsprozesse in Westeuropa, zu denen die Arbeiterklasse Westeuropas Positionen beziehen muß, die den Zielen ihres Kampfes entsprechen.

Man kann feststellen, daß die Theoretiker der Sozialdemokratie die Probleme der Herrschaft der Monopole in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft immer häufiger in ihre Forschungen einbeziehen und in ihre Programmdokumente aufnehmen. Welche Schlußfolgerungen ziehen sie aus der Analyse multinationaler Monopole? Erstens: Die Sozialdemokratie wird durch die Tätigkeit internationaler Monopole vor viele Probleme gestellt, weil die Monopole zur Verbreitung „ideologischer Werte“ beitragen, die sich grundlegend von denen des „demokratischen Sozialismus“ unterscheiden. Zweitens: Die internationalen Monopole bereiten, obwohl sie zur Verbreitung neuer Technologien beitragen, auf Grund ihrer dominierenden Positionen auf den Märkten und ihrer Preismanipulierungen den Regierungen Schwierigkeiten bei der Durchführung ihrer nationalen Politik; sie sind für die Gewerkschaften bedeutend gefährlichere Gegner als nationale Unternehmen.

Es ist offensichtlich, daß diese Schlußfolgerungen Elemente enthalten, die in den von Kommunisten vorgenommenen Einschätzungen der internationalen Monopole ebenfalls enthalten sind.²⁶⁹ Das weist eindeutig sowohl auf die Notwendigkeit als auch auf die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen von Kommunisten und Sozialdemokraten im Kampf gegen den Monopolkapitalismus hin. Zugunsten einer solchen Schlußfolgerung sprechen auch verschiedene praktische Vorschläge zur Begrenzung der Macht der Monopole.

²⁶⁷ La mozione politica approvata dal Congresso (XIII. Congresso del PCI), in: L'Unità, Roma, vom 18.3.1972, S. 11.

²⁶⁸ Le Comité central du P. C. F. a adopté la résolution suivante, in: L'Humanité, a. a. O., vom 11.11.1977, S. 1.

²⁶⁹ Siehe: Thesen des Düsseldorfer Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei. DKP kontra Großkapital. Für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus, a. a. O., S. 9-11 und 45/46.

Sozialdemokraten beginnen zu erkennen, welche große Gefahr die internationalen Monopole darstellen. Sie sehen, daß ihre Parteien in den Regierungen, wenn sie eine Politik durchführen wollen, die mit den fundamentalen Thesen des „demokratischen Sozialismus“ überein-[148]stimmt, auf wichtigen Gebieten machtlos sind, da sie fortwährend ihre ökonomische Abhängigkeit von den internationalen Monopolen zu spüren bekommen.

Die Kommunisten, die die opportunistische Theorie und Praxis der rechten Sozialdemokratie kritisieren, setzen beharrlich ihre Versuche fort, im Kampf gegen die Monopole zu gemeinsamen Aktionen mit den sozialdemokratischen Massen zu kommen.

Mit dem Problem der Einheit der linken Kräfte im antimonopolistischen Kampf stellt sich in aller Schärfe die Frage, ob gemeinsame Aktionen von Sozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten eine prinzipielle, strategische Linie darstellen oder ob sie zeitweiligen, taktischen Charakter tragen. Von der Antwort auf diese Frage und den konkreten Handlungen der Parteien hängen die Ergebnisse des Kampfes der Werktätigen um ihre Lebensrechte ab, zumal sich der Klassenfeind zunehmend international zusammenschließt.

Die Kommunisten haben in allen ihren Dokumenten immer den prinzipiellen, strategischen Charakter des Bündnisses mit allen antimonopolistischen, antiimperialistischen Kräften, die objektiv im Widerspruch zu der zum Untergang verurteilten Ordnung stehen, unterstrichen. Sie gehen davon aus, daß sich ein großer Teil der Werktätigen aus verschiedenen Gründen unter dem Einfluß sozialistischer oder sozialdemokratischer Parteien befindet. Da aber die kommunistischen Parteien die Grundinteressen aller Werktätigen zum Ausdruck bringen, betrachten sie es als ihre Pflicht, die Kräfte der Werktätigen unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit zu vereinen und nach Kräften zur Erfüllung ihrer Forderungen beizutragen. Deshalb traten die kommunistischen Parteien in allen Ländern und in allen Etappen ihrer Tätigkeit beharrlich für die Aktionseinheit mit sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien ein, für die Lebensinteressen aller Werktätigen und für die Schaffung einer antiimperialistischen Einheitsfront. Folglich betrachten die Kommunisten das Bündnis mit sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien nicht als ein zeitweiliges, taktisches, sondern als strategisches und dauerhaftes Bündnis, das hergestellt wird, um die Einheitsfront zu stabilisieren, um die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu beschleunigen, um die hohen sozialistischen und kommunistischen Ideale im Weltmaßstab zu verwirklichen.

Der prinzipielle strategische Charakter dieser Bündnispolitik kommt vor allem in den Programmen der kommunistischen Parteien kapitalistischer Länder, insbesondere in ihren die weitere gesellschaftliche Perspektive betreffenden politischen Zielvorstellungen, klar zum Aus-[149]druck. So heißt es z. B. in dem 1978 angenommenen Programm der DKP: „Auch im Sozialismus gibt es unterschiedliche soziale Klassen und Schichten ebenso wie unterschiedliche weltanschauliche und religiöse Strömungen. Die DKP wirkt dafür, daß all diese Kräfte am Aufbau des Sozialismus teilnehmen. Sie strebt ein Bündnis der verschiedenen Parteien an, um den Übergang zum Sozialismus und seinen Aufbau mit ihnen zu vollziehen.“²⁷⁰

In der internationalen sozialdemokratischen Bewegung gibt es ebenfalls einflußreiche Kräfte, die für gemeinsame Aktionen mit den kommunistischen Parteien im Interesse der Aktionseinheit eintreten. So forderte der politische Sekretär der Italienischen Sozialistischen Partei, De Martino, „sobald wie möglich einen Vergleich mit den Anschauungen anderer Parteien, insbesondere mit der IKP, vorzunehmen“, weil „die Notwendigkeit der Einheit jetzt dringender ist, als es jemals zuvor der Fall war“, und die ISP muß „sich von der verderblichen Konkurrenz mit der IKP lossagen, weil dies ein unnatürlicher Weg ist, der von unvernünftigen Emotionen diktiert ist“.²⁷¹ Das Organ der Sozialdemokratischen Partei Finnlands „Suomen Sosialidemokraatti“ forderte dazu auf, die Beziehungen zwischen den beiden wesentlichen Strömungen in der gegenwärtigen Arbeiterbewegung „unter dem Gesichtspunkt der Zusammenarbeit“ zu betrachten. „In der Gegenwart steht man der Zusammenarbeit nicht

²⁷⁰ Mannheimer Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei, 20.-22. Oktober 1978. Programm, a. a. O., S. 77.

²⁷¹ Siehe: Avanti, vom 20.10.1977.

mit einem solchen Vorurteil gegenüber wie früher. Jedem, der sich ernsthaft mit den Fragen der Arbeiterbewegung beschäftigt, muß klar sein, daß Zusammenarbeit nicht ein leeres Wort ist ..., sondern daß ihre Qualität und Ausmaße in der Zukunft zu konkreten Fragen werden.“²⁷²

Leider sind viele sozialistische und sozialdemokratische Parteien von einer solchen Fragestellung weit entfernt. Ihr Verhältnis zu den Kommunisten und deren Parteien beruhte von jeher größtenteils nicht auf dem Interesse, die Einheit der Werktätigen herbeizuführen, sondern war mehr von taktischen Überlegungen bestimmt. Wenn die kommunistische Partei in einem Land eine einflußreiche politische Kraft darstellt, gehen die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien auf hoher Ebene Bündnisse ein; wenn aber die kommunistischen Parteien für die sozialistischen Parteien keine große Konkurrenz darstellen, so ignorieren diese nicht nur deren Existenz, sondern organisieren meistens gemeinsam mit der Bourgeoisie deren Verfolgung; innerhalb der Partei wird den Mitgliedern direkt verboten, irgendwelche Kontakte mit Mitgliedern kommunistischer Parteien herzustellen.

Die Mehrheit der führenden sozialistischen und sozialdemokrati-[150]schen Parteien betrachtet also das Bündnis mit kommunistischen Parteien als eine vorübergehende, konjunkturelle Erscheinung. Diese Tendenz kam besonders deutlich auf den bereits erwähnten Beratungen in Helsingør und Paris (1976) zum Ausdruck. Die sozialistischen Parteien bildeten dort zwei Gruppen, Parteien der südeuropäischen Länder, die zum Dialog mit den Kommunisten neigen, und Parteien der nordeuropäischen Länder, die einen solchen Dialog ablehnen. Auf diesen Beratungen lenkte die Polemik zwischen diesen beiden Gruppen sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien die Aufmerksamkeit auf sich. Die Vertreter südeuropäischer Länder lehnten die „Ratschläge“ der Nordeuropäer ab, jegliche Kontakte mit kommunistischen Parteien einzustellen, wobei sie zu Recht darauf verwiesen, daß die Lösung größerer sozialer und politischer Aufgaben in ihren Ländern ohne Beteiligung von Vertretern kommunistischer Parteien unmöglich ist. Gleichzeitig führten sie als Argument an, daß sie wegen des großen politischen Einflusses der Kommunisten gezwungen seien, mit ihnen eine Allianz einzugehen. Für die Nordeuropäer existiere ein solches Problem nicht, deshalb würden sie auch einen so unveröhnlichen Ton anschlagen.

Mag an dieses außerordentlich wichtige Problem auch von diametral verschiedenen Positionen aus herangegangen werden, der Prozeß der Herstellung eines Bündnisses, das die überwiegende Masse der Werktätigen umfaßt, wird sich weiterentwickeln, eben weil für die Werktätigen die Einheit notwendig ist. Ihr tagtäglicher Kampf gegen die vereinten Kräfte des Imperialismus diktiert die dringende Notwendigkeit eines noch engeren Zusammenschlusses ihrer Kräfte sowohl innerhalb eines Landes als auch im internationalen Maßstab. Diese Notwendigkeit zeugt von dem prinzipiell strategischen Charakter des Bündnisses aller linken Kräfte, und jene sozialistischen Parteien, die die Bedeutung dieses sich objektiv entwickelnden Prozesses, der von der Logik des Kampfes zweier sich mehr und mehr konsolidierender Klassenkräfte diktiert wird, unterschätzen, riskieren den Verlust jeglichen Einflusses auf die Werktätigen, riskieren, ihr politisches Gesicht zu verlieren.

Das oben Gesagte zeugt von der Bedeutung einer auf die Festigung der Einheit der linken Kräfte gerichteten Strategie und Taktik. Die Kritik am Sozialreformismus wird immer differenzierter geführt, unter Berücksichtigung der Standpunkte der verschiedenen Richtungen und Gruppen in der sozialdemokratischen Bewegung. Sie konzentriert sich immer mehr auf den Antikommunismus und Antisowjetismus, auf die negativen Züge, aber auch auf die Labilität, Inkonsequenz und Be-[151]schränktheit jener positiven Tendenzen, die in letzter Zeit in der sozialdemokratischen Bewegung zu beobachten sind. Diese Kritik wird mit verstärkten Anstrengungen zur politisch-ideologischen und organisatorischen Stärkung der kommunistischen Parteien verbunden. Sie werden gegenüber dem Einfluß des Sozialreformismus abgeschirmt; ihre Kampfkraft, die eine unabdingbare Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf um die Aktionseinheit der Arbeiterorganisationen ist, wird erhöht.

Die Möglichkeit der Regierungsbeteiligung kommunistischer Parteien in Italien und Frankreich löste im bürgerlichen Lager eine panikartige Reaktion aus. Der damalige Kommandierende der NATO-Truppen, Haig, der damalige Außenminister der USA, C. Vance, sowie Präsident J. Carter richteten

²⁷² Siehe: Suomen Sosialidemokraatti, vom 21.10.1977.

direkte Drohungen an die Adresse dieser Länder – eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten, die von der Weltöffentlichkeit auch entsprechend gewertet wurde. Bemerkenswert dabei ist, daß diese „Verfechter der Demokratie“, „Verteidiger der Freiheit“ usw. in dem Moment, wo das Volk auf demokratischem Weg kommunistischen Parteien das Recht gibt, sich an der Regierung eines Landes zu beteiligen, ihr oft bekundetes „Demokratieverständnis“ völlig einbüßen. Auf der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas sagte Genosse L. I. Breschnew: „Gegenwärtig, da sich in manchen Ländern Westeuropas die Perspektive einer Regierungsbeteiligung der Kommunisten deutlich abzeichnet, haben die reaktionären Kreise, besonders im NATO-Lager, eine Kampagne offener Drückanwendung, der Einmischung in die inneren Angelegenheiten solcher Länder gestartet. Und beachten Sie, Genossen, wogegen sie zu Felde ziehen: Sie greifen die Ergebnisse allgemeiner Wahlen an. So zeigt es sich, daß die imperialistischen Politiker, die ein so großes Geschrei über Demokratie und Freiheit anstimmen, in Wirklichkeit bereit sind, das eine wie das andere nur insofern zu dulden, als dadurch ihre Machtvollkommenheit nicht berührt wird.“²⁷³

Daß bürgerliche Politiker gegen kommunistische Parteien zu Felde ziehen, ist nicht verwunderlich. Doch wenn sich auch sozialdemokratisch geführte Regierungen auf die Positionen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder begeben, so wird nicht nur der Sache der Einheit der Werktätigen der davon betroffenen Länder, sondern allen antiimperialistischen Kräften großer Schaden zugefügt. Eine solche Position nahm zum Beispiel der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Helmut Schmidt, ein. Er erklärte, daß, wenn in Italien die Kommunisten an die Macht kommen, Wirtschaftssanktionen gegen dieses Land ergriffen werden müssen. Diese Erklärung löste einen Sturm der Empörung in der Welt aus, darunter auch in sozialistischen und sozialdemokratischen Kreisen. So erklärte der damalige politische Sekretär der Italienischen Sozialistischen Partei, Bettino Craxi, daß die italienischen Sozialisten über diese Erklärung Schmidts im Hinblick auf Italien ernsthaft beunruhigt seien. Er unterstrich, daß diese Gefahren von Regierungen ausgehen, deren Führer Parteien angehören, die zur Sozialistischen Internationale gehören. „Das ist die Einstellung europäischer Regierungen zu Italien im 20. Jahrhundert, doch ist Italien heute keine Kolonie ausländischer Mächte, auch wenn diese gegenwärtig seine Verbündeten und Freunde sind.“²⁷⁴

Die kommunistischen Parteien setzen der Strategie der Weltbourgeoisie, die auf eine Spaltung der Arbeiterbewegung gerichtet ist – wobei sie grobe Einmischungen in die inneren Angelegenheiten jener Länder, in denen die Einheit der linken Kräfte und die Möglichkeiten der Regierungsbeteiligung von Kommunisten besonders aktuell sind, nicht verschmäht – ihre revolutionäre, auf den Prinzipien des Klassenkampfes beruhende Linie der Stärkung der Aktionseinheit der Arbeiterbewegung entgegen. Die kommunistischen Parteien kämpfen beharrlich für die Überwindung der Feindschaft und Rivalitäten unter den Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen, für die Herbeiführung einer dauerhaften Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten.

Die gegenwärtige Situation zeugt unwiderlegbar davon, daß die Menschheit an der Schwelle des dritten Jahrtausends entschlossen den Weg der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft eingeschlagen hat. In jenen Ländern, in denen Parteien an der Macht sind, die die Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes konsequent verteidigen, werden die Probleme der Errichtung einer neuen Gesellschaft in der Praxis gelöst. Die KPdSU realisiert konsequent die marxistisch-leninistischen Prinzipien des Sozialismus, seines Aufbaus und seiner Entwicklung. Ohne zu übertreiben, kann man als größtes Verdienst der KPdSU, der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der Sowjetunion jene Tatsache bezeichnen, daß sie die Lehre des Marxismus-Leninismus vom Sozialismus verteidigt und verwirklicht haben. Die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus wurden im Kampf gegen Konzeptionen des „demokratischen Sozialismus“, des „humanen Sozialismus“ einerseits und im Kampf gegen den „Kasernensozialismus“ andererseits behauptet, welcher letzterer seinen widerwärtigsten Ausdruck heute im Maoismus findet.

²⁷³ L. I. Breschnew, Rede auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, Berlin. 29. und 30. Juni 1976. Dokumente und Reden. Berlin 1976, S. 87.

²⁷⁴ L'Unità, a. a. O., vom 22.7.1976, S. 15.

[153] Der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie erfolgt im prinzipiellen Kampf gegen bewußte oder unbewußte Entstellungen der Ideen des Sozialismus, gegen Versuche, diese Entstellungen als einen „dritten Weg“ auszugeben, der sich angeblich sowohl vom Kapitalismus als auch vom Sozialismus unterscheidet.

Dem Rate Lenins folgend, bedienen sich die sowjetischen Kommunisten im Kampf gegen die ideologischen Gegner des Sozialismus als Hauptargument der Erfolge, welche das Sowjetvolk beim sozialistischen Aufbau errungen hat. Die Vermittlung dieser Erfolge in der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder aber ist zugleich das wirksamste Mittel, um den Einfluß des Antikommunismus zurückzudrängen und auf diese Weise ein – von den Gegnern der Aktionseinheit der Arbeiterklasse bewußt aufgerichtetes – wesentliches Hindernis für das Zustandekommen dieser Aktionseinheit und damit letztlich für die Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse in den derzeit noch kapitalistischen Ländern aus dem Weg zu räumen.²⁷⁵

²⁷⁵ Siehe: W. Sagladin, Die historische Mission der Arbeiterklasse und die Arbeiterbewegung in der Gegenwart, in: „horizont“, a. a. O., 39/1978.